

R A S T A T T E R C H R O N I K

Von der Reichsbanknebenstelle Rastatt

zur

Landeszentralbank in Baden - Württemberg
Zweigstelle Rastatt der Deutschen Bundesbank

von

Rudolf P ö h l s

1 9 6 4

R A S T A T T

In das Bücherverzeichnis der
Landeszentralbank
in Baden-Württemberg
eingetragen

Katalog-Nr. 10 1126 VIII 64
Inventarbuch-Nr. 1214

I.

Vorweg gesagt.....

Fast zwei Jahre sind vergangen, seit ich den Auftrag des Präsidenten der Landeszentralbank Dr. Otto Pfleiderer erhielt, eine kurzgefasste Chronik der Zweigstelle Rastatt zusammenzustellen. Streng wörtlich genommen wäre das mit dem Inhaltsverzeichnis, das zugleich eine Chronik in Kürze ist, geschehen. Als Material stand mir nur das zur Verfügung, was ich in der Zweigstelle Rastatt, den Archiven der Stadt Rastatt und in meinem eigenen - nach Kriegszerstörung klein gewordenen - Bücherbestand vorfand. Ein nummeriertes Quellenverzeichnis führt die jeweiligen Fundstellen auf, im Text sind jeweils nur diese Nummern in Klammern als Hinweise gegeben. Wenn es nicht ein dienstlicher Auftrag gewesen wäre, der zu dieser Chronik führte, hätte ich die Aufzeichnungen mit dem 31. August 1939 enden lassen.

Ein Geschichtsschreiber soll unabhängig und unvoreingenommen sein und beides bin ich nicht für die Zeit vom Ausbruch des zweiten Weltkrieges an, da ich die meiste Zeit dieses Vierteljahrhunderts Leiter der Rastatter Zweigstelle war und zudem als ehemaliger Nationalsozialist mich nicht frei von den Ereignissen und ihren Folgen fühlen kann.

Auch über diese Zeit, die meine dienstliche Autobiographie darstellt, ließ ich die Dokumente aus der Zeit sprechen. Über diese Zeit berichtete ich in der Ich-Form.

Wo auch immer ich in den Aufzeichnungen Stellung nahm zu den Dingen, geben diese Stellungnahmen meine persönliche Auffassung wieder.

II.

Zur Abgrenzung des Themas möchte ich folgendes anführen:
Bei einem privaten Unternehmen entspringt die Initiative zur Eröffnung und zum Betrieb des Unternehmens dem Willen des Unternehmens. Bei einer Notenbank entspringt sie einem Hoheitsakt und sie arbeitet nach hoheitlicher Weisung. Letztere kann sich auf grundlegende Weisungen durch Gesetze beschränken, kann aber auch ⁱⁿ unmittelbaren Eingriffen in einzelne Geschäfte bestehen. Das alles haben wir während des hier zu behandelnden Zeitabschnittes erlebt. Deshalb schien es notwendig, die

großen politischen Entwicklungen mit ihren Auswirkungen auf die Notenbank und ihre Tätigkeit jeweils kurz zu streifen.

Die Bediensteten der Bank - soweit sie in leitender Position oder für längere Jahre bei der Bank in Rastatt tätig waren - fanden ihre Erwähnung.

Die Geschäftslokale, die die Bank im Laufe der Jahre in Rastatt innehatte, wurden geschildert. Der Kreis derjenigen, für die die Bank in Rastatt tätig war, also zur Hauptsache die Behörden, die Banken und die namhaften Wirtschaftsunternehmen wurden in ihrer jeweiligen Lage behandelt.

All das konnte nicht nach einem Schema erfolgen, weil die Unterlagen der einzelnen Zeitabschnitte zu unterschiedlich waren.

III.

Da über die näheren Umstände der Arbeit bei der Reichsbanknebensstelle Rastatt während der "galoppierenden Inflation von 1923" keine Aufzeichnungen erhalten blieben und schon heute nur sehr wenige Beamte der Bank noch aktiv sind, die diese turbulente Zeit im Dienste der Reichsbank verbrachten, habe ich, wie auf Seite 35 angekündigt, einige eigene Erlebnisse aus jenen Jahren in einem Anhang wiedergegeben.

Rastatt, im Juni 1964

Rudolf Pöhls

Last not least.....

Der Stadtverwaltung Rastatt bin ich für die leihweise Überlassung von Akten dankbar. Ebenfalls zu Dank verpflichtet bin ich dem Bankangestellten Walter Ziegler, der als Stadt- und Kreisrat in Rastatt und Leiter des Heimatmuseums, mir mit mancherlei Rat und Unterrichtung beistand. Ebenso gebührt auch Frau Martha Jäger geb. Zipp, Witwe des Oberbürgermeisters Jäger, Rastatt, für die Überlassung eines Bildes des ersten Reichsbankgebäudes mein Dank. Endlich danke ich der Bankangestellten Therese Stephan für die Anfertigung der Maschinenschrift.

Inhaltsverzeichnis und Chronik in Kürze

		Seite
	<u>I. Kapitel</u> - Vorschau	1
1085	Stadt Rastatt	
vom		
20.7. 1765	Entwicklung des deutschen Notenbankwesens	1
bis zum	Das Kaiserreich und die Zeit der Gold-	
14.3. 1875	währung. Reichsbank. Präsident v. Dechend.	2
17. Dez. 1875	Die Reichsbank im Lande Baden	2
	<u>II. Kapitel</u>	
	Bemühungen zur Gründung der Reichsbank-	
	nebenstelle Rastatt - Erster Schritt nach	
	den Reichsbankakten:	4
15.3. 1906	Die Handelsgenossenschaft Rastatt beabsich-	
	tigt, um Errichtung einer Reichsbanknebenstelle	
	in Rastatt nachzusuchen	
	und wie es wirklich nach den Akten der	
	Stadt Rastatt war:	
3.5. 1905	Schreiben des Kaiserl. Bankassessors	
	Clement, Karlsruhe, an den Bürgermeister	
	in Rastatt - ein handfestes Werbeschreiben,	
	von dem man "oben" nichts zu wissen	
	brauchte -	4
	mit den Bedingungen für	5
	1.) freies Lokal für 3 Jahre und dazu	
	Kassendienerwohnung	
	2.) Steuerfreiheit für 3 Jahre	
	3.) Gewinngarantie von M 3000 pro Jahr	
	für 3 Jahre	
	und einem verschämten Hinweis auf den im	
	Hintergrund verharrenden spiritus rector	
	der Aktion, den Kaiserl. Bankdirektor	
	Post, Karlsruhe.	6
	Über das Rentabilitätsstreben der Reichs-	
	bank und die kaufmännische Orientierung	
	ihrer Beamten. Etwas über den Typ des	
	Reichsbankbeamten.	7
16.3.1906	Die erheiternde Antwort des Kaiserl.	
	Bankdirektors Post auf das Schreiben vom	
	15.3.1906 der Handelsgenossenschaft	8
	Rastatt und seine Recherchen über "ein-	
	schlägige Vorgänge"	8
27.4.1906	Die Reichsbankstelle stellt offiziell	
	die Bedingungen, die angeblich für Bühl	
	schon genehmigt seien, nämlich Dienstlokal,	
	Kassendienerwohnung, Steuerfreiheit für	
	3 Jahre	9
16.5.1906	Der Gemeinderat von Bühl schreibt an die	
	Stadt Rastatt, daß ein entsprechendes Ge-	
	such zwar vorliege, ein Beschluß jedoch	
	nicht gefasst sei	9
4.6.1906	Die Handelsgenossenschaft Rastatt stimmt	
	den Bedingungen bis auf die Steuerfrei-	
	heit zu	9

		Seite
Mitte 6. 1906	Der Bankdirektor Post "kriegt die Handelsgenossenschaft herum"	10
7. 7. 1906	Die Handelsgenossenschaft stellt für den 1. Okt. 1906 ein Banklokal nebst Kassendiener-Wohnung im Hause des Herrn Zippin der Kaiser- Ecke Engelstraße zur Verfügung	10
7. 7. 1906	Gesuch der Reichsbankstelle Karlsruhe an das Reichsbankdirektorium Berlin um Errichtung einer Reichsbanknebenstelle in Rastatt	.
16. 7. 1906	Das Reichsbankdirektorium zeigt sich nicht abgeneigt	11
6. 9. 1906	Errichtung der Reichsbanknebenstelle Rastatt. Verfg. d. Rbd. über die Errichtung der einspannigen Nebenstelle Rastatt, die am 3.X.1906 zu eröffnen ist.	12
	Ermächtigung f.d. Bankanstalten zum Ankauf von Wechseln auf Rastatt, die nach dem 2.X. fällig werden.	.
	Anweisung über die Beamten der Nebenstelle.	12
	Einführung des beschränkten Giroverkehrs in Rastatt.	12
	Vorschläge f. Höchstbetrag des bei der Nebenstelle zu haltenden Barbestandes.	13
	Verzeichnis der Diskontkunden, von denen ohne Rückfrage Wechsel angekauft werden können.	13
8. 9. 1906	Präsident Dr. Koch. Verfügung des Präsidenten des Rbd. in der er den Bankkassier Müller, Barmen, als Bankvorstand für Rastatt vorsieht. Hat sich am 28.9. früh bei den Vorstandsbeamten in Karlsruhe zur Information zu melden und sich sodann nach Rastatt zu begeben.	13
	Der Bankvorstand erhält ein Gehalt von jährl. 2.400 M zuzüglich 360 M Mietentschädigung sowie eine Funktionszulage von jährl 600 M, dafür muß er eine Amtskautions von 20 000 M stellen.	14
	Über den Kassendiener Grethe	14
	Gedanken über die Amtskautions und die Tantième.	14
		15

III. Kapitel

	Eröffnung der Reichsbanknebenstelle Rastatt.	
28. 9. 1906	Der Bankkassier Müller in Karlsruhe und Rastatt.	17

	Rastatt ist im Jahre 1906 keine schöne Stadt.	17
	Der Bankvorstand vor seiner neuen Wirkungsstätte.	19
	Das Bankgebäude und die Bankräume	19
	Von der Einrichtung der Bankräume samt den drei Spucknapfen.	20
	Der Geldschrank	20
1. 10. 1906	Übergabe der Geschäfte und Bestände an den Bankvorstand.	20
3. 10. 1906	Die Reichsbanknebenstelle Rastatt öffnet ihre Pforten.	21
	Die ersten Girokunden.	
	Die Post verstärkt schon mit gelben Schecks ihr Girokonto.	21
	Untersuchung über die Postlaufzeiten.	21
	Vom Arbeitspensum eines Bankvorstandes einer "einspännigen" Nebenstelle.	21
	Nur das Rbd. besitzt Schreibmaschinen	22
	Die Reichsbanknebenstelle und das Telefon.	22
19. 10. 1906	Der erste dienstliche Ärger des Rastatter Bankvorstandes = die Rhein. Creditbank zahlt Hartgeld ein und überweist den Gegenwert an ihre Karlsruher Filiale. Wo bleibt da für die Reichsbank das Geschäft ?	
	Gegenmaßnahme: Erhöhung des Mindestsaldos auf dem Girokonto auf 15.000 M	23
	Etwas über die Kosten der Barsendungen von Hartgeld durch die Post und die preußische Sparsamkeit der Reichsbank.	23

IV. Kapitel

	Die Tätigkeit der Reichsbank Rastatt von 1907 bis zum Ende des Kaiserreiches.	
1. 1. 1907	Der Kaiserl. Bankkassier Müller wird zum Kaiserl. Bankvorstand befördert.	
	Diensteinkommen und Besoldungsdienstalter bleiben unverändert.	25
7. 2. 1907	Neue Normen für die Festsetzung der Mindestguthaben auf den Girokonten.	25
	Ein Divisionsküster als Urlaubsvertreter für den Kassendiener.	25

		Seite
18. 5. 1907	Der Bankvorstand Müller erhält einen Urlaub und bedankt sich dafür bei dem Ersten Vorstandsbeamten.	26
	Eine Übergabeverhandlung aus dem Jahre 1907.	26/29
	Etwas über das "Deponenten-Konto"	29
8. 4. 1908	Ein Gesuch um Bewilligung von Fehlgeldern wird abgelehnt.	29
	Reichsbankpräsident Havenstein	29
	Ein Revolver und 6 Patronen werden gekauft.	30
1908	das Jahr des billigen Geldstandes und einer allgemeinen Depression. Die Reichsbank Rastatt verdient nur 21m M.	30
1.10. 1909	Die Bank muß von nun an die Mieten für das Banklokal und die Kassendienerwohnung zahlen.	30
1.10 1909	Umzug der Bank innerhalb des Hauses in größere Bankräume, in eine neue Kassendienerwohnung im Erdgeschoß und Einzug des Bankvorstandes in das Obergeschoß des Hauses.	30
1909	Über die neue Alarmanlage.	30
22.10.1909	Die "Bestimmungen für den inneren Dienst" (der "Hartung"). in 3 Bänden erschienen.	31
1910	Probeweise Dienstschluß an Samstagen um 2 Uhr und was die Reichsbankstelle Karlsruhe daraus für den Bankvorstand ableitet.	31
1911	Die Stadt Baden-Baden mit Sandweier, Haueneberstein und Balg werden aus dem Bankbezirk Rastatt herausgenommen und bilden den neuen Bankbezirk Baden-Baden.	31
1911- 1919	Keinerlei Aktenkunde über die Reichsbanknebenstelle Rastatt.	31

V. Kapitel

	Die Weimarer Republik, der Friedensvertrag von Versailles und die Inflation.	32
	Der Kaiserl. Bankvorstand und Logenbrüder Müller wird Mitglied des Rastatter Arbeiter- und Soldatenrates.	32
1919	Ernst Büttner wird Bankvorstand von Rastatt.	32

	Erste Bemühungen um die Errichtung eines bankeigenen Gebäudes.	32
1921	Reichsbankrat Büttner verlässt Rastatt.	33
1. 7. 1921	Reichsbankrat Dr. Wolter übernimmt die Nebenstelle Rastatt.	33
	Rastatt hat einen kasseführenden Beamten.	33
15.10. 1921	Bericht über die unerträglichen Verhältnisse in den Diensträumen und Wohnungen.	33
10. 1921	Die Stadt bietet ein Grundstück in der Bahnhofstraße zum Preise von M 12.- für 1 qm an (= 41 Goldpfennig)	34
1922	Beginn des Neubaus in der Bahnhofstraße. Bauleiter Regierungsbaumeister Turbau.	34
	Wie das Haus aussah.	34
1923	Die Höhe der Baukosten: Mark 30.932.470.579.799.501,48. - wie diese Zahl zu lesen ist und etwas über den Umgang mit großen Zahlen in Inflationszeiten -	35
1923	Die Geldversorgung durch die Reichsbank.	35
6. 2. 1923	Ein Eilbrief des Bürgermeisters der Stadt Rastatt an das Ministerium des Innern in Karlsruhe über die Zahlungsmittelknappheit.	36

VI. Kapitel

	Die Stabilisierung der Mark.	37
28.11. 1923	Die Wohnungen im neuen Dienstgebäude werden bezogen.	38
1.12. 1923	Umzug der Bank.	38
3.12. 1923	Eröffnung der Schalter im neuen Bankgebäude.	38
1924	Das Geschäftsvolumen der Reichsbank senk, Entlassungen erfolgten.	38
1924	Die Erfahrungen aus der Dienstpraxis während der Inflationszeit führen zu Verbesserungen im Dienstbetriebe.	39

VII. Kapitel

	Im Schatten des Dawes-Planes, Reichsbankpräsident Dr. Schacht	
1924 - 1925	waren geschäftlich gute Jahre der Reichsbanknebenstelle Rastatt	41

1926	Rückschlag für die Wirtschaft des Bezirkes. Von 25 Direktdiskontkunden bleiben nur 16 übrig.	42
	Die Süddeutsche Diskontgesellschaft in Rastatt schliesst ihre Pforten.	42
	Bei der Reichsbank Rastatt waren 4000 Anträge aus der Ablösung der Altbesitz-Anleihen zu bearbeiten.	42
1927 -1928	Fehlende Kontaktmöglichkeiten des Bankvorstandes mit den Firmen des Murgtales.	42

VIII. Kapitel

	Im Zeichen des Young-Planes	
9. 9.1929	Reichsbankrat Hermann wird Bankvorstand in Rastatt.	43
	Die Bediensteten der Nebenstelle.	43
1929	Fusion der Rheinischen-Creditbank und der Süddeutschen Discontogesellschaft.	43
	Brachliegendes Diskontgeschäft der Nebenstelle.	43
1930	Wachsende Wirtschaftskrise mit schrumpfenden Umsätzen und steigender Arbeitslosigkeit.	43
März 1930	Reichsbankpräsident Dr. Luther.	44
1930	Der Einfluß der Politik auf die Wirtschaft.	44
	Die Wirtschaftskrise hilft der Radikalisierung.	44
	Herbstwahlen führten in Rastatt schon vor der Wahl zu einer Vertrauenskrise. Guthaben aus Exporten bleiben im Ausland.	44

IX. Kapitel

1931	Die Bankenkrise und das Ende der Reparationen.	45
1931	Die Devisenzwangswirtschaft und wie sie sich bei der Nebenstelle Rastatt auswirkte.	46
	Personalvermehrung (Walter Ziegler wird Angestellter).	46
1932	Tiefpunkt der wirtschaftlichen Niederganges. Juli - Reichstagswahlen ergeben Mehrheit der radikalen Parteien.	46
	Oasen in der Wirtsachafstswüste des Rastatter Bankbezirkes.	46

	Erneute Personalvermehrung (Angestellter Tobias Adam)	46
	Steigende Stückzahlen bei sinkenden Beträgen lassen den Umsatz 1932 bei der Reichsbank Rastatt um ein Viertel gegenüber 1931 fallen.	47
	<u>X. Kapitel</u>	
1933	Unter Hitler's Macht.	48
	17.3.33 Dr. Schacht wieder Reichsbankpräsident.	48
	Erst im 2. Halbjahr 1933 nur geringfügige Steigerung der Umsätze.	48
	Devisenbewirtschaftung und Volksverratsgesetz.	48
	Personalvermehrung (Stenotypistin Mayer, später verw. Kostelnik jetzt Wagner)	48
1934	Belebung des Inlandsgeschäftes.	48
	Flüssige Banken machen der Reichsbank Direkt-Diskontkunden abspenstig.	49
	Erneute Unannehmlichkeiten mit der Devisenbewirtschaftung.	49
	Klägliches Ergebnis des "Volksverratsgesetzes" im Bezirk Rastatt.	49
	<u>XI. Kapitel</u>	
1935 - 1936	Die Aufrüstung; günstige Einflüsse im Murgtal, aber Rastatt und die Rheinniederung ziehen als "Rote Zone" wenig Nutzen daraus.	50
7. 3. 1936	Rastatt wieder deutsche Garnison	50
	Die Bediensteten der Nebenstelle.	50
1936	Scheinbare wirtschaftliche Besserung in Rastatt.	51
	Murgtalindustrien gut beschäftigt.	51
	Noch zwei jüdische Handelsfirmen diskontieren direkt bei der Nebenstelle.	51
	Devisenzwangswirtschaft und Devisenhunger.	51
	Sinkendes Diskontgeschäft der Nebenstelle.	51
1937	Anstieg des Gesamtumsatzes der Nebenstelle nur um 6,6 %.	51
	Nur noch ein jüdischer Diskontant.	52
	Rohstoffknappheiten treten auf.	52

1938	Das Jahr der Tschechenkrise. Zunahme des Gesamtumsatzes der Nebenstelle um 23 %.	52
	Erstmals seit 12 Jahren kräftige Vermehrung des Notenbankumlaufes von 4-5 Milliarden auf 8 Milliarden RM. Die Finanzierung der Wehrmacht wird sichtbar.	52
	Exportrückgänge.	52
20. 1. 1939	Reichsbankpräsident Dr. Schacht von Hitler abberufen, mit ihm scheiden u.a. auch Vocke und Blessing aus dem Rbd. aus.	53
	Neuer Präsident Funk, Vizepräsidenten etwas später Puhl und Lange.	
15. 6. 1939	Gesetz unterstellt die Reichsbank wieder dem Reichskanzler. Die nunmehr "Deutsche Reiskbank" verlor damit völlig ihre Unabhängigkeit.	53
8. 1939	Reichsbankrat Hermann - Leiter der Reichsbanknebenstelle Rastatt - verstorben.	53

XII. Kapitel

Der zweite Weltkrieg

	Lage der Wirtschaft des Bezirkes Rastatt vor und während dem Beginn des Krieges.	54
3. 9. 1939	Freimachungen.	54
4. 9. 1939bis	Die Nebenstelle Rastatt wird nach	
6. 9. 1939	Stuttgart verlegt.	54
7. 9. 1939	Die Nebenstelle wieder in Rastatt.	54
	Leiter der Reichsbanknebenstelle Rastatt: Reichsbankrat Pöhls.	55
	Die Bediensteten der Nebenstelle.	55
	Als Zivilist im Frontbereich.	55
	Aufschubgewährung bei Wechseleinlösungen.	56
	Über die Kurssicherung der Forderungen gegenüber Kunden im feindlichen Ausland.	56
	Wertpapier- und Kassengeschäfte.	56
	Wehrwirtschaftliche Maßnahmen brachten der Industrie der "Roten Zone" Not.	57
12. 1939	Die Bevölkerung kehrt nach Rastatt zurück.	57
16. 5. 1940	Rastatt wird beschossen.	57
17./18.5.1940	Nächtliches Artilleriefeuer auf Rastatt.	58

18. 5. 1940	Erneut werden die Familienangehörigen der Bediensteten evakuiert.	59
	Fall der Maginot-Linie	59
	Umstellung der Industrie auf die Kriegsproduktion.	59
bis 12. 1939	Dienstliche Antrittsbesuche.	60
	Wie ich während des Krieges zu den ungeschminkten Wirtschaftsberichten des Kreises Rastatt einschl. Baden-Baden kam.	60
1940 / 1941	Keine Abweichungen des Wirtschaftsablaufes im Rastatter Bezirk von der Reichsentwicklung mehr.	61
	Keine Wiederanknüpfung alter wirtschaftlicher Fäden mit dem Elsaß.	61
	Rationalisierung bei den Banken	61
	Wirtschaftliche Schwierigkeiten.	61
15.12. 1940	Fräulein Mayer heiratet und scheidet aus dem Dienst aus.	62
2. 1. 1941	Obergeldzähler Bühler geht als Sekretär nach Metz.	62
Anfang 1941	Der Reichsbankrat Pöhls und der Reichsbankinspektor Radtke melden sich zum Kolonialkurs.	62
März/Apr. 1941	Im Schulungshaus der Reichsbank in Berlin-Wannsee.	63
	Autoführerscheine, Reiten und Schießen auf Bankkosten.	63
Juni 1941	Der Russlandfeldzug.	64
1941/ 1942	Ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene in der Industrie.	64
	Papierkrieg.	64
1943	In der Industrie 2/3 Ausländer, die immer schwieriger zu nehmen sind.	65
	Ein Bericht der Nebenstelle an das Rbd. über Korruptionsfälle bei Reichsstellen und sonstigen Zuteilungstellen.	65
	Die Aktienablieferungsaktion erregt Unmut.	66
31. 3. 1943	Im Zuge der Bankenrationalisierung wird die Deutsche Bank in Gernsbach geschlossen.	66
	Die Geldentwertung wird offenkundig.	66
1944	Der Krieg kommt nach Rastatt.	66
31. 8. 1944	Der Reichsbankrat Pöhls kommt zur Luftwaffe.	66

	Fräulein Stephan wird dienstverpflichtet.	66
Ende 11.1944	Neuerliche Evakuierung der Frauen und Kinder.	66

XIII. Kapitel

	Verlegung der Reichsbanknebenstelle Rastatt nach Karlsruhe.	67
	Das Bankgebäude seit 17.12.44 durch Artillerie und Bomber beschädigt.	67
7. 1. 1945	Der Obergefreite Pöhls auf "Bombenurlaub". Bombenteppich auf Rastatt.	67 68
	Bemühungen um die Einrichtung eines Notbetriebes der Reichsbank in Rastatt.	69
10. 1. 1945	Baubesichtigung in Rastatt.	70/72
13. 1. 1945	Bericht des Reichsbankrates Pöhls über die bisherigen Bemühungen zur Vorbereitung der Wiedereröffnung der Reichsbank Rastatt	72/75
18. 1. 1945	Bericht der Reichsbankstelle Karlsruhe betr.: Reichsbanknebenstelle Rastatt "Leider hat sich die ganze Mühe als umsonst erwiesen".	76
12. 2. 1945	Erneuter Bericht der Reichsbankstelle Karlsruhe. Der Gedanke der Rückführung der Nebenstelle nach Rastatt wird aufgegeben.	77 77/78

XIV. Kapitel

9. 5. 1945	Unter den Besatzungsmächten.	
27. 6. 1945	Rückkehr der Nebenstelle nach Rastatt zur Miete in das Haus Kaiserstr. 36 Leiter: Reichsbankoberinspektor Zilling	79 79
	Anmeldungen und Ablieferungen auf Grund der Militärgesetze.	79
1.11. 1945	Reichsbankrat Heberer Leiter der Reichsbanknebenstelle Rastatt	80
1946	Im Wirtschaftsbericht der Reichsbanknebenstelle Rastatt ist ein ganzer Absatz Gott gewidmet.	80
	Wirrwar.	80
1946	Das Bild der Industrie des Rastatter Bezirkes.	81/82
	Keine Besserung der Verhältnisse, sondern Stillstand und Rückschritt.	83

	Leitstelle der Reichsbankanstalten der französischen Besatzungszone in Speyer.	84
28. 2. 1947	Das Ende der Reichsbank	84

XV. Kapitel

28. 2. 1947	Die Landeszentralbank von Baden Sitz des Vorstandes in Freiburg.	85
	Erster Vorstandsbeamter der vorge- setzten Hauptzweigstelle Offenburg Dr. Fischbach.	85
	Gründung der Bank deutscher Länder.	85
	Der Wirtschaftsbericht des Jahres 1947 stellt kaum nennenswerte Verände- rungen fest.	85
20. 5. 1948	Leiter der Zweigstelle Rastatt: Bankrat v. Mittelstaedt.	85

XVI. Kapitel

20. 6. 1948	Die Wende der Volkswirtschaft und die Genesung der westdeutschen Bevölke- rung.	86
	Währungspolitik, Bizone, Jeia.	86
	Erfreuliche Entwicklung nach der Währungsreform und unliebsame Nebenerscheinungen.	86
	Die Industrie des Bankbezirkes Ende 1948.	87
	Die Kreditinstitute nach der Währungs- reform.	88
	Die Arbeit bei der Zweigstelle Rastatt	88
1949	Stromeinschränkungen, Kohlenknappheit, Kreditrestriktion und Kurzarbeit, Ab- satzkrise bei der Industrie.	88
	Abwertung des englischen Pfunds und der D-Mark und ihre Folgen.	89
29. 8. 1949	Aufnahme des Bankbetriebes der Zweigstelle Rastatt in den wieder- hergestellten Räumen des Bankgebäu- des in der Bahnhofstraße 25.	
	Herr v. Mittelstaedt übernimmt Baden-Baden und übergibt Rastatt an den Reichsbankrat a.D., Bank- oberinspektor Pöhls.	89
	Anstelle einer nicht vorgesehenen offiziellen Einweihungsfeier findet nur eine private Feier der Bedienste- ten statt.	89

12. 1949	Die Kosten des Wiederaufbaues der Bank betragen DM 199.544.84.	90
	Das Personal der Zweigstelle Ende 1949	90
1950	ab Mai Rückgang der Arbeitslosen.	90
	Korea-Konflikt und Labilität des deutschen Wirtschaftsgefüges.	90
	Schnelle Rückkehr des Vertrauens und neuer Aufschwung.	90
	Höhere Umsätze bei der Zweigstelle, täglich ein bis eineinhalb Überstunden.	90
1951	Kreditrestriktion und Bardepots engen Importe ein und bessern die Zahlungsbilanz.	90
	Rohstoffknappheiten, hohe steuerliche Lasten, Fehlen eines funktionsfähigen Kapitalmarktes.	91
	Investitionshilfe.	91
	Die Oberrheinische Bank (Deutsche Bank) nützt ihr Recht auf Eröffnung einer Filiale in Rastatt nicht aus.	91
	Geschäftszunahme bei der Zweigstelle.	91
1952	Uneinheitliche Entwicklung der Wirtschaft im Bankbezirk Rastatt.	91
	Der Zweigstelle Rastatt wurde die 8. Kraft erneut abgelehnt.	
	Ende 1952 Zusammenschluß der 3 südwestdeutschen Landeszentralbanken zur Landeszentralbank von Baden-Württemberg.	92
	Präsident Dr. Pfeleiderer, Vizepräsident Dr. Möckel, Vorstandsmitglied Dr. Frede.	92
	Loffenau kommt zum Rastatter Bezirk.	92
	Rastatt wieder Karlsruhe unterstellt, Erster Direktor Bankdirektor Raschke.	92
1953	allgemein besser als 1952.	93
	Bei der Zweigstelle Rastatt stiegen die Umsätze insgesamt um 7 %.	
1954 / 1956	Jahre guter Entwicklung.	93
	Die Lohn-Preis-Spirale ist im Gespräch, die Kaufkraftparität des Sparkapitals sinkt.	94
	Die Zweigstelle Rastatt nahm am allgemeinen Aufstieg nicht im Verhältnis zum wirtschaftlichen Aufschwung teil und warum es so war.	95
	Maschinelle Neuausrüstung der Zweigstelle.	95

	Das Personal der Zweigstelle Ende 1955.	95
8. 1956	Eröffnung der Filiale Rastatt der Rhein-Main-Bank (Dresdner Bank).	95
	Errichtung der Abrechnungsstelle Rastatt, die Kreditinstitute behalten ihr eigenes Abrechnungsverfahren bei.	96
<u>XVIII. Kapitel</u>		
1. 8. 1957	Deutsche Bundesbank	97
	Landeszentralbank in Baden-Württemberg Zweigstelle Rastatt der Deutschen Bundesbank	97
	Hauptverwaltung Stuttgart Präsident Dr. Pfeleiderer, Vizepräsi- dent nach der Pensionierung Dr. Möckels ist Dr. Frede. Nach dem frühen Tode des Vorstandsmit- gliedes Sandler hat Herr Lucht seinen Platz eingenommen.	97
	Fortfall des Direkt-Diskontgeschäftes jetzt auch bei den Bankanstalten der ehemaligen französischen Zone.	97
	Günstige allgemeine wirtschaftliche Lage.	97
	Schaub-Lorenz errichtet Zweigwerk in Rastatt.	98
11. 7. 1957	Eine dritte Zählkraft wurde der Zweig- stelle bewilligt.	98
1. 1958	Das Problem der Banküberfälle wird im Bericht behandelt. Erster Direktor Karlsruhe Bankdir. Hecker Der Außenanstrich des Gebäudes wird erneuert.	98 99 99
	Jeder dritte Samstag bei der LZB. arbeitsfrei.	99
1959	Hochkonjunktur.	99
	Die Bediensteten der Zweigstelle Ende 1959.	100
12. 1959	Heuerliche Eingabe wegen des Problems der Banküberfälle und den Gebrauch der Schußwaffen.	101
1960	Arbeitskräftemangel bei der Wirtschaft des Bezirkes.	101
	Gute Beschäftigung	102
	Wettbewerbskampf der Banken.	102
	Zunahmen bei der Zweigstelle.	102

Herbst 1960	Auseinandersetzung der Zweigstelle mit der wiedererstandenen Schützen-gesellschaft wegen der seitherigen Benutzung des Schießstandes.	103
1961	Allgemein gute wirtschaftliche Entwicklung ohne einheitliches Bild, Abschwächung der Konjunktur.	103
6. 3. 1961	Aufwertung der D-Mark um 4,762 %.	104
	Unterschiedliche Auswirkungen im Bezirk.	104.
13. 8. 1961	Der Bau der Berliner Mauer und die Auswirkungen in Rastatt.	104
1961	Die elsässischen Arbeiter in Deutschland.	104
	Verdoppelung des Schaub-Lorenz-Werkes.	104
	Industrielage.	105
	Die Lage der Kreditinstitute.	105
	Gehalts- und Lohnkonten.	105
1. 7. 1961	Samstags bleiben die Landeszentralbanken geschlossen.	106
	Erhöhung der Umsätze der Zweigstelle um 14 %.	106
	Starker Wechsel beim Personal.	106
1962	Noch gute, aber recht uneinheitliche Entwicklung der Wirtschaft.	106
	Fremdländische Arbeitskräfte.	106
	Der Aufschwung der Stadt Rastatt seit 1906.	107
Mai 1962	Die Commerzbank eröffnet eine Filiale in Rastatt.	107
1962	Erhöhung des Umsatzes der Zweigstelle um 13 %.	108
23.10.1962	Wesentliche Entlastung des Personals durch Zuweisung einer De la Rue-Paniergeldzählmaschine und einer neuen Hartgeldzählmaschine.	109
1963	Erstmals seit 1950 fand bei der Zweigstelle keine nennenswerte Erhöhung der Gesamtumsätze statt und die Gründe dafür	109
	Erneuerung des Bodenbelages. Umwandlung der kokscentralheizung in eine moderne automatische Ölheizung.	109

	Seite
1963	
Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung im Bezirk.	109
Der Kreis Rastatt im Jahre 1963 - Fläche, Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahlen.	
Das Vermögen der Stadt Rastatt	110
Industrielle Neuansiedlungen.	110
Die Wirtschaft in Rastatt 1875 und 1963.	110
Die Wirtschaft im übrigen Bezirk 1963	111
Kreditinstitute und Bankenaufsicht 1963	112

XVIII. Kapitel

Bankbezirkliche Besonderheiten: Murgschifferschaft.	114
Obereigentum in Hundsbach.	114
Französischer Kommunalbesitz auf deutschem Boden.	115

XIX. Kapitel

Schlußbetrachtung.	116
--------------------	-----

Anhang

Episoden aus der Zeit der galloppierenden Inflation (1923).	123
---	-----

I. Kapitel Vorschau

S t a d t R a s t a t t. Die erste urkundliche Erwähnung datiert aus dem Jahre 1085. Stadtrechte erhielt der Platz im Jahre 1697.

In diesem März des Jahres 1714 gedachte man in Rastatt der 250. Wiederkehr des Tages, der Rastatt auch in einem größeren Rahmen erstmals bekannt werden ließ: des Friedensschlusses von 1714. Nach langwierigen Verhandlungen des Prinzen Eugen mit dem französischen Marschall Villar bedeutete der Vertrag von Rastatt das Ende des Spanischen Erbfolgekrieges.

Die an den Vertrag geknüpften Hoffnungen auf eine dauernde europäische Verständigung erfüllten sich nicht. Schon im Jahre 1799 fand abermals ein Friedenskongress im gleichen Rastatter Schloß statt, das hundert Jahre zuvor der militärische Vorgänger des Prinzen Eugen, der Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden - genannt der "Türkenlouis" - sich hatte erbauen lassen. Der Kongress von 1799 mußte ergebnislos abgebrochen werden. Auf dem Rückweg nach Frankreich wurden, unweit von Rastatt, zwei der drei französischen Gesandten ermordet.

Das dritte Mal nahm die Umwelt von Rastatt im Jahre 1849 Kenntnis, als hier der letzte Widerstand der 48er Revolutionäre von den preußischen Truppen gebrochen wurde. Einer der wenigen, die aus der Festung entfliehen konnten, war der Student Karl Schurz, der nach Amerika emigrierte. Er stieg zu einem der bedeutendsten Politiker der Vereinigten Staaten während jener Zeit auf.

E n t w i c k l u n g d e s d e u t s c h e n N o t e n - b a n k w e s e n s. Am 20. Juli 1816 wird sich zum 200. Male der Tag jähren, an dem die Königliche Giro- und Lehn- Bank in Berlin ihre Tätigkeit aufnahm. Sie war eine Gründung Friedrichs des Großen. Die "Königliche Bank" hatte schwere Jahre vor und während der napoleonischen Kriege zu bestehen. Nach den Befreiungskriegen war sie konkursreif. Doch ihre einzige Aktiva von Gewicht, ihr in all den Jahren erworbenes großes Ansehen, verhalf

ihr dazu, in jahrzehntelangem Kampf ihren Verpflichtungen nachzukommen, (14) "bis sie schließlich sogar im Stande war, die bedeutsamen volkswirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen, die ihr ihr großer Gründer zugeordnet hatte, Das preußische Beamtentum jener Zeit hat sich damit ein glänzendes Befähigungszeugnis ausgestellt".

Um das Jahr 1840 begann in den deutschen Ländern mit dem Übergang vom Agrarstaat zu einem der größten Industrieländer der Welt eine neue Wirtschaftsepoche. Die Saat eines Friedrich List trug Früchte. Seit dem 1. Januar 1834 waren durch den Deutschen Zollverein die meisten binnendeutschen Zollgrenzen gefallen. 11 Jahre später sollten sie praktisch für einige traurige Jahre wieder errichtet werden. Der Fall der Zollgrenzen im Verein mit dem Aufkommen der Eisenbahn waren wesentliche Kraftquellen für die Industrialisierung. Das damals wenig entwickelte Geld- und Kredit-system war den Ansprüchen nicht gewachsen. Abhilfe versprach man sich von einer leistungsfähigen Notenbank. In Preußen geschah das durch die Umwandlung der "Königlichen Bank" in die "Preußische Bank", die am 1. Januar 1847 ihre Tätigkeit aufnahm.

Das Kaiserreich und die Zeit der Goldwährung. Die siegreiche Beendigung des deutsch-französischen Krieges im Jahre 1871 verlieh der Wirtschaft des neuen deutschen Kaiserreiches einen starken Auftrieb. Die Industrialisierung Deutschlands wuchs und das Reich trat in die Reihe der Weltmächte. Der wirtschaftlichen Entwicklung hinderlich war die Vielfalt der Währungen der deutschen Einzelstaaten; so erwies sich jetzt eine Währungsreform als notwendig. Dieser Anlass wurde benutzt um von der Silberwährung zur Goldwährung überzugehen. Die "Mark" wurde eingeführt. Den Schlußstein der Währungsreform bildete das Bankgesetz vom 14. März 1875, das die "Preußische Bank" zur Bank des Reiches unter dem Namen "Reichsbank" umgestaltete. Ihr erster Präsident war Herr v. Dechend.

Die Reichsbank im Lande Baden. "Die hiesige Handelskammer," schrieb der Stadtrath der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe unter dem 15. April des Jahres 1875

an den verehrlichen Gemeinderath in Rastatt, " hat Schritte gethan, um eine Filiale der deutschen Reichsbank hierher zu bekommen." In diesem Schreiben (1), das gleichen Inhaltes auch an die Städte Baden-Baden, Bruchsal, Durlach, Ettlingen, Gernsbach, Kehl, Lahr und Offenburg gerichtet war, bat der Karlsruher Stadtrat um Teilnahme an einer Besprechung über diesen Gegenstand.

Man versammelte sich wenige Tage später, am 25. April im Karlsruher Rathaus. Für die Stadt Rastatt nahm der Gemeinderat Zopf teil. Nach den auf dieser Versammlung gefassten Beschlüssen, übersandte der Gemeinderat der Stadt Rastatt eine leider nicht erhalten gebliebene Darstellung der Rastatter Handelskammer über den Rastatter Geschäftsverkehr, "behufs der Aufnahme in die Motivierung des Karlsruher Gesuches an das königl.preuss. Hauptbankdirektorium." Überliefert wurde nur der Steuerregister-Hebesatz des Jahres 1875 der Stadt Rastatt mit M 4.291.190.- neben einer Aufzählung mehrerer größerer Brauereien, zweier Herdfabriken und einer Tabaks- und Cigarrenfabrik, die zu der Zeit ihr Gewerbe in Rastatt betrieben.

Auf Grund § 36 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 beschloss der Bundesrat mit Bekanntmachung vom 17. Dezember 1875 (Zentralblatt f.d.Deutsche Reich S 802) u.a. die Umwandlung der Preußischen Bank-Kommandite in Karlsruhe in eine Reichsbankstelle.

Damit schließt für Rastatt das Kapitel I "Reichsbank im Lande Baden."

Nach dem Carlsruher Adressbuch - Stand vom 1. Januar 1876 - befanden sich die Geschäftsräume der "Kaiserlich deutschen Reichsbank" im Hause Friedrichsplatz 10.

Direktoren waren:

Friedr. Otto Puch, Bankdirektor, Langestr. 157

und ein Herr Strücker (näheres unbekannt)

II. Kapitel

Bemühungen zur Gründung der Reichsbanknebenstelle Rastatt. Durch alle Fährnisse der vergangenen 58 Jahre blieb ein Aktenstück der Reichsbankstelle Karlsruhe erhalten, das die Angelegenheiten der Reichsbanknebenstelle in Rastatt und ihrer Beamten während der Zeit vom 16. März 1906 bis zum 31. Dezember 1910 in Dokumenten enthält (2). Das erste Schriftstück dieser Akte ist am 15. März 1906 von der Handelsgenossenschaft Rastatt an die Reichsbank Karlsruhe gerichtet. Es beginnt mit den Worten: "Die Handelsgenossenschaft der Stadt Rastatt beabsichtigt, um Errichtung einer Reichsbanknebenstelle für Rastatt und Umgebung (Murgtal) nachzusuchen & bitten wir daher andurch ergeb. uns zu diesem Behufe die diesbezüglichen Bedingungen aufzugeben."

Damit hat der Leser den Eindruck, die Stadt Rastatt - vertreten durch ihre Handelsgenossenschaft - empfinde von sich aus das Bedürfnis, die Reichsbank innerhalb ihrer Mauern zu haben.

Eine Akte der Stadt Rastatt "Die Errichtung einer Reichsbanknebenstelle in Rastatt betr." (3) enthält als erstes Schriftstück ein gut ein Jahr älteres, vertrauliches Schreiben vom 3. März 1905 des Kaiserl. Bank-Assessors Clement - also des II. Vorstandsbeamten - der Reichsbankstelle Karlsruhe, gerichtet an den Herrn Bürgermeister in Rastatt, das den Hergang der Ereignisse berichtet. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Vertraulich

Karlsruhe, d. 3. März 1905
Reichsbank

Sehr verehrter Herr Bürgermeister!

Gestatten Sie mir freundlichst, Ihre Aufmerksamkeit im Interesse Ihrer Stadt auf die Einrichtung einer Reichsbanknebenstelle zu richten.

Wie Sie wissen, haben wohl die meisten Städte von irgend welcher

Bedeutung eine Reichsbanknebenstelle erhalten. Die Initiative dazu muß aber von Seiten des Publikums erfolgen, der die Bankverwaltung bereitwilligst entgegenkommt. Daß Rastatt mit seiner Industrie und seinem bedeutenden Hinterlande noch nicht hervorgetreten ist, hat mich bisher gewundert, zumal eine sehr große Reihe viel kleinerer Städte ohne nur annähernd die gleiche Bedeutung wie Rastatt zu besitzen, schon längst diese wohltuende Einrichtung erhalten haben.

Alle Bedenken, die engherzige "Konkurrenz" auch wo anders empfunden hatte, sind jedesmal ins Gegenteil umgeschlagen, da von der Reichsbank auch der Bankier, von Handel und Industrie ganz zu schweigen, seinen großen Vorteil hat. Die Reichsbank verlangt nun in der Regel erst eine gewisse Probezeit, z.B. 3 Jahre. Für diese Zeit muß sich eine Vereinigung von Kaufleuten pp und die Stadtverwaltung zu bestimmten Lasten verpflichten; meist wird bedingt: Freies Lokal für 3 Jahre (Dienstzimmer u. Sprechzimmer, evtl. noch für den Kassendiener eine daran anschließende Wohnung von 3 Zimmern, Küche pp) Steuerfreiheit für 3 Jahre
Garantie von M 3000 pro Jahr, auch für 3 Jahre.

Das letztere würde für Rastatt kaum ins Gewicht fallen, da schon die jetzigen Verbindungen einen großen Anteil der Garantie aufbringen.

Ueber diese Tantiemegarantie würde ich Ihnen evtl. noch näheren Aufschluß erteilen, ich will heut nur kurz anführen, daß die neue Nebenstelle einen Bruttogewinn von ca. 35000 M nur zu erzielen hat, um die zu berechnende Tantieme ohne Hilfe der Garantiezeichner für sich allein aufzubringen. Bringt sie weniger auf, so wird der fehlende Betrag pro rata der Zeichnung vom Garanten eingezogen.

Wenn Sie sich also dafür interessieren, und ich setze das bei Ihrer Persönlichkeit voraus, so rufen Sie doch einmal die dortigen Handels- u. Gewerbetreibenden und sonstigen Freunde des Aufblühens von Rastatt zusammen, stellen Ihnen vor, daß Rastatt, ebenso wie viele andere, noch dazu erheblich kleinere Städte (Verzeichnis liegt anbei) nunmehr sich eine Rbk-Nebenstelle zulegen muß. Nach Ablauf von 3 Jahren würde die Kommune in der Bank eine gute Steuerzahlerin haben, ganz abgesehen davon, daß Rastatt

in der Handelswelt, endlich in den Kreis der Bankplätze trete und dadurch schon an Ruf und Bedeutung gewänne. Nennen Sie dann den Interessenten die vorgenannten drei Punkte u. fordern sie auf mit einem gewissen Betrage sich zu verpflichten. Die 3000 Mark sind vermutlich bald gezeichnet, wenn Sie auch nur 100 M u. 50 Markweise zusammenkommen. Sollte ein Rest sein, kann ihn ja die Stadt übernehmen, da diese später eventuelle Auslagen durch die Steuer nach dem 3. Jahre in reichstem. Maße wieder reinbekommt. Mit dem Resultate machen Sie uns bekannt, u. sollten Sie noch irgend etwas wissen wollen, so sind ja die Städte Karlsruhe u. Rastatt nicht so weit entfernt, man kann sich ja schnell sprechen. Etwaige Korrespondenzen bitte ich an die Reichsbankstelle Karlsruhe zu richten, falls schon greifbare Resultate vorhanden sind; vorher bin ich persönlich gern bereit, weitere Auskunft zu geben, falls Sie nicht noch besser Herrn Bankdirektor Post befragen wollen.

Ich würde mich außerordentlich freuen, wenn diese meine Anregung bei Ihnen auf einen fruchtbaren Boden fallen würde. Sollten Sie eine Bestätigung der Vorteile einer Reichsbanknebenstelle wünschen, so schreiben Sie doch, bitte einmal an den Herrn Oberbürgermeister Dr. Antoni in Fulda, der s.Z. auch viel dafür gekämpft hat und nun die größte Genugtuung empfindet.

Mit dem Ausdruck meiner Hochachtung zeichne ich mich als

Ihr

ergebenster

gez. Clement

Kaiserl. Bank-Assessor

Rastatt, 7. April 1905

GRPr. No. 530

Nach Bekanntgabe in heutiger GRSitzung

Beschluß:

Vorlage zur nächsten Gderatssitzung

GRat.

gez. Bräunig

Dem Notenbankmann von heute fällt an diesem Schreiben insbesondere das unverkennbare Rentabilitätsstreben auf, das damals bei dem Betrieb einer Notenbankniederlassung eine wesentliche Rolle spielte.

Wenngleich die Reichsbank in ihrer Eigenschaft als einer juristischen Person mit einem in privatem Besitz befindlichen Kapital vermögensrechtlich vom Reichsfiskus getrennt war, stand sie doch unter der Aufsicht und Leitung des Reiches (Bankgesetz vom 14.3.1875 § 12). Die dem Reiche zustehende Leitung der Bank wurde vom Reichskanzler und unter diesem von dem Reichsbankdirektorium ausgeübt (a.a.O. § 26). Die Reichsbank hatte den Charakter einer öffentlichen Behörde.

Trotz diesem Behördencharakter der Reichsbank und trotz der Stellung als mittelbare Reichsbeamte waren die kaufmännischen Bediensteten der Reichsbank betont kaufmännisch orientiert, ohne dabei die traditionell überkommenen guten Eigenschaften des preußischen Beamtentums - getreue Pflichterfüllung, Sorgfalt, Sparsamkeit - aufgeben zu haben. Preußisch waren sie, neben dem Erbe aus der "Königlichen Bank", durch den unverkennbaren Einfluß Berlin's, nicht nur durch die Leitung, die Verfügungen, sondern auch durch die häufigen Versetzungen unter Einfluß der Hauptbank. Der Fleiß des Weltstädtlers, sein Tempa, aber auch seine Schnodderigkeit und sein Humor hatten einen Einfluß auf die kaufmännische Reichsbankbeamtenschaft, die mit ihren buntgewürfelten Landsmannschaften das ihre zu dem Typus des Reichsbankbeamten beitrugen. De jure waren sie Beamte, de facto waren sie Kaufleute - eine arbeitssame, lebensbejahende, ja zuweilen überschäumende Gesellschaft von Männern, die kaum Besseres als ihre Arbeit kannte. Man war stolz darauf, Reichsbänkler zu sein.

Kehren wir zurück zu dem vorerwähnten Schreiben des Kaiserl. Bankassessors Clement. Nach den Richtlinien der Bank sollte der Anstoß zur Neugründung einer Zweigstelle von außen her kommen. Und da man im Falle Rastatt von außen nicht kam, ergriffen eben die Vorstandsbeamten der Reichsbankstelle Karlsruhe die Initiative - wobei nach außen hin der I. Vorstandsbeamte völlig im Hinter-

grund blieb - und brachten schließlich damit ein Jahr später den Stein ins Rollen. Der Stein war jenes im Anfang dieses Kapitels zitierte Schreiben der Handelsgenossenschaft Rastatt vom 15. März 1906, in dem sie nun um die Errichtung einer Reichsbanknebenstelle in Rastatt nachsuchte.

Die Antwort (2) des Herrn Kaiserl. Bankdirektors Post vom 16. März 1906 auf dieses Gesuch der Handelsgenossenschaft entbehrt für den jetzt über die Vorgänge unterrichteten Leser nicht der Heiterkeit, beginnt sie doch mit dem schönen Satze: " Auf das gef. Schreiben vom 15. ds. Mts. erwidern wir Ihnen ergebenst, daß wir nicht abgeneigt sind, der Frage wegen Errichtung einer Reichsbanknebenstelle in Rastatt näher zu treten, sobald wir die Überzeugung gewonnen haben, daß eine solche in Rastatt und seiner Umgebung auch ein erspriessliches Feld der Tätigkeit finden wird".

Das legt der Kaiserl. Bankdirektor Post handschriftlich als Konzept in seiner stark rechtsgeneigten deutschen Schrift nieder, die deshalb so schwer lesbar ist, weil er nur die Abstriche schreibt, die Aufstriche aber, gleichsam im Fluge der Gedanken, fortläßt. Im weiteren Verlaufe seines Schreibens lädt er einige der interessierten Rastatter Persönlichkeiten zu einer Unterredung nach Karlsruhe ein,

Gleichzeitig erkundigt er sich bei seinem Kollegen in Freiburg über dessen Erfahrungen bei Neugründungen. Der antwortet ihm am 23. März 1906 folgendes (2) :

"Lieber College.

Die Nebenstelle in Radolfzell ist vorerst noch ein Phantasiegespinnst: so schnell schießen die Preußen nicht. Später - vielleicht.

Im übrigen habe ich bei Errichtung von Nebenstellen zur Bedingung gemacht

a) freies Dienstlokal im Rathause, 2 Zimmer.

b) Steuerfreiheit, auf mindestens 3 Jahre beides.

Aus den 3 Jahren sind aber bei Säckingen & Waldkirch 9 geworden.

Auf Garantien lassen sich die Leute hier nicht ein.

Mit recht herzlichem Händedruck

Ihr
Unterschrift
(unleserlich)

In einem Schreiben (3) vom 27. April 1906 der Reichsbankstelle Karlsruhe J.Nr. 2352 an die Handelsgenossenschaft der Stadt Rastatt wird die Befürwortung der Errichtung einer Reichsbanknebenstelle in Rastatt von drei Bedingungen abhängig gemacht:

1. ein Dienstlokal in guter Geschäftslage, bestehend aus Kassen- und Sprechzimmer.
2. eine für drei Jahre frei zur Verfügung gestellte Wohnung für einen verheirateten Kassendiener (3 Zimmer, Küche, Keller, Bodenkammer pp., möglichst an das Banklokal anstoßend.)
3. Befreiung der Bank von allen städtischen Abgaben für drei Jahre.

Unter diesen Bedingungen sei die Reichsbanknebenstelle in Bühl genehmigt worden und man zweifele nicht, daß das Reichsbankdirektorium auch für Rastatt die gleichen Bedingungen akzeptieren wird, vorausgesetzt, daß überhaupt die Lebensfähigkeit einer Reichsbanknebenstelle an dortigem Platze nachgewiesen wird.

Ein Schreiben (3) des Gemeinderates der Amtsstadt Bühl vom 16. Mai 1906 Nr. 1165 hingegen berichtet der Stadt Rastatt, daß ein von dem Komitee zur Errichtung gedachter Stelle an den Gemeinderat ergangenes Gesuch um einen Zuschuß, oder Gewährung von Umlagefreiheit zwar vorliege, ein Beschluß jedoch noch nicht gefasst sei.

Darauf schrieb die Handelsgenossenschaft Rastatt am 4. Juni 1906 Nr.291 an die Reichsbankstelle (2) , man habe in Verhandlungen mit der Stadtverwaltung die gestellten Bedingungen bis auf Pos. 3 für ausführbar befunden. Man glaube, die Reichsbankstelle könne daraufhin die Genehmigung beim Reichsbankdirektorium ersuchen bzw. befürworten, zumal sich bisher 30 Firmen in die provisorische Liste eingetragen hätten.

Eine klärende Besprechung, insbesondere auch über die Pos. 3, hielt man Mitte Juni 1906 in Rastatt mit dem Bankdirektor Post ab. Dem zähen Verhandlungsgeschick des Herrn Post muß es gelungen sein, die Herren von der Handelsgenossenschaft umzustimmen. Am 3. Juli 1906 bekundet die Handelsgenossenschaft (2) der Reichsbankstelle ihr Einverständnis mit allen drei Bedingungen. Erleichtert wurde der Handelsgenossenschaft ihr Entschluß durch einen Beschluß des Gemeinderates Rastatt vom 22. Juni 1906, zufolge dem der Handelsgenossenschaft Rastatt für den Fall der Errichtung einer Reichsbanknebenstelle für die Dauer von 3 Jahren einen Zuschuß von 600 Mark jährlich zugesichert wurde. Dem Beschluß stimmte der Bürgerausschuß am 16. Oktober 1906 zu.(3)

Am 7. Juli 1906 (2) erklärte die Handelsgenossenschaft ferner, daß der Bank am 1. Oktober die von Herrn Zipp anzumietenden Räume zur Verfügung stünden. Ebenfalls am 7. Juli 1906 wurde von der Reichsbankstelle Karlsruhe (2) das Gesuch um Errichtung einer Nebenstelle in Rastatt an das Reichsbankdirektorium gerichtet. Darin schilderte die Stelle den Antrag der Handelsgenossenschaft - einer Korporation, die den gesamten Handelsstand des Ortes repräsentierte - auf Errichtung einer Nebenstelle. Sie fuhr fort: "Rastatt liegt an der Bahnlinie Karlsruhe - Basel, 22,3 km von hier entfernt und zählt über 14000 Einwohner. Die Stadt ist der geschäftliche Zentralpunkt der verschiedenen vom Schwarzwald ausstrahlenden, zum Teil sehr gewerbereicher Seitentäler mit der Linie Rastatt - Appenweier und hat sich besonders im letzten Jahrzehnt geschäftlich und industriell recht erfreulich entwickelt. Neben sehr bedeutenden Firmen der Möbelindustrie, einer großen Waggonfabrik kommen namentlich mehrere Großbrauereien, Malzfabriken, Gerbereien und verschiedene Industrien, die sich mit der Verarbeitung des Eisens befassen, wie Herdfabriken usw. für uns in Betracht. Von den Seitentälern hat das gewerblich und industriell bei weitem bedeutendste Murgtal mit seiner hochentwickelten Holz-, Holzstoff- und Papierindustrie seinen direkten Ausgang bei Rastatt und würde eine Nebenstelle daselbst aller Voraussicht nach besonders stark alimentieren. Die Handelsgenossenschaft hat sich bereit erklärt, uns, gleich

wie die Kaufmannschaft in Bühl, den Raum für das Dienstlokal nebst Sprechzimmer und eine geräumige Kassendienerwohnung für drei Jahre unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und für den gleichen Zeitraum die städtischen Umlagen zu übernehmen. Da hiernach für die erste Zeit erhebliche Ausgaben für die Reichsbank nicht in Betracht kommen und wir nach Lage der Verhältnisse bei dem lebhaften Interesse, das der gesamte Handelsstand der Sache entgegenbringt, zu der Annahme berechtigt sind, daß in Rastatt alle Vorbedingungen für die gedeihliche Entwicklung einer Nebenstelle vorhanden sind, und zwar umsomehr als von unseren Großbanken nur die Rheinkreditbank am Platze mit einer Agentur vertreten ist, die geschäftlich kaum in Betracht kommt, so bitten wir das Reichsbankdirektorium gehorsamst der Errichtung einer Nebenstelle in Rastatt näher treten und uns zu weiteren Verhandlungen auf der Basis des gemachten Anerbietens ermächtigen zu wollen. Warum wir es auch politisch und aus allgemein geschäftlichen Gesichtspunkten für zweckmäßig halten, das Netz unserer Nebenstelle in Baden enger zu gestalten, haben wir in unserem Bericht vom 31. März ds. Jahres betr. die Nebenstelle in Bühl des näheren ausgeführt und gestatten uns die Errichtung einer Nebenstelle in Rastatt auch von diesem Standpunkt aus warm zu befürworten.

Reichsbankstelle
gez. Post gez. Clement"

Dieser Bericht verfehlte nicht seine Wirkung beim Reichsbankdirektorium. Unter der Nr. 7213 wurde schon am 16. Juli 1906 eine Verfügung (2) an die Reichsbankstelle Karlsruhe erlassen, in der sich das Reichsbankdirektorium nicht abgeneigt zeigte, dem Projekt näher zu treten. Man ging davon aus, die neue Nebenstelle sogleich mit einem etatsmäßigen Beamten zu besetzen und nicht, wie es das noch bis mindestens Ende der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts bei kleinen Nebenstellen gab, mit einem nebenberuflichen Agenten. +)

+) 1929 gab es noch nebenberufliche Vorstände in Miltenberg, Ochsenfurt, Schwabach (Mittelfranken), Kaukehmen (Tilsit) und beim Reichsbankwarendepot in Fischhausen (Königsberg).

Ausbedungen wurde die Übernahme der Verpflichtungen seitens der Mitglieder der Handelsgenossenschaft in rechtsverbindlicher Form-Verhandlung nach vorgängiger Prüfung durch den Herrn Bankjustitiarius. Hernach sei die Verhandlung dem Rbd. zur Genehmigung einzureichen.

Was dann im Laufe der nächsten Monate in der Angelegenheit der Nebenstelle Rastatt geschah, diene im wesentlichen der Klärung der Einrichtungsfragen und ihrer Erledigung.

E r r i c h t u n g d e r R e i c h s b a n k n e b e n -
s t e l l e R a s t a t t . Die entscheidende Verfügung des
Rbd Nr. 8951 vom 6.9.06 (2) über die Eröffnung der Reichsbank-
nebenstelle Rastatt hat folgenden Wortlaut:

"Auf den Bericht vom 1.d.M. setzen wir die Eröffnung der Reichs-
banknebenstelle in R a s t a t t auf den 3. Oktober d.J. fest.
Die Reichsbankstelle wolle den Beteiligten hiervon alsbald durch
eine entsprechende Bekanntmachung nach dem im § 594 der Sammlung
der Bestimmungen für den inneren Dienst gegebenen Muster in den
zu amtlichen Bekanntmachungen benutzten Blättern von Rastatt
und den beteiligten Ortschaften Kenntnis geben.

In der anliegenden Verfügung, durch welche unsererseits den
Bankanstalten die bevorstehende Eröffnung der neuen Nebenstelle
bekannt gegeben wird, haben wir gleichzeitig die Ermächtigung
ausgesprochen, Wechsel auf Rastatt, die nach dem 2. Oktober fäl-
lig werden, alsbald anzukaufen.

Dem mit der einstweiligen Verwaltung der Nebenstelle zu betrau-
enden Beamten sind alle für den Geschäftsbetrieb erforderlichen
Anweisungen und Auskünfte vollständig zu erteilen und ihm das
anliegende Exemplar der von dem Herrn Reichskanzler erlassenen
Geschäftsanweisung für Reichsbanknebenstellen zur Nachachtung
bei seiner Amtsführung auszuhändigen.

Bei der Nebenstelle ist der beschränkte Giroverkehr einzuführen;
die für diesen erlassene Geschäftsanweisung liegt hier ebenfalls
zur Aushändigung bei. Abdrücke der Bestimmungen für den Giro-
verkehr der Reichsbanknebenstellen werden von unserer Bau- und
Verwaltungskosten - Abteilung mit den noch zu bestellenden er-
forderlichen Formularen, Inventarienstücken u.s.w. rechtzeitig

nach Rastatt übersandt werden, ebenso Abdrücke der zurzeit geltenden Kreditlisten werden der Nebenstelle seinerzeit zugehen. Hinsichtlich des Höchstbetrages des bei der Nebenstelle zu haltenden B arbestandes erwarten wir Vorschläge.

Ein Verzeichnis derjenigen Firmen, von welchen die Nebenstelle ohne vorherige Rückfrage bei der Reichsbankstelle Wechsel anzukaufen befugt sein soll, sowie ein Verzeichnis der zu eröffnenden Girokonten sind uns baldigst einzureichen. Über die für die in Betracht kommenden Firmen etwa neu zu bewilligenden Normalkredite erwarten wir die Vorlegung eines Nachtrages zur dortigen Kreditliste.

Für die Nebenstelle kann auf den Reichsanzeiger und ein geeignetes, in Rastatt erscheinendes Lokalblatt abonniert werden.

Über die Ausgaben der neu errichteten Nebenstelle ist eine besondere Rechnung nach dem Schema auf Seite 501/3 der Sammlung der Bestimmungen für den inneren Dienst aufzustellen, deren Ergebnisse in der Rechnung der Reichsbankstelle, wie dies auf Seite 492/3 und 500 dieser Sammlung angedeutet ist, zu übernehmen sind.

Die in den nächsten drei Jahren zur Hebung kommenden Gemeindeabgaben sind gemäß der von der Handelsgenossenschaft in Rastatt vom Tage der Eröffnung der Nebenstelle ab übernommen, bis zum Ablauf der Garantiezeit dauernden Verpflichtung, von derselben direkt an die Stadt zu entrichten.

R e i c h s b a n k - D i r e k t o r i u m .

gez. 2 Unterschriften ."

Präsident war zu dieser Zeit Herr Dr. Koch.

Über die Besetzung der Posten des Bankvorstandes und des Kassendieners, ihre Besoldung und die Höhe der Amtskautions des Bankvorstandes gibt die Verfügung des Präsidenten des Reichsbankdirektoriums Nr. 7730 CB.vom 8.9.06 (2) in folgender Form Kunde:

"Die Rbstelle benachrichtige ich, daß ich den Bankkassier Müller in Barmen nach Rastatt versetzt und ihn mit der zunächst interimistischen Verwaltung der daselbst am 3. Oktober neu zu eröffnenden Reichsbanknebenstelle beauftragt habe. Er ist angewiesen, sich am 28. Septbr. d.Js. früh zur Entgegennahme näherer Informationen über die Kreditverhältnisse pp. bei den Herren Vorstandsbeamten der Rbstelle zu melden und sich sodann nach Rastatt zu begeben, um die

zur Eröffnung der Reichsbanknebenstelle etwa noch erforderlichen Einrichtungen treffen zu können.

Dem p. Müller, dessen Besoldungsdienstalter auf dem 1. Oktbr. 1905 festgesetzt ist, ist sein Gehalt von jährlich 2400.-M., sowie eine Mietsentschädigung von jährlich 360.-M. vom 1. Oktbr. cr. ab und vom Tage der Eröffnung der Reichsbanknebenstelle ab eine ihm widerruflich bewilligte Funktionszulage von jährlich 600 M. durch die Rbstelle zu zahlen.

Derselbe hat seine Amtskautionshöhe noch vor Übernahme der Geschäfte in Rastatt auf den Betrag von 20.000.- M. zu erhöhen.

Als Kassendiener wird der Reichsbanknebenstelle in Rastatt der Kassendiener Grethe aus Konstanz überwiesen. Denselben ist sein Gehalt von jährlich 1550.- M. vom 1. Oktober cr. ab in üblicher Weise durch die Rbstelle zu zahlen. Sein Besoldungsdienstalter ist auf den 1. Juli 1900 festgesetzt.

Der p. Grethe ist angewiesen, sich am 28. Septbr. cr. früh in Rastatt zum Dienstantritt zu melden.

Die für den Kassendiener als Dienstwohnung bestimmten Räume sind ihm sogleich widerruflich zur mietsfreien Benutzung zu überweisen. Auch ist demselben, solange er die Dienstwohnung innehaben wird, der erforderliche Bedarf an Feuerungsmaterial aus den Vorräten der Bank frei zu verabfolgen. Dagegen ist p. Grethe verpflichtet, die Reinigung und Heizung der Diensträume gegen eine in monatlichen Raten postnumerando ihm vom Tage der Eröffnung der Reichsbanknebenstelle ab zu zahlende Entschädigung zu übernehmen. Behufs Festsetzung des Betrages derselben sehe ich noch einem Bericht der Rbstelle entgegen.

Die bei Übergabe der Geschäfte und Bestände pp. sowie der Dienstwohnung aufzunehmenden Verhandlungen sind mir einzureichen.

In Vertretung
gez. Glasenapp."

Die Höhe der Amtskautionshöhe des Bankvorstandes im Betrage von 20.000.- Mark bei einem Jahresgehalt von insgesamt 3.360.- Mark ist ein Beweis für die Wohlhabenheit des deutschen Bürgertums noch vor 60 Jahren. Noch hatte es Vater Staat nicht in

zwei Inflationen fast völlig enteignet. Wer wäre heute als Direktor einer Zweigstelle in der Lage eine entsprechende Amtskautions aufzubringen? Sie betrug immerhin 595 % eines Jahresgehaltes, das wären heute - 17.400.- DM als Jahresanfangsgehalt zugrundgelegt - rd. 104.000.- DM. Das ist der Betrag, der nicht am Ende einer mehr oder weniger erfolgreichen Laufbahn aufzubringen wäre, sondern an ihrem Beginn. Gewiß, vielfach mußte die Kautionssumme in der Verwandtschaft vom Beamten zusammengepumpt werden - ein nicht risikoloser Kredit - aber wer hätte heute eine Verwandtschaft, die das könnte und die das täte? Mancher tüchtige Beamte mag damals in seinem Fortkommen an der Kautionsfrage gescheitert sein. Bei den Glücklicheren aber war das Kalkül dabei, einmal in der Stufenleiter der höheren Laufbahn die nächste Stufe, die des Bankassessors, zu erreichen und damit in den Kreis der tantiëmberechtigten Beamten zu treten. In einem ertragreichen Geschäftsbezirk war das ein wesentlicher Zugewinn und diese Aussicht allein von Anbeginn eine Triebfeder für die Beamten des kaufmännischen Dienstes bei der Reichsbank.

Ein klares Gewinnstreben veranlaßte die Bank, den Direktoren ihrer selbständigen Zweigstellen diese Tantiëme auszusetzen, deren Höhe von den Rohgewinnen ihres Geschäftsbezirkes abhängig war.

Herr Reichsbankdirektor a.D. Peicker, Hamburg machte dazu folgende Angaben:

"Die Verteilung war 2/7 für einen Dispositionsfonds, 3/7 für den Ersten Vorstandsbeamten, 2/7 für den Zweiten Vorstandsbeamten. Von den ersten 150 m gab es 5 %, von den zweiten 150 m 2 1/2 % und von den nächsten 100 m 2 %, von weiteren 100 m 1 % und darüberhinaus 1/2 %. Die Rechnung war also nicht so ganz einfach und wurde noch verwickelter durch die Ausgleichsrechnung bei Versetzungen. Da mußte man, wie es mir in Rostock erging, u.U. erheblich zurückzahlen, da die Tantiëme als II. in Dresden größer war, wie die des I. in Rostock. Diese Ausgleichsrechnung wurde unter Funk aufgehoben."

Wenn ich mich recht erinnere, wurde aus dem vorerwähnten "Dispositionsfonds" die Weihnachtsvergütung an die Beamten pp. bezahlt, wobei die Vorstandsbeamten unberücksichtigt blieben.

Den Vorstandsbeamten wurde die Tantième monatlich zur Hälfte aus-
gezahlt und zur anderen Hälfte einem für ihre Kreditrisiken haften-
den "Tantiémefonds" in Berlin zugeführt. Der stand ihnen - von
Verpflichtungen freigesprochen - 3 Monate nach ihrem Ausschei-
den aus dem aktiven Dienst zur Verfügung.



1906 Rastatt, Reste der Ludwigsfeste am Bahnhof



1906 Rastatt, Bahnhofstraße mit rechts Museumsgarten und
geradeaus Wilhelmskaserne.

III. Kapitel

E r ö f f n u n g d e r R e i c h s b a n k n e b e n -
s t e l l e R a s t a t t. Am 28. September 1906 verläßt der
Kaiserl. Bankkassier Müller aus Barmen gegen 8 1/4 Uhr sein Hotel
in Karlsruhe, Er trägt Frack und Zylinder. Noch ist der Frack
Galarock und wird zu feierlichen Anlässen auch am Morgen getragen.
Der dienstliche Antrittsbesuch bei seinen neuen Vorgesetzten ist
solchein feierlicher Anlaß.

Im Gebäude der Reichsbankstelle Karlsruhe in der Herrenstraße
wird er zum Ersten Vorstandsbeamten, dem Kaiserl. Bankdirektor
Post, geführt. Nach dem er auch dem Zweiten Vorstandsbeamten, dem
Kaiserl. Bankassessor Clement, vorgestellt ist, wird er mit sei-
nen neuen Aufgaben als Bankvorstand der Reichsbanknebenstelle Rastatt
vertraut gemacht. (2) (Bericht an den Kaiserl. Wirkl. Geh.Rat und
Präsidenten des Reichsbankdirektoriums Dr. Koch, Excellenz, ,
Berlin v. 2.10.06 Nr. 7346).

Der Bankbezirk, erklärt man ihm, umfasse die Kreise Rastatt und
Baden-Baden. Ein Verzeichnis (2) wird ihm übergeben, das diejeni-
gen Firmen seines Bezirkes enthält, von denen die Reichsbankneben-
stelle Rastatt Wechsel direkt ankaufen darf. Es sind 31 Firmen
(von denen 14 noch 1964 bestehen werden). Er erfährt, daß der
Kassenhöchstbestand der Nebenstelle vom Reichsbankdirektorium auf
M 300.000 festgesetzt ist, der vorübergehend überschritten werden
darf, wenn für die nächsten Tage größere Zahlungen in Aussicht
stehen.

Noch am gleichen Tage begibt sich der Bankkassier Müller nach
Rastatt (2) (Schr. d. Rbkstelle Karlsru. Nr.7346 v.2.10.1906).

Das Rastatt des Jahres 1906 bietet keinen schönen Anblick. Der Bau
der Bundesfestung Rastatt wurde 1842 begonnen und schon 50 Jahre
später wurde die Festung wieder zum Abbruch bestimmt. Der Abbruch
zog sich lange hin, noch heute stehen einige oberirdische Anlagen,

Was insbesondere in weitem Umfange bis auf den heutigen Tag erhalten blieb, sind unterirdische Gänge, die immer wieder Sorgen bereiten, sei es durch unregelmäßige Senkung von Gebäuden, seien es unerwartete Straßenschäden mit plötzlich auftretenden, z.T. mehr als metertiefen Löchern.

Beim Verlassen des Bahnhofes steht Herr Müller vor einigen Resten ehemaliger Werke der Ludwigsfestung. Er wendet sich nach links zur Bahnhofstraße. Die Bahnhofstraße ist 1906 eine nicht sehr breite, recht holperig gepflasterte Straße, die nicht weit vom Bahnhof rechter Hand bald von einer Reihe Tannen eingesäumt ist. Der neue Bankvorstand kann nicht wissen, daß an dieser Stelle 17 Jahre später das neue Reichsbankgebäude stehen wird. Etwas weiter sieht er zur Rechten die noch erhaltenen Anlagen der Ludwigsfestung, häßlich, wie auch die nun folgenden Gebäude der "Backstein-Kaserne". Die Bahnhofstraße wird von der 200 Jahre alten, verkommenen "Wilhelmskaserne" abgeschlossen. Zur Rechten führt die Poststraße am "Museumsgarten" weiter, in den einige Holzschuppen eingebaut sind, die zur "Museumsgaststätte" überleiten. Diese Museumsgaststätte ist gleichzeitig Offizierskasino. Auf der rechten Seite der Poststraße stehen alte Militärbauten, so die "Schloßkaserne" und an der Ecke der Herrenstraße der "Husarenstall". Die Poststraße führt leicht bergab. Der Chor von St. Alexander - der katholischen, barocken Stadtkirche - an der Kaiserstraße, bildet den Abschluß.

Hier endlich kann Herr Müller sich mit seinem Schicksal ausöhnen. Die Kaiserstraße bietet noch ein nahezu geschlossenes Bild klassizistischer 2geschoßiger Bürgerbauten. Sie ist sehr breit, zweibahnig mit einem breiten Mittelstreifen, auf dem eben die Stadtkirche und auf seinem ~~Weg~~ etwas weiter nordwestlich das Rathaus stehen. Dazwischen einige schöne Brunnen.

War es bisher hauptsächlich das Militär gewesen, das die Straßen bevölkert hatte, obendrein noch sehr häufig in den unschönen weißen Drilllichanzügen und mit dem "Krätzchen", der runden zweifarbigen, schirmlosen Feldmütze, bedeckt, so tritt in der Kaiserstraße die Rastatter Zivilbevölkerung mehr in Erscheinung.

Das Rathaus hinter sich lassend, befindet sich unser Ankömmling auf dem nordwestlichen Teil der Kaiserstraße, auch hier breit - ein weites Viereck - den sogenannten Paradeplatz bildend. Der Platz endet an der Kreuzung der Engelstraße, von wo die Kaiserstraße nur noch als eine bedeutend schmalere Straße zum Stadtrand weiter verläuft.

Eben an dieser Kreuzung - an der Nordwestecke des Paradeplatzes - steht der neue Bankvorstand vor der Stätte seines künftigen Wirkens.

Das Haus des Mehlhändlers Theodor Zipp steht, einen rechten Winkel bildend, an der Ecke der Kaiser- und Engelstraße, jeder Flügel an die 25 Meter lang. Wie alle Bürgerbauten Rastatts der Festungszeit, er wurde 1845 gebaut, ist er zweistöckig hoch geführt. Mit seinen klaren, klassizistischen Linien und seinen je 8 Fenster langen Fronten bietet er einen ausgewogenen und schönen Anblick, der noch verstärkt wird durch die - gleich einem eingebauten Turm - in sanftem Rund leicht vorspringende Verbindung der beiden Gebäudeflügel. Auch das sonst glatt und gerade verlaufende Dach ist an dieser Stelle leicht vorgewölbt, den einfachen klaren Bau noch wirksamer gestaltend.

In der Engelstraße ist der Eingang zu diesem Hause und die drei Fenster links vom Eingang gehören zu den beiden Räumen der Reichsbank, während die beiden Fenster rechts, Fenster der Wohnung des Kassendiener der Reichsbank sind. Ein dunkler, schmaler Flur liegt hinter dem Eingang, der nach wenigen Schritten nach links abbiegt und linker Hand zur Tür des Sprechzimmers und weiter zum Eingang in das Geschäftszimmer der Reichsbank führt.

Das Geschäftszimmer, 28 qm groß, hat eine Verbindungstür zum 15 qm großen Sprechzimmer. Eiserne Läden und die außen mit Blech beschlagenen Eichen-Türen bilden zusammen mit einer bescheidenen Klingelanlage, deren Kontakte an den Läden und Türen angebracht sind, die Sicherung der Räume bei Nacht. Die elektrische Anlage erforderte M 46,10. Da sie frei über den schon erwähnten Flur zum Schlafzimmer des Kassendiener's führte, erkannte man bald die Schwäche in dieser Anlage, vermochte sie jedoch nicht zu beseitigen.

Die Einrichtung der Räume ist noch bekannt und die sauberen Zeichnungen für das Mobilar sind erhalten geblieben.

Die Banktheke, ein Geländer mit Türen aus gestrichenem Tannenholz kosteten beim Schreinermeister August Riemer, dessen Enkel noch heute Haushandwerker der Bank sind, M 277.-.

Die übrige Einrichtung, von dem Schreibtisch des Bankvorstandes bis zu den Scheibengardinen und - den 3 Spuckknäpfen, lieferten die Möbelschreiner Karl Stier Söhne für M 770.-. Die Beleuchtung der Räume war hoch-modern mit Gasglühlicht, die immerhin M 145.- Kosten verursachte.

Die Beschaffung des Geldschrankes erforderte einigen Schriftwechsel. Zuerst sollte ein Geldschrank, der bei der Reichbank in Beckum entbehrlich wurde, nach Rastatt geschafft werden.

Die Reichbankstelle Hamm schrieb dazu an Karlsruhe: "..., daß der Geldschrank spätestens zum 1. Oktober ds.Js. entbehrlich sein wird. Sobald der Tag der Absendung sich wird bestimmen lassen, werden wir Wohlderselben Mitteilung machen.

Reichbankstelle

gez. Peckolt gez. unleserlich +)

Der Plan wurde geändert und der Geldschrank kam schließlich von der Reichsbanknebenstelle Lahr.

Der Kassendiener Hermann Grethe, ehemaliger Feldwebel der Schweren Artillerie, 40 Jahre alt, war schon in Rastatt anwesend (2).

Von der Reichbankstelle Karlsruhe aus war rechtzeitig die Ausstattung an Büchern und Formularen besorgt worden.

Am 1. Oktober erfolgte die Übergabe der Geschäfte und Bestände an den Bankvorstand und die Übergabe der Dienstwohnung an den Kassendiener durch den Ersten Vorstandsbeamten.

+) Für den Chronisten ist es eine Freude, die Unterschrift des Kaiserl. Bankdirektors Peckolt wieder zu sehen. 1920 bei seinem Eintritt als Reichsbankanwärter in Essen war Herr Peckolt dort Reichsbankdirektor und Erster Vorstandsbeamter.

Am 3. Oktober 1906 öffnete die Reichsbanknebenstelle Rastatt ihre Pforte. Die ersten Girokonten, die eröffnet wurden, waren: Das Kaiserl. Postamt, das Großherz. Finanzamt, die Firma C. Maiers Nachfg. und die Kassenverwaltungen des I. Batl. Inf. Regt. 25 III. Batl. Inf. Regt. Nr. 111 und der II. Abt. Feld-Art.-Regt. Nr. 30.

Dem Postamt Rastatt war seitens der Kaiserl. Ober-Postdirektion in Karlsruhe sogleich die Befugnis eingeräumt worden, sein Girokontoguthaben durch Ausstellung gelber Schecks auf die Generalpostkasse zu verstärken. Ein System, das noch heute - 58 Jahre später-unverändert besteht.

Sehr sorgfältig wurde sofort die Dauer des Postlaufes der Sendungen von und zur Reichsbankstelle Karlsruhe untersucht. Der Karlsruher Brief vom Vorabend traf regelmäßig morgens um 8 Uhr beim Postamt Rastatt ein und wurde um 8.15 Uhr vom Kassendiener mit der übrigen Post abgeholt.

Die nächsten Girokonten, die eröffnet wurden, waren: Wertheimer & Weil, Rastatt; Vorschußverein Rastatt, -der heutigen Volksbank Rastatt - die damit heute der älteste private Girokunde der Zweigstelle Rastatt ist - und die Kassenverwaltungen des I. Batl. Inf. Regt. Nr. 111, II. Batl. Inf. Regt. Nr. 25 und des II. Btl. Inf. Regt. Nr. 111.

Das Arbeitspensum und das dabei zu seiner Bewältigung gehörende Arbeitstempo war bei der Reichsbank immer ein bemerkenswertes. So auch bei der neuen Reichsbanknebenstelle Rastatt mit ihrem einen kaufmännischen Beamten. (Die Buchungskontrolle der "einspännigen" Nebenstelle erfolgte bei der Hauptstelle an Hand der täglich übersandten Belege.) Der Bankvorstand hatte neben seinen täglich anfallenden laufenden Arbeiten so mancherlei Nebenarbeiten zu erledigen. Eine der ersten dieser Art war der Auftrag der Reichsbankstelle Karlsruhe vom 10. Oktober (2), die 65 der an diesem Tage Rastatt übersandten Kreditblätter abzuschreiben bzw. neu zu bearbeiten. Da für 40 von diesen Firmen gar kein oder meist veraltetes Material vorlag und zur Beschaffung einer zuverlässigen Kreditliste Informationen (namentlich im Murgtal) persönlich eingeholt werden mußten, was nur außerhalb der Dienststunden geschehen könne, befürchtete

der Bankvorstand, bis zum gesetzten Termin, dem 24. Oktober, das gestellte Pensum nicht bewältigen zu können. Der Bankvorstand bat deshalb darum, das Kreditmaterial erst am 3. November absenden zu dürfen. Natürlich besaß zu dieser Zeit weder Karlsruhe noch gar Rastatt eine Schreibmaschine, nur die Schreiben des Reichsbankdirektoriums waren zu jener Zeit mit der Maschine geschrieben. Das war nicht unbedingt Rückständigkeit oder Knauserei. Selbst große Industriebetriebe ließen der Reichbank um diese Zeit noch handgeschriebene Briefe zukommen(2).

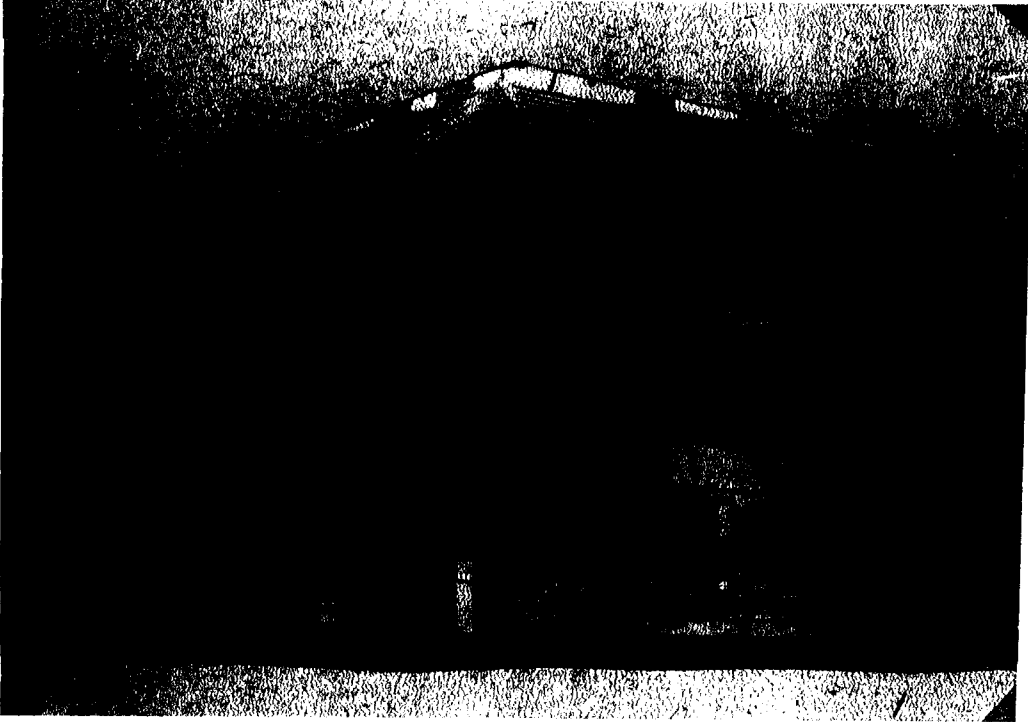
Ein bemerkenswertes Gesuch richtete die Nebenstelle Rastatt am 19. Oktober 1906 an die Reichsbankstelle Karlsruhe, Es heißt darin: "In dem neben dem Banklokal gelegenen Bureau des Herrn Th. Zipp befindet sich ein Telefonanschluß. Diesen benutzen sehr häufig Firmen - und gerade die für die Nebenstelle in Betracht kommenden haben ihre Betriebe weit außerhalb der Stadt - um uns anzurufen. Da der Bankvorstand allein ist, so ist es jedesmal mit großen Umständen verknüpft, den anrufenden Firmen Bescheid geben zu können. Aber auch im Interesse der hiesigen Nebenstelle halten wir es für erforderlich, dem Fernsprechnetzt angeschlossen zu werden." Die Grundgebühr betrug M 60.- p.a. und die Gebühren für die einzelnen Gespräche mußten mindestens den Betrag von M 20.- jährlich erreichen, was 400 Ortsgesprächen zu je 5 Pf. entsprach. Das Reichsbankdirektorium genehmigte am 27. Oktober 1906 dieses Gesuch.

Den ersten dienstlichen Ärger hatte der Bankvorstand schon drei Wochen nach Eröffnung der Nebenstelle mit der Rheinischen Creditbank in Rastatt. In einem Bericht vom 26. Oktober (2) über die Ursache einer Barsendung der Nebenstelle an die Hauptstelle begründet der Bankvorstand die Notwendigkeit der Geldsendung mit der Gepflogenheit der Rheinischen Creditbank, ihr überschüssiges Hartgeld bei der Reichsbanknebenstelle einzuzahlen und den Gegenwert an ihre Karlsruher Filiale zu überweisen. "Auf diese bequeme Art und Weise werden wir, ohne irgend wie ein Äquivalent für unsere Mehrarbeit zu haben, nur ausgenutzt. Dabei ist das Konto nur eröffnet, nachdem sich die Leitung der Rheinischen Creditbank verpflichtet hatte, bei uns dem Umsatze entsprechend zu diskontieren. Wir haben trotz wiederholter Vorstellungen nur einen

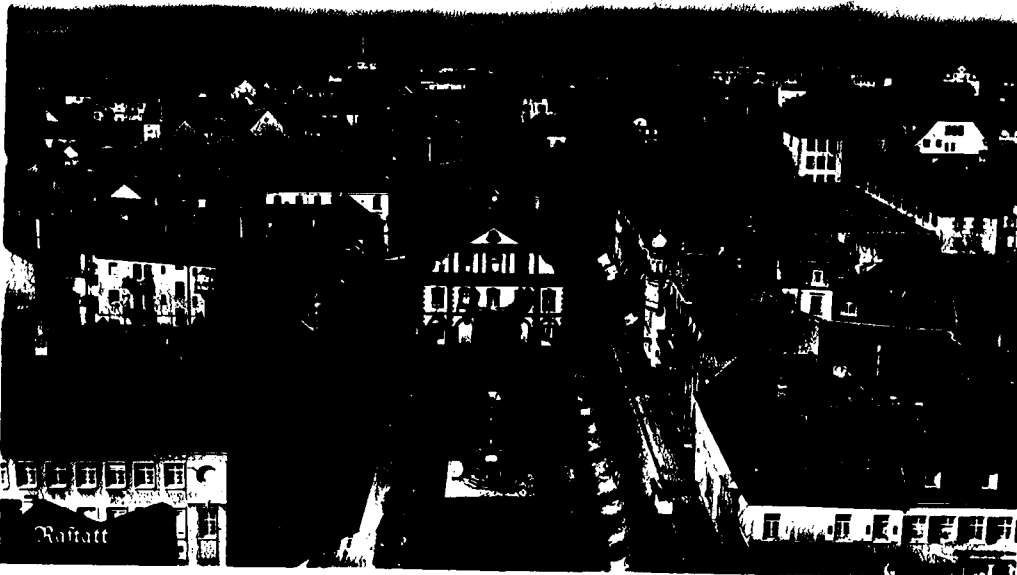
Diskontgewinn vom M 8.- erzielen können..... . Wir glauben, daß es dem wenig entgegenkommenden Betragen der Rheinischen Creditbank entspricht, die Erhöhung des Mindestsaldos auf M. 15.000.- schon für Anfang November in Aussicht zu stellen". Diesem Vorschlage wurde von der Hauptstelle stattgegeben.

Die Münzen wurden damals vom Reich ausgegeben - wie es heute der Bund tut - ; aber es war zu der Zeit nicht selbstverständlich, daß die Reichsbank - trotzdem sie die Geschäfte der Reichshauptkasse führte +) - die Kosten für die Versendung von Münzen übernahm. Wenige Jahrzehnte zuvor hatte der damalige - und erste - Präsident des Reichsbankdirektoriums, Herr von Dechend, sogar versucht, die Barsendungen der Reichsbank - Noten wie Münzen - portofrei durch die Reichspost befördern zu lassen; ein Unternehmen das allerdings misslang. Diese preußische Sparsamkeit, gepaart mit durchaus kaufmännischem Denken, ging, wie das Beispiel aus Rastatt zeigte, durch alle Instanzen der Reichsbank. Die preußische Sparsamkeit trieb aber auch Blüten: Die Reichsbank Karlsruhe gibt am 6. Dezember 1906 der Nebenstelle einen Verwaltungskostenbeleg über 60 Pfennige mit der Aufforderung zur näheren Erläuterung zurück. In der Antwort der Nebenstelle (2) heißt es dazu wörtlich: " Die Ferngespräche wurden geführt behufs Anknüpfen von Verbindungen. Der Einfachheit halber haben wir die M 0.60 wieder unter "Vermischten" vereinnahmt, da wir befürchten, daß der angegebene Grund nicht zu dieser Ausgabe berechtigte.

+) Siehe Bekanntmachung betreffend die Reichshauptkasse vom 29. Dezember 1875 (Koch, Münzgesetzgebung Seite 285 5. Auflage, Berlin 1905).



1906 Rastatt Reichsbanknebenstelle (Bauzustand 1909)



Kaiserstraße mit Rathaus

IV. Kapitel

Die Tätigkeit der Reichsbank Rastatt von 1907 bis zum Ende des Kaiserreiches 1918. Mit Wirkung vom 1. Januar 1907 wird der Bankkassier Müller zum "Bankvortsand" befördert. Dienstehkommen und Besoldungsdienstalter bleiben unverändert(2).

Am 7. Februar 1907 wird für die nicht - öffentlichen Girokonten, nach neuen vom Reichbankdirektorium bestimmten Normen, das Mindestguthaben neu festgesetzt (2). Es wurde in Rastatt für die Zeit vom 3.10.06 bis zum 5.2.07 bei den einzelnen Konten die Summe der Übertragungen ermittelt. Ebenso der bislang mit diesem Kundenzielte Gewinn. Letzterer wurde mit 1000 multipliziert und die Differenz zwischen diesem Betrage und der Summe der Übertragungen festgestellt. Unterschritt letzterer Betrag den ersteren, so wurde die Differenz in rot eingetragen. Umgekehrt in schwarz. Desweiteren wurde die Stückzahl der Übertragungen für eine Woche ermittelt und mit der Zahl 18 (der Wochen des Ermittlungszeitraumes) multipliziert. Je höher die rote Zahl und je kleiner die mit 18 multiplizierten Stückzahlen waren, desto lohnender war die geschäftliche Verbindung für die Reichsbank gewesen und umso kleiner konnte das Mindestguthaben festgesetzt werden. Umgekehrt bedeutete eine schwarze Zahl bei hohen Stückzahlen ein wenig lukratives Geschäft und führte zur Festsetzung eines höheren Mindestguthabens.

Im März 1907 fragt die Nebenstelle bei dem Evang. Divisionspfarrer der 28. Div. des 14. A.K. an, ob der Divisionsküster Jetter geeignet wäre, für den Fall eines Urlaubes oder der Erkrankung des Kassendiener's dessen Funktionen zu übernehmen. Der Divisionspfarrer Hofheinz stellt dem Angefragten ein gutes Zeugnis aus und gestattet ihm die Nebenbeschäftigung auszuüben, schon um seine Einkünfte zu verbessern. Voraussetzung ist aber,

daß seine Funktionen im Militärkirchendienst durch die Nebentätigkeit in keiner Weise leiden. Am 16. August trat Küster Jetter als Urlaubsvertreter erstmals seinen Dienst bei der Reichsbank an. Die Vergütung für den Arbeitstag betrug M 4.50.

Zwischenzeitlich hatte der Bankvorstand Müller einen Urlaub erbeten und auch zur gewünschten Zeit erhalten, wofür er sich bei seinem Ersten Vorstandsbeamten schriftlich bedankte. Er meldete dabei, daß er die letzten Tage diesesurlaubes dazu verwenden würde, eine Firma in Baden-Oos und die Firma Bergmanns-Industriewerke in Gaggenau (heute Daimler-Benz, Werk Gaggenau) zu besuchen und dort die Vermögensverhältnisse zu studieren.

Der Bankbuchhalter Schale übernahm die Urlaubsvertretung.

Die Übergabeverhandlung spiegelte eine Buchungsmethode wieder, wie sie noch Jahrzehnte später bei der Reichsbank im Gebrauch war. Die Verhandlung zeigt in ihrem Aufbau den geringen Wandel dieser Dokumente bis zum heutigen Tage; sie sei hier als Beispiel wiedergegeben:

Verhandelt

Rastatt, den 18. M a i 1907,
nach Schluß der Tagesgeschäfte

Gemäß Verfügung des Herrn Ersten Vorstandsbeamten der Reichsbankstelle Karlsruhe vom 4. April 1907 J.No.2777 und 3. Mai 07 J No. 2777 wurden heute von dem Bank-Vorstande Müller

in Gegenwart des Bank=

an den Bank=buchhalter Herrn Schale

welche sämtlich diese Verhandlung vollzogen haben, die Geschäfte und Bestände der Reichsbanknebenstelle in

Rastatt übergeben.

Nach dem vorschriftsmäßig abgeschlossenen Kassenbüche, welches

in der Bar=Einnahme	M	1.147 847.74
in der Bar=Ausgabe	"	863.546.60

ergibt, soll ein Bestand von

M	284.301.14
---	------------

vorhanden sein, welcher in folgenden Sorten vorgefunden wurde:

Gold.....	M.....	119.100.--
Taler.....	M.....	750.--
Silber- und Scheidemünzen...	M.....	24 684.64
Reichsbanknoten.....	M.....	124 150.--
Reichskassenscheine.....	M.....	985.--
Privatbanknoten.....	M.....	14 600.--
Restwechsel.....	M.....	
Zinsscheine.....	".....	
Marken.....	".....	
Vorschüsse.....	".....	31.50

wie vorstehend M 284 301.14

Diese Bestände stimmen mit dem Kassenaufnahmebuche überein. Die Barbestände im Tresor und in der Tageskasse wurden nach Maßgabe der hinsichtlich der Übergabe von Wertbeständen erlassenen allgemeinen Bestimmungen, insbesondere noch der Zirkular-Verfügung vom 9. Oktober 1886 - § 386 --- geprüft und richtig vorgefunden.

Die Restwechsel im Betrage von M 1 694.75 sowie die Belege über die zur Protesterhebung gegebenen Wechsel wurden mit den Verzeichnissen, die Quittungen über die Verwaltungskosten- Postbestell- und Geldtransport-Gebühren, kleine Bureauunkosten - mit den Eintragungen im Unkosten-buche verglichen und richtig befunden.

Das abgeschlossene Kassenbuch ergibt ferner:

in der Wechsel=Einnahme:	Stück 189 mit M 116 763.60
in der Wechsel=Ausgabe:	" 147 " " 92 103.60

sodaß als <u>Wechsel=Bestand</u>	<u>Stück 42 mit M 24 660.--</u>
----------------------------------	---------------------------------

vorhanden sein sollen, welche eine Übereinstimmung mit den von der vorgesetzten Bankanstalt eingegangenen Verzeichnissen richtig vorgefunden wurden.

Beim letzten Monatsabschluß betrug der Lombardbestand

M..... in..... Pfandscheinen
neue Darlehen sind seitdem erteilt M..... in..... "

M in Pfandscheinen
dagegen zurückgezahlt M in "
so daß heute M..... in..... Pfandscheinen

als Lombardbestand verbleiben, der mit der Summe der auf dem an-
liegenden Verzeichnisse nach den Pfandschein=Abschriften zusam-
mengestellten Einzel=Darlehen übereinstimmt.

Der Girobestand beträgt nach dem Giro=Journal

M 129 686.75

und stimmt mit der Summe der in der anliegenden Nachweisung ver-
zeichneten Einzelguthaben überein, ebenso der auf dem Deponenten=
Konto vorgefundene Saldo von M 978.52 mit der Gesamtsumme der
von den Deponenten noch nicht abgehobenen Beträge und zwar
stehen noch offen:

M	für	M	978.52	für Major Gastes
"	"	"		"
"	"	"		"
"	"	"		"
"	"	"		"
		<u>M</u>	<u>978.52</u>	
		hierzu nebenstehende		-.-
			<u>978.52 S</u>	

In Verwahrung befindliche

- Stück Mappen Lombardunterpfänder
- " " Sicherheitswertpapiere
- " verschlossene Depositen
- " Annahmewechsel
- " Wechsel zur späteren Berechnung
- S 22 " weiße Scheckbücher
- S 11 " rote "
- S 1 " gelbe "

Nach Übernahme eingezahlten U.K. 1 Einzahlung
wurden geprüft und als richtig anerkannt.

313.50
Geo. Schale

Der Bank=buchhalter Herr Schale erkennt die Richtigkeit der vorstehend aufgeführten Bestände an und übernimmt die Tresor= Schlüssel in 1 Geldschrank= Exemplaren, sowie den Schlüssel zu dem die Kreditlisten enthaltenden Geheimschloß.

Hierauf wurden die Akten, Bücher, sowie der gesamte Schriftwechsel der Reichsbanknebenstelle übergeben, wobei bezüglich der Kreditverhältnisse auf die Personalkreditkontrolle und das Diskont=Firmen=Register, bezüglich der schwebenden Geschäfte auf das Kontrollbuch über erteilte Vorschüsse und bar eingezahlte Sicherheiten ausdrücklich hingewiesen wurde.

Der vorhanden sein sollende Inventarbestand wurde laut Inventar=Verzeichnis vorgefunden und gleichfalls übernommen.

Stichproben über laufend geführte statistische Arbeiten ergaben die ordnungsmäßige Anfertigung derselben.

V. g. u.

gez. Schale
Bankbuchhalter

gez. Müller
Bankvorstand

Die Richtigkeit, Vollständigkeit und Übereinstimmung der vorerwähnten Bestände mit den hier geführten Büchern bescheinigen

Karlsruhe, den 21ten Mai 1907
(Namen der beteiligten Beamten
der vorgesetzten Bankanstalt)

Mit dem erwähnten "Deponenten-Konto" hatte es die folgende Bewandtnis. Die Reichsbank in Berlin verwahrte zahlreiche Offene Depots für Einzelpersonen. Die Zinserträge daraus wurden den Bankanstalten am Wohnsitz der Deponenten auf das Deponenten-Konto (einem Asservatenkonto) gutgeschrieben. Von den von Berlin vorbereiteten Deponentenquittungen wurden die Originale seitens der Bankanstalt den Deponenten übersandt, die daraufhin das Geld gegen Herabgabe der unterzeichneten Quittung an der Bankkasse abholten. - Das Jahr 1907 schloß für die Nebenstelle mit einem Bruttogewinn von 41 m ab.

Ein Gesuch um Bewilligung von Fehlgeldern (M 100.- pro Jahr) wurde vom Präsidenten Havenstein am 8.4.1908 abgelehnt. Die Stückzahlen der Geschäfte und die Kassenumsätze waren dafür noch nicht ausreichend.

Zur Sicherung der Bestände wurde Ende Februar 1908 ein Revolver mit 6 Patronen gekauft; einige Herumtreiber gaben dazu den Anlaß.

Über das Jahr 1908 wird von einem billigen Geldstand, einer allgemeinen geschäftlichen Depression und einer Zurückhaltung der Reichsbank gegenüber Bankierziehungen berichtet, so daß nur ein Bruttogewinn von 21 m erzielt wurde.

Am 1. Oktober 1909 fiel die Mietzahlung für das Banklokal und die Kassendienerwohnung durch die Handelsgenossenschaft vertragsgemäß fort.

Die Nebenstelle und die Reichsbankstelle Karlsruhe traten für einen Umzug innerhalb des Gebäudes ein, der unmittelbar von der Straße zugängige 93 qm große Diensträume, eine gesündere und besser gelegene Kassendienerwohnung und eine Dienstwohnung für den Bankvorstand erbringen würde. Es wurden die erzielten Gewinne der Vorjahre erwähnt und die Lebensfähigkeit der Reichsbanknebenstelle als erwiesen angesehen. Nach Rückkehr normaler geschäftlicher Verhältnisse(!) erwarte man auch wieder günstigere Erfolge und eine gesunde Weiterentwicklung der Nebenstelle.

Mit einer vom Reichsbankdirektorium angeordneten Vergrößerung des Bankraumes durch Abbruch einer Wand fand der Vorschlag die Billigung.

Die neuen Räume wurden am 1. Oktober 1909 bezogen. (Plan s. Tasche am Schluß)
Die Miete für die Diensträume betrug M 1100.- ; für die Bankvorstandswohnung M 1100.- und für die Kassendienerwohnung M 500.- jährlich. Der Mietvertrag lief bis zum 30. September 1914.

Eine verbesserte Alarmanlage wurde in die neuen Räume eingebaut. Neben der bisherigen elektrischen Sicherung der Fensterläden und Türen, waren drei Innenglocken und eine Außenglocke angebracht, die durch 5 Notsignaltaster (am Kassenschalter, am Pult des Bankvorstandes, am Kassendienertisch u. Geldschrank und in den beiden Wohnungen) betätigt werden konnten. Der Geldschrank stand im Sprechzimmer, das durch ein Hörrohr mit dem Schlafzimmer des Kassendieners in Verbindung stand.

Am 22. Dezember 1909 wurden die drei Bände der "Bestimmungen für den inneren Dienst", der sogenannte "Hartung", inventarisiert. Diese Bände galten noch - von unzähligen Deckblättern geschwollen - bis zum Jahre 1924.

Anfang 1910 wurde probeweise der Samstag - Dienstschluß um 2 Uhr eingeführt. Nach eingehenden Erwägungen und Umfragen genehmigte das Reichsbankdirektorium am 1.4.1911, daß der 2 Uhr - Dienstschluß an den Sonnabend Nachmittagen dauernd beibehalten wird. Die Reichsbankstelle Karlsruhe erwartete nun vom Bankvorstand, daß er die so gewonnene Zeit für die Besuche bei der auswärtigen Kundschaft verwende.

Für die Zeit von 1911 bis 1919 sind keine Aufzeichnungen der ReichsbankRastatt erhalten geblieben. Im Jahre 1911 soll die Stadt Baden-Baden mit Sandweiler, Haueneberstein und Balg aus dem Geschäftsbezirk Rastatt herausgenommen worden sein, um in den neuen Bankbezirk Baden-Baden überzugehen.

Der erste Weltkrieg von 1914 - 1918 wird hier, wie bei allen Reichsbankanstalten, vielerlei besondere Arbeiten erfordert haben. Die erst freiwillige, dann später gesetzliche Ablieferung des Goldes in Barren und Münzen, die Zeichnung der Kriegsanleihen und bei den Stellen und Hauptstellen die Errichtung der Darlehnskassen mögen nur die wichtigsten aufzeigen.

V. Kapitel

Die Weimarer Republik, der Friedensvertrag von Versailles und die Inflation. Der Krieg ging verloren, das Kaiser-tum zerbrach, doch das Reich blieb auch nach der Revolution erhalten. Der diktierte Friedensvertrag von Versailles - ein Dokument, das heute kaum noch in größeren Kreisen in seinen Einzelheiten bekannt ist und doch manchem manches manchmal heute verständlicher erscheinen ließe - zerbrach die Wirtschaftskraft Deutschlands, das ohnehin durch seine eigenen Kriegsschulden schwer belastet war. Reparationen, die galoppierende Inflation, der Ruhrkrieg 1923 - der deutsche Volkskörper war wie von Fieberschauern geschüttelt. Eine wirre Zeit.

Der Kaiserliche Bankvorstand Müller war Logenbruder. Soldat war er im Kriege nicht gewesen. Was ihn dazu brachte, nach dem Kriege Mitglied des Rastatter Arbeiter- und Soldatenrates zu werden, ist nicht bekannt, war aber für einen Mann seiner Stellung damals höchst ungewöhnlich. Seinem Hauswirt Zipp und dessen Familie bereitete er mit seiner häufigen Trunkenheit manchen Kummer.

So um das Jahr 1919 herum wurde Ernst Büttner Bankvorstand in Rastatt. Vor dem Kriege war er Bankvorstand in Westpreußen gewesen, das durch den Kriegsausgang verloren ging. Während des Krieges hatte er als Offizier an der Front gestanden. Aus dem Kaiserlichen Bankvorstand wurde ein Reichsbankrat und aus dem Kassendiener ein Reichsbankgeldzähler.

In Büttner's Zeit in Rastatt fielen die Bemühungen um die Errichtung eines bankeigenen Gebäudes. Ein für die Bank gut geeigneter, zentral gelegener Platz an der Ecke der Herren- und Poststraße war von ihm ins Auge gefaßt worden. Auf diesem Platze stand noch immer der alte Husarenstall. Die Domänenverwaltung lehnte die Hergabe des Platzes mit der Begründung ab, er sei mit dem der angrenzenden alten Schloßkaserne für ein Bauprojekt

größeren Stils freizuhalten. 1927 wurden diese Plätze mit städtebaulich nicht bemerkenswerten, zweigeschossigen Geschäftshäusern bebaut.

1921 verließ der Reichsbankrat Büttner Rastatt. Die hier nur mangelhaften Unterlagen weisen ihn ab 1930 als Ersten Vorstandsbeamten in Tilsit, ab 1933 in Bochum und endlich von 1933 bis 1944 in Karlsruhe aus. In seinen alten Tagen hatte er nach einem so erfolgreichen Leben schweres Leid zu tragen. Zwei seiner Söhne und ein Schwiegersohn fielen im zweiten Weltkriege. Ende 1944 in den Ruhestand getreten, verlebte er die erste Zeit nach dem Kriege ohne Unterhalt, da ihm als ehemaligen Parteigenossen der N.S.D.A.P. keine Pension bezahlt wurde, in kümmerlichen Verhältnissen in Rastatt in der Engelstraße. Später lebte er verwitwet noch bis etwa in die Mitte der Fünfziger Jahre bei seiner Schwiegertochter in Pfungstadt. Zweimal besuchte er während dieser Zeit noch den Chronisten in Rastatt.

Am 1. Juli 1921 trat als Nachfolger der Reichsbankrat Dr. Wolter sein Amt als Bankvorstand an, dem der Bankinspektor Artur Matzeit als Kasseführender Beamter zugeteilt wurde.

Seit wann die Nebenstelle nicht mehr "einspännig" ist, konnte nicht festgestellt werden.

Am 15. Oktober 1921 löste Herr Wolter mit einem Bericht an die Reichsbankstelle Karlsruhe die Verwirklichung des Neubaus eines Bankgebäudes aus:

Die Verhältnisse in den damaligen Diensträumen und in den Wohnungen waren unerträglich geworden.

Das Haus war von Herrn Zipp an einen - vom Reichsbankrat Wolter als "Kriegsgewinnler" bezeichneten - Herrn Westermann übergegangen.

An den Wohnungen ließ er keine Instandsetzungen vornehmen.

Die Diensträume waren für eine Besetzung mit je einem Bankvorstand, Kasseführenden Beamten, Obergeldzähler, Hilfgeldzähler und Hilfgeldzählerin sowie einem Bankbeflissenen +) viel zu beengt geworden. Auch für das Publikum war der Raum zu klein geworden.

Für die Bediensteten gab es keine Garderobe, die sanitäre Anlage einer Mietpartie im Hinterhause diente auch den Bankbediensteten und Passanten.

Andere geeignete Bank-Räumlichkeiten gab es in Rastatt bei dem bestehenden Wohnungsmangel nicht zu mieten.

Das schon vorerwähnte Projekt Husarenstall tauchte erneut auf; doch die Auflagen und die Kleinheit des jetzt angebotenen Platzes machten das Projekt uninteressant.

Die Stadt Rastatt bot im Oktober 1921 der Reichsbank ein Grundstück in der Bahnhofstraße zu einem Preise von M 12.- für 1 qm an.

Der \$ notierte am 12.X.1921 mit Mark 121.62. Das heißt der Quadratmeter kostete der Reichsbank 41 Goldpfennige. (Noch galt lt. reichsgerichtlicher Entscheidung Mark gleich Mark).

Im Jahre 1922 wurde der Neubau des Bankgebäudes in der Bahnhofstraße begonnen. Bauleiter war der Regierungsbaumeister Ernst Turban.

Ursprünglich hatte das Grundstück einen Rasen-Vorgarten mit niedriger Einfassung. Mitte der dreißiger Jahre wurde die Bahnhofstraße verbreitert und der Vorgarten verschwand. Seitdem ragt der Altanvorbau mit seiner 4stufigen Freitreppe - seiner Wirkung beraubt - in die Straßenflucht. Das Haus hatte neben dem Kellergeschoß drei Vollgeschosse, ein Dachgeschoß mit 16 großen Gauben

+) Bankbeflissene waren ehemalige aktive Offiziere, die in einer Art Lehrverhältnis bei der Rbk. sich auf die sog. Praktikantenprüfung vorzubereiten hatten, um nachher - wie auch die Zivil- und Militäranwärter des Buchhaltereidienstes nach Ablegung einer "Ergänzungs-Prüfung" Reichsbankinspektoren zu werden .

und darüber einen Spitzboden mit 4 kleinen Gauben. Das Haus hatte 4 Wohnungen.+)

Die Höhe der Baukosten (5) dieses Gebäudes ist bemerkenswert, die Schlußabrechnungssumme belief sich auf

Mark 30.932,470 579 799 501,48

Für spätere Generationen, denen es hoffentlich nicht mehr vergönnt sein wird, im täglichen Leben als Bankbeamte mit solchen Zahlen rechnen zu müssen, sei gesagt, daß dieses Zahlenungetüm so zu lesen ist:

Dreißigtausendneunhundertzweiunddreißigbillionenvierhundert-siebzigmilliardenfünfhundertneunundsiebzigmillionensiebenhundert-neunundneunzigtausendfünfhunderteine Mark und 48 Pfennige. Nach der Stabilisierung der Mark waren es noch ganze RM 30.932.70.

Im täglichen Dienstgeschäft spielte sich der Umgang mit den großen Zahlen nach und nach so ab, daß man in Tsd M, in 100 Tsd M und schließlich in Mio M buchte. Da bis zum nächsten Bezeichnungssprung die Nullen immer erheblich wuchsen, machte man, statt 3 Nullen in ein Beträgskästchen der Bücherspalte zu setzen, einfach einen Punkt. Die tägliche Differenzsucherei war sehr zeitraubend. Über besondere Einzelheiten aus dieser turbulenten Zeit liegen für den Bankbezirk Rastatt keine Aufzeichnungen vor. Um eine Situationsschilderung zu geben, habe ich im Anhang eine Schilderung einiger meiner eigenen Erlebnisse während dieser Zeit aus meiner Tätigkeit im Geschäftsbezirk Essen gegeben. Das tat ich aus der Erwägung, daß es schon heute nur noch wenige aktive Beamte gibt, die diese Zeit im Dienste der Reichsbank mitmachten.

Die Reichsbank hatte Mühe bei dem ständig wachsenden Geldbedarf die notwendigen Geldscheine zu beschaffen. Man kann das

+) Nach alter Reichsbankgepflogenheit war die Höhe der Geschosse zwanglos nach der Rangordnung bemessen, die Geschäftsräume hatten Fenster mit 5 Scheiben übereinander, der Bankvorstand mit 4, der Kasseführende mit 3 großen und der Hausgeldzähler mit 3 kleinen Scheiben. Der Obergeldzähler hatte einige Räume mit 3 großen und einige im Dachgeschoß mit 3 kleinen Scheiben.

und das Problem des Notgeldes bei Schacht "Die Stabilisierung der Mark" Berlin und Leipzig 1927, Seite 75 ff. nachlesen. Zu dem Problem "Notgeld in Rastatt" sei hier der Originaltext eines bürgermeisterlichen Briefes an das Ministerium des Inneren in Karlsruhe wiedergegeben (3):

"Rastatt, den 6. Februar 1923

B e s c h l u s s

- 1) An das Ministerium des Inneren in Karlsruhe:
Zahlungsmittel betr.

Eilbrief.

Seitens der hiesigen Banken werde ich darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsbank keine Zahlungsmittel hier abgebe, daß infolgedessen eine Zahlungsmittelknappheit zu entstehen drohe, welche die Bevölkerung in der jetzigen Zeit unruhig zu machen geeignet sei.

Die Reichsbanknebenstelle hier erklärte mir, daß sie von der Reichsbank keine Zahlungsmittel bekomme.

Ich möchte deshalb das Ministerium ersuchen, wenn möglich, die Badische Bank zu veranlassen, mit Zahlungsmittel bei den hiesigen Banken auszuhelfen, damit die Unruhe, die jedes mal durch das knapp werden der Zahlungsmittel in der Bevölkerung entsteht, vermieden wird.

- 2) Wvl. zur heutigen GRatssitzung.

Der Bürgermeister:

gez. Renner

erl. 6.2.23

He. "

VI. Kapitel

Die Stabilisierung der Mark. Über die Situation beim Geldumlauf zur Zeit der Stabilisierung der Mark schreibt Schacht a.a.O. (6): " Der Betrag des meist ohne Deckung ausgegebenen nicht wertbeständigen Notgeldes dürfte sich Ende 1923 auf etwa 400 bis 500 Trillionen belaufen haben, d.h. rund eine halbe Milliarde Goldmark, also ebenso viel wie der Goldwert des gesamten Reichsbankumlaufes zur gleichen Zeit betrug, während daneben noch einmal ein gleich hoher Betrag von wertbeständigem Notgeld umlief. Insgesamt also zirkulierte doppelt soviel Notgeld als Reichsbankgeld.... "

"Am 17. November 1923 nun erließ die Reichsbank eine Verfügung an ihre sämtlichen Anstalten, daß vom 22. ds. Mts. ab Notgeld irgendwelcher Art durch die Reichsbankanstalten nicht mehr in Zahlung zu nehmen sei und daß die Emittenten von Notgeld bis zum 26. ds. Mts. um Einlösung der Notgeldscheine zu ersuchen seien die sich in den Kassen der Reichsbank befanden. Die Verfügung versetzte bei ihrem Bekanntwerden die zahlreichen Nutznießer des Notgeldsystems in ungeheure Bestürzung."

Ganz besonders galt dies für das Rheinland, hier wuchs die Erregung und erreichte am 25. November ihren Höhepunkt im Kölner Gürzenich (6) bei einer Versammlung des Reichswährungskommissars Schacht mit den Führern der wirtschaftlichen und kommunalen Körperschaften des besetzten Gebiets (linkes Rheinufer seit 1918 und Ruhrgebiet seit Januar 1923/ passiver Widerstand, der sog. "Ruhrkrieg"/).

Am 20. November 1923 wurde in Berlin der Dollar-Kurs auf 4200 Milliarden festgesetzt. Dieser Kurs wurde gehalten, die Stabilisierung der Mark begann. Am gleichen Tage notierte die Kölner Börse noch 11,70 Billionen Mark für 1\$. Wie die rheinische Spekulation, politisch im Hintergrund die "Separatisten"(6 -S.78), in der Zeit vom 20. November bis zum 10. Dezember 1923 durch die Politik des Reichswährungskommissars und der Reichsbank geradezu

vernichtet wurden, ist ein stolzes Kapitel der deutschen Notenbankgeschichte. Schacht schreibt darüber (6 S.81) "Der Erfolg der Aktion rief ein ungeheures Plus an öffentlichem Vertrauen zur ganzen Stabilisierungsaktion wach".

Mitten in diese turbulente Zeit hinein fiel der Umzug der Reichsbanknebenstelle Rastatt in ihr neues Bankgebäude. In Rastatt hatten am 28. November 1923 der Vorstand der Nebenstelle, Reichsbankrat Dr. Wolter, der kasseführende Beamte, Reichsbankinspektor Großmann, der Reichsbankobergeldzähler Grethe und der als Hausgeldzähler eingesetzte Hilfgeldzähler Luig ihre Wohnungen im neuen Bankgebäude bezogen. Der Reichsbankdirektor Guttzeit, als Erster Vorstandsbeamter der Reichsbankstelle Karlsruhe, hatte die Übergabeverhandlung mit dem Bankvorstand vollzogen, während dieser die Übergabeverhandlungen mit den übrigen Hausbewohnern zu vollziehen hatte. Der Bankvorstand bezog eine 8-Zimmer-Wohnung von fast 220 qm Wohnfläche mit Bad, 2 Balkonen und 330 qm Garten. Auch die übrigen Wohnungen waren geräumig.

Am Sonnabend, dem 1. Dezember 1923 erfolgte der Umzug der Bank und am Montag, dem 3. Dezember 1923 wurden erstmals die Schalter in den neuen Räumen offen gehalten.

Wie wir oben gesehen haben, war der Umtausch des Notgeldes eine der Hauptaufgaben in diesen Tagen. Die Rastatter Akteneigenen hierüber keinen Aufschluß. Sehr schnell aber besserten sich die Verhältnisse, der Notgeldumtausch wurde erzwungen. Der Jahresabschluß wurde gemacht, der Ende dieses Jahres 1923 ebenso wie der Abschluß der Verwaltungskostenrechnung besondere Schwierigkeiten bereitete und noch so manche alte Differenz wieder auftauchen ließ.

Als das Frühjahr 1924 kam, war es auch dem Letzten klar, daß das Geschäftsvolumen - grob gesagt - parallel zur Geldumlaufkurve gesunken war. Eine große Entlassungswelle setzte ein. Der weitaus grösste Teil der Angestellten - in Rastatt 3 - wurden entlassen. Auch so mancher Beamte, der in der Vergangenheit keine Zierde seines Standes gewesen war, sah sich in den Wartestand versetzt oder entlassen.

Bei der Reichsbank wurde diese Verschlaufpause nicht ungenützt gelassen. Man kam zum Nachdenken und vieles was man in der Inflationszeit aus der täglichen erdrückenden Fülle der Arbeit gelernt und als verbesserungswürdig erkannt hatte, konnte nun durchdacht und Überkommenes durch Besseres ersetzt werden. So kam es zur Platzkontrolle und der Bar- und Verrechnungskontrolle. Das Hollerithverfahren in Berlin ermöglichte den Fortfall der Führung der "Schwebenden Überweisungen" zwischen Bankanstalt und Bankanstalt bei dem Reichsbankstellen und Hauptstellen. Die zentrale Wechselsendung durch Berlin, die Verbesserungen des Giroverkehrs durch mehrteilige Überweisungsaufträge mit direkter Versendung einer Durchschrift an den Endbegünstigten, Ersatz der Girokontogegenbücher durch Girokontoauszüge und auch schon Gedanken über den Scheckeinzug waren Ausdruck der inneren Arbeit der Reichsbank jener Jahre.

Die Reichsbanknebenstelle Rastatt im Jahre 1925



VII. Kapitel

Im Schatten des Dawes-Planes. Anfang 1924 hatte sich der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht vor dem Dawes-Komitee in Paris einzufinden. Eigentlich wollte dieses Komitee die deutsche Währung stabilisieren, aber ein erheblicher Teil der Arbeit war von den Deutschen schon mit der Rentenmark, der Reichsbank und dem Golddiskontbankplan selbst getan worden. Das Komitee versuchte den Ruhm der Stabilisierung der Mark dadurch für sich zu gewinnen, daß es die Vollendung der Gründung der Golddiskontbank immer wieder hinausschob. Der eigenwillige Dr. Schacht geißelte die Verzögerungstaktik Anfang März 1924 in seiner Königsberger Rede, in der er erklärte, bei Anhalten der Störungen die Verantwortung ablehnen zu müssen. Man gab nach. Am 13. März 1924 wurde die Golddiskontbank gegründet. Ihre auf Pfund Sterling lautenden Noten brauchten aber, dank der Währungsstabilisierung durch die Reichsbankpolitik, nie in den Verkehr gebracht zu werden.

Der Dawes-Plan führte zu einer 120 Milliarden Reichsmark Reparationsverpflichtung in 2 Milliarden Annuitäten in Devisen, die der Reparationsagent Dr. Parker Gilbert jeweils anforderte. Dem Reichsbankdirektorium war ein aufsichtsführendes Gremium aus 7 Ausländern und 7 Deutschen zugesellt. Eine Dawes-Anleihe von 800 Mio Goldmark in Devisen floss in die Kassen der Reichsbank, so daß sie wieder mit einem ansehnlichen Gold- und Devisenbestand arbeiten konnte, um mit ihm und fast 20 weiteren Milliarden Auslandskrediten an die Wirtschaft - die Reparationen zu bezahlen!

Bei der Reichsbanknebenstelle Rastatt waren im Schatten der deutschen Auslandsschulden die Jahre 1924 und 1925 geschäftlich gut, die Bruttogewinne von je 100 000 RM dürften die höchsten bislang in Rastatt überhaupt erzielten gewesen sein. Aber schon das Jahr 1926 (7) brachte einen schweren Rückschlag für

die Wirtschaft des Bezirkes. Von 25 bei der Reichsbank diskontierenden Firmen waren nur 16 übrig geblieben, die 9 ausgefallenen legten still, standen unter Geschäftsaufsicht oder waren in Konkurs geraten. Der Inlandswechselankauf ging von 5 auf 2 Mio RM zurück, die Auslandswechselgeschäfte von 3 auf 1 Mio RM. 8,5 % der diskontierten Wechsel blieben unbezahlt. Der Bruttogewinn der Bank fiel mit 24 700 RM auf ein Viertel des Vorjahres zurück. Die Mehrzahl der Industriebetriebe des Bezirks hielt sich nur mühsam mit Kurzarbeit über Wasser. Die Rastatter Niederlassung der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft schloß Anfang 1926 ihre Pforten. Bei den übrigen Großbankfilialen wurde die innere Organisation straffer gestaltet, beträchtliche Befugnisse wurden ihnen genommen und ihre Vollmachten beschränkt. Bei der Reichsbank Rastatt war das Kassengeschäft am wenigsten vom allgemeinen Geschäftsrückgang betroffen. Eine erhebliche Arbeit erwuchs aus der Ablösung der Altbesitz - Reichsanleihen, fast 4000 Anträge mußten bearbeitet werden. In den Jahren 1927 und 1928 (7) war das Geschäft der Bank wieder belebt. Das Kontingent der Rheinischen Creditbank war erschöpft, erstklassige Wechsel aus ihrem Portefeuille mit der Unterschrift von Daimler-Benz konnte sie bei der Reichsbank Rastatt nicht mehr unterbringen - Daimler-Benz hätte aber diese Wechsel bei der Reichsbank noch zu Lasten des eigenen Kontingentes direkt diskontieren können! Dem Chronisten ist nicht mehr erinnerlich, obdamals das Engagement kontingentiert war. Wenn es die Belastung gewesen wäre, hätte man die Wechsel dem Mitverbundenen, d.h. Daimler-Benz voll belasten können. Fünf bedeutende und beachtlich normierte Firmen des Murgtales liessen ihre Reichsbankgirokonten noch immer in Karlsruhe führen. Obgleich Karlsruhe durchaus mit einer Abgabe der Konten an Rastatt einverstanden war, fehlte es dem Rastatter Bankvorstand an Kontaktmöglichkeiten mit den leitenden Persönlichkeiten dieser Firmen, so daß eine Belebung der Geschäfte der Nebenstelle aus dieser Richtung unterblieb.

VIII. Kapitel

Im Zeichen des Young - Planes . Am 7. Juni 1929 wurde der Young-Plan unterzeichnet. Der Reparationsagent verliess Deutschland. Die Transferverantwortung fiel den Deutschen zu, es bestand eine Revisionsklausel für Notfälle. Die Annuität der Reparationszahlungen wurde auf etwa 1,5 Milliarden Goldmark erniedrigt. Die Pfänder für die Reparationszahlungen wurden freigegeben. Die ausländischen Kontrollorganen zogen sich zurück. Die Reichsbank und die Reichsbahn standen wieder unter alleiniger deutscher Verwaltung (8). Im Herbst 1929 (7) wurde der bisherige Bankvorstand Dr. Wolter abgelöst und nach Berlin versetzt. Sein Nachfolger war der bisherige Bankvorstand von Beckum Reichsbankrat Herrmann. Er trat am 9. September 1929 sein Amt an, das er fast 10 Jahre innehaben sollte. Weitere Bedienstete der Nebenstelle zu jener Zeit waren: Kasseführender Beamter Reichsbankinspektor Artur Matzeit (seit 1.3.23) Buchhaltereibeamter Reichsbankinspektor Bruno Knorr (seit 24.11.27) Reichsbankobergeldzähler Hermann Grethe (seit 28.9.06) und Hilfgeldzähler (Hausgeldzähler) Johann Luig (seit 7.4.21). Reichsbankrat Herrmann nahm binnen kurzem Fühlung mit einigen der obenerwähnten Firmen des Murgtales auf, aber ohne Erfolg. Immerhin gelang es ihm zwei Handelsfirmen aus Rastatt und eine auswärtige Sparkasse als Girokunden zu gewinnen. Der geschäftliche Erfolg der Nebenstelle im Jahre 1929 war um ein Drittel geringer als der des Vorjahres und entsprach dem des Jahres 1927. Die Fusion der Rheinischen-Creditbank und der Süddeutschen Discontogesellschaft mit der Deutschen Bank und Discontogesellschaft trug dazu bei. Die Fusion war verbunden mit einer Rationalisierung wegen der sich abzeichnenden krisenhaften Entwicklung der Wirtschaft. Das Diskontgeschäft mit der Nachfolgebank lag in den letzten beiden Monaten des Jahres 1929 völlig brach.

Das Wachsen der Wirtschaftskrise mit schrumpfenden Umsätzen und steigender Arbeitslosigkeit kennzeichnen das Jahr 1930.

Im März 1930 war Dr. Schacht als Reichsbankpräsident ausgeschieden, Dr. Luther wurde sein Nachfolger. Auch die Politik machte sich im Wirtschaftsleben bemerkbar:

Am 4. Juli 1930 schrieb Gustav Stolper in "Der deutsche Volkswirt" : " Von den nahezu drei Millionen Arbeitsuchenden, die in diesem Sommer bedrücken, mag eine Million das Opfer der internationalen Krise sein. Der Rest ist das Opfer des Unfugs deutscher Finanz- und Wirtschaftspolitik, des Versagens der Einsicht und des Willens zur Reform und zur Hilfe dort, wo sie möglich sind" (8). Die Reichstagswahl am 14. September 1930 ergab 107 rechtsradikale Mandate (plus 95), die Linksradikalen erhielten 77 (plus 23). Sämtliche Mittelparteien waren geschwächt. Im Juni 1934 schrieb der Sozialdemokrat Victor Schiff in der "Zeitschrift für Sozialismus" , die in der Emigration erschien: "Wenn es überhaupt einen Punkt gibt, über den es keine Meinungsverschiedenheit unter uns gibt, und so wohl auch nicht geben kann, dann ist es wohl der, daß Hitler seinen Aufstieg und seinen schliesslichen Sieg im wesentlichen der Wirtschaftskrise verdankt: Der Verzweiflung der arbeitslosen Proletarier, der zukunftslosen akademischen Jugend, der zum Bankrott treibenden mittelständischen Kaufleute und Handwerker und der durch landwirtschaftlichen Preissturz arg bedrohten Bauern. In dieser Hinsicht haben wir in der Tat allesamt versagt. Wir haben sicherlich mit Recht die kapitalistische Wirtschaftsordnung für die Krise verantwortlich gemacht, aber darüber hinaus waren wir nicht in der Lage, den Massen mehr zu bieten als sozialistische Redensarten." Dazu noch die Stimme des sozialdemokratischen Wissenschaftlers Arthur Rosenberg: "Was die deutschen Massen wirklich seit 1930 mobilisierte, die Jungen wie die Alten, die Handwerker wie die Akademiker war die wirtschaftliche Not: der Hunger und die Arbeitslosigkeit".

Die Herbstwahlen des Jahres 1930 führten schon vor der Wahl zu einer Vertrauenskrise. Große Firmen des Bezirkes liessen ihre Guthaben aus den Exportgeschäften im Ausland stehen. Um diese Zeit nahmen deutsche Arbeitslose aus Rastatt Arbeit im Elsaß an. Heute ist es umgekehrt, das wirtschaftlich noch nicht voll entfaltetete französische Grenzland stellt einen beachtlichen Teil der fremden Arbeiter als Pendler in Rastatt und Umgebung.

IX. Kapitel

Die Bankenkrise und das Ende der Reparationen. Die Schwere der allgemeinen Wirtschaftskrise wurde während des Jahres 1931 im Bezirk Rastatt (7) noch besonders durch eine Mitte September verhängte Holzeinfuhrsperre Frankreichs verschärft. Die Holzindustrie des Murgtales traf diese Maßnahme empfindlich. Als Frankreich die Sperre im Januar 1932 aufhob, führte es dafür eine Kontigentierung der Holzeinfuhr ein. Das Exportgeschäft litt ganz allgemein unter den internationalen Währungsschwierigkeiten und unter den englischen Schutzmaßnahmen. Das einschneidende Ereignis des Jahres 1931 aber war die Einführung der Devisenbewirtschaftung. Wie war es dazu gekommen?

Die Einstellung der Auslandszahlungen der Oesterreichischen Kreditanstalt im März 1931 hatte die ausländischen Gläubiger auch Deutschland gegenüber nervös gemacht. Sie kündigten ihre so freimütig gegebenen hohen kurzfristigen Kredite. Die Reichsbank zahlte in Devisen, die wöchentlichen Bankausweise gaben Aufschluß über ihre Gold- und Devisenverluste und verstärkten den Run auf ihre Kasse. Die Darmstädter- und National - Bank geriet in Schwierigkeiten, sie war devisenmäßig am stärksten von den Großbanken verschuldet; schließlich wurde sie - mit Unterstützung des Reiches - von der Dresdner Bank übernommen. Das Ende der Krise war ein den Deutschen gewährtes Auslandsmoratorium. Schacht schreibt über diese Zeit (8): "Erst nach der Erklärung des Moratoriums wurde ihm (dem Reichsbankpräsidenten Luther) über die BIZ von den alliierten Notenbanken ein Golddepot von 400 Mio Mark leihweise zur Verfügung gestellt, das mit 4% zu verzinsen war. Einen neuen Schlag erlitt die Weltwirtschaft durch die Abwertung des Pfund Sterling, die die englische Regierung am 20. September 1931 vornahm. Damit wurde die Ära der Währungsabwertungen eröffnet.... Treu und Glauben waren damit im internationalen Geld- und Kreditverkehr endgültig beseitigt. Im Juni 1931 liess der amerikanische Präsident Hoover den Moratoriumsvorschlag für die Young-Zahlungen an die alliierten

Mächte ergehen - damit war das Ende der Reparationen besiegelt.

Die Devisenzwangswirtschaft brachte der Nebenstelle Rastatt mit den Ablieferungen der Devisenbanken ganz erhebliche Zunahmen in allen Sparten des Auslandsgeschäftes. Zahlreiche Beratungen in Angelegenheiten der Devisenbewirtschaftung waren vonnöten. Im zweiten Halbjahr 1931 wurden in Rastatt 1600 Exportvaluta - Erklärungen abgegeben.

Von den bei der Reichsbank Karlsruhe geführten Girokonten des Rastatter Bezirks wurden zwei Firmen übernommen. Das Arbeitsamt wurde dem Giroverkehr angeschlossen.

Die von der Regierung als Finanzquelle betriebene Silbermünzenvermehrung machte der Reichsbank bei der Ausgabe an die Kreditinstitute Sorgen, die Aufnahmebereitschaft des Publikums war gering. Die Post und das Postscheckamt wurden dabei gegen die Reichsbank ausgespielt.

Am 22. September 1931 trat der Angestellte Walter Ziegler bei der Nebenstelle ein.

Der allgemeine schwere Wirtschaftsniedergang erreichte seinen Tiefpunkt im Jahre 1932 (7). Am 31. Juli 1932 war Reichstagswahl. 37,2 % der abgegebenen Stimmen gingen zugunsten der Nationalsozialisten, 14 % erhielten die Kommunisten. Gefördert durch die wachsende politische Unsicherheit kam es im Rastatter Bezirk zu einer Schrumpfung des Wirtschaftslebens bislang unbekanntem Ausmasses. Oasen in dieser Wirtschaftswüste waren im Rastatter Bezirk die Firmen Schoeller & Hoesch (Zigarettenpaier, Kondensatorpapierfabrikation) in Gernsbach und E. Holtzmann & Cie. AG. (Zeitung - und Tapetenpapierfabrik) in Weisenbach/Murgtal. Beide blieben gut beschäftigt und konnten ihren Arbeiterbestand halten.

Die Devisenbewirtschaftung nahm an Umfang zu, so daß Anfang 1932 ein zweiter kaufmännischer Hilfsarbeiter - Tobias Adam eingestellt werden mußte.

Der Trend der Entwicklung bei der Bank war Steigen der Stückzahlen und Sinken der Beträge. Der Gesamtumsatz fiel um ein Viertel gegenüber 1931. Dank der Gewinnergebnisse der Devisengeschäfte konnte der Rohgewinn 1932 auf Vorjahreshöhe gehalten werden.



Bankrat Herrmann



Obergeldzähler Bühler



Geldzähler Luig

X. Kapitel

U n t e r H i t l e r' s M a c h t. Der zweite und dritte Absatz des Jahresberichtes 1933 (7) des Bankvorstandes der Reichsbanknebenstelle Rastatt lautet:

"Die neuen Wege, die von der nationalsozialistischen Regierung zur Belebung der Gesamtwirtschaft durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, insbesondere durch das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 beschrritten wurden, führten im Bezirk der hiesigen Nebenstelle zu einer Wirtschaftsbelebung. Diese blieb auch auf die Geschäftszweige der Nebenstelle nicht ohne Wirkung. Der Rückgang der Umsätze von 1929 bis 1932, die der Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft von 250 Mio auf 134 Mio RM sinken ließ, kam 1933 zum Stillstand."

Seit dem 17. März 1933 war Dr. Schacht wieder Reichsbankpräsident. Die Steigerung der Gesamtumsätze, die erst im zweiten Halbjahr eintrat, betrug nur 3 ‰. Die Exportvaluta-Erklärungen wuchsen weiter an. 40 generelle Genehmigungsbescheide waren zu kontrollieren. Im Bezirk waren 95 Exporteure ansäßig, davon 43 mit bedeutenden Umsätzen. Die Verzögerung im Scripsverfahren enttäuschte die Exporteure. In zwei Monaten wurden 269 Genehmigungsbescheide eingereicht und 118 Bescheinigungen über abgelieferte Devisen an die Deutsche Golddiskontbank weitergegeben, von denen in dieser Zeit nur 18 durch Auszahlung des Verlustausgleiches erledigt wurden. Anzeigen nach dem Volksverrats-Gesetz gingen 105 vom Finanzamt zu. Sie verursachten einen umfangreichen Schriftwechsel, um in 10 Posten ganze 23 000 RM im ersten Jahre zu erbringen; ein Teil war an Kündigungsfristen gebunden. Die Abforderung der ausländischen Wertpapiere lief.

Ende November 1933 wurde Fräulein Mathilde Mayer (später verwitwete Kostelnik, jetzt Wagner) als Stenotypistin eingestellt.

Im Jahre 1934 (7) belebte sich das Inlandsgeschäft weiter. Insbesondere trat das für die Holzindustrie und hier wieder die

Sägewerke zu. Desweiteren profitierte die Automobilindustrie - das Daimler-Benz-Werk Gaggenau - davon. Dagegen war die Ausfuhr im allgemeinen rückläufig. Eine Ausnahme von dieser Generallinie machte wieder die Firma Schoeller & Hoesch in Gernsbach; ihre Kondensatorpapiere ließen sich weiterhin exportieren.

Die Flüssigkeit der Banken setzte sie in die Lage zu versuchen, der Reichsbank ihre Direktdiskontkunden abspenstig zu machen. Zum Teil gelang es ihnen auch. Bei der Nebenstelle stiegen die Gesamtumsätze um 11 %.

Die Devisenbewirtschaftung war durch Runderlasse, Verfügungen und Statistiken so umfangreich geworden, daß besonders für die Statistik über die Exportrückstände das gesamte Personal an mehreren Tagen im Monat herangezogen werden musste. Monatlich wurden ca. 150 Zusammenstellungen der Zahlungseingänge und -abgänge angefertigt und ca. 100 Zusammenstellungen der Exportrückstände abgesandt. Dabei betrug am Jahresschluß die Summe der Exportrückstände im Bezirk nur 1,5 Mio RM. Die mit dem "Neuen Plan" zusammenhängende Mehrarbeit wurde in Im- u. Export-Kreisen unwillig aufgenommen. Ein Nachlassen des Exporteifers konnte jedoch nicht festgestellt werden.

Die Exportvaluta-Kontrolle brachte durch zahllose Rückfragen, unrichtige Vordruckausfüllung eine unverminderte Arbeitsbelastung. Namentlich die fernmündlichen Rückfragen häuften sich. Ab August wurden keine Auslandsbondgenehmigungen mehr erteilt; 490 waren es im ersten Halbjahr gewesen. Stattdessen wurde in steigendem Maße von Scripsverfahren Gebrauch gemacht. 1934 wurden 2 232 Scripsbescheinigungen bearbeitet und an die Degeo weitergeleitet.

Das Volksverratsgesetz erbrachte im Bezirk - mit dem Vorjahresbetrage von 23 000 Mark - insgesamt gerade 53 000 RM!

Den deutschen Grenzgängern wurde von Frankreich die Arbeitsbewilligung entzogen. Durch den Ausfall von Auslandswechseln, Degeo-Devisen sank der Rohgewinn auf 27 000 RM.

XI. Kapitel

Die Aufrüstung. Der Handelsbericht für das Jahr 1935 bis 1936 (10) stellte eine weitere durchaus günstige Entwicklung für die Industrie des Murgtales fest. Rastatt und seine nähere Umgebung hingegen zog verhältnismäßig wenig Nutzen aus der Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Die nahe Grenze bot wenig Anreiz für ansiedlungsfreudige Unternehmer. Wann der Begriff der "Roten Zone" geprägt wurde und ab wann er bis 5 km vom Rhein geltend für den Kreis Rastatt angewandt wurde, ist dem Chronisten nicht bekannt. Das war auch Verschlusssache. Jedenfalls dürften bestimmte Industrien sich nicht hier ansiedeln und schon bestehende hatten Mühe und wenig Aussicht Rüstungsaufträge zu erhalten. Und in den Rüstungsaufträgen lag ja der ganze Aufschwung. Einen Auftrieb erwartete die Stadt Rastatt aus dem Einmarsch deutscher Truppen am 7. März 1936. Rastatt wurde wieder Garnisonstadt.

Gaggenau mit seiner bedeutenden Automobilindustrie und ihren Zulieferbetrieben blühten auf. Das Werk Daimler-Benz erweiterte sehr wesentlich seine Anlagen. Für die in einem Jahr um 1250 Köpfe gestiegene Belegschaft entstanden neue Wohnsiedlungen. Bei der Reichsbanknebenstelle Rastatt stiegen im Jahre 1935 die Gesamtumsätze um 27 % (7), der Rohgewinn war bei verringertem Lombard- und Devisengeschäft auf 26 000 Mark abgesunken.

Bedienstete der Nebenstelle waren:

Bankvorstand Reichsbankrat Bruno Herrmann (seit 9.9.29)

Kasseführender Reichsbankinsp. Michael Hemmerlein (seit 16.7.35)

Obergeldzähler Adolf Bühler (seit 2.3.31)

Kaufmännischer Hilfsarbeiter Walter Ziegler (seit 22.9.31)

" " " Tobias Adam (seit 4.1.32)

Stenotypistin Mathilde Mayer (seit 27.11.33)

Hilfsgeldzähler (Hausgeldzähler) Johann Luig (seit 7.4.21).

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Rastatt schienen sich 1936 durch das Militär zu bessern. Ein Bataillon Infanterie und eine Abteilung Feld-Artillerie belobten die Umsätze des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes. Militärische Bauten schienen ein übriges zu tun, die Lage des Gewerbes in Rastatt zu verbessern (10).

Weiterhin blieben die Industrien des Murgtales besonders gut beschäftigt. Die Automobil- und die Zigartettenpapierindustrie waren die Spitzenreiter.

Bei der Nebenstelle Rastatt entfielen von den 29 Mio RM Zuwachs der Gesamtumsätze (= 15 %) allein 8 Mio RM auf die neue Heeresstandortkasse.

Noch waren zwei jüdische Handelsfirmen (7) - Bakofen & Cie. (Produkte) und Leopold Wolf (Getreide- Mehl und Futtermittel) Direktdiskontkunden der Reichsbank.

Die Devisenbewirtschaftung erforderte immer höhere Arbeitsleistung. Die Anmahnung der fälligen, noch nicht eingegangenen Exportaußenstände führte nach und nach zu Kontroversen mit den unmutig gewordenen Exporteuren. Sie wären selbst froh gewesen, wenn ihr Geld hereingekommen wäre. Die Kundschaft zahlte schlecht und nach Belieben. Da sowohl die Firmen als auch das Reich auf den Export angewiesen waren, sassen die Deutschen am kürzeren Hebelarm. Man konnte sich die ausländischen Kunden nicht verderben. Das ging so weit, daß die englischen Abnehmer bei Schoeller & Hoesch die Zahlungsziele selbst bestimmten. Dabei mußten gleichzeitig Rationierungen oder gar Ordersperren beim Inlandsgeschäft eingeführt werden um das Exportgeschäft so groß wie möglich zu halten.

Das Diskontgeschäft der Nebenstelle sank um nahezu 50 %, ihr Rohgewinn verringerte sich dadurch auf 19 000 RM. Das Gesetz vom 10. Februar 1937 unterstellte die Reichsbank der Reichsregierung.

Im Jahre 1937 (7) betrug der Anstieg des Gesamtumsatzes der Nebenstelle nur 6,6 %; er entfiel zur Hauptsache auf den Giro- und Kassenverkehr. Der Export nach Ländern mit freiem Devisenverkehr wurde reger.

Von jüdischen Diskontkunden verblieb nur noch einer, der aber auch nur bis Februar noch Wechsel einreichte. Die an die Garnison geknüpften wirtschaftlichen Hoffnungen erfüllten sich nur zum Teil. Bäckereien, Metzgereien, Brauereien, Uniformhersteller und Kinos erfuhren einen Auftrieb. Die umfangreichen Bauvorhaben gingen - in Ermangelung leistungsfähiger einheimischer Baufirmen - an auswärtige Großfirmen. In der Industrie machten sich Rohstoffknappheiten bemerkbar, die die Produktion hemmten und die Lieferzeiten verlängerten. Man verwendete in der Autoindustrie neue "devisenfreie" Werkstoffe, d.h. "Ersatz". Bei stetigem Export kam es am Inlandsmarkt zu wachsenden Auftragsrückständen. In der Papierindustrie wurde die Zellulose "gestreckt". In diesem Rohstoffmangel und dem Qualitätsschwund der Produkte war die ernste Sorge begründet, den Export im bisherigen Umfange aufrecht erhalten zu können. Der Rohgewinn der Nebenstelle blieb wie im Vorjahre bei 19m RM.

Das Jahr der Tschechenkrise 1938 brachte der Nebenstelle Rastatt eine Gesamtumsatz-Zunahme von 23 %, Die Wirtschaftsbelebung hielt an, die Umsätze der Heeresstandortkasse stiegen, die Westwallarbeiten und 10 Reichsarbeitsdienststellen taten ein übriges. Post- und Bahnkonten brachten durch den vermehrten Verkehr Zunahmen im Giro- und Kassengeschäft. Das Diskontgeschäft sank auf 2/5 des Vorjahres, der Rohgewinn halbierte sich auf 9m RM. Erstmals seit 12 Jahren war eine kräftige Vermehrung des Notenumlaufes, der bislang zwischen ca.4 und ca. 5 Milliarden RM gependelt hatte, auf 8 Milliarden RM festzustellen. Die Finanzierung der Wehrmacht wurde sichtbar; Handel und Gewerbe hatten Vollbeschäftigung. Im Bezirk waren 65 Exporteure. Exportrückgänge machen sich bemerkbar, der englische Markt verschliesst sich zunehmend wegen der "andauernden politischen Rühelosigkeit" (7). Das Japangeschäft erlischt durch den japanisch-chinesischen Krieg. Die Exportvaluta-Erklärungen enthalten zahlreiche Fehler, die Firmen begründen das mit dem zunehmenden Papierkrieg. Die Annahmungen der alten Exportforderungen aus den Jahren 1934 - 36 hatten geringen Erfolg. Es wurden 5314 Ausfuhrerlösaußenstände angemahnt. Im Zusatzausfuhrverfahren wurden 6463 Bescheinigungen über den Eingang von Ausfuhrerlösen bearbeitet.

Am 20. Januar 1939 wurde der Reichsbankpräsident Dr. Schacht von Hitler abberufen. Ebenso erging es dem Vizepräsidenten Dreyse und dem Mitglied des Direktoriums Hülse. Von den übrigen fünf verbleibenden Mitgliedern traten von sich aus die Herren Vocke, Ehrhardt und Blessing zurück. Im Amt verblieben die Parteigenossen Puhl und Kretzschmann.

Neuer Reichsbankpräsident wurde Funk, Vizepräsidenten waren einige Zeit später Puhl und Lange.

Das Gesetz vom 15. Juni 1939 über die Deutsche Reichsbank unterstellte sie wieder dem Reichskanzler. Ihre Unabhängigkeit ging damit völlig verloren.

Am 21.2.39 löste der Bankinspektor Karl Radtke den bisherigen kasseführenden Beamten Hemmerlein ab.

Anfang August 1939 verstarb der Leiter der Reichsbanknebenstelle Reichsbankrat Bruno Herrmann. Zur Wahrnehmung seiner Geschäfte wurde der Bankinspektor Rolf Ernst nach Rastatt entsandt.

April 1939



Reichsbanknebenstelle Rastatt April 1939

XII. Kapitel

Der zweite Weltkrieg. Bis zum Ausbruch des Krieges stand der Bezirk Rastatt, vor allem durch die Arbeiten am Westwall, im Zeichen des Aufschwunges (11). Auch die stark auf Export gerichtete Industrie hatte gute Umsätze und zum Teil beachtliche Exportsteigerungen zu verzeichnen. Durch den Kriegsbeginn entstand in dem in der Rheinebene gelegenen Teil des Bankbezirkes sofort ein außerordentlich starker wirtschaftlicher Wandel infolge der teilweisen Freimachung der grenznahen Zone und durch besonders umfangreiche Einberufungen zur Wehrmacht. Die Freimachungen in Rastatt und den Rheindörfern wurden am 3. September 1939 angeordnet. In einem nächtlichen Gewittersturm strömte die Bevölkerung - zum Teil zu Fuß und zu Rad - nach rückwärts. Die Bankangestellte Mathilde Mayer rief ihr Pflichtbewusstsein an ihren Arbeitsplatz, sie legte den 6 km langen Weg von ihrem Wohnort Muggensturm nach Rastatt zur Reichsbank während dieser Gewitternacht zu Fuß zurück. Obgleich nach den Anweisungen für solche Fälle die Reichsbank gehalten war als letzte Behörde ihren Dienstort zu verlassen, räumten als einzige Behörden das Zollamt und die Reichsbank Rastatt - letztere nicht ohne vorher ihre Verschlusssachen auf dem Hof zu verbrennen. So war die Reichsbanknebenstelle vom 4. bis zum 6. September 1939 nach Stuttgart verlegt. An diesem 6. September erfuhr der am 25. August 1939 für den 7. September 1939 zum Leiter der Reichsbanknebenstelle ernannte Reichsbankrat Rudolf Pöhls, damals Kassenvorsteher und V.S.-Bearbeiter der Reichsbankstelle Karlsruhe, von dem Verbleiben der übrigen Behörden in Rastatt. In einem sofortigen Gespräch mit Berlin wurde die Rückführung der Nebenstelle nach Rastatt beantragt und genehmigt. Folgendes Telegramm ging von Berlin am 6.9.39 22.45 an alle Bankenstellen ab:

"Reichsbank Rastatt wieder nach Rastatt zurückverlegt stop
Sämtliche Post- und Bahnsendungen sind unter der alten Adresse

nach Rastatt zu richten stop Nebenstellen sind von hier aus benachrichtigt

Reichsbank "

Leiter der Reichsbanknebenstelle Reichsbankrat Rudolf Pöhls. Am 7. September 1939 (11), meinem 39. Geburtstage, übernahm ich die Geschäfte der Reichsbanknebenstelle Rastatt. Trotz aller Kriegswirren feierten wir das anschliessend und stehenden Fusses mit einer Flasche Bier.

Die Bediensteten der Nebenstelle waren ausser mir:

Reichsbankinspektor Karl Radtke - bei Ausbruch des Krieges von der Wehrmacht als noch in der Ausbildung begriffener schwerer Artillerist entlassen - als kasseführender Beamter.

Reichsbankobergeldzähler Adolf Bühler

Hilfsgeldzähler (Hausgeldzähler) Johann Luig

Kaufmännischer Angestellter Tobias Adam

Stenotypistin Mathilde Mayer

Bei der Wehrmacht als Feldwebel Kaufm. Angestellter Walter Ziegler (als Ersatz für ihn kam am 16.1.1940 die Angestellte Therese Stephan hinzu).

Wohnung nahm ich vorerst in meinem Sprechzimmer, ich schlief auf dem Sofa. Restaurants waren keine mehr geöffnet, die Kollegenfrauen evakuiert, meine Frau mit den Kindern noch im Urlaubsort Schönwald; so aßen wir Bediensteten vereint in einer Volksküche - im Goldenen Wagen -. Als uns das nach einiger Zeit nicht mehr behagte, wurde der Hausgeldzähler Luig - der einmal herrschaftlicher Diener war - als Koch täglich eine halbe Stunde vom Dienst befreit. Er machte seine Sache recht gut. Die Stadt war so gut wie leer von Zivilisten und das Militär durfte in der Nacht nicht in der Stadt bleiben. Erst im weiter zurückliegenden Dorf Niederbühl waren die ersten Quartiere der Soldaten. Rastatt gehörte zum Frontgebiet. Bei einem Besuch in Gernsbach - 23 km hinten im Murgtal - fand ich einen "vorgeschobenen Pionierpark". So vorne waren wir. Die Rastatter Kinos waren abends gesteckt voller Soldaten und wir paar Zivilisten wurden wie Wundertiere betrachtet. In unserem Bankgarten waren die späten Pfirsiche reif,

wir konnten sie nicht alle selber essen. So packten wir sie in Zählbretter und schütteten sie vorbeiziehenden Soldaten in die Stahlhelme.

Als nach wenigen Tagen ein Möbelwagen bei der Reichsbank vorfuhr und - nicht Möbel ein- sondern ausgeladen wurden -, war das Staunen der Passanten groß. Es waren meine Möbel, dem Spediteur in Karlsruhe hatte ich meine Wohnungsschlüssel dagelassen, der packte ein und lud in Rastatt ab. Es fehlte nichts, es ging auch so. Ich richtete mir nur eine Kammer ein und packte das Notwendigste für die Küche aus. Kollege Radtke und ich haben manchen Abend in diesem Kabuff "gespeist". Das ging so bis Weihnachten. Dann durften unsere Familien zurückkommen. Aus dem Tresor holten wir die Kisten mit den wertvolleren Sachen wieder heraus und alle Familien richteten sich wieder friedensmässig ein.

Vom Kriege hatten wir bis dahin herzlich wenig gemerkt. Gleich in meinen ersten Tagen gab es in der Frühe einmal Fliegeralarm. Aber es war nichts. Ein anderes Mal - gerade als ich mich rasierte - flog früh am Morgen die Wintersdorfer Brücke in die Luft. Die Franzosen hatten sie gesprengt. Kollege Ziegler -Bunkerkommandant in diesem Abschnitt - besuchte uns einmal abends. Kollege Adam wurde auch recht bald einberufen und wir Verbliebenen hatten unsere Arbeit. Zur Hauptsache bestand sie aus dem Kassenverkehr mit der Wehrmacht und den Banken des Murgtales.

Bei der Wechseleinlösung beantragte man angesichts der Freimachung für so ziemlich alle nicht sofort bezahlten Wechsel den Aufschub.

Im Devisengeschäft wurde im Bankbezirk kein Gebrauch von der gebotenen Möglichkeit gemacht, die Kurssicherung der Forderungen gegenüber Kunden im feindlichen Ausland aufrecht zu erhalten. Schoeller & Hoesch argumentierte, angesichts der hohen steuerlichen Vorteile bei der sofortigen Abschreibung könne man die spätere etwaige Kurseinbuße in den Hintergrund treten lassen. Ein Jahr später habe ich mit Bleistift dazu vermerkt: "Steuer hat es wieder abgejagt!".

Im Wertpapiergeschäft setzte die Reichsbank Rastatt 2 Mio RM unverzinsliche Schatzanweisungen an Banken und Sparkassen ab.

Kasse. Durch die Besetzung des Elsaß mit den zahlreichen Truppenverschiebungen von und nach dem eroberten Gebiet, gab es in Rastatt eine Zeit, in welcher der Zahlungsverkehr stark mit Reichskreditkassenscheinen durchsetzt war. Durch Aufklärung bei den Banken und Sparkassen gelang uns eine baldige Besserung.

Gewisse wehrwirtschaftliche Maßnahmen brachten der Industrie der roten Zone anfangs große Not. Hervorgerufen wurde sie im einzelnen durch Verweigerung wehrwirtschaftlicher Aufträge, Kündigung bestehender Aufträge, Rückführung der Halbfabrikate mit Abgabe an rückliegende Werke zur Fertigstellung, Rückführung des Rohmaterials, Sperrung neuer Zufuhren und Beschlagnahme von Maschinen. Man hörte Klagen der Wirtschaftskreise über mangelndes Verständnis bei den in Frage kommenden wehrwirtschaftlichen Dienststellen Württembergs, die die Belange Badens zu vertreten hatten. In recht kurzer Zeit gelang es den Fabrikanten, oft unter Assistenz der Partei, die Schwierigkeiten zu überwinden. Die beste Unterstützung für die Industrie war dabei der wider Erwarten friedliche Verlauf der ersten Phase dieses Krieges am Oberrhein. Von Weihnachten 1939 bis zum 16. Mai 1940 herrschte nach Rückkehr der Rückgeführten im Bezirk wieder ein fast friedensmässiges Leben. Im Frühjahr ging die Feldbestellung - unter teilweiser Feindstörung - bis nahe an die Rhein-Bunker-Linie. Auf der elsässischen Seite dagegen, blieb, wie ich es im Sommer 1940 sehen konnte, alles wüst. Die Bevölkerung war in die Dordogne evakuiert und kehrte erst nach dem Waffenstillstand zurück. Am 16. Mai 1940, zu einer Zeit da unsere Truppen die Maginot-Linie bereits durchbrochen und nach Süden umgangen hatten, beschossen die Franzosen mit Artillerie, wahrscheinlich vom Ouvrage Hochwald der Maginot-Linie, die Stadt Rastatt. Die Einschläge lagen in der 111er Kaserne, am Friedhof und am Bahnhof. In diesem Gebiet liegt auch die Reichsbank.

Als um 15.30 Uhr der erste Schuß fiel, war ich gerade bei der Abnahme des Tresorzuganges. Zufällig konnte ich die Sprengwolke sehen. Ich ordnete "Wegsetzen" an, ließ gleichzeitig

Fräulein Mayer die Hausbewohner in den Luftschutzkeller beordern und hiess sie selbst unten zu bleiben. Nachdem der Tresor geschlossen war, begaben sich auch die männlichen Bediensteten in den Keller und nahmen ihren Luftschutzdienst auf. Mit dem Reichsbankinspektor Radtke ging ich durch das Haus und vom Dachboden aus sahen wir die Einschläge der Granaten in der angrenzenden Kaserne. Wir verschwanden schleunigst wieder in den Keller. Als die Schiesserei zu Ende war, trat ich mit Radtke vor die Tür um nach dem Rechten zu sehen. Ein grösserer Granatsplitter lag auf unserer Freitreppe. Kollege Radtke hob ihn auf, schien aber keinen Gefallen an ihm zu finden, denn er liess ihn sofort wieder fallen. Ich lachte. "Sie haben als Artillerist bisher die Dinger nur abgeschossen und wissen deshalb nicht, wie heiss die auf der anderen Seite ankommen". Das Bankgebäude blieb unbeschädigt. Um 17 Uhr wurde der Dienstbetrieb wieder aufgenommen. Nachher machten Radtke und ich einen Rundgang durch das beschossene Stadtviertel. Der Bahnhof hatte kaum gelitten. Ein Haus davor war durchschossen. Der Friedhof hatte die meisten Treffer. Die Gräber sahen teilweise wüst aus. Die Kaserne hatte Treffer, auch in dem Gebäude der Heeresstandortverwaltung. Der Stabszahlmeister kam uns etwas verstört daraus entgegen. In ein Haus gegenüber der Heeresstandortverwaltung war ein Volltreffer in den Keller gegangen und tötete drei Menschen.

Durch die Beschiessung wurde nur ein Industriebetrieb, die Werola Krepp- und Buntpapierfabrik, zwischen Kaserne und Friedhof liegend, beschädigt. Drei Volltreffer mit 15 cm Granaten richteten für 32 000 RM Gebäude- und für 35 000 RM Maschinenschäden an. Durch das umsichtige Verhalten des Geschäftsführers Wilhelm Schmitt kam es nicht zu Personenschäden. Das Werk war aus eigener Kraft in wenigen Tagen wieder produktionsfähig. (Im ersten und zweiten Kriegsjahre gingen noch 14 % der Produktion dieses Werkes in den Export.

Am 20. Mai 1940 meldete ich dem Ersten Vorstandsbeamten in Karlsruhe, daß in der Nacht vom 17. zum 18. Mai ab 24 Uhr wieder Artilleriefire zu hören war. Gegen 2.30 Uhr waren Einschläge in geringer Entfernung vernehmbar. Die Hausbewohner be-

gaben sich darauf in den Schutzraum. Gegen 5 Uhr morgens ließ das Feuer nach. Auf Grund einer Bescheinigung der Ortsgruppe Rastatt - Schloß verließen gestern die Familienangehörigen der Beamten Pöhls und Radtke die Stadt Rastatt. Die Familie des Oberzählmeisters Bühler hat schon vor einigen Tagen die Stadt verlassen. Soweit zu übersehen war, betraf die Freimachung nur die bereits dem Beschuß ausgesetzt ~~gewesenen~~ Stadtteile.

Nach dem Fall der Maginot-Linie trat eine Wendung zum Besseren ein. Der Druck der Front auf den Wirtschaftsablauf wich, die bisherigen Käufe der Fronttruppen wurden zu einem guten Teil wettgemacht durch die Wiederbelegung der Kasernen mit Truppen des Ersatzheeres. Des öfteren besuchten uns Kollegen von anderen Bankanstalten, die als Soldaten am Westwall, oder später in den Kasernen lagen und gern wieder einmal etwas von der Reichsbank sehen und hören wollten.

Die Einflüge britischer Flugzeuge verursachten hier noch keine Schäden bei der Wirtschaft.

Bei Daimler-Benz erfolgte die vorbereitete Umstellung auf die Kriegsproduktion laut Mob-Aufgabe, trotzdem wurde das Exportgeschäft weiter gepflegt und die anfängliche Stagnation konnte überwunden werden. Das Überseegeschäft schmolz auf einen Bruchteil zusammen; die Schwerpunkte lagen jetzt im Südostraum und bei den nordischen Staaten.

Die Waggonfabrik Rastatt blühte geradezu auf, ihre bisherige Quote von 1,4 % der deutschen Waggonbau-Vereinigung fiel. Insbesondere wurden Zweispur-Kesselwagen für den Übergangsverkehr nach Rußland gebaut.

Andere Betriebe hingegen mußten Ausweichproduktionen aufnehmen. Katz & Klumpp AG., Gernsbach, hatte vollauf mit der Fabrikation von hölzernen Eisenbahnschwellen und mit dem Barackenbau zu tun. Schoeller & Hoesch, Gernsbach, versorgte fast den ganzen deutschen Markt mit Zigarettenpapier. Ihre Erzeugung an Kondensatorpapieren wurde immer kriegswichtiger und größer. Auch bei dieser Firma stockte bei Kriegsausbruch der Export. Bald aber entwickelte sich ein lebhafter Export über die trockenen Grenzen, der an die Friedensexportzahlen heranreichte. Das waren zum Teil ausländische Hamsterkäufe, aber immerhin wurden im Herbst 1940 etwa zwei

Drittel des Friedensexportes wieder erreicht. Ende 1939 war die Kohlenversorgung ausreichend, die Zellstoffversorgung mit Hilfe Skaninaviens mehr als genügend. Ungenügend war die Versorgung mit Lumpen aus Polen und Rußland.

Eine Sonderkonjunktur hatte der Textilkleinhandel bei Kriegsausbruch in Rastatt. Mit Rücksicht auf die Feindbedrohung und die teilweise Freimachung nahmen die Händler mit behördlicher Duldung einen bezugsschein- bzw. punktfreien Verkauf vor. Die Umsätze waren bedeutend, da die Käuferschaft in großer Zahl von weit her (Stuttgart, Frankfurt/Main) nach Rastatt kam.

Bis Anfang Dezember hatte ich meine Antrittsbesuche bei den Behörden, den Kreditinstituten und den massgeblichen Firmen gemacht. So auch - gemäß Präsidialverordnung - bei dem Kreisleiter der N.S.D.A.P. Dieser Besuch beim Kreisleiter war insofern von Bedeutung als mir als Parteigenossen der Kreisleiter das Angebot machte, bei dem - jetzt verkehrsunünstig in Gaggenau wohnenden - Kreiswirtschaftsberater mitzuarbeiten. Ich berief mich auf meine Unabkömmlichkeit, da ich Tag und Nacht der Wehrmacht dienstlich zur Verfügung zu stehen hätte und Rastatt nicht verlassen dürfe. Er zerstreute meine Bedenken mit dem Hinweis, er stelle es sich so vor, daß er Leute mit wirtschaftlichen Problemen, die sich an ihn wendeten, mir zu einer mir genehmen Zeit schicken würde. Als Gegenleistung bot er mir die ungeschminkten Wirtschaftsberichte der Wirtschaftsführer des Kreises Rastatt (einschließlich Baden-Baden) an.+) Ich stellte die Gegenbedingung, nichts von dem preis zu geben, was mir in meiner Eigenschaft als Leiter der Reichsbanknebenstelle zur Kenntnis käme. Auf dieser Basis einigten wir uns. Ich half den Ratsuchenden - ob Parteigenosse oder nicht - während des Krieges so gut ich konnte.

+) Wie schwierig allgemein die Unterrichtung der Bankleiter für die Wirtschaftsberichte war, ist aus den Verfügungen des Reichsbankdirektoriums: Nr. I 8435 vom 29.8.39, Nr. I 8960 vom 21.9.39, Nr. I 9980 v. 15.11.39, Nr. I 4298 v. 24.8.40, und Nr. I 6917 v. 3.11.42 zu ersehen.

Waren zur Zeit des Kriegsbeginnes beachtliche Abweichungen im Wirtschaftsablauf des Rastatter Bezirkes gegenüber den in den weniger frontnahen Gebieten des Reiches festzustellen, so fielen in der Berichtszeit 1940/41 diese Unterschiede fort. Als badische und württembergische Besonderheit blieb allenfalls die schwierige Lage der 10 bis 12 Stunden in den Fabriken arbeitenden Kleinbauern, die nun ohne ihre jungen männlichen Kräfte, nachher oder vorher noch Feld und Vieh zu versorgen hatten.

Eine erhoffte Wiederanknüpfung alter wirtschaftlicher Fäden mit dem Elsaß erfüllte sich nicht. Die Ausfuhrsperrre des Elsaß, um einen "Ausverkauf" zu verhindern, machte einen regen Wirtschaftsverkehr noch unmöglich. Die Werola Krepp- und Buntpapierfabrik konnte dort ihr schon vor dem Kriege betriebenes Zweigwerk in Bischweiler von Kriegsschäden befreien und wieder in Betrieb setzen. Die Uniformfabrik Albert Hilbert KG., Rastatt, richtete in Strassburg einen Zweigbetrieb ein. Vom Elsaß wurden einige Viehkäufe vorgenommen und die Milchzentrale Rastatt erhielt aus dem Hagenauer Gebiet einige Milchzufuhren. Bei der Bezirksspar-kasse Rastatt fanden sich sogar ein paar alte Kunden aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg wieder ein.

Bei den Banken war im Herbst 1941 die Rationalisierung und die Schließung von Filialen durch Regierungsanweisungen der Hauptgesprächsstoff. Die Umsätze bei den Kreditinstituten hielten sich zwar auf Vorkriegshöhe jedoch war die Ertragslage unbefriedigend. Lebhaft war das Geschäft in festverzinslichen Werten und auch noch in Aktien, soweit sie am Markt waren.

Daimler-Benz mußte die Lieferungen an nichtmilitärische Abnehmer scharf kontingentieren. Für seine Leistungen erhielt das Werk von der Wehrmacht wiederholt Dank und Anerkennung. Das war nicht ohne stärkste Anspannung aller Beteiligten und fortwährende Bereitschaft zu erreichen. Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung, in der Gestellung von Arbeitskräften, im Transportwesen wollten überwunden sein. Verstärkter Fraueneinsatz, ausländische Arbeitskräfte, ihre Umschulung und Anlernung waren die Probleme und sie wurden gelöst.

Die Pappenfabrikation der Firma Casimir Kast lief in 2 Schichten. Die Altpapierzufuhr hatte sich durch die Altpapiersammlungen der Schulkinder gebessert. Als erstes deutsches Unternehmen hatte diese Firma ein Jahr zuvor es unternommen, Torf zur Pappenherstellung hinzuzunehmen. Doch schon im Jahr darauf fand man eine bessere Lösung in der Verwendung von Säge- und Hobelspänen. Ein Verfahren, das heute seine Nachfolger in der Hartfaser- und in den Span-Platten hat. Eine besondere Maschine mit faserschonender Zermahlung mußte dafür entwickelt werden.

In der Papierindustrie herrschte Kohlenmangel, bei E. Holtzmann & Cie, Weisenbach, wurde die Kapazität um 30 % gedrosselt. Ein Viertel der Maschinen wurde zeitweilig stillgelegt. Die Transportlage verschlechterte sich, anstelle der Lastwagen mußte die Bahn benutzt werden.

Nur die Feinpapierindustrie von Schoeller & Hoesch hatte für ihre heereswichtige Produktion an Zigaretten- und Kondensator-Papieren genügende Kohlenversorgung. In allen Fabrikaten mußten die Lumpen durch Zellulose ersetzt werden. Trotz der sehr starken Inanspruchnahme für Wehrmächtaufträge konnte der Export nach Bulgarien und in die Schweiz gegen italienische Konkurrenz behauptet werden.

Am 15. Dezember 1940 schied Fräulein Mayer aus den Diensten der Reichsbank aus. Sie verzog als Frau Kostelnik nach Oesterreich. Als Ersatz für sie wurde eine junge Elsässerin, Fräulein Charlotte Greth aus Straßburg, eingestellt.

Dem Obergeldzähler Adolf Bühler bot sich eine Beförderungsmöglichkeit zum Sekretär. Er nahm sie an und wurde am 2. Januar 1941 nach Metz abgeordnet und am 1.6.41 dorthin versetzt. Das Personalstärke-Soll wurde am 13.3.41 durch die Wiedereinstellung von Frau Kostelnik, deren Mann erneut ins Feld zog, wieder erreicht.

Anfang 1941 kam eine Umfrage des Reichsbankdirektoriums an die Beamten wegen einer etwaigen Beschäftigung in den deutschen Kolonien nach dem Kriege. Diese Kolonien waren im Verfolg des Versailler Vertrages von 1919 Deutschland verloren gegangen. Der Gedanke, sie zurückzuerhalten, war in Deutschland nach dem ersten

Weltkriege immer wach geblieben. In Rastatt meldete sich außer mir noch der kasseführende Beamte Radtke. Wenig später wurden wir mit unseren Familien auf Tropentauglichkeit untersucht, geimpft und einer Chininprobe unterzogen. Der erste Kolonialkurs der Reichsbank - zur Hauptsache mit leitenden Beamten - fand im März/April 1941 in Berlin-Wannsee im Schulungshaus der Reichsbank statt. Auch ich war dazu bestimmt worden. Mit von der Partie waren u.a. die heute im Bereich der LZB in Baden-Württemberg tätigen Herren Hecker und Dr. Pade, ebenso der inzwischen pensionierte Herr Heeren. Wir taten gut daran, die Sache von der heiteren Seite zu nehmen. Neben Frühsport, Kolonialvorträgen, politischer Schulung mit Gesang, Ausarbeitung von Dienstbestimmungen für die Reichskolonialbank gab es noch kostenlosen Reitunterricht und einen ebenso kostenlosen Auto-Führerschein, ferner Pistolen- und Maschinenpistolenschiessen. Da ich schon einen Führerschein besaß, verlegte ich mich mehr aufs Reiten und Schießen. Die Ritte zum Schluß im Grunewald waren herrlich. Am Abschiedsabend nahm auch der Vizepräsident Lange teil, mit dem ich 5 Jahre später so manches Gespräch im Kriegsverbrecherlager Zuffenhausen führen sollte.+)

An dem Abend waren wir aber noch sehr ausgelassen, ein Kursteilnehmer hatte einen Ulk von mir in der Bierzeitung in Verse gesetzt, der eine Revisionssafari zur Nebenstelle Moschi, durch den Ersten von Daressalam persiflierte. Die dem Bankvorstand ergebenden Schwarzen trommelten die Ankunft des Ersten voraus. Beim nächsten Male sprang der aber mit dem Fallschirm ab.

Welch "bitterer Ernst" bei uns herrschte zeigt der folgende schöne Vers aus der gleichen Zeitung:

"Die Schwarzen von ganz Afrika,
die riefen allzugleich.
Wir wollen freie Neger sein,
wir wollen heim ins Reich!"

Dann trennten wir uns, viele von ihnen gingen zu ihren Truppenteilen in Ostpreußen, Polen und Schlesien - dem Unheil entgegen..

+) Man hielt auf amerikanischer Seite den Luftwaffen-Obergefreiten Pöhls für einen General der Waffen SS. Die Entlassung erfolgte schließlich als "Rat" aus automatischem Arrest.

Herr Radtke nahm anschließend am 2. Lehrgang teil. Am 1. Oktober 1941 wurde er wieder zur Wehrmacht einberufen. Als Ersatz ordnete die Reichsbank Karlsruhe den Reichsbankinspektor Walter Freiherrn von Rosen als kasseführenden Beamten nach Rastatt ab.

Durch den deutschen Überfall auf Rußland im Juni 1941 - neben der Judenvernichtung die grösste und folgenschwerste Wahnsinnstat Hitlers - änderte sich vieles. Es wuchs der Mangel an deutschen Fachkräften in der Industrie; sie waren bei der Wehrmacht. Die Hausfrauen wurden für halbtägweisen Einsatz gewonnen. Auch die Reichsbank Rastatt musste Ende 42 die Ehefrauen der Bankangestellten Adam und Ziegler für solche Halbtagsarbeit im Zählendienst einstellen. Anfang März 1943 verfügte man die Verlängerung der Arbeitszeit auf 56 Wochenstunden und die Frauen wurden wieder entlassen.

Aus der Industrie waren 1942 über den Einsatz ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener Klagen über mangelnde und langsame Zuteilung zu hören. Die französischen Kriegsgefangenen ließen, enttäuscht durch die lange Gefangenschaft und den Verlauf der Waffenstillstandsregelung, in der Arbeitsleistung nach. Mit den Russen machte man gute Erfahrungen, weniger gute mit den Ukrainern, die sich wohl wie die Franzosen ein besseres Los erhofft hatten. Aus den ukrainischen Karpathen kamen völlig abgerissene und halbverhungerte ungarische Waldarbeiter zu den Forstbetrieben; sie mussten erstmal aufgepäppelt werden.

Der Lastkraftwagenverkehr erfuhr eine wesentliche Einschränkung.

Der der Wirtschaft aufgebürdete Papierkrieg war Grund ständiger Klagen. Die Betriebe standen hinsichtlich des Absatzes im Inland unter voller behördlicher Lenkung. Die "Mob-Aufgabe" von 1939 hiess jetzt "Hersta" (Herstellungsanweisung). Die "Belegungen" ergingen von den Reichsstellen auf Grund der kriegswirtschaftlich gebotenen Notwendigkeiten und hatten dann die "Freistellung" der dazu notwendigen Rohstoffe zur Folge. Trotzdem nahm die Rohstoffknappheit, selbst bei einem so wichtigen Betrieb wie Daimler Benz, zu. Es haperte an allen Ecken - von der Forstwirtschaft über die Sägereien zu den holzverarbeitenden Betrieben, der Papierindustrie - überall war entgegen den offiziellen Dar-

stellungen, Sand im Getriebe. Ob Mangel an Kraftfutter für die Pferde, Rohöl für die Traktoren, Kohle für die Industrie immer waren die Folgen empfindliche Ausfälle. Monatelang waren Papierfabriken geschlossen. Zur Behebung all dieser Nöte führte man die Selbstverwaltung der Industrie ein, aber die Umstellung brachte große Schwierigkeiten.

Am 30.6.1942 verliess Fräulein Greth ihren Dienst in Rastatt um ihn im heimatlichen Straßburg bei der dortigen Hauptstelle aufzunehmen.

Während des Jahres 1943 wies der Bankbezirk Rastatt keine allgemeinen wirtschaftlichen Erscheinungen auf, die von denen des Gesamtbildes des Reiches abwichen. Nur Bombenschäden waren im Bezirk Rastatt nicht zu verzeichnen. Die Probleme blieben die alten; 2/3 der Belegschaften waren Ausländer, sie waren immer schwieriger zu nehmen. Als Vergeltung ließ man auch russische Offiziere arbeiten, eine Firma - Katz & Klumpp - war mit ihnen zufrieden, eine andere - Holtzmann - bezeichnete sie als ebenso gute Esser wie schlechte Arbeiter. Ich schrieb damals über all diese Fragen: "Unseres Erachtens ist die Menschenführung für den Erfolg entscheidend". Der Ansicht bin ich nach vielen eigenen Erfahrungen - auch als Gefangener - heute noch. Die halbtags berufstätigen Frauen verdarben mit ihrer mangelhaften Arbeitsintensität und ihren mancherlei Freiheiten die schon immer zur Fabrikarbeit gezwungenen Frauen.

Ein übles Problem rollte ich mit meinem Bericht vom 29. Oktober 1943 auf: "Im Verkehr mit den Reichsstellen und sonstigen Zuteilungsstellen soll, nach einem uns mehrfach zu Ohren gekommenen Gerücht, zum Teil eine üble Korruption Platz gegriffen haben. Es mangelt unseren Gewährsleuten nicht an Zivilcourage, sondern an den handgreiflichen Beweisen, da verständlicherweise die Bestechungen nicht in Gegenwart Dritter vorgenommen wurden. Wir halten es für unsere Pflicht, auf dieses Gerücht hinzuweisen, damit entweder ein Wandel herbeigeführt oder dem haltlosen Gerücht in irgendeiner Form entgegengetreten wird." Ich habe nichts vom Direktorium wieder darüber gehört. Wenn man den Meldungen nach dem Zusammenbruch Glauben schenkt, war damals tatsächlich übelste

Korruption bei höchsten Stellen geübt worden.

Eine Aktienablieferungsaktion im Sommer und Herbst 1943 erregte unseren Unmut. Angeblich wollte man die Aktienbörse beleben, indem man alten Aktionären die Aktien zu einem lächerlichen Zwangskurs abnahm und den Gegenwert spernte. Auch dazu hörte ich nach dem Kriege, daß hohe Parteifunktionäre, zumindest zum Teil, diese Aktien erwarben. Die Durchschrift eines Briefes von einem schonungslos diese Aktion verurteilenden Industriellen an den Reichswirtschaftsminister liegt noch bei den Akten in Rastatt ((11) v. 17.9.43).

Im Zuge der Bankenrationalisierung wurde die Deutsche Bank in Gernsbach am 31.3.43 geschlossen. Die großen Kunden der Bank bedienten sich dann der Filiale Baden-Baden. Für das kleine und unbedeutende Bankhaus Wilhelm Graf Josef Keller's Nachfolger, Rastatt, war vom Reichsaufsichtsamt eine freiwillige Liquidation vorgesehen, die aber erst nach dem Kriege erfolgte.

Die Geldentwertung wird offenkundig, die Hypothekenrückzahlungen bei den Sparkassen bereiten den Kassen Sorgen.

Das Jahr 1944 brachte den Krieg unmittelbar nach Rastatt. Luftangriffe im ersten Halbjahr, Artillerieüberfälle im zweiten Halbjahr störten erheblich den Dienstbetrieb bei der Nebenstelle. Es gab morgens bei Hellwerden Alarm und bei Dunkelwerden Entwarnung. Am 31. August 1944 übergab ich die Geschäfte der Nebenstelle dem Bankinspektor Dobbertin. Ich selber wurde mit 44 Jahren wieder Soldat.

Fräulein Stephan wurde an das Thaleswerk dienstverpflichtet. Ende November 1944 kam ich anlässlich einer militärischen Dienstreise für eine Nacht nach Rastatt. Die Fliegerangriffe und die Beschiessung führte gerade zu einer neuerlichen Evakuierung der Frauen und Kinder. Der Erste Vorstandsbeamte von Karlsruhe, Dr. Möckel, war an jenem Tage zur Revision in Rastatt gewesen und verliess Rastatt "per Anhalter".

XIII. Kapitel

Verlegung der Reichsbankneben-
stelle Rastatt nach Karlsruhe.

Es ist nicht aktenkundig, an welchem Tage die Nebenstelle nach Karlsruhe verlegt wurde. Am 3. Januar 1945 berichtete die Nebenstelle aus Karlsruhe, das Reichsbankgebäude in Rastatt sei seit dem 17. Dezember von mehreren Artillerie- und Bombentreffern beschädigt worden. Es war nicht mehr benutzbar. Der Tresorinhalt konnte, während eines Beschusses, durch Dr. Möckel und den Baron von Rosen geborgen werden. Die Nebenstelle wurde zur Reichsbankstelle Karlsruhe verlegt.

Durch ein Telegramm über den Bombenschaden unterrichtet, erhielt ich - entgegen den bestehenden Befehlen - wegen Bombenschadens Urlaub von der Truppe. In den ersten Januartagen erreichte ich über Karlsruhe, von Fliegern belästigt, "per Anhalter" Rastatt. In Rastatt traf ich noch einige befreundete Offiziere an. Das sollte in den nächsten Tagen für mich von Nutzen sein und fast auch für die Reichsbank.

Ich quartierte mich in meinem Keller in der Reichsbank ein. Das Haus hatte 3 Artillerietreffer, zwei im Bankraum und einen in Radtke's Wohnung. Die Fenster waren sämtlich zerstört. Allein wie ich war, schleppte ich meine Möbel erstmal auf den in der Mitte der Wohnung gelegene Flur. Dort war einiger Schutz. Dann fing ich an, meinen Kellerraum von Luftschutzbetten usw. zu räumen und schleppte die Möbel hinunter. Zwischendurch meldete ich mich als Urlauber beim Wehrbezirkskommando.

Um das Risiko zu verringern, ließ ich durch den von der Kreisleitung für die Bevölkerung organisierten Hausrat-Bergungsdienst den Rest meiner Habe in das Sammellager im Badischen Hof in Muggensturm bringen, wo er dann ein Vierteljahr später von unbekannter Seite geräumt wurde. Am Sonntag, dem 7. Januar 1945, kam meine Frau von Rostock nach Rastatt, auch sie hatte ein Tele-

gramm wegen des Bombenschadens bekommen. Sie litt damals schon 4 Jahre an der Multipler Sklerose; es war ihr nicht leicht gefallen, die anstrengende Reise zu machen und noch den 6 km langen Weg von Muggensturm zu Fuß zurückzulegen. Gegen Mittag gingen wir in die "Laterne" zum Essen, ein Fliegeralarm zwang uns in den Keller, dann Entwarnung, weitergegessen, neuer Alarm, diesmal in den Keller des benachbarten Kinos. Wir waren kaum unten, als auch schon die Bomben fielen. Der Keller wurde geschüttelt, ein furchtbares Krachen, ein Prasseln von Steinen. Wir glaubten schon, das Kino über uns sei eingestürzt. Es war aber nur das große Nachbarhaus. Als es ruhig geworden war, kam wieder Entwarnung. Die ganze Bahnhofstraße war in eine Staubwolke gehüllt. Die Häusertrümmer bedeckten die Straße und nur mit Mühe kamen wir zur Reichsbank. Viele Häuser waren zerstört oder schwer beschädigt, auch in unmittelbarer Nähe der Bank. Die Bank selbst hatte zwar gelitten; aber sie stand noch. Es waren nur Druck- und Splitterschäden. Die meisten unserer Klappfensterläden lagen unten. Die Klapppläden schleppte ich in den Hof und hing sie später wieder ein. Dabei halfen mir dann schon die elsässischen Volkssturmmänner, die man regelrecht verschleppt hatte und unbewaffnet ließ. Es waren arme Kerle, die für alles dankbar waren, was man ihnen zusteckte. Bekommen hatte ich sie als Hilfe beim Ausräumen der Bank von zerstörten Möbeln. Leider war der Strom ausgefallen, wir konnten nun weder heizen noch kochen und hatten auch keine Beleuchtung mehr. Unsere Bäckerfrau ließ uns eine kleine Petroleumslampe, ein geringer Trost bei der strengen Kälte. Wir froren sehr, namentlich nachts. Morgens lag unser Atem als Reif auf den kümmerlichen Wolldecken unserer Luftschutzbetten in der Schutzraumschleuse.

Durch den Fliegerangriff vom 7. Januar waren so ziemlich alle Stadtteile erheblich betroffen worden. Zwischendurch setzte auch wieder die Beschiessung ein. Als Munition verwendete der Feind Brisanz-Granaten, die bei der Truppe kurz "Ratsch-Bumm" hießen und so waren sie auch. Aufschlag, kaum das Pflaster beschädigend und schon ging das Ding auseinander. Man warf sich zwar gewohnheitsmäßig hin, aber viel Sinn war bei dieser Munition nicht darin.

Die Sparkasse war schon am 7. Januar durch Bombentreffer total beschädigt. Die Volksbank, deren Banklokal stark demoliert war, verlagerte nach Gernsbach. Es war also keine Bank mehr in Rastatt betriebsfähig.

Noch am Sonntagabend trafen meine Frau und ich uns mit unseren in Rastatt noch anwesenden Freunden und Bekannten in der "Blume". So auch den damaligen Bezirkskommandeur, den schwerkriegsbeschädigten Obersten v. Friesberg. Er, der Standortälteste Bassermann, die Fabrikanten Mayer, Schmitt und Geiger sprachen sich für eine Rückverlegung der Reichsbank nach Rastatt aus. Nach dem Zustand des Gebäudes hielt ich das technisch durchaus für möglich, wenn ich dazu die Unterstützung der zivilen Behörden fände. Ich telefonierte mit dem Kreisleiter, der mir sofort seine Unterstützung zusagte, das waren unter anderem dann die elsässischen Volkssturmänner. In der Nacht brannte es noch in verschiedenen Häusern der Nachbarschaft. Bei minus 16 Grad Cels. herrschte ein ziemlicher Wind, der nicht nur die Brände anfachte, sondern auch die Gardinen des Geschäftsraumes der Reichsbank durch die scheibenlosen Fenster nach außen wehen ließ. Wegen des starken Funkenfluges befürchtete ich ein Übergreifen des Feuers auf die Bank. Ich riss die Gardinen ab und warf sie in den mitten im Gebäude liegenden Publikumsraum.

Am Montag früh rief ich den Ersten Vorstandsbeamten in Karlsruhe, Dr. Möckel, an und fand seine Zustimmung für die Einrichtung eines Notbetriebes in der Reichsbank. Er telegraphierte entsprechend unserer Verabredung an den Standortältesten Major Bassermann und erbat für mich 14 Tage Nachurlaub, um den Notbetrieb einrichten zu können.

Am 10. Januar 1945 trafen der Reichsbankoberbaurat Rahn und der Reichsbankdirektor Dr. Möckel ein und das Gebäude wurde untersucht.

Der Reisebericht lautete:

"Die Besichtigung des Dienstgebäudes erfolgte in Gegenwart des Herrn Ersten Vorstandsbeamten der Reichsbankstelle Karlsruhe.

Das Haus hat sowohl durch verschiedene Fliegerangriffe als auch durch Volltreffer dreier Geschosse der amerikanischen Artillerie gelitten.

Die Fliegerschäden sind die üblichen: Das Biberschwanzdach ist an vielen Stellen beschädigt. Die Fenster sind ohne Glas, die Rahmen teilweise gesplittert. Auch die Klappläden und die Innentüren haben gelitten.

Schwerwiegender sind die Zerstörungen durch die Artilleriegeschosse. Die Volltreffer liegen folgendermaßen:

- a) Die Südecke des Hauses im zweiten Obergeschoß also im Zimmer Nr. 50 der Wohnung des Kasseführers, wurde eingerissen, so daß in voller Geschoßhöhe die Südwestwand des Zimmers heruntergebrochen, die Südostwand aus dem Gefüge geraten ist. Die 25cm starke Wand zum Zimmer Nr.51 ist ebenfalls schwer in Mitleidenschaft gezogen. An dem Heizkörper ist das letzte Glied zertrümmert. Im Geschoß darunter sind Wirkungen des Einschlages nicht mehr zu bemerken. Das Dachwerk hat an der Südecke nun keine Unterstützung mehr, doch hängen Sparren, Aufschieb-linge und Latten noch zusammen. Nur die Bretterverkleidung des hölzernen Hauptgesims ist zersplittert.
- b) Eine andere Granate traf im Erdgeschoß an der Nordwestfront das mittelste Fenster im Hauptgeschäftsraum, beschädigte hier das Mauerwerk stark und zertrümmerte das Doppelpult Nr.24 und verschiedene andere Möbel. Ein Granatsplitter riß die Putzdecke auf, so daß die Bauart der Hohlstegdecke sichtbar wurde. Im Zimmer Nr. 29 des darüber liegenden Geschosses hat sich auch der Fußboden unter dem Linoleum etwas gehoben, doch ist anscheinend keine Gefahr des Einsturzes vorhanden, denn man konnte den Raum ohne Besorgnis betreten.
- c) Die dritte Einschußstelle liegt in der gleichen Gartenfront in der Brüstung des letzten Fensters neben der Beamten-treppe. Das Mauerwerk ist hier zerstört, ebenso der Sturz des darunter liegenden Kellerfensters im Raum Nr. 1. Der Heizkörper in der Brüstung im Erdgeschoß ist zertrümmert. Die Kassenumschrankungen stehen merkwürdigerweise noch, natürlich ohne Glas.

Das Haus wurde sofort nach der Beschießung auf Anordnung geräumt und ist in seinem jetzigen Zustand nicht mehr bewohnbar, zumal die Heizungsanlage an zwei Stellen beschädigt ist. Der Geschäftssaal macht augenblicklich den Eindruck eines großen Trümmerhaufens. Der Tresor ist unbeschädigt geblieben, sein Inhalt wurde nach Karlsruhe überführt.

Durch Verbesserung der militärischen Lage hat der Artilleriebeschuß auf die Stadt aufgehört. Die Reichsbankstelle wünscht dringend, die Nebenstelle wieder zu eröffnen. Da Ausweichunterkünfte ebenfalls zerstört sind, wurde die Frage erörtert, ob sich nicht ein Notbetrieb in unserem Gebäude einrichten ließe. Ich bejahte die Frage, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- 1.) Der Packraum Nr. 27 soll künftig Arbeitsraum werden. Er reicht aber für 3 Menschen, mit denen die Nebenstelle besetzt werden muß, nicht aus. Man wird also noch einen Teil des Geschäftssaales hinzunehmen müssen, und zwar das Viereck bis zum ersten Mauerpfeiler. Da, wo in der Grundrißzeichnung die Ablegetische Nr. 32 und 33 stehen, wird zwischen Pfeiler und Außenwand eine 1/2 Stein starke Wand gezogen. Zwischen Pfeiler und Tresorwand steht bereits eine hölzerne Trennwand, deren Tür man als Schalter einrichten könnte. Der Raum zwischen Oberkante Trennwand und Decke wäre mit gespundeten Brettern oder Bauplatten zu schließen
- 2.) Die drei Fensteröffnungen dieser beiden Räume müssen verschlossen werden, am besten mit Glas. Wo die Rahmen der Fenster zerplittert sind, wäre Zumauerung bis auf die Größe von Barackenfenstern zweckmäßig.
- 3.) Zur Beheizung der Räume sind 2 eiserne Öfen aufzustellen. Abführung der Rauchrohre durch die Fensteröffnungen, da Schornsteine in diesem Gebäudeteil nicht vorhanden.
- 4.) Die Einschußstellen müssen zugemauert werden, weil sonst damit zu rechnen ist, daß weitere Mauerteile einstürzen. Hierzu ist stellenweise ein Gerüst erforderlich.
- 5.) Auch die Fensteröffnungen im Geschäftsraum wären, um Regen und Schnee abzuhalten, mit Glas, Rollglas, Pappe oder Back-

steinen zu schließen, namentlich an der Wetterseite.

- 6.) Die Dachdeckung muß wieder dicht gemacht werden. Wenn die Biberschwanzziegel, die jetzt doppelt liegen, einfach angeordnet werden, reichen sie gut aus.

Bei allen diesen Arbeiten handelt es sich um geringfügige Maßnahmen, die in 1 bis 2 Wochen erledigt sein könnten. In der heutigen Notzeit wird man mit viel längeren Fristen rechnen müssen, um so mehr, als die meisten Handwerker fliegergeschädigt sind und Rastatt verlassen haben. Mit dem Leiter der Nebenstelle, der gerade auf Wehrmachtsurlaub war und für den Arbeitsurlaub beantragt werden soll, wurden die notwendigen Maßnahmen besprochen. Er hofft, mit Hilfe der Behörden die Arbeiten in die Wege leiten zu können. Dennoch ist die Aussicht gering, daß der Notbetrieb der Nebenstelle in unserem Hause sehr bald eröffnet werden kann.

Wenn es gelänge, die beiden Schadensstellen an den Heizkörpern zu beseitigen (schwierig, weil in Rastatt keine Heizungsfirma sitzt) und die Fensteröffnung dicht zu bekommen, könnten auch alle vier Wohnungen wieder bewohnbar gemacht werden.

U.

Nr. 69

Der Reichsbank in Karlsruhe
mit einem Durchschlag für die Nebenstelle in Rastatt übersandt.

Stuttgart, den 15. Januar 1945

Bezirksbauamt

U "

Mit dem letzten Satz seines vorletzten Absatzes behielt Herr Rahn zwar recht, aber nicht wegen der Schwierigkeiten die notwendigen Arbeiten auszuführen, sondern weil die fast fertigen Arbeiten am 16. Januar durch einen neuerlichen Angriff wieder zerstört wurden. Mein Bericht vom 13. Januar und weiter unten der der Reichsbankstelle Karlsruhe vom 18. Januar mögen das schildern:

"B ericht des Reichsbankrates
P ö h l e über die bisherigen
Bemühungen zur Vorbereitung
der Wiedereröffnung der Reichs-
banknebenstelle Rastatt.

Rastatt, den 13. Jan. 1945

Im Anschluß an die mir am 10. ds. Mts. von Ihnen erteilten Weisungen habe ich mich mit dem Architekten Jägel in Verbindung gesetzt.

Bei einer gestern Mittag stattgefundenen Besichtigung der Bankräume wies Jägel, der s.Zt. das Gebäude gebaut hat, mich darauf hin, daß für die Anschlüsse der Ofen der Kamin der Waschküche und des Heizkellers herangezogen werden könnte, wenn man statt des Vortreserraumes das Zimmer des Leiters der Nebenstelle und einen entsprechenden Raum aus dem Banksaal vor dem Sprechzimmer abteilen würde. Im Interesse der Arbeitsverhältnisse und zur Vermeidung starker Verqualmung der Arbeitsräume habe ich mich entschlossen, die von Jägel vorgeschlagene Lösung zu befolgen.

Im Anschluß an die Unterredung habe ich beim Wirtschaftsamt zwei Öfen genehmigt bekommen, sie sofort anschliessend bei der Firma Gutmann gekauft und den Betrag vorläufig für die Bank ausgelegt. Es handelt sich um 2 einfache eiserne, sogenannte "irische" Öfen. Der Anschluß der Öfen ist heute durch unseren Stammblechnermeister Schmalholz vorgenommen worden. Die Firma Schmalholz ist auch auf meine Bitte mit 30 kg Ofenrohr in Vorlage für uns getreten, da Eisenscheine dafür beim Wirtschaftsamt Rastatt nicht vorrätig waren. Ich bitte die Reichsbankstelle Karlsruhe um Schritte bei der Gauwirtschaftskammer zur Erlangung von 30 kg Eisenscheinen. Dieser Weg wurde mir vom hiesigen Wirtschaftsamt als gangbar geschildert.

Bei dem Stadtbaumeister Haas, den ich anschließend aufsuchte, erhielt ich eine "Anweisung für Sofortmaßnahmen" auf 40 qm Bretter und 50 lfd. Meter Kantholz sowie eine "Anweisung pp" für 6 Kg Nägel. Mauerwerk kann z.Zt. nicht aufgeführt werden. Ein Anruf bei der hiesigen Holzhandlung Stösser & Sohn sicherte mir die Lieferung des Holzes für den heutigen Morgen. Eine Rücksprache bei der NSKK-Bereitschaft erledigte die Frage des Holztransportes zur Bank.

Der von mir vorgesehene Schreinermeister Peter ist z.Zt. von Rastatt abwesend, ich suchte daraufhin den ebenfalls von uns früher beschäftigten Schreinermeister Beyers auf, der von mir mit der Beaufsichtigung des Holztransportes und der Ausführung der Trennwände beauftragt wurde.

Eine Vorsprache beim Leiter der Stadtwerke sicherte mir freie Hand in der Heranführung elektrischen Stromes in das Bankgebäude. Der Elektromeister Fengler, hier, versprach mir für Montag den Anschluß unseres Gebäudes an das Stromnetz durch Freileitungen ausgehend von dem Kreisleitungsgebäude. Leider hat er nur ein so schwaches Kabel zur Verfügung, daß jeweils nur 3 - 4 Lampen brennen dürfen. Die Astramaschine wird daher vorerst mit der Hand betrieben werden müssen, die Zählmaschine erst benutzbar gemacht werden können, wenn ein stärkeres Kabel oder das normale Netz wieder zur Verfügung steht.

Den Donnerstag und den Freitag Vormittag hatte ich auf die Aufräumung des Banklokals verwandt. Mit Hilfe von 4 von der Kreisleitung gestellten Kräften habe ich den Schutt und die Scherben aus dem Banksaal und dem Keller entfernt. Dagegen die Wohnung Radtke bis zum Eintreffen der Frau Radtke unberührt gelassen. Ich verauslagte RM 8.- Trinkgelder an die Arbeiter. Die Fenster aus dem wiederherzurichtenden Teil des Banksaals und Sprechzimmers wird mir der Glasermeister Bernhard voraussichtlich bis Montag fertigstellen, trotzdem er mit schweren Schäden am eigenen Betrieb stark zu tun hat. Die Fenster im Vortresorraum werde ich selbst mit Sperrholz verschliessen.

Infolge vielfacher Alarme am heutigen Tage kann das Holz zwar rechtzeitig heran, aber der Tischlermeister Beyers blieb ab Mittag aus. Ich habe daraufhin mit dem von der Kreisleitung dienstverpflichteten Malermeister Huber, der in seinem Fach unser Haushandwerker seit vielen Jahren ist und den die Kreisleitung mir zur Verfügung stellte, selbst die Erstellung der Trennwand mit dem Reichsbankwerkzeug in Angriff genommen. Die Rahmenschenkel für die große Trennwand sind gesetzt und ich hoffe die Arbeit bis spätestens Dienstag beenden zu können. Selbst wenn die Kassenschalterklappe noch nicht fertig sein sollte, könnte der Bankbetrieb im erforderlichen Umfange am Mittwoch früh aufgenommen werden. Die Schlösser zum Gebäude sowohl an der Vorderfront als auch im Kellereingang sind heute vom Schlossermeister Tränkel wieder instandgesetzt worden.

Wegen des Daches wurde mir vom Stadtbaumeister erklärt, es wäre eine besondere Aktion dafür vorgesehen und sobald die Dächer nicht

mehr glatt vom Eis sind, würde die Arbeit begonnen, die Reichsbank ist als "dringend" vorgemerkt. Gleichzeitig wurde die Schliessung der Granatlöcher im Gebäude der Reichsbank als "dringend" vorgemerkt.

Eine Verglasung bzw. Schliessung der Fenster mit Sperrholz in den Dienstwohnungen ist den Handwerkern z.Zt. wegen der großen Schäden durch den letzten Fliiegerangriff noch nicht möglich. Vorläufig müssen die durchbrochenen Fensterläden geschlossen werden. Später wären sie evtl. von der Belegschaft selbst mit Sperrholzplatten, die man zugeschnitten beim Glaser Bernhard dann wieder wird erhalten können, zu verschliessen.

Mein Urlaub ist auf meine Rücksprache beim Major Bassermann heute telefonisch bei meiner Einheit letztmalig weitere 5 Tage, d.h. bis zum 19.1. 24 Uhr verlängert worden. Er wäre nach meiner Planung gerade ausreichten um den Bankbetrieb bis Mittwoch, den 18.1. anlaufen zu lassen. Wenn es meine Zeit noch irgend erlaubt, werde ich mich noch um die Koffer von Herrn Reichsbankdirektor Jost kümmern.

gez. P ö h l s

Reichsbankrat

z.Zt. Obergefreiter der Luftwaffe".

Der Glasermeister Bernhard konnte die Fenster nicht für uns herrichten, aber er gestattete mit seine Maschine zu benutzen. So habe ich mit den beiden alten Handwerkern Beyers und Huber selbst die Fensterrahmen zur Werkstatt gekarrt, je eine Glasscheibe eingesetzt und an der Kreissäge die Sperrholzplatten für die übrigen Fensterruten zurechtgesägt und angenagelt. Ein Alarm zwang uns in den erbärmlichen Keller des 250 Jahre alten Hauses.

Hernach beluden wir unsere Karre und fuhren zur Bank um die letzte Hand an unser Werk zu legen. Als wir abladen kamen Tiefflieger. Wir liefen ins Haus und in den Keller, die beiden Alten voran. Gerade hatte ich die Luftschutztür erreicht, - noch auf der Treppe stehend - als eine Bombe ganz nahebei einschlug, den leeren Fensterrahmen oben an der Kellertreppe dabei hineindrückte. Er krachte unmittelbar hinter mir an die Wand. Mit zwei weiteren Einschlägen floh ich jedesmal mit der Luftschutztür wieder heraus, bis es mir endlich gelang, die Tür zu schließen. Meine bei-

den alten Meister waren jetzt endgültig fertig, sie wollten nicht mehr. Meine Frau, die solange allein im Keller gehockt hatte, war auch am Rande. Das Treppenhaus zum obersten Geschoß war nicht mehr begehbar, es lag voller Trümmer. Die Decke unserer Küche war eingestürzt. Der während der ganzen Zeit anhaltende strenge Frost trug das seine dazu bei, das Leben im ungeheizten Keller nicht länger auszudehnen und von Rastatt Abschied zu nehmen. Wie aus dem Bericht der Reichsbankstelle Karlsruhe vom 18. Januar 1945 zu lesen ist, war oben in der Bank doch alles wieder ein Scherbenhaufen:

"Reichsbankstelle Karlsruhe, den 18. Januar 1945

Betr.: Reichsbanknebenstelle R a s t a t t

Unter Bezugnahme auf unseren Bericht vom 22. Dezbr. v.Js. u. 12.1.45 teilen wir mit, daß der Leiter der Reichsbanknebenstelle Rastatt, Reichsbankrat P ö h l s, der einen kurzen Urlaub bekommen hatte, die Vorbereitungen zur Wiederaufnahme eines Notbetriebes in Rastatt soweit getroffen hatte, daß die Nebenstelle Ende dieser Woche wieder nach Rastatt hätte zurückverlegt werden können. Einen Bericht des Reichsbankrats Pöhls fügen wir in Abschrift bei.

Leider hat sich die ganze Mühe als umsonst erwiesen, da am 16. ds. Mts. 2 Luftangriffe auf Rastatt erfolgten und mehrere schwere Bomben in der Nähe des Bankgebäudes fielen, die durch Luftdruck starke Zerstörungen insbesondere an den wieder hergestellten Noträumen anrichteten. Da seit dem 16. ds. Mts. Rastatt auch wieder unter Artilleriebeschuß liegt und Bevölkerung und Betriebe die Stadt weiter verlassen, halten wir es für ratsam, die Nebenstelle z.Zt. nicht wieder nach Rastatt zurück zu verlegen, andererseits ist das Verbleiben der Reichsbankanstalt im Rastatter Bezirk unbedingt notwendig. Wir haben deshalb in Aussicht genommen, die Nebenstelle vorübergehend nach Gernsbach zu verlegen, was den Wünschen des Kreisleiters und der Behörden entspräche. In Frage käme die Unterbringung in den Räumen der ehemaligen Deutschen Bank.

Wir stehen gegenwärtig in Verhandlung mit der Kreisleitung und der Direktion der Deutschen Bank in Mannheim, welcher Gernsbach unterstand, und werden über den Erfolg berichten.

Reichsbankstelle

An das Reichsbankdirektorium B e r l i n C 111."

Am gleichen Tage meldete ich mich in Karlsruhe bei Dr. Möckel ab und fuhr nach Heidelberg. Mit einer in unserem Keller noch gefundenen Dose Gänseleberpastete und einer Flasche Champagner, wozu Kommisbrot gereicht wurde, feierte das Ehepaar Pöhls am Abend des 18. Januar 1945 Abschied. Es sollte sich erst zwei Jahre später im russisch besetzten Rostock unter völlig veränderten Umständen wiedersehen.

Am 19. meldete ich mich wieder bei der Truppe. Der Hauptmann empfing mich mit den Worten: "Mensch Pöhls, Sie leben ja noch." Nach der Funkmeldung fiel ein Teppich von 700 Bomben auf Rastatt. Wahrheitsgemäß meldete ich: "Ich hatte sie nicht gezählt, Herr Hauptmann."

Am 12. Februar 1945 berichtete die Reichsbankstelle Karlsruhe über die Lage der Reichsbanknebenstelle Rastatt:

"Reichsbankstelle

Karlsruhe, den 12. Februar 1945

I./Schö.

Betr.: Reichsbanknebenstelle
R a s t a t t .

Im Nachgang zu dem Bericht vom 18.1.45 teilen wir mit, daß nach näherer Prüfung eine Verlegung der Reichsbanknebenstelle Rastatt nach Gernsbach nicht vorteilhaft erscheint. Auch der Kreisleiter, der früher die Verlegung nach Gernsbach angeregt hatte, hat sich nunmehr dagegen ausgesprochen. Eine Rückführung nach Rastatt selbst bereitet Schwierigkeiten, weil ein geeignetes Ausweichquartier nicht zu finden ist. Die einzige Unterkunftsmöglichkeit würden die Räume der ehemaligen Deutschen Bank bieten, die aber z. Zt. von Parteidienststellen besetzt sind. Wir haben die Kreisleitung wiederholt um Unterstützung gebeten, haben aber bisher nichts erreicht. Auf Grund der neuesten Entwicklung der militärischen Lage halten wir es nunmehr für richtig, die Absicht der Zurückführung aufzugeben und die Geschäfte der Reichsbanknebenstelle hier in Karlsruhe derart abzuwickeln, daß wir die Girokonten nach Wahl der Inhaber nach Karlsruhe oder Baden-Baden aufteilen. Besondere Schwierigkeiten werden sich dabei nicht ergeben, da sich ein entsprechender Geschäftsgang bereits eingespielt hat und die Geldversorgung des Rastatter Bezirks z. Zt. durch unsere Nebenstelle Baden-Baden oder durch uns geschieht.

Wir bitten, durch Rundverfügung nunmehr die Reichsbankanstalten in Kenntnis zu setzen, das die Reichsbanknebenstelle Rastatt ihren Sitz nach Karlsruhe verlegt hat, wo sie die Geschäfte abwickelt.

Von den durch die geplante Auflösung freiwerdenden Kräfte werden 2 von uns abgeordnete Beamte und 1 Angestellte voraussichtlich für Vertretungen erkrankter oder zum Volkssturm einberufener Gefolgschaftsmitglieder hier benötigt werden.

Der im 64. Lebensjahr stehende Angestellte (Geldzähler) Luig, der bisher zur vollsten Zufriedenheit seinen Obliegenheiten nachgekommen ist, z.Zt. aber an Nervenerschöpfung erkrankt ist, könnte - seinem Wunsche entsprechend - entlassen und dem Arbeitsamt seines Heimatortes zur Verfügung gestellt werden.

Das Dienstgebäude in Rastatt hat weiter durch in der Nähe gefallene Bomben gelitten. Da das Dach und die Wände teilweise zerstört sind und z.Zt. nicht repariert werden können, ist damit zu rechnen, daß durch die anhaltenden Regengüsse weitere Schäden entstehen. Eine Beaufsichtigung findet augenblicklich noch durch den Geldzähler Luig statt.

In unserem gesamten Bezirk hat die Flieger- und Artillerietätigkeit wieder zugenommen. Außer Luftangriffen melden die Nebenstellen Offenburg, Lahr und Bühl ab und zu Artilleriebeschuß. Wesentliche Schäden bei den Bankanstalten oder Personenschäden unter den Angehörigen sind seither nicht entstanden.

Eine fernmündliche Verständigung mit Berlin ist seit längerer Zeit nicht möglich gewesen.

Reichsbankstelle
Unterschriften

Abschrift an den Herrn stellv. Leiter
der Reichsbanknebenstelle

R a s t a t t

zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung wegen Abfassung eines Rundschreibens an die Kunden.

Karlsruhe, den 12. Februar 1945
Reichsbankstelle
gez. Unterschriften ."

XIV. Kapitel

U n t e r d e n B e s a t z u n g s m ä c h t e n . Am 9. Mai 1945 war der zweite Weltkrieg durch die bedingungslose deutsche Kapitulation beendet. Deutschland wurde in 4 Besatzungszonen eingeteilt, Rastatt lag in (11) der französischen Zone.

Erst am 27. Juni 1945 konnte die Reichsbank nach Rastatt zurückkehren. Ihr Gebäude war noch bei Kriegsende völlig zerstört, die Keller geplündert worden. Das gleichgültige Hantieren der plündernden Polen mit offenem Licht im Keller liess die Ruine dann restlos ausbrennen. So mußte die Bank ein anderes Unterkommen suchen. Man fand es in dem der Volksbank gehörenden Gebäude Kaiserstraße 36. Das hatte früher der Deutschen Bank gehört und enthielt noch die alte Tresoranlage. Es bedurfte großer Anstrengungen um die Einrichtungsgegenstände und die Büromaterialien zu beschaffen. Der Reichsbankoberinspektor Zilling leitete die Nebenstelle, der Reichsbankinspektor Huber führte die Kasse. Beides waren Karlsruher Beamte. Anfangs war das eigentliche Bankgeschäft sehr ruhig. Dafür floss eine Flut von Anmeldungen und Ablieferungen nach den Militärgesetzen über die Nebenstelle. Allmählich nahm auch die eigentliche Banktätigkeit wieder zu, die sich aber nur auf den Giro- und Kassenverkehr beschränkte. Das Umwechselgeschäft war rege, der Kleingeldmangel groß. Die Einlösung der Reichskreditkassenscheine wurde möglich. Verboten blieb der Umtausch von Wehrmachtsverrechnungsscheinen und Wehrmachtsbehelfsgeld. Die entlassenen Kriegsgefangenen konnten diese Zahlungsmittel ebensowenig realisieren, wie die ihnen in der Gefangenschaft ausgehändigten Bescheinigungen über die erfolgte Ablieferung ihres Bargeldes in der Gefangenschaft +) und ihre Ansprüche auf Entgelt für in der Gefangenschaft +) Die Glücklichen, dem Schreiber dieser Zeilen wurde das Bargeld in Epinal von den Amerikanern abgenommen und höchst formlos in einen Pappkasten geworfen. Das erregte niemanden, denn Uhren und Füllfederhalter waren schon vorher noch formloser und sehr privat von den einzelnen Siegern eingezogen worden.

schaft geleistete Arbeiten.+)

Die Nebenstelle Rastatt wurde wegen der Zonengrenzen der zur Stelle erhobenen Reichsbank Offenburg unterstellt.

Am 1.11.1945 übernahm der Reichsbankrat Heberer die Leitung der Nebenstelle, die der Kassenführung am 1.10.45 Reichsbankinspektor Sommer. Beide vorher in Karlsruhe.

Der Bankangestellte Bleich, der früher in Bruchsal tätig war, kehrte aus der Kriegsgefangenschaft zurück und trat am 1.12.45 in Rastatt als Geldzähler ein. Außer den Vorgenannten waren wieder bei der Zweigstelle beschäftigt: Frau Kostelnik und Fräulein Stephan. Am 18. Januar 1946 kam dann noch Fräulein Späth hinzu.

Für einen, der damals nicht dabeigewesen ist, ist es schwer sich in die damaligen Verhältnisse hineinzudenken. In den ersten Jahren nach 1945 mag noch manche Willkür geherrscht haben und die Furcht bei jedem Einzelnen vor unvorhersehbaren Handlungen der Besatzungsmächte oder des einen oder anderen Besatzungsmitgliedes dürfte alles Andere beherrscht haben. Nur so kann man es denken, wenn in einer sonst so nüchternen Schrift, wie es der Wirtschaftsbericht einer Bank ist, ein ganzer Absatz des Rastatter Berichtes für 1946 Gottgewidmet ist. Da muß die Not schon wirklich sehr groß gewesen sein.

Es liegt nicht im Rahmen dieser Abhandlung die Zusammenhänge der wirtschaftlichen Lage in Deutschland während der Nachkriegsjahre von 1945 bis 1948, dem Jahre der Währungsreform darzulegen. Dem Leser möge hier eine Aufzählung in Stichworten genügen: Jede Zone nach den Ideen und heimatlichen Usancen der jew. Bes. Macht veraltet, keine Koordination im Finanzwesen, eine völlig zerüttete Währung, ein Verkehrschaos - Bahn- und Postverbindungen weitgehend unterbrochen -, Zonengrenzkontrollen, jede Zone ein eigenes Wirtschaftsgebiet, Schwarzhandel, Zusammenbruch der Energieversorgung, Rohstoffe

+)Die erhielt man beim Amerikaner in Dollar, konnte sie später aber nur in stark entwerteter RM 4.20 je \$ einwechseln, auch nach der Währungsreform!

- fehlten. Erschwert wurde das durch Reparationsleistungen an die Siegermächte; Demontage ganzer Fabriken, Abtransport des Materials, der Devisenmangel verhinderte Einfuhren.

Im Bezirk Rastatt bot sich das folgende Bild:

D a i m l e r - B e n z, G a g g e n a u war 1945 nur noch ein Trümmerhaufen. Trotzdem arbeiteten 1946 schon wieder 2000 Leute in und an dem Betrieb. Man stellte im Monat etwa 100 5 To-Lastwagen mit Dieselmotoren her. Sie wurden zumeist ohne Reifen und ohne Batterien geliefert.

Bei der W a g g o n f a b r i k R a s t a t t waren noch in den Kämpfen der letzten Tage schwere Schäden entstanden. Der Wiederaufbau, die Ausbesserung der Maschinen und die Neubeschaffung von Werkzeugen vollzog sich langsam, 200 Leute arbeiteten an der Reparatur von Personenwagen und der Herstellung von Güterwagen für die Besatzungsmacht und wenig für die Reichsbahn.

Die R a s t a t t e r H e r d f a b r i k lag still, die allgemeinen Schwierigkeiten verhinderten einen wirklichen Aufbau.

M a y e r & G r a m m e l s p a c h e r D i a n a w e r k, R a s t a t t wurde zugunsten des langjährigen englischen Vertreters demontiert. Die Konstruktionsunterlagen für die Luftgewehre mußten mit abgeliefert werden.

R e i s h a u e r - W e r k z e u g e G m b H., R a s t a t t. Dieses schweizerische Unternehmen war bis auf die kahlen Mauern niedergebrannt.

Bei den S t i e r l e n - W e r k e n A G., R a s t a t t (Krankenhausmöbel, Operationstische). Die Materialbestände reichten noch für einige Zeit.

Die A c c u m u l a t o r e n f a b r i k B e r g a G m b H., R a s t a t t, war zu 80% zerstört. Sie war die einzige Fabrik ihrer Art in der französischen Zone. Es wurde mit behelfsmäßiger Einrichtung produziert. Ziviler Bedarf wurde im Tausch von 2 alten gegen 1 neue Batterie zu decken versucht.

Das Mineralienmahlwerk Fritz Minhardt, Kuppenheim, hatte keine Kriegsschäden und hätte mit eigener Wasserkraftanlage gut arbeiten können. Die Produktion umfasste Glas-, Flint- und Elektrokorund-Mehl für die Schleifpapierindustrie, für chemische und keramische Werke. 90% ihrer Abnehmerschaft lagen aber außerhalb der französischen Zone, ihre Belieferung war kaum möglich. Deshalb Betriebsstillegung wegen Absatzmangel.

Bei Schoeller & Hoesch, Gernsbach! arbeiteten von 9 Papiermaschinen nur noch eine, und zwar für Zigarettenpapier, trotzdem das Werk nur geringe Kriegsschäden hatte. Ihre Rohstoffe waren blockiert und die Ausfuhr in die amerikanische Zone war streng verboten.

Die Firma Holzmann & Cie. AG., Weisenbach hatte zur Hauptsache nur französische Stellen zu beliefern.

Katz & Klumpp AG., Gernsbach und Casimir Kast, Obertsrot lieferten Baracken für das französische Militär.

Die Werola Krepp- u. Buntpapierfabrik war fast völlig zerstört. Sie strebte die Produktion von Verbandsbinden aus Krepp an. Ein Sohn des Inhabers war als Offizier in Rußland gefallen. Der zweite Sohn kam gesund zurück um bei den Aufräumarbeiten in der Fabrik tödlich zu verunglücken.

Das Handwerk beschäftigte sich nur mit Reparaturen. Es fehlten ihm die einfachsten Dinge z. B. Gips, Kalk, Nägel, Schrauben, Blech, Draht, Leim und dergl. Sie wurden z. T. in anderen Zonen produziert und blieben damit unerreichbar. Später begann man allgemein diese Nöte durch Kompensationsgeschäfte zu mildern.

Im großen und ganzen aber wurden den Deutschen ihre Hinweise auf Hunger, mangelhafte Arbeitsfähigkeit, ständig sinkende Lebensverhältnisse mit den schönen Worten: "Weltfettknappheit, Devisenfragen, Schiffsraummangel" begründet. (11) So konnte auch der Wirtschaftsbericht für das zweite Halbjahr 1946 nichts von

einer Besserung oder Aufwärtsentwicklung bieten. Im Gegenteil wurde von Stillstand, erhöhten Schwierigkeiten und rückläufigen Bewegungen gesprochen. Die Vorräte, die viele Unternehmen noch irgendwo her beschafft hatten, waren verbraucht und Nachschub gab es für den zivilen Sektor kaum. Man hatte eben zwangsexportiert ohne Importe zu bekommen. Ein Raubbau in den Wäldern kam neben den Siegern auch z.T. den Besiegten zugute aber das war kein Ersatz für eine geregelte Hausbrandversorgung. Die Verkehrsverhältnisse waren weiterhin katastrophal. Es lag böser Wille vor - und zwar bei den Siegern. Warum Kriege manchmal durch echten Mangel oder durch Kriegseinwirkungen Sand im Getriebe, so war es jetzt blockiert. Nichts klappte, die Unvernunft regierte. Man kann die Einzelheiten nicht aufzählen, das wäre eine besondere Arbeit wert. Von fehlender Waggongestellung bis zu fehlenden Briefmarken; von der Stilllegung der Fabriken um mit den eingesparten Kohlen Krankenhäuser zu beheizen und den Bäckereien das Backen zu ermöglichen, bis zu dem Fehlen kleiner Zubehörteile, das ganze Fabriken stocken ließ, das möge als kleiner Hinweis dienen. Man billigte dem hungernen deutschen Volke nicht die Initiative zu, seine Not selbst zu mildern. Dabei traf man zur Hauptsache Kinder und Frauen. Ein großer Teil der wehrfähigen Männer befand sich noch in Kriegsgefangenschaft, häufig beschäftigungslos in Lagern sitzend, während zu Hause die Arbeit - sogar für die Besatzungsmächte - auf sie wartete.

So war im Jahre 1946 Daimler-Benz zwar Prioritätsbetrieb I, sie reparierten jedoch hauptsächlich französische Militärautos, die Produktion lag bei 1/6 der z.T. möglichen Kapazität.

Auch die Waggonfabrik Rastatt war Prioritätsbetrieb I und machte zur Hauptsache Reparaturarbeiten.

Die Papierfabrik von Schoeller & Hoesch in Gernsbach stand wegen Mangel an Kohlen monatelang still.

Bei der Reichsbank Rastatt stiegen die Umsätze durch die Er-

richtung eines Girokontos der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank A.G. Im Kassenverkehr war der Mangel an Keingeld zu beklagen.

Für die Reichsbankanstalten in der französischen Besatzungszone bestand eine Leitstelle in Speyer. Nebenbei beschaffte sie zentral das Büromaterial. Der Postlauf zwischen Speyer und Rastatt dauerte lange und die Fernsprechverbindung war schlecht. Der Verkehr mit den zuständigen Stellen der Militärregierung verlief reibungslos. Die Wiederaufbauarbeiten am reichsbankeigenen Dienstgebäude ruhten wggen Materialmangel. Die Besoldung der Bediensteten gab erstmals Anlaß zur Klage. Es wurde ein Beispiel für einen bei der Nebenstelle beschäftigten Angestellten gegeben, der durch die Progression der hohen Steuersätze schliesslich für 32 Heizstunden RM 9.83 monatlich erhielt = Stundenlohn 30,7 Pfennige. Am 28. Februar 1947 hörte die Reichsbank in Rastatt auf zu arbeiten. Die Gebäude, das Inventar und die Bediensteten wurden von den in den einzelnen Ländern gegründeten Landeszentralbanken übernommen. Sie waren nicht Rechtsnachfolger der Reichsbank. Neben der Dezentralisation des deutschen Notenbankwesens brachte das neue LZB-Gesetz als wichtigste Änderung die Einführung der Mindestreservenhaltung der Kreditinstitute bei der LZB.



Rastatt, Partie beim Rathaus

Die Reichsbank in der Kaiserstraße 36 ↑

XV. Kapitel

Die Landeszentralbank von Baden. Die Landeszentralbank von Baden mit dem Sitz des Vorstandes in Freiburg i.Br. stand unter der Leitung des Präsidenten Hinckel. Erster Vorstandsbeamter der vorgesetzten Hauptzweigstelle Offenburg war Dr. Fischbach. In Frankfurt wurde die Bank deutscher Länder als erste trizonale Organisation gegründet (4). Sie war das gemeinsame Tochterinstitut der Landeszentralbanken.

Der Wirtschaftsbericht des Jahres 1947 vermeldet: "Die Lage der Wirtschaft im Bezirk der Zweigstelle Rastatt weist gegenüber dem Vorjahre kaum nennenswerte Veränderungen auf. Von einer Besserung kann jedenfalls im Ganzen gesehen nicht gesprochen werden; die Wirtschaftslage ist weiterhin als ernst und angespannt zu bezeichnen." Am 1.4.47 kam der Bankoberinspektor Neumann nach Rastatt.

Am 20. Mai 1948 wurde der Bankrat Heberer von dem Bankrat v. Mittelstaedt - bisher Heidenheim - abgelöst. Am 30. September 1948 versetzte man den Bankinspektor Sommer nach München. Sein Nachfolger wurde Bk.O.I. Neumann.

XVI. Kapitel

Die Wende der deutschen Volkswirtschaft und die Genesung der westdeutschen Bevölkerung. Der 20. Juni 1948 sollte der Markstein der Wendung zum Guten für die Bevölkerung Westdeutschlands werden. Ein-zuerst als sehr hart empfundener Währungsschnitt gab den Anstoss für die wirtschaftliche Gesundung. Die amerikanische und britische Zone war schon zu einer Bizone verzahnt, eine gemeinsame Devisenagentur bestand, die Anfang 1948 in die Jeia (Gemeinsame Einfuhr- und Ausfuhragentur) überging. Die französische Zone wurde der Jeia erst Ende 1949 angeschlossen, zu einer Zeit also als die Bundesrepublik Deutschland fast ein Vierteljahr bestand und die Befugnisse der Jeia - seit dem 15.10.1949 - zum großen Teil auf das Bundesministerium für Wirtschaft übergegangen waren. "Die Währungsreform (war) das erste große trizonale, bekanntlich noch von den Militärregierungen erlassene Gesetzgebungswerk" (4). Die Währungsreform-Arbeiten der Nebenstelle Rastatt verliefen reibungslos.

Die Entwicklung nach der Währungsreform war überall erfreulich, auch in der französischen Zone. Unliebsame Erscheinungen unmittelbar nach dem Währungsabschnitt waren bald vergessen. Als Beispiele: Wenn noch im Winter 1947/48 Frauen und Kinder vor den Läden in elenden Holzsondalen nach Ware "anstanden", waren am 21. Juni 1948 schlagartig die Schuhläden mit brauchbaren Lederschuh gefüllt. Wollten augenscheinlich jahrelang weder Obst - noch Gemüsegärten Erträge bringen, die Währungsreform brachte sofortigen Wandel. Das war eine Schande in den Augen des Großteiles der Bevölkerung, der nicht über "Sachwerte" verfügte. War der Wiederaufbau des Bankgebäudes in Rastatt 3 Jahre wegen Mangel an Material liegen geblieben,

am 21. Juni 1948 acht Uhr früh fragte das Baugeschäft an, ob die Arbeiten noch am gleichen Tage aufgenommen werden könnten. Die Jagd nach der seltenen D-Mark begann, die Initiative war geweckt, die soziale Marktwirtschaft brachte einen ungeahnten Aufschwung. Bereits der Jahresbericht über das Jahr 1948 weist eine allgemeine Aufwärtsentwicklung und eine wirtschaftliche Bewegung aus. Das Handwerk war noch vielfach auf reine Reparaturarbeiten angewiesen. Im Einzelhandel war der Aufschwung der ersten Tage auf Hamsterkäufe zurückzuführen, zu lange war das Geld wertlos und zu lange waren die Schränke der Haushalte leer gewesen; so mancher stand noch unter der Zwangsvorstellung der "Sachwerte", die man eben haben müsse." Die Währungsreform war über 1 1/2 Jahre in Presse und Rundfunk Gesprächsstoff gewesen, immer wieder wurde sie hinausgezögert; da konnte man sich nicht wundern, wenn die Fabriken die Ware horteten, der Einzelhandel verfuhr kaum anders.

Die Nähe der Zonengrenze erwies sich als nachteilig für Rastatt; durch die verspätete Aufhebung von verschiedenen Bewirtschaftungsmaßnahmen erfolgte ein starker Geldabfluss aus der französischen Zone in die Bizone.

Die Industrie produzierte wesentlich besser als 1947. Kaum bestand noch eine Arbeitslosigkeit.

Bei Daimler-Benz in Gaggenau verschwanden die letzten Schuttberge. Neue Montage- und Versandhallen entstanden. Die Ausnutzung der Kapazität wurde verbessert, erweitert werden konnte sie noch nicht. Die Beschäftigungszahl stieg um 1000 auf 4500 Leute. Der Auftragsüberhang bedingte 12 Monate Lieferfrist. Die französische Verwaltung hatte vor der D-Mark das Feld geräumt, so daß der deutschen Führung die Initiative zufiel.

Die Waggonfabrik Rastatt konnte die Kapazität wieder zu 75% ausnutzen. Gewisse Rohstoffmängel hemmen die Produktion.

Die Holzindustrie und die holzverarbeitende Industrie des Murgtales hatten zumeist nur eine 50%ige Ausnutzung ihrer Produktionskapazität erreichen können. Rohstoffmangel bei den Sägereien, Altpapierknappheit bei den Pappfabriken, Fortfall der Barackenaufträge der Franzosen bei den Holzwerken kennzeichneten die Ursachen.

Schoeller u. Hoesch, Gernsbach erlitt einen Rückschlag im Zigarettenpapiergeschäft. " Infolge der unsinnig hohen Tabak-

steuer und der großen Vorräte an Zigaretten und Zigarettenpapier annullierte die Zigarettenindustrie ihre gesamten Aufträge" lautete der Bericht. Nach der Demonatge von 2 Papier- und 35 Ausrüstungsmaschinen wurde die Restkapazität nur mit 50 % ausgenützt.

Bei den Kreditinstituten erhöhten sich die Umsätze. Über die Neueinlagen auf Sparkonten schrieb man: " Sie sind wie überall nur ganz gering. Hat schon die Währungsreform den Spargedanken nicht nur erschüttert, sondern zunächst erschlagen, so ist das Vertrauen der Bevölkerung infolge der gestrichenen 70 % der Festkonten vollständig geschwunden, was hier zu einer ruckartigen und verstärkten Abhebungswelle führte."

Anmerkung des Chronisten: " Allen Ernstes vertrete ich die Meinung, der Spartrieb des Menschen sei ein Urtrieb aus der Zeit der Jäger und Sammler. Anders ist nicht zu erklären, warum die Menschen trotz mehrfacher böser Erfahrungen mit ihren Ersparnissen, auch aus ungewisser Situation heraus, wieder zu sparen beginnen."

Die kurzfristigen Kredite stiegen. Die Kreditrestriktionsmaßnahmen der Bank deutscher Länder bereiteten teilweise Schwierigkeiten, da das Kreditvolumen am Stichtag - dem 31. Oktober 1948 - noch verhältnismässig eng begrenzt war.

Die Entwicklung der Zweigstelle Rastatt zeigte in DM im letzten Quartal ein Anwachsen der Umsätze auf die Höhe des letzten Vierteljahres 1947 in RM. Das Kassengeschäft war rege. Kriegsgefangenenzertifikate und die nachträgliche Auszahlung der Kopfquoten trugen das ihre dazu bei. Das Wechseleinzugsgeschäft wuchs, das Diskontgeschäft blieb unbedeutend, die Banken gaben ihr Material an die Zentralen ab. Die Neuordnung des Geldwesens erforderte sehr große Arbeitsleistungen bei der Zweigstelle. Sie wurden ohne Personalvermehrung durch Überstunden erbracht. Der Belegschaft wurde das Zeugnis ausgestellt, sie habe sich sehr einsatzbereit, arbeitsfreudig und aufopfernd gezeigt.

Das Jahr 1949 stand anfangs unter den Einwirkungen der Stromeinschränkungen, der Kohlenknappheit und der Kreditrestriktion. Kurzarbeit war die Folge.

Später wurde die Restriktion der kurzfristigen Kredite gelockert, Es gab eine Absatzkrise weiter Industriekreise.

Die Produktion stieg trotzdem langsam an und führte dabei teilweise zu übervollen Lägern und schlechten Zahlungseingängen.

Im Anschluß an die Abwertung des englischen Pfundes erfolgte die Abwertung der D-Mark. Sie führte im Bezirk Rastatt zu Angstkäufen. Der Industrie fehlte das Eigenkapital, zu hohe Steuern verhinderten die Kapitalbildung. Der Mangel an Betriebskrediten erschwerte notwendige Erneuerungen und Rationalisierungsmaßnahmen, die sich im Exportgeschäft nach der Markabwertung als konkurrenzerschwerend auswirkten.

Die Kreditinstitute vermerkten eine langsame Erhöhung der Spareinlagen und der Kredite. Das Jahr war verlustbringend.

Das schon im Jahre 1942 zur Liquidation vorgeschlagene Bankhaus Wilh. Graf, Jos Keller's Nachf., Rastatt, stimmte 1949 der Liquidation zu.

Bei der Landeszentralbank Rastatt waren 1949 die Gesamtumsätze geringer als im Vorjahre. Diese Entwicklung hing mit dem Fortfall von Beträgen des Post-Zentralamtes in der französischen Zone zusammen.

Am 29. August 1949 wurde der Bankbetrieb in den Räumen des wiederhergestellten Bankgebäudes in der Bahnhofstraße aufgenommen. Am gleichen Tage übergab Bankrat v. Mittelstaedt die Geschäfte des Leiters der Zweigstelle an den Reichsbankrat a. D. Bankoberinspektor Pöhls. +) Der Umzug ging reibungslos vonstatten. Eine Einweihungsfeier war seitens der Bank nicht vorgesehen. Da außer Herrn v. Mittelstaedt mit dem gleichen Tage Fräulein Späth nach Baden-Baden und Herr Klingert von Baden-Baden nach Rastatt versetzt war, benutzten die Bediensteten die Gelegenheit, um die Abschiede, die Einstände und den Umzug von sich aus in denkwürdiger Weise zu feiern.

+) Herr v. Mittelstaedt übernahm Baden-Baden, der Oberinsp. Pöhls war seit dem 1. Juli 1949 in Offenburg beschäftigt gewesen, (er wurde am 1.9.50 wieder zum Bankrat ernannt, nachdem die im politischen Säuberungsverfahren verhängte Bewährungsfrist durch Gnadenerlaß mit dem 31.8.50 als beendet erklärt war).

Die Kosten für den Wiederaufbau des Bankgebäudes betragen DM 199.544.84.

Das Personal der Zweigstelle Rastatt Ende 1949

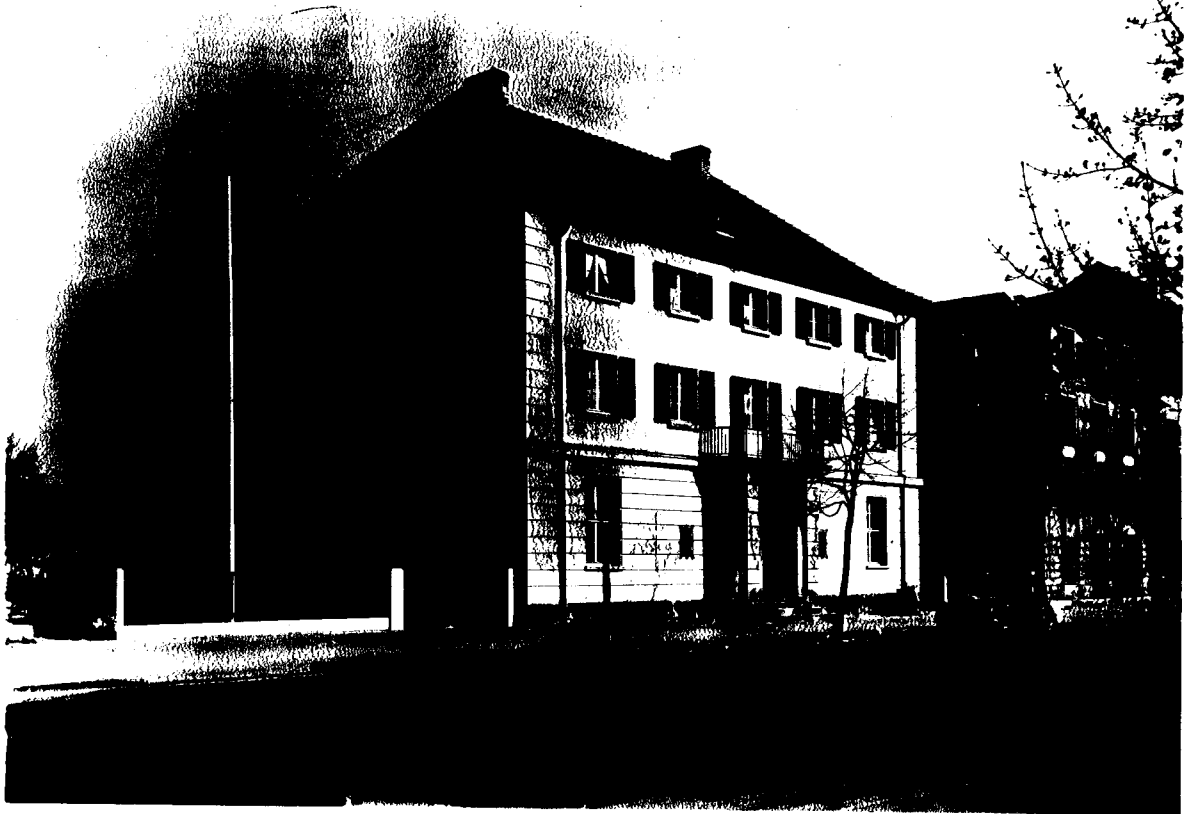
Leiter:	Oberinspektor Pöhls
kassief. Beamter:	" Neumann
Buchhalterei:	Bankinspektor Radtke
	Bankangest. Ziegler
Stenotypistin:	Bankangest. Kostelnik
Zählerei:	Bankassistent. Klingert
	Bankangest. Stephan.

Im Jahre 1950 wurde die Einkommensteuer gesenkt. Die Arbeitslosenzahl im Bezirk Rastatt sank vom Mai ab durch die einsetzende Bautätigkeit und die bessere Beschäftigung bei Daimler-Benz. Um die zweite Hälfte des Jahres brach der Korea-Konflikt aus. Er zeigte die Labilität des gesamten deutschen Wirtschaftsgefüges, das Volk reagierte sofort und empfindlich. Noch waren die Erinnerungen an zwei verheerende Kriege mit jedesmaligem Währungsverfall zu frisch. Angstkäufe der Verbraucher, Vorratskäufe der Wirtschaft, Kapitalansammlungen deutscher Unternehmer im Auslande, Abzug kurzfristiger Einlagen bei den Kreditinstituten, das waren die Schockwirkungen. Wenig später kehrte das Vertrauen zurück. Zudem verstärkte sich die Bautätigkeit, sie wirkte belebend auf die Baustoffindustrie, den Holzmarkt, die Herde- und Öfenindustrie und das Bauhandwerk. Einher ging eine starke Steigerung der Einfuhr; die schon im August von der BdL berichtete bedrohliche deutsche Lage gegenüber der Europäischen Zahlungs-Union spitzte sich dadurch weiter zu. Gegen Ende des Jahres verschärfte sich die Rohstoffknappheit bei Stahl, Eisen, Zellulose und Kohle. Aber steigende Exporte bei sinkenden Einfuhren entspannten wieder die Zahlungsposition gegenüber der EZU.

Während der Koreakrise wurde den Kreditinstituten ihre noch mangelhafte Liquidität bewusst.

Bei der Zweigstelle Rastatt erhöhten sich die Umsätze im Kassen- und Girogeschäft. Das Scheckeinzugsgeschäft war hinzugekommen. Während dem Wechseleinzug eine wachsende Bedeutung zukam, blieb das Diskontgeschäft aus den schon früher geschilderten Gründen ohne Bedeutung. Durch den Scheckeinzug und die wachsenden Einzahlungen vermehrte sich die Arbeit, ohne daß das Personal von 7 Leuten verstärkt wurde. Täglich 1 bis 1/2 Überstunden wurden fast zur Regel.

22. Aug. 1950



Das Bankgebäude 1949 nach dem Wiederaufbau - Straßenseite

22. Aug. 1950



Gartenseite



Publikumraum

Im Jahre 1951 waren anfänglich die Exporte durch Rohstoffknappheiten behindert. Als wichtigste Maßnahme der Notenbankpolitik dieses Jahres konnte die im Januar einsetzende Kreditrestriktion angesehen werden, die zusammen mit den zu stellenden Bardepots dem bedrohlichen Anwachsen der Importe Einhalt gebot und damit die Zahlungsbilanz besserte. Der Mangel an Stahl, Eisen, Holz und Kohle hielt das ganze Jahr über an. Daneben klagten alle Industriebetriebe über die zu hohen steuerlichen Lasten, die eine Selbstfinanzierung der Betriebe - beim Fehlen eines funktionsfähigen Kapitalmarktes - erschwerten. Nach einer Verhandlungsdauer von neun Monaten wurde die Investitionshilfe für die Grundstoffindustrie aus der Taufe gehoben. - Die Flüchtlingsbetriebe im Bezirk Rastatt waren zumeist notleidend. Vielfach lag das an den Firmeninhabern selbst, die glaubten, mit größerem Risiko ihren früheren Vermögensstand auf schnellste Weise wieder erreichen zu können. Konkurse waren die Folge. - Die Bautätigkeit entwickelte sich durch die Förderung des sozialen Wohnungsbaues sehr gut.

Bei den Kreditinstituten war die Kreditnachfrage sehr groß und konnte nur zum Teil befriedigt werden. Der gestörte Spareinlagen-Zuwachs - als Erbe der Korea-Krise - löste einen Mangel an langfristigen Mitteln für die Gewährung I. Hypotheken aus.

Die Oberrheinische Bank, Gernsbach, (Deutsche Bank) hatte auf Grund von Vorstellungen interessierter Exporteure, die Erlaubnis zur Wiedereröffnung ihrer Rastatter Niederlassung erhalten. Sie machte jedoch in der Folge keinen Gebrauch davon. Die Exporteure mußten sich weiterhin nach Gernsbach, Baden-Baden oder Karlsruhe an ihre Außenhandelsbanken wenden.

Die Bareinzahlungen bei der Zweigstelle Rastatt wuchsen beträchtlich; das Postamt Rastatt war Geldsammelstelle auch für den Bezirk Freudenstadt geworden.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1952 war im Bezirk uneinheitlich. So hatte die Waggonfabrikation infolge Mangels an Walzmaterialien Schwierigkeiten bei der Ausführung eines großen Bundesbahnauftrages; man mußte Werkgelände verpachten und Arbeiter entlassen. Die Lastkraftwagenindustrie hingegen konnte ihre Produktion um 100 % steigern; ihr Export war zwar

schwierig aber sehr erfolgreich. Bei der Rechenmaschinenindustrie brachte die Liberalisierung einen harten Konkurrenzkampf mit den ausländischen Werken, der auf die Dauer zum Erliegen des grösseren der beiden Rastatter Werke, dem Thaleswerk, führen sollte. Genauso scharf wahte der Wind für die Sägewerke, auch hier hatte die Liberalisierung der Schnittholzeinfuhren einschneidende Wirkungen.

Bei den Kreditinstituten war die Kreditnachfrage wieder sehr groß, sie konnte nicht von allen Instituten voll befriedigt werden. Die größte der Bezirkssparkassen des Bezirkes führte für 15 Firmen die Teilzahlungsfinanzierung ein. Die Zusagen für I. Hypotheken konnten von den Sparkassen bei weitem nicht erfüllt werden. Das steuerbegünstigte Sparen kam weniger den Sparkassen, als den anderen Kreditinstituten zu Nutze, da die Vorteile eindeutig bei den höheren Einkommensbezieheren lagen, die weniger Kunden der Sparkassen, als der anderen Geldinstitute zu sein pflegten. Unverkennbar war ein wachsendes Vertrauen in die Stabilität der D-Mark. Ertragsmäßig kamen die Kreditinstitute auf ihre Kosten.

Die Zweigstelle Rastatt hatte wegen der weiterangewachsenen Arbeitsbelastung erneut eine 8. Kraft beantragt. Sie wurde abermals abgelehnt. Beträchtlich waren die Einzahlungen gestiegen, der Scheckeinzug nahm wesentlich zu. Die Buchhalterei mußte trotzdem im Zählendienst durch Nachzählen erheblich einspringen.

Mit dem Ende des Jahres 1952 ging die Landeszentralbank von Baden in die von den 3 südwestdeutschen Landeszentralbanken neu gebildete Landeszentralbank von Baden-Württemberg mit dem Sitz in Stuttgart über. Die Leitung lag in Händen des Herrn Präsidenten Dr. Pfeleiderer, des Vizepräsidenten Dr. Möckel und Dr. Frede. Der Zusammenschluß brachte in der Struktur und in dem Geschäftsumsatz der Zweigstelle Rastatt keine Änderung. Lediglich die Gemeinde Loffenau kam zum Bankbezirk. Die Zweigstelle Rastatt wurde wieder der Hauptstelle Karlsruhe unterstellt. Erster Direktor Bankdirektor Raschke.

Allgemein gesehen war im Bezirk das Jahr 1953 besser als das vergangene. Die Bautätigkeit war sehr rege, wenn auch noch

Klagen wegen zu spät bereit gestellter öffentlicher Mittel für den sozialen Wohnungsbau zu hören waren. Bei der Waggonfabrik entschloss man sich zu einem Lizenz-Pachtvertrag für den Bau von Lastkraftwagen-Anhängern. Der Vertrag lief nur wenige Jahre, er erfüllte nicht die darin gesetzten Erwartungen. Die Daimler-Benz enttäuschte der Absatz an Unimog-Fahrzeugen. Die Herdfabrikation litt im großen und ganzen. Die Preise waren durch Konkurrenz (und sehr hohe Rabatte) gedrückt. Die Stierlen Werke, Rastatt, mit ihren Operationsmöbeln und Großkühlanlagen hatte eine stetige gute Entwicklung. Die Luftgewehrfabrikation war voll beschäftigt und exportierte indirekt 43 % ihrer Produktion.

Die Kreditinstitute hatten im ganzen eine gute Entwicklung. Der Kreditbedarf war verstärkt, es bestand kein Mangel an flüssigen Mitteln bei den Kreditinstituten. Die Spareinlagen stiegen stark an, so daß auch die Not der Gewährung der I. Hypotheken verschwand. Das steuerbegünstigte Sparen wuchs zum Teil um 100 %.

Im Jahre 1953 stiegen bei der Zweigstelle Rastatt die Gesamtumsätze um 7 % (Vorjahr + 14 %). Die Bareinzahlungen um 15 %, der Reiseverkehr weitete sich aus und brachte Geld ins Land. Die Wechseleinlösungen nahmen um 17 % in den Stückzahlen zu. Der Rohgewinn der Zweigstelle fiel von 35m auf 2m. Der Rückgang ergab sich einmal aus dem Fortfall des Zinsgewinnes aus den angekauften Ausgleichsforderungen, der jetzt von Stuttgart vereinnahmt wurde und zum anderen kam das Exporttrattengeschäft völlig zum Erliegen. Die Devisenbewirtschaftung machte immer noch viel Arbeit.

Die Jahre 1954 bis 1956 waren Jahre guter Entwicklung im ganzen Bundesgebiet wie auch im Bezirk Rastatt.

Einige Wirtschaftszweige erwiesen sich als übersetzt, wo Herdfabriken, Sägewerke und Kleiderfabriken. Von den Flüchtlingsbetrieben leisteten die Inhaber von zweien den Offenbarungseid.

Die Unimog-Fahrzeuge von Daimler-Benz hatten ihre vielseitige Verwendbarkeit in schwierigstem Gelände bewiesen und fanden nun guten Absatz. Die Sägewerke, die mit Pappenfabriken gekop-

pelt waren hielten sich gut. Die Papierindustrie blühte.

Anfangs wollten alle Unternehmer nur rationalisieren, dann weiteten sie aber doch bald ihre Kapazitäten aus. Das Eigenkapital der Unternehmen stand noch in keinem gesunden Verhältnis zu den Schulden, die die Industriellen sich aufluden. Aber die Hochkonjunktur riss sie durch.

Die Bautätigkeit wurde durch diese Industrieausweitungen noch mehr angeregt, die Baupreise stiegen stetig.

Anfangs gab es auch noch Rohstoffknappheiten bei bestimmten Eisen- und Stahlarten. Die Versorgung mit Kohle war konfus, deutsche Kohle musste exportiert werden, trotzdem die deutschen Betriebe dann schlechte amerikanische Kohle zukaufen mussten.

Mit Besorgnis über die deutschen Konkurrenzfähigkeit im Außenhandel war die Lohn-Preis-Spirale im Gespräch. Die Kaufkraftparität wurde dabei für die meisten Beschäftigten gehalten oder gar verbessert. Die Kaufkraftparität des Sparkapitals aber sank. Der Einzelne konnte dem entgegenwirken, wenn er seine Ersparnisse steuerbegünstigt anlegte. Wer den Mut aufbrachte, trotz zweier Inflationen einer deutschen Regierung Vertrauen zu schenken, für die Reihe von Jahren in denen sein Geld festlag, machte ein gutes Geschäft.

Die Leidtragenden blieben die kleinen, alten Rentner, deren geringe - noch über die Währungsreform geretteten - Ersparnisse weiter zerflossen, ohne noch die Kraft zu haben, sich ein neues Vermögen zu erarbeiten.

Bei der guten allgemeinen wirtschaftlichen Situation ging es auch den Banken gut, ihre Ertragslage befriedigte. Das Effekten-geschäft hatte sich zu einem guten Teil auf die Aktie und neu das Investmentpapier verlagert. Die Aktie, die beide Inflationen im allgemeinen so gut überstanden hatte. Ihre Kurse stiegen in schöner Gleichmäßigkeit, so daß der Laie vergass, in der Aktie ein Spekulationspapier zu sehen. Für einige Jahre brauchte er es auch noch nicht.

Die Zweigstelle Rastatt nahm an dem allgemeinen Aufstieg teil, aber in keinem Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Aufschwung

der Wirtschaft im Bankbezirk. Woran lag das ? Alle Kreditinstitute waren flüssig. Nur sporadisch diskontierte die Deutsche Bank in Gernsbach. Die vier Sparkassen und die beiden Volksbanken disponierten über ihre Zentralen in Karlsruhe. Im Giroverkehr und im Scheckeinzug umgingen sie durch eigene Einrichtungen die Landeszentralbank Rastatt. So hat die Hauptstelle Karlsruhe mehr Nutzen vom wirtschaftlichen Aufstieg im Bankbezirk Rastatt gehabt, als die Zweigstelle Rastatt selbst.

Maschinell war die Zweigstelle 1954 mit einer zweiten Additionsmaschine ausgerüstet worden. Im Jahre 1955 kam der Kienzle Buchungsautomat hinzu, der eine Umstellung im Giro erforderte. Im gleichen Jahr wurde in der Metallindustrie die 45-Stunden-Woche eingeführt.

Bei der Landeszentralbank von Baden-Württemberg gab es für die Bediensteten monatlich einen freien Tag. Bei der knappen personellen Besetzung der Zweigstelle war die Gewährung dieses Tages nicht leicht.

Das Personal der Zweigstelle Rastatt bestand Ende 1955 aus

Leiter:	Bankrat Pöhls
Kassef. Beamter:	Bankinsp. Wagner
Buchhalterei:	" Tschätsch
	Bankangest. Ziegler
	" Stephan
Stenotypistin:	" Bach
Zählerei:	Banksekr. Klingert
	Bankangest. Heinz.

Im August 1956 eröffnete die Rhein-Main-Bank in Rastatt eine Filiale. Zwar kam sie für die Rastatter Exporteure als Außenhandelsbank zu spät, aber noch rechtzeitig genug um ständig steigende Umsätze bei der Landeszentralbank zu tätigen.

Bei der Landeszentralbank hatte sich im Jahre 1956 die Kurve der Geschäftszunahme verflacht. Die Geldbearbeitung der um 11 % gestiegenen Bareinzahlungen mit 2 Zählkräften erforderte weiterhin den Einsatz der Buchhalterei im Zählgeschäft.

Im Juli 1956 wurde in Rastatt eine Abrechnungsstelle errichtet. Die neueröffnete Filiale der Rhein-Main-Bank trat ihr im Au-

gust bei. Ihre Einlieferungen verstärkten sich zusehens, während die Bezirkssparkasse und die Volksbank weiterhin nur das der Zweigstelle schon früher im Giroverkehr und Wechseleinzug übergebene Material brachten. Ein eigenes Abrechnungsverfahren unter Einschluss ihrer Nebenplätze behielten die Kreditinstitute bei.

XVII. Kapitel

D e u t s c h e B u n d e s b a n k. Am 1. August 1957 wurden die Landeszentralbanken und die Berliner Zentralbank mit der Bank deutscher Länder verschmolzen. Die Bank deutscher Länder wurde Deutsche Bundesbank.

Seither kündigt eine Bronzetafel am Hause Bahnhofstraße 25 in Rastatt, daß hier die

Landeszentralbank in Baden-Württemberg
Zweigstelle Rastatt der Deutschen Bundesbank

ihren Sitz hat.

Die Hauptverwaltung hat ihren Sitz in Stuttgart. Ihr Präsident ist Dr. Pfeleiderer, Vizepräsident nach der Pensionierung Dr. Möckels ist Dr. Frede. Nach dem frühen Tode des dritten Vorstandsmitgliedes Herrn Sandler hat Herr Lucht seinen Platz eingenommen.

Die wichtigste Änderung für die Bankanstalten in der ehemaligen französischen Zone war der Fortfall des Direktdiskontgeschäftes, d.h. Wechsel- und Lombardkredite wurden auch hier nur noch an Kreditinstitute gegeben.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage blieb günstig. Ein Wandel in der deutschen Energieversorgung zeichnete sich ab, die Kohle erhielt im Heizöl einen ständig stärker vordringenden Konkurrenten.

Bei dem gemächlich^{er} gewordenen Tempo der Geschäftsausweitung wurden die Preise weitgehend durch den Konkurrenzdruck reguliert und so die Gewinnspanne mehr eingeengt. Der Export wurde schwieriger.

Einige notorisch schwache Firmen im Bezirk Rastatt gingen in Konkurs.

Zur Förderung der Ansiedlung von Gewerbe und Industrie hatte die Stadt Rastatt für etwa 2 Mio DM den Bau eines Fabrikgebäudes für Schaub-Lorenz übernommen.

Die Industrie hatte im allgemeinen einen aufwärtsgerichteten Trend in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Abweichend war das Geschäft bei der Waggonfabrik Rastatt, die ihre Anlagen nach Rationalisierung nur zu 50 % ausnützen konnte. Bei der Ausschreibung von Waggonbauaufträgen erfolgten Angebote "von Japan bis Kanada". Bei den Bundesbahnaufträgen mussten die Angebote zu Festpreisen ohne Gleitklausel abgegeben werden, was bei der Ausführung zur Mehrschichtenarbeit zwang, um etwaigen Kostenerhöhungen zuvor zu kommen, die allein beim Lohn 1957 rd. 7% betragen.

Die Eisenwerke Gaggenau GmbH. (Herdfabrik, Ölöfen) konnten durch den Zutritt der amerikanischen Kielmann-Gruppe ihr Kapital verdoppeln. Das war der Anfang zu einer Rationalisierung des veralteten Werkes durch Verlegung in ein neues Werk.

Die Kreditinstitute entwickelten sich gut; wenn auch bei einigen Sparkassen die Spareinlagen nur unter Hinzuziehung der Zinsgutschriften im Vergleich zum Vorjahre zugenommen hatten. Beträchtliche Spareinlagen der öffentlichen Hand waren abgezogen worden. Die Richtsätze wurden von allen Kreditinstituten erfüllt. Durch falsche Disposition mussten einige Institute Sonderzinsen für zu gering gehaltene Mindestreserven zahlen. Im übrigen führten die Institute am Platze einen harten Konkurrenzkampf. Kurz vor Eröffnung der Dresdner Bank (früher Rhein-Main-Bank) liess die Sparkasse alle Kontokorrentkonten gebührenfrei führen, was die anderen Institute natürlich mitmachen mussten.

Mit dem 11.7.57 war eine dritte Zählkraft (Welp) eingestellt worden. Damit war eine wesentliche Erleichterung bei der Bearbeitung des Geldes eingetreten.

Der Jahresbericht für das Jahr 1957 schloss mit dem folgenden Absatz:

"Eine ernste Sorge für den Leiter einer kleinen Zweigstelle bilden die sich häufenden Banküberfälle. Bei aller Würdigung

der Maßnahmen zur Sicherung der Bestände wird doch im Interesse der Bankangehörigen und der Polizeibeamten gebeten, auch Maßnahmen zur Sicherung des Menschenlebens, etwa durch Trennung des Publikumsraumes von den Diensträumen mit Hilfe von Mauerwerk und schußsicherem Glas, Vergitterung der Fenster im Erdgeschoß, gerade bei einer kleinen Zweigstelle zu treffen, deren Bestände in der Größenordnung von 5 - 12 Millionen bei 9 Bediensteten stark gefährdet sind. Wenn man den Schutz der Bestände durch Verbesserung der Tresore und der Sicherungsanlagen dem Fortschritt des Verbrechertums anpasst, sollte man auch den Bediensteten das Gefühl für ihre eigene Sicherung und nicht nur das für ihre Hinterbliebenen geben."

Am 4.2.1958 Erster Direktor in Karlsruhe; Bankdirektor Hecker. Im Laufe des Sommers 1958 wurde der Außenanstrich des Gebäudes und der Innenanstrich der Diensträume erneuert.

1958 wurde allgemein jeder 3. Samstag bei der Landeszentralbank als arbeitsfrei eingeführt. Gegenüber der bisherigen Regelung mit rollierenden freien Tagen war dieser allgemein dienstfreie Tag für die kleinen Zweigstellen arbeitsmäßig die bessere Lösung. Das Jahr schloss mit der Einführung der Konvertibilität in den meisten Ländern der OEEC (Organisation der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit), darunter auch der BRD.

Im Jahre 1959 entwickelte sich die Wirtschaft des Bezirkes Rastatt zur Hochkonjunktur. Die aus dieser Entwicklung sich ergebende Überbeschäftigung war hier erst jetzt von Erscheinungen begleitet, wie sie schon 1958 von anderen, insbesondere württembergischen Bezirken berichtet wurden. Das ist erklärlich aus der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung der Ober- rheinkreise. Sie sind als Grenzkreise lange Zeit hindurch verhältnismäßig dünn mit Industriebetrieben besiedelt worden. Erst als in den vergangenen Jahren die Hoffnung auf wenigstens einen wirtschaftlichen europäischen Zusammenschluss wuchs, vermehrten sich die Industrieansiedlungen. So waren Ende 1958 rd. 16 % der Bevölkerung des Kreises Rastatt in der Industrie beschäftigt. Damit stand Rastatt zwar an der Spitze der Ober- rheinkreise, blieb jedoch noch beträchtlich hinter dem Durchschnitt des Regierungsbezirkes Südbaden zurück, der wiederum

unter dem Durchschnitt des Landes Baden-Württemberg lag. Ein den Landesdurchschnitt übersteigender Prozentsatz an Arbeitskraftreserve war also im Bezirk Rastatt vorhanden. Durch die wirtschaftliche Entwicklung zur Hochkonjunktur wurde diese Reserve 1959 praktisch restlos eingesetzt. Anstoß hierfür gab bei den Männern insbesondere die fortdauernde Steigerung der Belegschaftszahl von Daimler-Benz in Gaggenau (B 7000) und bei den Frauen der Produktionsbeginn des Schaub-Lorenz-Werkes in Rastatt (B 870, zumeist Frauen). Beide Werke übten durch Lohnsätze und Sozialfürsorge starken Sog aus. Der gute Geschäftsgang und die zahlreiche Konkurrenz der Lieferanten liess bei den Abnehmern ein Absinken der Zahlungsmoral insofern feststellen, als mehr und mehr die Konditionen für den Abzug von Skonto zeitlich und z.T. auch in der Prozenzhöhe überschritten wurden. Firmen, die zu der Zeit als Lieferanten eine starke Position hatten, duldeten diese Unregelmäßigkeiten nicht.

Die Sparkassen und Volksbanken zeigten Expansionsbestrebungen und eröffneten neue örtliche Zahlstellen. Die neuen Niederlassungen wurden z. T. mit der Einrichtung von Gehaltskonten für Arbeitnehmer mit Wohnsitz in diesen Dörfern begründet.

Bei der Zweigstelle Rastatt wurde 1959 mit einem Gesamtumsatz von 2 632 Mio DM im Soll und Haben eine Zunahme von 8 % erreicht.

Einem Geldzähler der Zweigstelle Rastatt gelang die erstmalige Feststellung einer neuen Fälschung der Note zu DM 10.- II.

Ende des Jahres 1959 waren bei der Zweigstelle Rastatt beschäftigt:

Direktor:	Bankrat Pöhls
Kassf. Beamter:	Bankinsp. Latus
Buchhalterei:	" Höninger " Tschätsch Bankangest. Ziegler
Stenotypistin:	Bankangest. Stephan
Zählerei:	Bankassist. Welp Bankangest. Heinz Bankangest. Wiczorek.

Anfang Dezember 1959 wurde nochmals eine Eingabe an den Vorstand über das Problem der Banküberfälle und den Gebrauch der Schusswaffen gemacht. Es war anhand der gesetzlichen und dienstlichen Bestimmungen das Verhältnis des Waffengebrauchs vor und nach dem 2. Weltkrieg herausgearbeitet und die Schlußfolgerung gezogen worden, den Gebrauch der Waffen in Räumen mit zahlreichen Personen einzustellen, da das Ziel des Schutzes der Bestände mit anderen Mitteln besser und für die Überfallenen und die Bankkundschaft gefahrloser erreicht werden könnte.

Ein Anfang März 1960 über den Ersten Direktor eintreffendes Schreiben enthielt keine Zustimmung zu den Vorschlägen, ließ aber die Möglichkeit einer Überprüfung offen.

Im Jahre 1960 nahm im Bezirk Rastatt auf dem Arbeitsmarkt das Missverhältnis zwischen der Zahl der offenen Stellen zu dem der Angebote an Arbeitskräften zu. Im Monatsdurchschnitt des Jahres 1960 waren 1500 unbesetzte offene Stellen mehr vorhanden als im Vorjahr. Wenn Schaub-Lorenz im Vorjahr noch 870 Leute beschäftigte, waren es 1960 1400. Zumeist wurden Frauen in diesem Werk beschäftigt, das höhere Löhne zahlte als die bislang für Rastatt typischen Frauenbetriebe, wie etwa die Druckereien, Verlage und die Schuhfabrik. Diese Unternehmen verloren Kräfte an Schaub-Lorenz. Die Fluktation der Arbeitskräfte - nicht nur von Betrieb zu Betrieb, sondern auch von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig - war ein besonderes Problem. Höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und vorteilhaftere Sozialleistungen geben den Anreiz für diese Entwicklung. Betroffen in diesem Wettbewerb um die Arbeitskraft waren die Land- und Forstwirtschaft, die Holzindustrie, die öffentlichen Dienste, das Dienstleistungsgewerbe, das Baugewerbe und schließlich die Handwerks- und Kleinbetriebe. Entlastende Faktoren waren dagegen die Zugänge aus dem Flüchtlingslager, die Beschäftigung der fremden Arbeiter und dabei besonders der elsässischen Grenzränger. Hierbei bildeten, begünstigt durch die Industriearmut im nördlichen Elsass, die elsässischen Grenzränger eine Sonderentwicklung für Rastatt, Bühl und vielleicht noch Karlsruhe. Die Grenzränger genossen - wenn sie innerhalb der 10 km Grenzzone in Deutschland be-

schäftigt wurden - in Frankreich Lohnsteuerfreiheit, wegen des
 guten Rufes dieser Arbeiter warben aber auch weiter entfernte
 Betriebe sie an, die dann auch die französische Lohnsteuer
 mit übernahmen. Selbstverständlich bei alledem ist die freie
 An- und Rückfahrt in - zumeist französischen - Omnibussen.
 Zum Teil wurden die Löhne gleich in französischen Francs ge-
 zahlt. Die Stadt Restat hatte täglich 6000 Pendler.
 Die Maßnahmen für den Winterbau trugen wesentlich zur Entlas-
 tung des Arbeitsmarktes bei. Die beschriebenen Erfolge des
 Winterbaues führten im November/Dezember zur Verdoppelung
 der Anträge beim Arbeitsamt zur Förderung privater Wohnungs-
 bauten. Die Baupreise stiegen um 8%.
 Die von den Gewerkschaften erkämpften Arbeitszeitverkürzungen
 waren bei einer ganzen Reihe von Betrieben nur scheinbare
 Verkürzungen, da in Wahrheit die Arbeiter sehr gern zu über-
 stundenlöhnen länger arbeiteten.
 Die Industrie war allgemein gut beschäftigt, die Umsätze konnten
 erhöht werden, die Verkaufspreise stiegen - in einigen Fällen
 war trotzdem die Gewinnaute gedrückt, da die Löhne in größe-
 rem Umfange gestiegen waren.
 Der Konkurrenzkampf der Kreditinstitute im Bankwesen ver-
 schärfte sich. Die Gehaltskonten der Industrieangestellten
 wurden - ausgehend von der Bezirksbankasse Gesehan für die
 zahlreichen Angestellten von Dalmier-Benz - gebührenfrei ge-
 führt.
 Der Kundendienst der Kreditinstitute geht weit. Geldtrans-
 porte für große Firmen werden von den Banken ausserführt.
 Im ihren Kräftemangel ausgleichen zu können, wurden von den
 Kreditinstituten z.B. sehr teure Maschinen eingesetzt. Fast
 alle Sparkassen waren dem Fernschreibernetz angeschlossen.
 Entsprechend der allgemeinen Entwicklung weitete sich auch
 das Geschäft der Zweigstelle Restat aus. Die arbeitsmäßige
 sehr wichtige Summe der Reinzahlungen wuchs um 11%. Im
 vereinfachten Scheckinzusammenhang erreichten die Einlie-

ferungen in Rastatt ihren seitherigen Höchststand. Das Diskontgeschäft war etwas belebter. Der Geschäftsverkehr an den Samstagen mit Dienstbetrieb war gering.

Während des Herbstes 1960 kam es zu einer Auseinandersetzung mit der "Schützengesellschaft von 1726 e.V." und der Zweigstelle wegen der Benutzung des Schießstandes. Die Gesellschaft war 1945 durch die Besatzungsmacht aufgelöst worden. Der schon im Kriege vernachlässigte und durch Bombentreffer beschädigte Stand war mehr und mehr verfallen. Nach der Wiederbewaffnung der Landeszentralbank im Jahre 1950 war die Zweigstelle von der französischen Sûreté auf diesen Platz für die Abhaltung der Scharfschießübungen eingewiesen worden. Dem auf diesem Platz wohnenden städtischen Förster, der die Scheibe verwahrte und uns beim Schießen Stuhl und Tisch zur Verfügung stellte, war jedesmal eine Entschädigung gezahlt worden.

In scharfer Form fragte die Schützengesellschaft im August 1960 bei der Zweigstelle an, wer uns zur Benutzung des Geländes die Genehmigung erteilt habe und wem die Gebühren bezahlt würden.

Auf unsere den Sachverhalt darstellende Erwiderung wurden wir um Nachzahlung von DM 340.- Benutzungsgebühren ersucht und gleichzeitig um Gewährung eines Zuschusses oder eines zinsbegünstigten Darlehns gebeten.

Mit Schreiben vom 28. Oktober 1960 lehnte der Vorstand in Stuttgart die Forderung als unbegründet ab. Die Schießübungen fanden nachher auf dem französischen Militärschießstand Oberwald statt. Seit dem Sommer 1962 wird auf dem neuen Schießstand des Iffezheimer Schützenvereins geschossen.

Beim Personal war während des Jahres ein erheblicher Ausfall von 112 Tagen durch Krankheiten festzustellen, vielfach dürften es Kriegsfolge-Erscheinungen sein.

Die Entwicklung der Wirtschaft im Bankbezirk Rastatt im Jahre 1961 war im ganzen gut, ohne dabei jedoch noch ein einheitliches Bild zu zeigen. Eine Abschwächung des konjunkturellen

Aufschwunges machte sich bemerkbar, nachdem am 6.3.1961 die DM um 4,762 % aufgewertet worden war. War die Goldparität bislang DM 4726.16 für 1 kg Feingold gewesen, so war das Kilo jetzt schon für DM 4501.10 zu haben. Die DM-Aufwertung wirkte sich im Bezirk nach den Darstellungen der Industrie unterschiedlich aus. Absatzmangel bei der Rechenmaschinenindustrie, Stagnation beim Hüttenwerk, Auftragsablehnungen wegen Arbeitermangel beim Waggonbau, hohe Auftragsbestände bei der Luftgewehrfabrikation und bei bestimmten Werkzeugmaschinenfabriken mögen Beispiele für die Vielgestaltigkeit der Wirtschaftslage jener Zeit sein.

Neu war die Feststellung des Arbeitsamtes am Schlusse des Jahres 1961, daß zu diesem Zeitpunkte die Lage am Arbeitsmarkt im Arbeitsamtsbezirk Rastatt als ziemlich ausgeglichen angesehen werden konnte, was aber nicht für das ganze Jahr galt. Als am 13. August 1961 die Berliner Mauer errichtet worden war, ebnete der Strom der ostzonalen Flüchtlinge ab. Bislang hatte Rastatt Vorteile aus dem Durchgangslager in der Stadt gezogen. Viele der Flüchtlinge fanden hier sofort Arbeit. Sie entlasteten den Arbeitsmarkt. Das fiel nach dem 13. August weg.

Von den insgesamt fast 4000 in der Bundesrepublik beschäftigten guten elsässischen Arbeitskräften arbeiteten mehr als 44% im Kreise Rastatt. Wegen des Aufbaues neuer Industrien im Kreise Hagenau befürchtete man, daß bei dem Bedarf von 3000 Arbeitskräften für diese Werke, die Elsässer künftig ausfallen könnten, umsomehr als man drüben die Gehälter um 20% erhöhte. Dabei war dann festzustellen, daß die Elsässer nicht nur der höheren Löhne wegen nach Deutschland kamen, sondern auch die besseren Arbeitsbedingungen zu schätzen wußten, als da waren: moderne Arbeitsräume, gutes "Betriebsklima", vorbildliche Betreuung und Werkskantinen.

Das Standard Elektrik Werk Schaub-Lorenz, Rastatt, hatte nach Tilgung großer Darlehen bei der Stadt, ein 12.900 qm großes Grundstück im Anschluss an das Werk von der Stadt neu zugekauft. Das Werk wurde daraufhin doppelt so groß wie bisher ausgebaut.

Die Arbeitsmoral galt vielfach als abgesunken. Ein Gerücht über bevorstehende größere Entlassungen bei Daimler-Benz hatte ungeahnte Zunahmen an Fleiß, Pünktlichkeit und Sorgfalt bei der Arbeiterschaft zur Folge. Nicht etwa nur bei diesem Werk, nein auch bei den anderen Betrieben der Metallindustrie des Murgtales.

Eine Rechenmaschinenfabrik, Thaleswerk GmbH., Rastatt, mußte ihre Grundstücke und Gebäude an die Landis & Gyr, Zug (Schweiz) verkaufen; die Mitte des Jahres aufgetretenen Zahlungsschwierigkeiten zwangen sie zu diesem Schritt. Schlecht stand es auch um die Getränke- und Spirituosen AG., Rastatt (Schubert Konzern) Nach sehr hohen Verlusten wurde sie schliesslich aufgelöst.

Das Baugewerbe blühte weiterhin; das Ausbaugewerbe hingegen kam nicht mit, es ließ sich nicht so mechanisieren, wie es beim Rohbau der Fall war.

In der Industrie waren mit Ausnahme der schon genannten beiden Firmen und einer Möbelfabrik, deren Inhaber sich zerstritten und das Unternehmen in eine Fabrikations- und eine Handelsfirma umgründeten, im allgemeinen doch gute Ergebnisse erzielt worden - Strukturwandlungen mussten gemeistert werden.

Bei den Kreditinstituten wurde der Konkurrenzkampf noch schärfer. Die Gewinne liessen prozentual nach, weil die Konditionen schlechter und die Gehälter höher geworden waren. Dabei stiegen die Umsätze. Bei der Dresdner Bank in Rastatt sogar stark. Sie erweiterte daher ihre Geschäftsräume um mehr als das Doppelte. Erweitert hattendie Bezirkssparkasse Gernsbach. Die Bezirkssparkasse Rastatt begann mit einer Erweiterung um das Doppelte. Die Bezirkssparkasse Gaggenau plante einen Neubau. Die Commerzbank baute in Rastatt Räume für eine Filiale aus. Die Volksbank Rastatt hatte aufgestockt und völlig die Geschäftsräume modernisiert.

Die Gehaltskonten bei den Banken nahmen zu. Zur Hauptsache waren es Konten für die Angestellten, doch hin und wieder gingen Unternehmer auch zur bargeldlosen Lohnzahlung für die Arbeiter über. Anfänglich wurden den Kreditinstituten 1 % der Lohnsumme als Unkostenbeitrag zugesichert, doch bald

wurde das System unterbrochen und die Konten spesenfrei geführt.

Im Anschluß an eine Regelung bei den Kreditinstituten führte die Landeszentralbank am 1. Juli 1961 mit dem Samstag-Schluß die 5 Tage Woche ein.

Die Entwicklung der Gesamtumsätze der Zweigstelle Rastatt im Jahre 1961 zeigte eine Erhöhung um 14 %. Die arbeitsmäßig bedeutsamen Einzahlungen stiegen um 9 %. Im Abrechnungsverkehr nahmen bei den Einlieferungen die Stückzahlen um 8 % zu. Ein bemerkenswerter Anteil davon entfiel auf die Dresdner Bank Rastatt, die Schecks einer zum Schubert-Henninger-Bräu-Konzern gehörenden Firma einreichte. Dieser Firma drohten ernste Schwierigkeiten, so daß die Zweigstelle Rastatt mit einem täglichen Ausfall von 200 Schecks rechnen musste; was sich ebenfalls bei den einzuziehenden Schecks im vereinfachten Scheckeinzugsverfahren auswirken würde.

Wie schon in den Jahren 1957-58 war auch im Jahre 1961 beim Personal ein starker Wechsel zu verzeichnen. Bei insgesamt 9 Bediensteten traten ein Todesfall, eine Versetzung, zwei Entlassungen und vier Neueinstellungen ein. Wieder brachte das Anlernen der neuen Kräfte zusätzliche Arbeitsbelastungen für das alte Personal.

Im Jahre 1962 setzte sich im Bankbezirk Rastatt die im ganzen zwar noch gute, aber recht uneinheitliche wirtschaftliche Entwicklung fort. Materialknappheit bestand nirgends mehr. Der Druck auf die Verkaufspreise der Industrie hielt an. Das Exportgeschäft war im ganzen schwächer, da die deutschen Preise durch den gewachsenen Kostenanteil - insbesondere den Lohnanteil - ungünstiger geworden waren.

Den Mangel an Arbeitskräften deckten z.T. 4588 fremdländische Arbeiter. 1977 von ihnen waren elsässische Pendler; ihre Zahl war während des Jahres 1962 trotz der im Elsass im Aufbau begriffenen Industrie (z.B. Raffinerie in Drusenheim) noch um 248 Personen gewachsen. Die elsässischen Frauen waren durch das hohe Kindergeld in Frankreich nicht mehr so erpicht auf Arbeit in Baden. Auf das schöne Bild deutsch-französischer

Zusammenarbeit fiel im Mai 1962 ein Schatten. Das französische Innenministerium forderte zu dieser Zeit eine besondere Lizenz für den Transport von Arbeitskräften in ausländischen - z.B. deutschen - Groß- und Kleinbussen. In nähen Verhandlungen wurde erreicht, daß den bisher für den Transport eingesetzten Fahrzeugen Lizenzen erteilt wurden. Hingegen wurden Neuzulassungen abgelehnt. Als Ausweg blieb der Transport mit Pkws. Es dürfte dazu kommen, daß schließlich nur noch französische Großbusse die Transporte durchführen. Die Beschäftigung von elsässischen Grenzgängern wird dann vollständig von den verfügbaren französischen Bussen - oder besser gesagt - der Gnade der französischen Regierung abhängen.

Der Aufschwung der Stadt Rastatt nach dem 2. Weltkrieg ist beachtlich.

Rastatt hatte 1906 =	14 000	Einwohner, dav. 2000 Militär
1939 =	15 800	"
1946 =	13 500	" und
Mitte 1962 =	25 000	" zu denen noch
in Rast.wohnhafte	2 200	Angehörige der Stationierungsstreitkräfte hinzuzurechnen wären.

Durch die starke Bautätigkeit, als Folge der gewachsenen Einwohnerzahl, sind nach Westen, Norden und Osten ganze Stadtteile, z.T. mit 14stöckigen Hochhäusern entstanden.

Industriellen Neuansiedlungen in Rastatt stand der Arbeitermangel hinderlich entgegen. Dagegen war die dörfliche Industrialisierung noch ausbaufähig. Auch dem Ausbau Rastatter Unternehmen waren Schranken gesetzt. Das Standard-Elektrik-Werk Schaub-Lorenz in Rastatt konnte sich nicht mehr erweitern; es wurde daher ein Zweigwerk in Bühl errichtet. Die großen Baufirmen des Bezirkes Rastatt konnten ihre Kapazitäten im eigenen Raum nicht mehr voll ausnützen; zu 50 bis 60 % der Kapazitäten waren sie deshalb auswärts, zumeist im Raume Karlsruhe beschäftigt.

Bei den Kreditinstituten verschärfte sich in Rastatt der Konkurrenzkampf ~~der Kreditinstitute~~ nachdem im Mai 1962 die Commerzbank sich hier niedergelassen hatte. Diese Bank

hatte einen schweren Start, sie ist reichlich spät gekommen. Anders die seit Juni 1958 hier vertretene Dresdner Bank, die ihr Geschäft mit der hiesigen Industrie gut ausbauen konnte und eine gute Entwicklung nahm. Die Deutsche Bank in Gernsbach ist das älteste Großbankinstitut im Bankbezirk und auch das bedeutendste. Sie ist die Bank der großen Industrieunternehmen des Murgtales von Freudenstadt bis Gaggenau. Die Geschäftsentwicklung war bei ihr ruhiger als 1961, der Erfolg "gezähmt". Das kam weitgehend von dem schwächer gewordenen Effektingeschäft. Das in jahrelanger Arbeit aufgebaute Aktiengeschäft war durch die Kursverluste an der Börse abgeschwächt und die Umleitung der Kunden auf den Rentenmarkt schwierig. Die Sparkassen hatten etwa gleichgebliebene Erfolge erzielt; auch die Volksbanken waren zufrieden. Der Personalmangel zwang die Kreditinstitute zur vermehrten Rationalisierung. Teure Buchungsmaschinen wurden angeschafft.

Die Zweigstelle Rastatt konnte für 1962 eine Erhöhung des Geschäftsumsatzes von 13 % feststellen. Die Bareinzahlungen erhöhten sich um 10 %, während die Barauszahlungen nur um 3% zunahmen. Das hing mit den Einzahlungen des Postamtes Rastatt bei der Zweigstelle zusammen. Die Kreditinstitute des Kreises Freudenstadt zahlten in beachtlichem Umfang ihre Überschüsse bei ihren Postämtern ein. Diese Gelder gelangten dann über das Postamt Rastatt als Geldsammelstelle an die Zweigstelle Rastatt. Ihren Bedarf an Bargeld hingegen deckten die Kreditinstitute in ihrem Bankbezirk Rottweil, wie aus eingegangenen Streifbändern der Einzahlungen zu ersehen war.

Eine auffallende Steigerung der Stückzahlen bei den abgesandten Fernüberweisungen von 1961 mit 18716 auf 1962 mit 24072 erklärte sich aus Überweisungen der Kreiskasse Rastatt -Verteidigungslasten- für die Gehaltskonten der deutschen Bediensteten bei den französischen und kanadischen Streitkräften.

An 88 Tagen mußte das Buchhalterpersonal zum Nachzählen des Papiergeldes herangezogen werden. Das hörte mit dem 23. Oktober 1962 auf. An diesem Tage wurde bei der Zweigstelle Rastatt eine De la Rue - Papiergeldzählmaschine in Betrieb

genommen. Wenn seit diesem Tage eine Buchhalterei kraft überzählig war - weil weder Beurlaubungen noch Erkrankungen den Personalbestand minderten - erwies es sich als nützlich eine junge Buchhalterin, die früher Geldzählerin war, als 4. Zählkraft zum Formieren einzusetzen.

Im Herbst 1962 erhielt die Zweigstelle Rastatt eine neue Hartgeldzählmaschine. Für die Zuweisung beider Maschinen wurde im Geschäftsbericht Dank ausgesprochen.

Erstmalig seit 1950 fand bei der Zweigstelle Rastatt im Jahre 1963 keine nennenswerte Erhöhung der Gesamtumsätze statt. Im Bankbezirk Rastatt dürfte die Zweigstelle unter den Kreditinstituten mit dieser Entwicklung vereinzelt dastehen. Mit ein Grund dafür war ein Wandel in den Scheckeinreichungen des Finanzamtes und im Fortfall der Schecks eines eingegangenen großen Unternehmens der Getränkeindustrie.

Im Bankraum wurde der Bodenbelag erneuert. Die vorhandene Koksheizungsanlage wurde für DM 15.000 in eine moderne automatische Ölheizung umgewandelt.

Das Jahr 1963 ergab an Hand der monatlichen Berichte der Industrie- und Handelskammer Baden-Baden im grohen Durchschnitt etwa das folgende Ergebnis der industriellen und gewerblichen Gesamtentwicklung im Bankbezirk: allgemein gute Geschäftslage, im Durchschnitt gehaltene Produktion, zumeist guter Absatz, etwa dem Vorjahre gleichgebliebene Auftragslage, gute Versorgung mit Roh- und Hilfsstoffen, allgemein gestiegene Löhne und Gehälter, teilweise Arbeitszeitverkürzungen, uneinheitliche Entwicklung bei den Verkaufspreisen, im allgemeinen befriedigende Zahlungsmoral und im ganzen unveränderter Beschäftigungsstand.

Der Kreis Rastatt, der im wesentlichen dem Bankbezirk Rastatt entspricht, hatte bei einer Fläche von 545 qkm eine Bevölkerungsdichte von 232 Personen je qkm. Im Juni 1963 wurde eine Bevölkerung von 127 000 gezählt, dav. rund 61000 Männer und rund 66000 Frauen. Rastatt hatte knapp 26000 Einwohner; etwa 2500 Angehörige der Stationierungstreitkräfte wohnten außerdem in dieser Stadt. Gaggenau hatte mehr als 13000 Ein-

wohner.

Ende 1963 wurden im Bankbezirk 46000 Beschäftigte gezählt, davon 14000 Frauen. Unter den Beschäftigten waren 3700 fremdländische Arbeiter (843 Frauen), von ihnen kamen 1500 aus dem Elsass (501 Frauen).

In Rastatt allein zählte man Ende 1963 rd. 12000 Beschäftigte, von denen nur 6000 Rastatter, aber fast mehr als 5000 deutsche und fast 1000 elsässische Pendler waren.

Das Reinvermögen der Stadt Rastatt betrug am 31.12.62 = 20,4 Mio DM. Die Steuerkraftsumme der Stadt Rastatt betrug mit 5,1 Mio DM = je Einwohner 204 DM.

An industriellen Neuansiedlungen brachte das Jahr 1963 die Produktions- und Versorgungsstätten der Deutschen Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft nach Rastatt. Eine Tochtergesellschaft dieses Unternehmens hatte die Besitzungen des Schubert-Henninger-Bräu-Konzerns erworben und an die Muttergesellschaft verpachtet. Das 16000 qm große Gelände der ehemaligen Weinkellereien von Hans Müller KG., Rastatt, soll auch noch neben der Produktion von Spirituosen, Frucht- und Obstsaften noch die DSG-Kellereien aus Traben-Trarbach übernehmen. Außerdem werden hier die Tiefkühl-Menüs für die Büffetwagen zentral zubereitet.

Im Baugewerbe bestimmten die öffentlichen Bauten das Geschehen auf dem Hochbausektor. Der Wohnungsbau ist rückläufig.

Erinnern wir uns an den Anfang dieser Aufzeichnungen: 1875 bestanden in Rastatt mehrere Brauereien, zwei Herdfabriken und eine Tabak- und Zigarrenfabrik. Heute, fast 90 Jahre später, gibt es noch zwei Brauereien, die letzte Herdfabrik ist vor mehr als 10 Jahren eingegangen, von der Tabakindustrie ist nichts mehr vorhanden. Neue Industrien haben sich inzwischen hier niedergelassen, von denen als bedeutsam zu nennen wären: je eine Accumulatorenfabrik und Warenautomatenfabrik, zwei größere Buchdruckereien und Verlage, ein Werk, das Operationstische, Krankenhausmöbel, Kälte- und Geschirrspülmaschinen herstellt, eine Luftgewerfabrik, eine Metallhütte, ein Zweigwerk der optischen Industrie, eine Krepp- und Bunt-

papierfabrik mit Tapetenfabrik, eine Rollenpapierfabrik, eine Zweigniederlassung aus der Rundfunkindustrie und eine Waggonfabrik. Ferner arbeiten in Rastatt zwei Eisengiessereien, ein Kunststoffwerk, eine Fabrik technischer Papiere, eine Fabrik für Feinstzerkleinerungsmaschinen, eine Matratzenfabrik, drei Möbelfabriken, eine Mühle, eine Werkzeugfabrik, ein Quarzplattenwerk, zwei Rechenmaschinenfabriken, eine Spankorbfabrik und eine Schuhfabrik.

Im Murgtal werden Steinbrüche betrieben, ein großes E-Werk, das zur Hauptsache von der Schwarzenbachtalsperre seine Wasserkraft erhält, 4 Papierfabriken, mehrere Holzstoff- und Pappfabriken, Sägewerke, Spanplattenwerke, Holzbearbeitungs- und Holzverarbeitungs- sowie Spannbetonwerke. Gaggenau steht ganz im Zeichen eines Lastkraftwagen- und Omnibuswerkes. Zahlreiche Industriebetriebe haben ihren Sitz in und um Gaggenau. Ein sehr altes Unternehmen fabriziert hier Herde, Ölöfen, Dunstabzugshauben. Die Holzwerke, eine Schilderfabrik, Metallwarenfabriken und ein Zweigwerk aus der Schuhindustrie runden das Bild der Gaggenauer Industrie ab.

In Kuppenheim liegen das Zweigwerk eines Drath- und Kabelwerkes, ein Mineralien-Mahlwerk, einige Unternehmen der Lederbranche (Kofferfabriken, Taschenfabriken).

In den Orten der Rheinebene haben sich erst nach dem 2. Weltkrieg industrielle Unternehmen niedergelassen. So, in Durmersheim ein Werk sächsischen Ursprunges, das sich mit der Färbung und Ausrüstung von Strümpfen befasst. In Ötigheim werden Rohre- und Baumaterialien hergestellt. In vielen Orten sind Hartsteinwerke entstanden und längs des Rheines werden zahlreiche Kiesgruben - z. T. in sehr großem Rahmen - betrieben.

Die Landwirtschaft (im Murgtal ohnehin fast nur noch Nebenbetriebe, die mehr und mehr aufgegeben werden) spielt auch in der Rheinebene keine große Rolle mehr. Drei Güter sind die bedeutendsten landwirtschaftlichen Betriebe des Bezirkes.

Aus den bescheidenen Läden des Rastatter Einzelhandels haben sich zum Teil beachtliche Häuser entwickelt, die - namentlich

an Markttagen - auch die ländliche Kundschaft anziehen. Ein seit einigen Jahren hier vertretenes Kaufhaus vollendet z.Zt. seinen recht ansehnlichen Geschäftsneubau unweit der Post.

An Kreditinstituten sind in Rastatt neben der Landeszentralbank an Großbanken die Dresdner Bank und die Commerzbank, an Sparkassen die Bezirkssparkasse Rastatt und an Volksbanken die Volksbank Rastatt vertreten.

In Gernsbach sind die Deutsche Bank, die Bezirkssparkasse Gernsbach und die Volksbank Gernsbach.

In Gaggenau bestehen die Volksbank Rastatt und die Bezirkssparkasse Gaggenau. In der Gründung begriffen ist hier eine Niederlassung der Deutschen Bank.

In Kuppenheim besteht neben der Bezirkssparkasse Kuppenheim noch eine Raiffeisenbank.

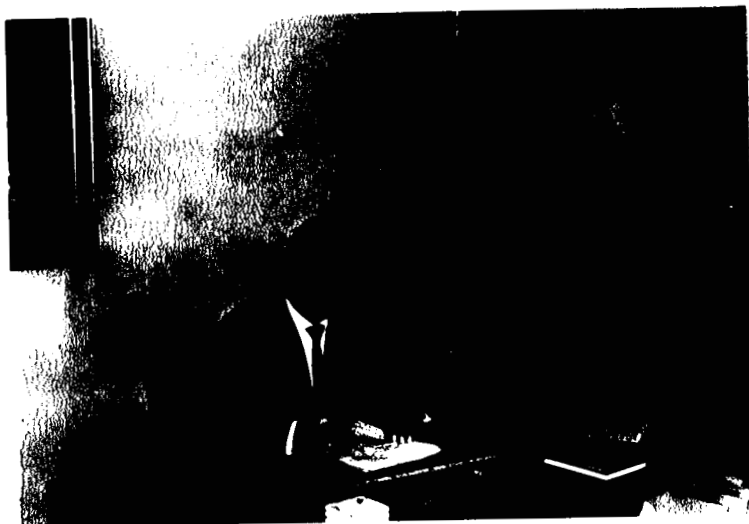
Raiffeisenkassen bestehen in den meisten ländlichen Orten, in vielen von ihnen auch Zweigstellen von Sparkassen oder Volksbanken - in manchen Orten sogar beide - .

Der Landeszentralbank Rastatt reicht die Deutsche Bank die halbmonatliche Bankenstatistik ein, während die vier Sparkassen, die beiden Volksbanken und fünf der Raiffeisenkassen ihre monatliche Bilanzstatistik einsenden.

Die Arbeiten der Bankenaufsicht sind im Jahre 1963 mehr auf die Zweiganstalten der Landeszentralbank verlagert und mehr ihrer Verantwortung unterstellt worden. Als grober Anhalt für die angefallenen Arbeiten des Jahres 1963 wies die Statistik eine Gesamtstückzahl von 302 aus. In dieser Zahl sind auch die bearbeiteten Anzeigen über Großkredite und Millionenkredite enthalten.

Mit dem schwach gewordenen Kreditgeschäft waren die damit verbundenen qualifizierten Arbeiten der Prüfung der Kreditwürdigkeit, der Beobachtung des Obligos und der Bonität mehr und mehr zurückgegangen. In der Bankenaufsicht ist nun dem Zweigstellendirektor eine Aufgabe erwachsen, die wieder über den alltäglichen Betrieb hinausgehende Anforderungen stellt und Anlaß zu verstärkten Kontakten mit den Leitern der Kreditinstitute gibt. Das wurde im Januar 1964 in die Tat umgesetzt und anläßlich der

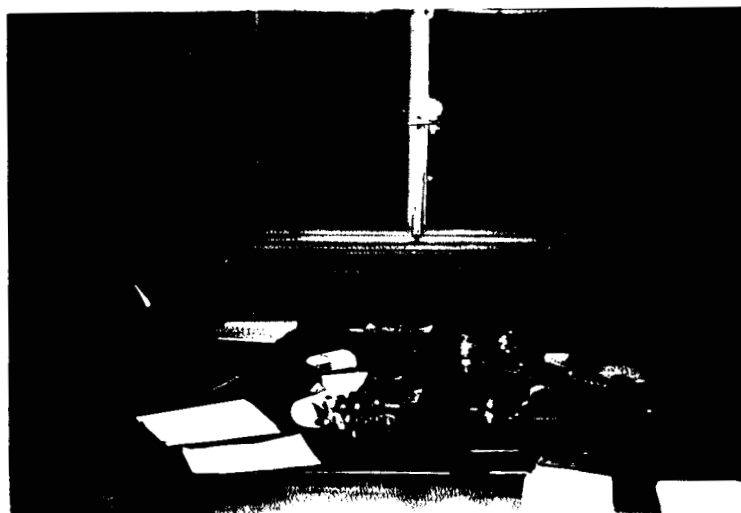
Die Bediensteten der Zweigstelle Restatt Anfang 1964



Direktor der Zweigstelle
Bankrat Pöhls



Kasseführender Beamter
Bankinsp. Höninger



G i r o
Bankangest. Ziebler Bankangest. Lehmecker



Hauptjournal
Bankangest. Stephan

Scheckeinzug
Bankinsp. Reinmuth



Zählerei bei der Postabfertigung
Bkass. Heck, Bankangest. Goebel,
Bankangest. Heinz.

alljährlich in diesem Monat unternommenen Besuche der wichtigsten Industrieunternehmen, der Banken und Sparkassen, diesmal auch diejenigen Raiffeisenkassen besucht, die die monatliche Bilanzstatistik einzureichen haben.

Mit allen Leitern der aufgezählten Kreditinstitute wurden - neben den allgemeinen wirtschaftlichen, den speziellen geschäftlichen auch die bankaufsichtlichen Belange besprochen. Die Unterredungen fanden in freundschaftlicher Weise statt.

XVIII. Kapitel

B a n k b e z i r k l i c h e B e s o n d e r h e i t e n .
Die Murgschifferschaft ist ^{eine} Genossenschaft, die noch heute nach altdeutschem Genossenschaftsrecht geführt wird.

Ihre Anfänge reichen in das Jahr 1283 zurück, im Jahre 1488 wurde eine Schifferordnung gegeben, die die Murgschifferschaft in ihrer Eigenschaft als Besitzer ausgedehnter Waldungen als Genossenschaft und ihrer Eigenschaft als Flösserzusammenschluss als Innung erscheinen liess. .

Heute besitzt die Murgschifferschaft einen wohlarrondierten Waldbesitz von 5000 ha, der zumeist aus Tannen und Fichtenwäldern besteht. Bis in die Zeit des letzten Krieges war der Hieb auf etwa 200 Jahre alte Bäume beschränkt, jetzt hingegen - nach Einschlägen der Siegermächte und nach dem Strukturwandel im Holzbedarf - will man auf eine Altersgrenze von 60 bis 80 Jahren kommen, weil die Nachfrage nach Schiffsmasten ohnehin und die nach Rammpfählen durch den Ersatz durch Betonpfähle das Starkholz entbehrlich machen.

Die "Murgschifferschaftsrechte", also die Genossenschaftsanteile, sind im Grundbuch Forbach eingetragen, sie haben z.Zt. einen Verkehrswert von DM 200.- je Recht. Die Erträge aus diesen Rechten werden in Holz gewährt, dadurch kann die alte Rechtsform beibehalten werden, die zudem steuerlich günstiger ist.

Genossen sind u.a. so ziemlich alle größeren mit dem Holz in irgendeiner Form oder Verarbeitung als Rohstoff verbundenen Firmen.

Eine zweite Besonderheit des Bezirkes Rastatt dürfte eine andere aus dem Mittelalter stammende Einrichtung sein, nämlich das "Ober-eigentum" beim Grundbesitz in Hundsbach. Hundsbach, ein kleiner auf der Schwarzwaldhöhe zwischen dem Murgtale und der Schwarzwaldhochstraße einsam gelegener Ort, ist ursprünglich eine Ansiedlung von Holzarbeitern, wohl auch Köhlern, auf herrschaft-

lichem Grund gewesen. Sie konnten mit der Zeit zwar den Grundbesitz erwerben, den Besitz "bessern", aber die Herrschaft behielt das "Obereigentum". So ist es noch heute, wenngleich die adlige Herrschaft inzwischen vom Staat abgelöst wurde.

Als dritte Besonderheit endlich sei vermerkt, daß in dem Lunéviiller Frieden zwar der linksrheinisch gelegene Besitz badischer Gemeinden diesen verloren ging, den elsässischen ihr auf dem rechten Ufer gelegenes Land hingegen nicht. So besitzen noch heute die Gemeinde Mothern/Elsass Gelände bei Elchesheim-Illingen und die Gemeinde Münchhausen/Elsass bei Steinmauern.

XIX. Kapitel

S c h l u ß b e t r a c h t u n g. Geschichtsschreiber pflegen gemeinhin ihre Aufzeichnungen an einem Markstein des Geschehens zu beenden, der zudem meist in der Vergangenheit liegt.

Lange habe ich nach einem solchen Markstein für das Ende dieser Aufzeichnungen gesucht und fast schien das Bemühen aussichtslos.

Das wirtschaftliche Geschehen im Bankbezirk Rastatt ist verkettet mit der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik, die unlösbar verbunden ist mit den Vorgängen der Politik der Großen dieser Erde. Zu Beginn dieser Aufzeichnungen konnte festgestellt werden, daß Preußen - Deutschland zu diesen Großen der Erde gehörte und in ihrem Verlaufe wurde dargelegt, wie es diese Stellung bis zum völligen Zusammenbruch verlor. Mit wachsender Einsicht und schliesslich tatkräftiger Hilfe unserer amerikanischen Gegner von gestern gelang es 1948 mit der Währungsreform in Westdeutschland den Grundstein für einen fast unglaublichen Wiederaufbau des der freien Welt zugehörenden Westdeutschlands zu legen.

Heute, kaum 20 Jahre nach unserer bedingungslosen Kapitulation, ist Westdeutschland wieder eines der bedeutendsten Industrieländer, aber ohne politische Macht. Wir sind abhängig von unseren Verbündeten, wobei wir hoffen wollen, daß sie unsere und wir ihre wahren Freunde sind und bleiben, die sich auch in Zeiten der Gefahr ihre Freundschaft bewahren.

Wirtschaftlich sind wir mit den freien Völkern eng verbunden und zum Teil so verflochten, daß wir schon Freud und Leid miteinander teilen.

Zu den Freuden gehört die freie wirtschaftliche Zusammenarbeit, zu den Leiden die aus den Verschiedenheiten der einzelnen Volkswirtschaften resultierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei dieser Zusammenarbeit. Die uns hier insbesondere interessierende Schwierigkeit ist nach dem Problem der inflatorischen Einflüsse aus dem jahrelangen Andauern der amerikanischen Zahlungs-

bilanz-Defizite - bei festen Wechselkursen der westeuropäischen Staaten zum Dollar als Leitwährung - noch das Problem der zusätzlichen inflationären Währungsveränderungen einiger Mitglieder und dem zwangsläufigen Import dieser Inflationen bei den übrigen. Ein Problem, das vor einigen Jahren uns schon einmal bewegte und bei den falschen Partnern durch Aufwertungen ihrer Währungen, um des lieben Friedens willen, behoben wurde. Das kann nicht zur Regel werden.

In diesem Frühjahr schritten Bundesbank und Bundesregierung zur Abwehr.

Der Präsident unserer Bank, Professor Dr. Otto Pfleiderer machte dazu am 25.3.1964 in seiner Karlsruher Rede folgende Ausführungen.:

"Schon seit unsere Zahlungsbilanz wieder wachsende Überschüsse erbringt, steht die Notenbank aufs neue vor dem Dilemma, daß eine expansive Kreditpolitik, wie sie von der Zahlungsbilanz her naheliegen würde, mit Rücksicht auf die von ihr ausgehende Gefährdung der inneren Stabilität nicht ratsam erscheint, und daß umgekehrt eine auf die Dämpfung des Konjunkturaufschwungs und des mit ihm verbundenen Preisauftriebs gerichtete restriktive Kreditpolitik zu einer Verstärkung unserer Zahlungsbilanzüberschüsse sowohl bei den laufenden Posten wie im Kapitalverkehr führen müßte. So hat die uns von früheren Jahren her nur allzu vertraute paradoxe Situation einer mit Zahlungsbilanzüberschüssen einhergehenden Hochkonjunktur zwangsläufig zu einer gewissen Lahmlegung der Notenbank geführt, was die Möglichkeiten der Anwendung ihres traditionellen Instrumentariums betrifft.

Nunmehr hat es jedoch der Zentralbankrat unternommen, aus diesem Dilemma herauszukommen; die Bundesregierung ist durch die von ihr angekündigten Maßnahmen im Begriff, ihrerseits in derselben Richtung zu wirken. Der Preis, der für diese neue konjunkturpolitische Aktivität zu bezahlen ist, besteht freilich in der Modifikation eines Grundsatzes, der als solcher für den Fortschritt der europäischen Integration und der weltwirtschaftlichen Kommunikation gleich wertvoll ist, nämlich des Grundsatzes der Freizügigkeit des internationalen Geld- und Kapitalverkehrs. Dabei ist freilich der Grundsatz selbst durchaus aufrechterhalten; aber es werden modifizierend Daten gesetzt oder angekündigt, die für Ausländer eine Geldanlage in Deutschland

weniger attraktiv machen, und andere Daten, die das Interesse der inländischen Banken an der Hereinnahme von ausländischen Geldern vermindern. Zu der ersten Gruppe von Maßnahmen gehört die Zurücknahme der bisherigen devisarechtlichen Genehmigung zur Verzinsung von Termineinlagen von Ausländern - die Sichteinlagen von Ausländern waren schon bisher unverzinslich - sowie die angekündigte Kapitalertragsteuer auf ausländischen Besitz an deutschen festverzinslichen Wertpapieren, zur zweiten Gruppe die Erhöhung der Mindestreservesätze für Verbindlichkeiten gegenüber Devisenausländern auf das gesetzlich mögliche Maximum, eine Maßnahme, wie sie von Mai 1961 bis Januar 1962 schon einmal in Kraft war."

Das bedeutete für Westdeutschland das Beste, was es gegen diese Währungserschütterungen im Augenblick und allein tun konnte. Ein Heilmittel war es nicht.

Und somit auch noch nicht der von mir gesuchte Markstein, an dem diese Aufzeichnungen mit gutem Grund beendet werden könnten.

Enttäuscht dachte ich schon daran - einem der modernen Theaterstücke vergleichbar - mit einer Aufzählung von Überschriften der Artikel einer großen Zeitung eines einzigen Tages die Schwierigkeit unserer Lage auf allen wesentlichen Gebieten unseres Lebens kurz in das Rampenlicht zu rücken, ohne dem Betrachter einen Weg aus dem Dilemma zu weisen, oder gar in ihm die Hoffnung auf eine Besserung in absehbarer Zeit zu geben.

Und doch fand ich schließlich diesen Markstein. Am 14. April 1964 genehmigte der EWG-Ministerrat in Brüssel eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten über eine koordinierte Konjunkturdämpfungsaktion, die in knapster Form zusammengefasst, folgendes zum Inhalt hat: (16)

1. Bis Ende 1964 soll die Stabilisierung der Preise und Kosten in allen Mitgliedländern erreicht werden.
2. Das Stabilisierungsprogramm erhält eine absolute Priorität.
3. Eine liberale Einfuhrpolitik.
4. Die jährliche Zuwachsrate der öffentlichen Ausgaben ist auf fünf Prozent zu beschränken.
5. Wenn der Ausgleich der Staatshaushalte dies erfordert, sollen bestehende Steuern erhöht oder neue Steuern eingeführt werden.
6. Budgetdefizite sind durch langfristige Anleihen zu decken.

7. Restriktive Kreditpolitik ist beizubehalten.
8. Durch Verhandlungen zwischen Regierungen und Sozialpartnern soll sichergestellt werden, daß eine Parallelität zwischen nominalen Einkommenserhöhungen und dem Wachstum des Bruttosozialprodukts besteht.
9. Bei Spannungen in der Bauwirtschaft sind steuerliche und kreditpolitische Erleichterungen aufzuheben oder einzuschränken.
10. Im Fall von Zahlungsbilanzschwierigkeiten eines Mitgliedlandes sind Gegenmaßnahmen durch Konsultationen im Währungsausschuß der EWG anzustreben (auch gegenseitiger Beistand gemäß EWG-Vertrag).
11. Für Italien ist eine ausgewogene Einkommenspolitik ein dringliches Gebot.
12. Für Frankreich und die Beneluxländer erscheint die konsequente Befolgung der vorstehenden Richtlinien im allgemeinen als genügend.
13. In Deutschland ist die bisherige Konjunkturpolitik fortzusetzen. Die Kreditbremse ist gegebenenfalls stärker anzuziehen. Die Maßnahmen zur Neutralisierung der Kapitalimporte sind konsequent weiter zu verfolgen; ebenfalls ist der Reexport eingeführten Kapitals weiter zu begünstigen. Besonderes Augenmerk ist dem Ausgleich der Ertragsbilanz zu schenken. Ausfuhrförderungsmaßnahmen sind zu vermeiden oder einzuschränken, konjunkturpolitische Zollsenkungen im Rahmen des gemeinsamen EWG-Zolltarifs erwünscht. Es ist zu versuchen, die Agrareinfuhr zu begünstigen.
14. Die Mitgliedstaaten erstatten sich gegenseitig und der Kommission alle zwei Monate Bericht."

Damit ist ein bedeutsamer Schritt in der internationalen Koordination der Konjunkturpolitik getan worden und es war das erste Mal, daß sich eine Gruppe einzelner Länder zu gemeinsamen Richtlinien hinsichtlich der Zügelung und Angleichung ihrer Konjunktur entschlossen hat. Von allen früheren Bemühungen unterscheiden sich diese "Empfehlungen" durch ihren verpflichtenden Charakter für die sechs EWG-Länder.(16)

Dieser Erfolg kam nicht von ungefähr und ganz aus freien Stücken, es war die Not, die die Länder zu dieser friedlichen Einigung trieb.

Diesem Becher der Freude hat der Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg Professor Dr. Otto Pfeleiderer aber schon 10 Tage später in seiner Ansprache auf dem Verbandstag des Badischen Genossenschaftsverbandes in Freiburg (17) ein

gut Teil Wermut dem Weine beimischen müssen.

In voller Würdigung des Erreichten begrüßte er die Brüsseler Empfehlung. " Es ist kein Zweifel, daß dieses Programm einer umfassenden Inflationsbekämpfung, wenn es von allen Mitglieds-ländern gemeinsam entschlossen verwirklicht würde, erhebliche Chancen des Erfolges hätte. Aber es ist ebensowenig zu ver-kennen, daß die Schwierigkeiten, die sich einer Verwirklichung dieses Programms entgegenstellen, in allen Ländern sehr groß sind."

Der Schluß seiner Rede aber sei seiner richtungweisenden Zu-sammenfassung wegen im Wortlaut aufgeführt:

"Wir haben nach alledem bei realistischer Betrachtungsweise keinen Anlass zu billigem Optimismus, was die Chancen einer wirksamen Bekämpfung der auch bei uns bestehenden Preissteige-rungstendenzen betrifft. Es ist in einem System immer stärkerer Verflechtung in dem Welthandel und immer stärkerer Freizügig-keit des internationalen Kreditverkehrs für ein einzelnes Land gewiss überaus schwer, gegen den Strom weithin in der Welt herrschender Inflationstendenzen zu schwimmen. Umso mehr ist es zu begrüßen, daß der Rat der EWG eine so energische Initiative zu einer gemeinsamen Antiinflationpolitik der EWG-Länder er-griffen hat.

Die Notenbank kann zwar sicherlich auch in einem Regime weit-gehender internationaler Verflechtung der Kreditmärkte noch manches tun, wenn sie den Mut hat, von dem ihr zur Verfügung stehenden Instrumentarium, vor allem auf dem Gebiet der Li-iquiditätspolitik, kräftigen Gebrauch zu machen und nötigen-falls auch unpopuläre Maßnahmen zu treffen. Es wäre ein ge-fährlicher Irrtum, wollten wir in die Meinung verfallen, bei internationaler Konvertibilität könne von einer selbständigen Politik einzelner Notenbanken überhaupt nicht mehr die Rede sein und wir könnten unser ganzes kreditpolitisches Instrumen-tarium ~~xxx~~ in die Ecke stellen. Auch in der Zeit der klassi-schen Goldwährung - in der die internationalen Kreditverflech-tungen gewiss nicht geringer waren als heute - hat es keines-wegs nur den vielberufenen "Goldautomatismus" gegeben, sondern

daneben durchaus auch eine bewusste und selbständige Notenpolitik, insbesondere in den wirtschaftlich führenden Ländern. Freilich würde die Notenbank, auch wenn sie noch so entschlossen ist, ihre Politik in den Dienst der inneren Stabilität zu stellen, - so wie die Dinge heute liegen - überfordert sein, wollte man von ihr erwarten, daß sie ohne Unterstützung durch eine entsprechende Fiskalpolitik des Staates die innere Währungsstabilität sichert. Notenbankpolitik und Fiskalpolitik gehören nun einmal untrennbar zusammen, und die eine kann ohne die andere heute nicht mehr wirklich erfolgreich geführt werden.

Auf keinen Fall darf es dahin kommen, daß der Gedanke der inneren Währungsstabilität, also der Erhaltung der Kaufkraft unserer Währung, nur ein billiges Lippenbekenntnis bleibt, das vor allem bei Festreden bemüht wird. Vielmehr muß jeder von uns - Sie auf der Seite der Kreditinstitute, wir auf der Seite der Notenbank - an seinem Platz in der täglichen Arbeit durch ein konjunkturgerechtes Verhalten zur Erhaltung und Wiederherstellung der inneren Währungsstabilität beitragen, und wir dürfen auch nicht müde werden, mit Ernst und Nachdruck die Regierungen und die Parlamente immer wieder an ihre finanzpolitische Mitverantwortung für die Stabilität unserer Währung zu erinnern!"

Damit sind auch die angesprochen und aufgerufen, von denen diese Aufzeichnungen Kunde geben: aus dem Kreise Rastatt die Verwaltung des Kreises, die kommunalen Behörden, die Industrie, der Handel, das Gewerbe, alle Kreditinstitute und die Landeszentralbank in Baden-Württemberg Zweigstelle Rastatt der Deutschen Bundesbank.

Zwei Monate sind weiter vergangen, Personalausfälle zwangen, die maschinenschriftliche Vollendung dieser Aufzeichnungen zurückzustellen. Ein letztes Wort aus letzten Tagen zum letzten Thema= Professor Dr. Hettlage, Mitglied der hohen Behörde der Montanunion, in einer Rede in Bielefeld:

"Ohne weitere Fortschritte in der politischen Einigung Europas ist die Stabilität der Währungen nicht erreichbar. Es wird einer langen Übergangszeit von dem gegenwärtigen Zustand der nicht mehr voll wirksamen nationalen Währungspolitik bis zum

A n h a n g

E p i s o d e n a u s d e r Z e i t d e r g a l l o p -
p i e r e n d e n I n f l a t i o n (1923). Dienstschluß
nachts um 1 Uhr war keine Seltenheit, es gab aber auch Bank-
anstalten die es auf 4 Uhr früh brachten. Das System der Platz-
kontrolle und der Verrechnungskontrolle war noch nicht einge-
führt, nicht einmal eine Barkontrolle war den Nebenstellen vor-
geschrieben. Wie aus der Übergabeverhandlung vom 18. Mai 1907
(s.S.26) ersichtlich, rechneten neben dem eigentlichen Geld
auch Restwechsel, Zinnscheine, Portokasse und Vorschüsse zu
den Kassenbeständen. So waren viele Fehlerquellen gegeben, die
sich recht schwer abgrenzen liessen. Das ganze Tagesgeschäft
abzuhaken war eine heillose Arbeit. Aber es gab Leute bei der
Bank, die ein Gefühl für Differenzen hatten. Die - scheinbar
untätig - in einer Ecke sassen und nachdachten. Manchmal waren
es alte Hasen. Manchmal aber auch junge "Spritzer", die dieses
Gespür für Differenzen hatten. Natürlich mussten sie ihr Ge-
schäft als "Notenbankbeamte an der Front" verstehen. Sehr oft
hatte man Erfolg damit. Einmal sogar völlig ungewollt. Gegen
10 Uhr abends kam ich in Steele von der Diele der Bankvorstands-
wohnung herunter, wo ich während des Ruhrkrieges 1923 im Rahmen
des Notbetriebes für die von den Franzosen besetzte Reichsbank-
stelle Essen als Führer der Kreditkontrolle, Sachbearbeiter für
Schatzanweisungen usf. meine Tätigkeit an einem Gartentisch aus-
übte. Unten in der Bank war alles seit Stunden "am Suchen" -
wie der Rheinländer so schön sagt. Eine hoffnungslose krumme
Differenz. Ich setzte mich vor eine Zählhaube, schrieb die
Differenz auf einen Zettel und sah sinnend vor mich hin. Auf
dem aufgeklappten Teil der Zählhaube vor mir lehnten einige
Postschecküberweisungsaufträge. Ich nahm sie herunter, sah sie
mir an, stutzte, addierte die Beträge und rief: "Bank stimmt !"

Natürlich war die Arbeit anstrengend. In Steele umsomehr als
16 Leute in einem Raum arbeiteten, der für 3 bestimmt war. Es
war Hochsommer, trotzdem mussten während der nur einen täg-
lichen Schalterstunde, in der die Banken waschkorbweise ihre
Belege brachten, die Fenster wegen der Sûreté geschlossen blei-
ben. Sie beschlagnahmten vor der Bank bei unseren Kunden das

eben abgehobene Geld.

Eine Geldzählerin - sonst eine robuste Person, Hockeyspielerin - wurde ohnmächtig. Sie wurde ins Treppenhaus getragen und auf die Treppe gesetzt. Bis sie wieder zu sich kam, mußte sie der Geldzähler Gerlach stützen. Er legte den Arm um sie. Sie erwachte. Ihr erstes war, dem Gerlach mit einer Ohrfeige für seine Hilfsbereitschaft zu danken. Wir vergossen Tränen vor Lachen.

So gegen ein Uhr nachts gingen wir von Steele nach Essen nach Hause, die Straßenbahnen von Stadt zu Stadt hatten die Franzosen mittlerweile lahmgelegt damit die Deutschen mit ihrer "Regie" (d.h. der ehemaligen Reichs)-bahn fahren sollten. Wir aber gingen. Von der monatelangen, täglich vielstündigen Arbeitszeit waren wir so hektisch nervös, daß wir - wie Betrunkene - laut singend und gröhrend unseren einstündigen Marsch zurücklegten. Männlein wie Weiblein. Krank ist keiner geworden. Ich weiß von keinem Herzinfarkt. Nur von dem Nervenzusammenbruch eines älteren stellv. Vorstandsbeamten in Altona, der - ein Federfuchser - nicht über seinen Schatten springen konnte und an dem manchmal hoffnungslos scheinenden Durcheinander des Dienstbetriebes zerbrach. Pedanten mögen in normalen Zeiten erträglich sein; in Zeiten, in denen es darauf ankommt zuzupacken, zu improvisieren, kann man mit ihnen nicht rechnen.

Unser Gehalt war eine Sache für sich. Als die Inflation gallopierte, fiel es uns Junggesellen schwer unser Dasein zu fristen. Ehe unsere Wirtinnen einen Einkauf für uns besorgen konnten war das Geld schon wieder fühlbar entwertet. Dann kam die Sache mit den Messzahlen und der "Dollarschätzen". Man bekam übers Telefon von Berlin die neuen Messzahlen für die Gehälter durchgesagt. Jeder rechnete. Man rannte in die Telefonzelle, telefonierte mit der Reichshauptbank: "Nehmet - Beamteneufträge - sonndsoviel \$-Schatzarweisungen. Damit hatte man den Teil seines Geldes stabilisiert, der für grössere Anschaffungen dienen sollte. Im unbesetzten Teil Deutschlands war es einfacher, man erwarb im Hause im Tafelgeschäft "Kleine Stücke Goldenleihe". Im Ruhrgebiet gab es sie nicht. Es gelang mir nicht in meinen Verhandlungen mit der "Micum", die ich im Auftrage von Reichsbankdirektor

Peckolt (Kommissar der Reichsbank für das Ruhrgebiet mit dem Sitz in Hamm i.W.) führte, die Franzosen umzustimmen. Sie behielten sich ihr angebliches Recht auf Beschlagnahme dieses ersten wertbeständigen deutschen Geldsurrogates nach den Zeiten des 1. Weltkrieges vor und machten damit die Einfuhr in das besetzte Deutschland für die Reichsbank und die Reichsregierung uninteressant.

Die ständig steigenden Devisenkurse machten eine häufige Neuausgabe höherer Banknotenwerte erforderlich.

So waren auch einmal neue Noten über - wenn ich mich recht entsinne - M 50.000 und M 100.000 ausgegeben worden. Sie waren gleicher Größe nur die einen rot und die anderen blau.

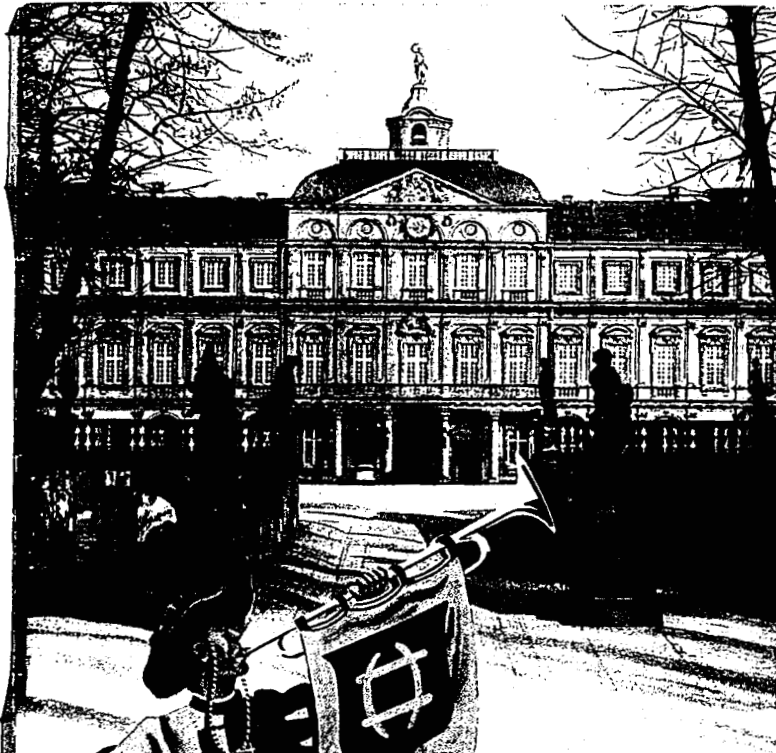
Wegen Arbeitsüberhäufung führte der Bankvorstand Kolditz an diesem Tage selbst die Kasse. Nach Kassenschluß stimmte er nicht um M 150.000.-. Ein großes Suchen begann. Der Geldzähler Gerlach war plötzlich verschwunden.

Nach stundenlangem vergeblichen Differenz-Suchen kam Gerlach in die Bank zurück und erhielt vom Bankvorstand einen furchtbaren Anschneuzer. Gerlach kam garnicht zu Worte. Schließlich holte er verzweifelt seine Briefftasche heraus und legte M 150.000 auf die Theke. Kolditz rang noch nach Luft, als er die Erklärung hörte.

Sobald Gerlach von M 150.000 Kassenfehlbetrag gehört hatte, sah er im Girotagebuch nach einer bestimmten Auszahlungssumme, entdeckte sie mit M 150.000, entsann sich, daß der Bankvorstand aber 3 Scheine der falschen Farbe mit dem Wert von je M 100.000 ausgezahlt hatte, sauste wortlos hinaus zu dem vertrauenswürdigen Kunden, der aber schon nach Essen gefahren war, um dort eine Rechnung zu bezahlen. Gerlach sofort hinterher, den Kunden getroffen und ihm auf den Kopf zugesagt, er hätte versehentlich den doppelten Betrag bei der Reichsbank Steele erhalten. Der Kunde kannte die neuen Scheine auch noch nicht und war erstaunt, in seiner Briefftasche statt der vermeintlichen M 150.000 einen Betrag von M 300.000 vorzufinden.

Wie wahrhaft unsinnig die Geldverhältnisse waren, möge endlich noch eine Grotoske darstellen. Es muß Herbst 1923 gewesen sein, als eine Hamburger Pfundanleihe aufgelegt wurde. Kollege Paul

Gärtner in Essen kaufte ein Pfund, der Einfachheit halber bei der Sparkasse - zum Festkurs bei Lieferung des Stückes - solche Beamten waren da -. Nach 14 Tagen kam das Stück, es wurde von Gärtner aus der Westentasche bezahlt. Um die Kursdifferenz aber hinweg zu feiern, lud er Max Ey (später Rbdirektor und Referent im Rbd.) und mich ein, einen Abend mit ihm und seiner Braut zu verbringen. Wir tafelten bei Schlieker und gingen nachher in ein Kabarett. Leider musste ich den gehunfähig gewordenen Gastgeber nach Hause bringen, während Kollege Ey, als der Dienstältere, die angenehmere Aufgabe übernahm, der Braut Geleit zu geben. Wieder mal ein schönes Fest - alles für die Kursdifferenz von Goldmark 20.42.



Das RASTATTER SCHLOSS
eine Perle deutscher Barockkunst

Ihr Weg

nach dem Süden
und vom Süden
führt Sie durch

RASTATT



RASTATT

GROSSE KREISSTADT MIT 23 000 EINWOHNERN

BEVORZUGTE LAGE der Stadt in der Oberrheinischen Tiefebene am Fuße des Schwarzwaldes und am Eingang zum romantischen Murgtal

GÜNSTIGE VERKEHRSVERBINDUNGEN durch die Autobahn Frankfurt-Baden-Baden (später bis Basel), die Bundesstraßen 3 und 36 und die Eisenbahnlinie Frankfurt-Basel

BEDEUTSAME BAUDENKMÄLER aus der Barockzeit, darunter vor allem das älteste deutsche Barockschloß

BEDEUTENDE INDUSTRIEBETRIEBE machen Rastatt zu einem beliebten Reiseziel und einem wichtigen Wirtschaftszentrum in Mittelbaden.

Der berühmte und weitgereiste deutsche Gelehrte A. v. HUMBOLDT äußerte sich über die Stadt Rastatt, daß es zum guten Ton gehöre, einmal in Rastatt gewesen zu sein. So bedeutsam war die Stellung, die Rastatt einst einnahm, und auch heute noch zeugen Bauwerke und Kunstdenkmäler von diesem Glanz.

Weit ausladend und das Städtebild beherrschend erhebt sich auf dem alten Hochgestade des Rheins das Rastatter *Barockschloß*, die ehemalige markgräfliche Residenz. Es wurde in den Jahren 1697 bis 1705 unter dem Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden erbaut, der als Feldmarschall des Deutschen Reiches unter dem Namen „Türkenlouis“ in die Geschichte einging. Geplant und ausgeführt wurde das Schloß von dem bekannten italienischen Baumeister Domenico Egidio Rossi. Der in rotem Sandstein erstellte Bau ist reich an



Treppenaufgang im Schloß

Deckengemälden, Stuckarbeiten sowie wertvollen Fresken und Skulpturen. Er gilt mit Recht als eines der schönsten erhalten gebliebenen Meisterwerke barocker Kunst. Das Schloß beherbergt heute das Badische Historische Museum (Armeemuseum) und das Heimatmuseum. Es liegt eingebettet in einem im Stil jener Zeit gestalteten Schloßpark, dessen über 200 Jahre alte Maulbeerbaumallee besonders sehenswert ist.



Altar in der Schloßkirche

In den nördlichen Flügel des Schlosses ist die *Schloßkirche*, ein Kleinod des Barocks, eingefügt. Der äußerlich schlichte Bau trägt über dem Portal das markgräfllich badische und laenburgische Wappen seiner Erbauerin, Markgräfin Augusta Sibylla, die hier auch ihre letzte Ruhestätte gefunden hat. Das Innere der Schloßkirche ist außergewöhnlich kunstvoll und prunkhaft gestaltet. Fünf Altäre, Deckenfresken, Stuckarbeiten und Wandbespannungen sind von hohem Kunstwert. Die hinter dem Altar angeordnete heilige Treppe, dem bekannten Vorbild von Rom nachgebildet, verdient Beachtung. Dem Kirchenportal gegenüber steht im Schatten hundertjähriger Linden das Ludwig-Wilhelm-Gymnasium, das frühere Piaristenkloster.



Stadtkirche Sankt Alexander

Wie das Schloß mit Schloßhof und Schloßgarten noch heute die Machtentfaltung des Landesherrn verdeutlicht, vermittelt der Anblick der breiten Kaiserstraße, die die Achse der Altstadt darstellt, mit ihren Patrizierhäusern und weiten Marktplätzen ein Bild der Leistungen und des Wohlstandes des aufstrebenden Bürgertums. Sinnfällig finden zwei Welten ihre Verbindung durch die strahlenförmig zum Schloß führenden Querstraßen. Bürgertum und Herrscherhaus haben die Stadt mit einmaligen kunstvollen Baudenkmalern geschmückt. Mitten in der platzartig gestalteten Kaiserstraße erhebt sich die katholische *Stadtkirche Sankt Alexander*, von J. P. Rohrer 1756–1764 geschaffen, mit ihrer prächtigen, klar gegliederten Fassade und ihrem harmonischen Zwiebelturm.

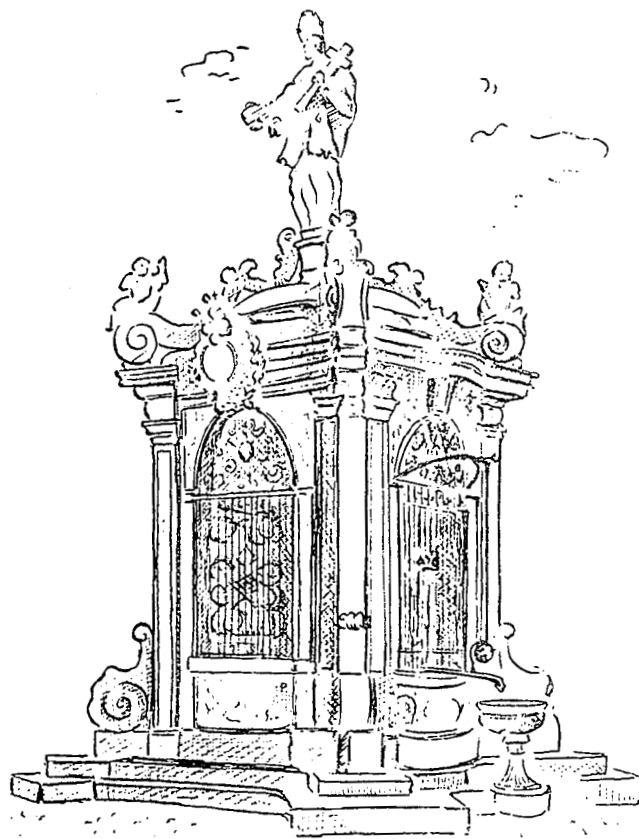
In Sandstein gehauene Brunnen, welche die Marktplätze zieren, geben Kunde von der tiefen Religiosität der schöpferischen Menschen jener Zeit.

Von der Bundesstraße 3 kommend, in welche die Kaiserstraße unmittelbar einmündet, fällt der Blick auf den monumentalen BERNHARDUSBRUNNEN, der dem seligesprochenen Markgraf Bernhard v. Baden gewidmet ist. Vor der katholischen Stadtkirche erhebt sich der JOHANNESBRUNNEN, gekrönt

von einer Statue des heiligen

Job. von Nepomuk. Beachtenswert sind die schönen handgeschmiedeten Gitter.

Vor dem Rathaus, das der Stadtkirche gegenübersteht, finden wir den ALEXIUSBRUNNEN, dem Schutzpatron gegen Erdbeben gewidmet ist.



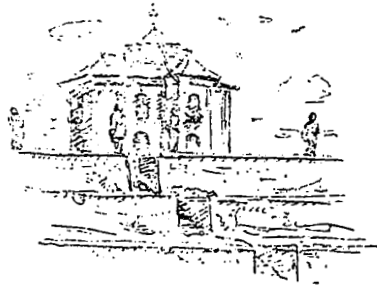
Johannesbrunnen

Die parallel zur Kaiserstraße, unmittelbar unter dem Schloß sich hinziehende Herrenstraße mit den noch erhaltenen „Herrenhäusern“ führt in westlicher Richtung vorbei an der evangelischen Stadtkirche, welche im 18. Jahrhundert als Klosterkirche des anschließenden Franziskanerklosters (heute Landratsamt) diente, zur ältesten Kirche der Stadt, der Bernharduskirche. Diese schlichte Totenkirche – sie stand früher inmitten des Friedhofes – schaut vom alten Hochufer des Rheins seit über tausend Jahren auf die Bewohner Rastatts. Die verwachsenen Inschriften auf den Grabplatten im Innern der Kirche geben Kunde von Menschenschicksalen aus einer lange versunkenen Zeit. Die Bernharduskirche ist der letzte Zeuge aus der Frühzeit Rastatts.

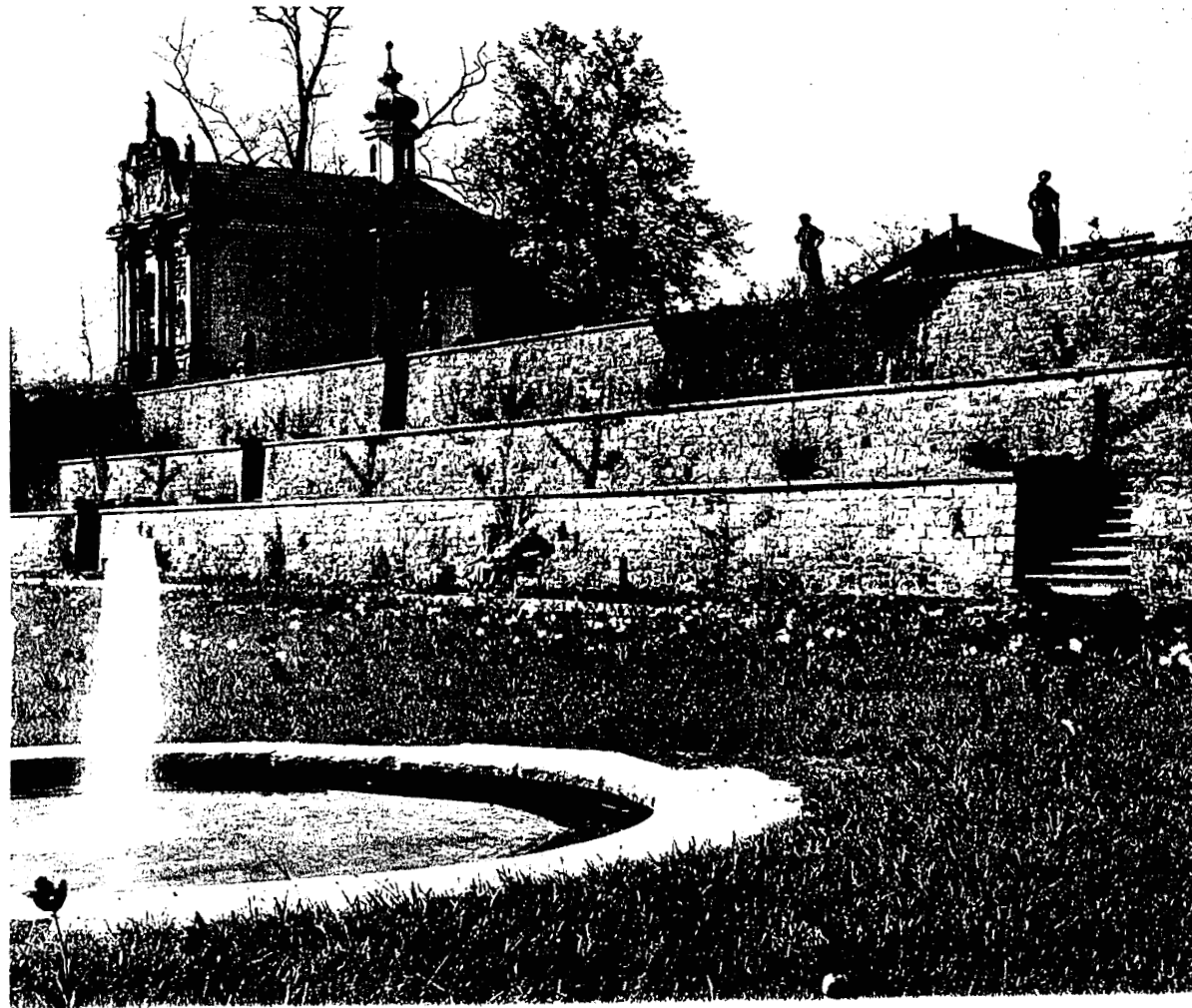


Einsiedler Kapelle

In unmittelbarer Nähe, südöstlich des Schlosses, liegt die Pagodenburganlage an der Bundesstraße 3. Wohl selten fügen sich so gegensätzlichen Zwecken dienende Gebäude derselben Zeitepoche so harmonisch zusammen wie hier. Einsiedler Kapelle und Pagodenburg, im Auftrage der Markgräfin Augusta Sibylla erbaut, erheben sich über dem den nahen Schwarzwaldbergen zugewandten, terrassenförmig abfallenden Hochgestade, das sich hier unmittelbar über der Murg erhebt. Die Kapelle, ein Kleinod des Barocks, ist das Werk von Michael Rohrer und entstand 1715. Sie birgt eine Nachbildung des bekannten Gnadenbildes der Wallfahrtskirche Einsiedeln in der Schweiz. In der unter der Kapelle liegenden Gruft ist die Grabstätte der Piaristenmönche.



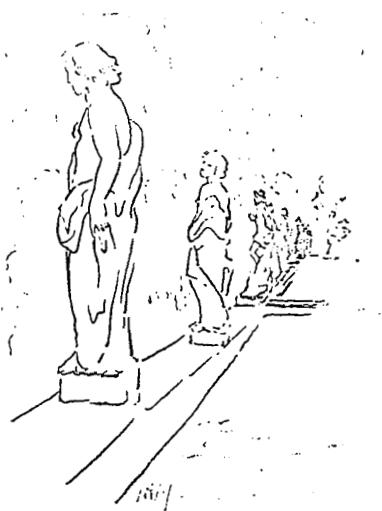
In unmittelbarer Nähe der Einsiedelner Kapelle erhebt sich die Pagodenburg, die früher als Spielhaus der markgräflichen Kinder verwendet wurde. Dieser reizende, ebenfalls im Barockstil gehaltene Pavillon wurde 1722 vom gleichen Baumeister wie die Einsiedelner Kapelle (Michael Rohrer) erbaut. Er läßt in Gestaltung und Anlage die Vorbilder von Nymphenburg bei München erkennen. Die Pagodenburg liegt inmitten einer 1955 neu erstandenen Blumenanlage, die nach historischem Vorbild gestaltet wurde. Der besondere Reiz dieser vorbildlichen gärtnerischen Anlage wird durch den terrassenförmigen Aufbau und die zahlreichen Barockplastiken erhöht. Wie die Zeit vor Jahrhunderten Gotteshaus und Spielhaus nebeneinander erstehen ließ, hat die Neuzeit der Gesamtanlage des Pagodenburggeländes Café und Tierdorf angefügt und so eine überaus schöne Stätte der Erholung geschaffen.



*Teilansicht
der Pagodenburganlage
mit Einsiedelner Kapelle*



Pagodenburg

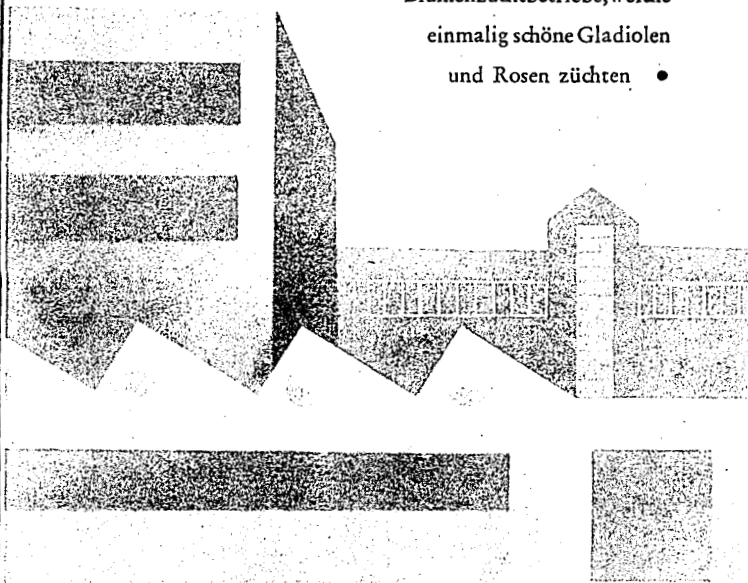


Eine besondere Eigenart der Stadt ist die ausgeprägte Freude an Blumen und Anlagen. Reicher Blumenschmuck der Häuser und Baudenkmäler, aber vor allem auch zahlreiche Anlagen und Parks erfreuen den Besucher der Stadt. Diese Grünflächen verdankt die Stadt ihrer früheren Bestimmung als Festung. Nach Abbruch der Festung und Schleifung der meisten Werke entstand um den Stadtkern ein heute noch im wesentlichen geschlossener Grüngürtel mit Blumenanlagen und kleinen Gehölzen.



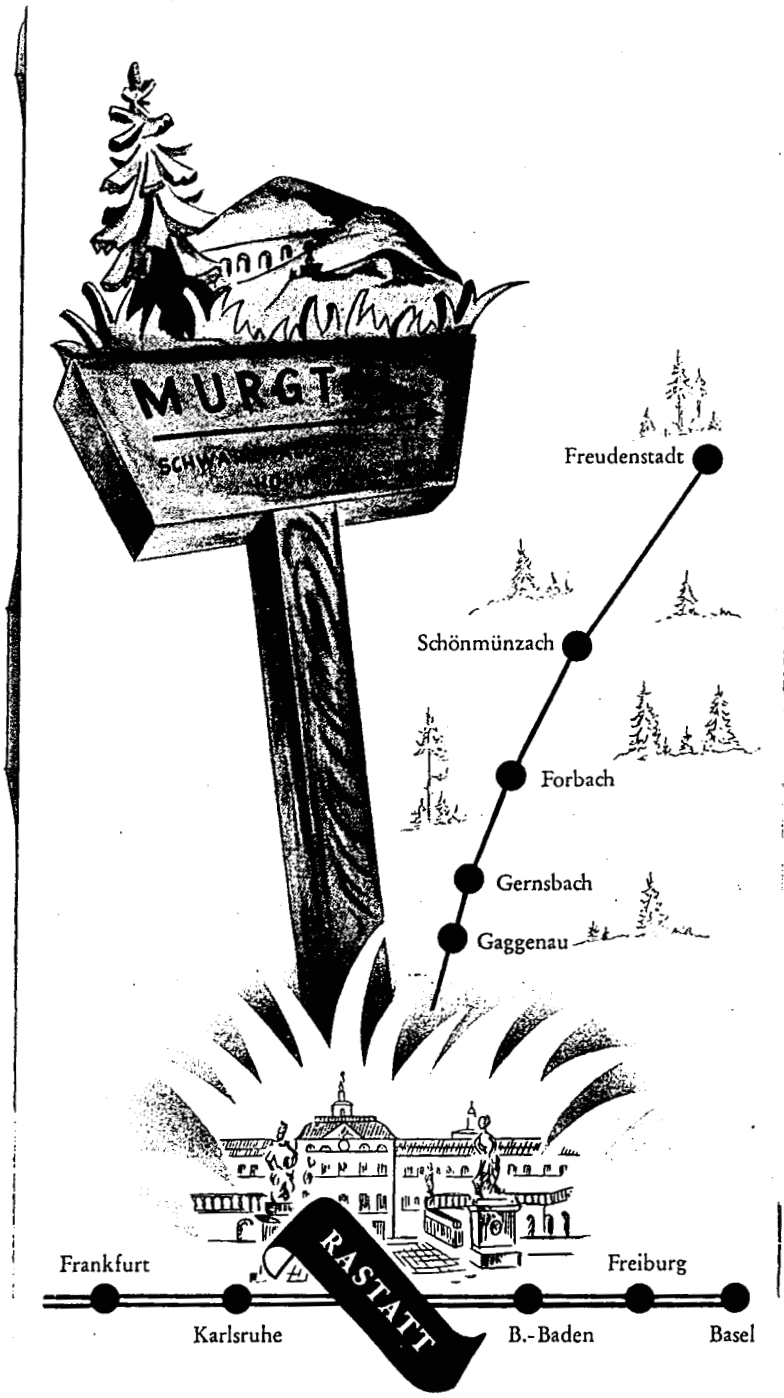
Partie an der Mügg

Rastatt hat aber auch als Standort großer Industriebetriebe und als aufstrebende Industriestadt einen bekannten Namen. Die in Rastatt ansässige Industrie liefert u. a. Akkumulatoren, Automaten, Bekleidung, Druck-Erzeugnisse, Gardinen, Kartonagen, Kolloidmühlen, Krankenhaus-Einrichtungen, Kühlmaschinen, Kunststoff-Hohlkörper, Landmaschinen, Maschinen und Werkzeuge, Metallguß, Möbel, Optische Geräte, Papierwaren, Rechenmaschinen, Schuhe, Sportgewehre, Wagons. Dabei ist besonders wertvoll, daß die Aufgliederung nach Branchen nicht einseitig ist, sondern fast alle wichtigen Produktionszweige vertreten sind. Rastatt verfügt über ein ausreichend erschlossenes Gelände zur Ansiedlung weiterer Industrie. Als Industriestandort bietet diese Stadt neuen Betrieben auch hervorragende Verkehrsverbindungen durch Straße, Schiene und Wasser – eine Entladestelle für Rheinschiffe ist nur fünf Kilometer von der Stadt entfernt. Bei diesen ausgezeichneten Standortvoraussetzungen kann mit einer stetigen Weiterentwicklung gerechnet werden. Daneben hat Rastatt auch weltbekannte Blumenzuchtbetriebe, welche einmalig schöne Gladiolen und Rosen züchten •



AUS DER GESCHICHTE DER STADT RASTATT

Bereits im Mittelalter war Rastatt, an dem damals ein schiffbarer Rheinarm vorbeifloß, ein bedeutender Handels- und Umschlagplatz. Wein-, Salz- und Holzhandel, Frucht- und Viehmärkte waren die Grundlagen für ein blühendes Wirtschaftsleben. Vom lebhaften Weinhandel im alten Rastatt zeugt heute noch das Bild der Schrot- oder Weinleiter im Stadtwappen. In der Bartholomäusnacht 1689 wurde Rastatt von französischen Truppen vollständig niedergebrannt. Im gleichen Jahre wurde auch das „Neue Schloß“ in Baden-Baden des damaligen Landesherrn Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden zerstört. Nach der Rückkehr aus den Türkenkriegen baute dieser unter dem Namen „Türkenlouis“ in die Geschichte eingegangene, ruhmreiche Feldherr und spätere Feldmarschall des Deutschen Reiches in Rastatt ein neues Schloß und verlegte Regierung und Residenz nach Rastatt. Dies war der Beginn einer bedeutsamen Epoche, in der die Stadt öfters im Mittelpunkt des europäischen Geschehens stand: 1714 unterzeichnete Prinz Eugen für das Deutsche Reich und General Villars für Frankreich den Rastatter Frieden, der dem langjährigen Spanischen Erbfolgekrieg ein Ende setzte. 1797–99 fand in Rastatt der glanzvolle Rastatter Kongreß statt, der den Frieden zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich vorbereiten sollte. Bei der Abreise der französischen Gesandtschaft kam es zu dem als „Rastatter Gesandtenmord“ bekannten bedauerlichen Zwischenfall; die französischen Gesandten wurden außerhalb der Stadtmauern überfallen und zwei von ihnen getötet. 1842 wurde Rastatt zur Bundesfestung erklärt und erhielt preußische, österreichische und badische Truppen als Besatzung. Die Besatzung der Festung schloß sich 1848/49 der Volksbewegung der 48er-Revolution an. Preußischen Truppen, die vom Großherzog zu Hilfe gerufen wurden, gelang es, nach schweren Gefechten die Festung einzuschließen und zur Übergabe zu zwingen. Karl Schurz, der spätere Innenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, weilte zu dieser Zeit als Freiheitskämpfer in Rastatt; er konnte sich vor dem Fall der Festung ins Elsaß retten. 1893 wurde Rastatt als Festung aufgegeben und in der Folgezeit der größte Teil der Werke geschleift. Einzelne kleinere Werke sind jedoch bis heute erhalten geblieben. Nachdem die Einschnürung durch den Festungsgürtel weggefallen war, die die bauliche und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt stark hemmte, siedelten sich zahlreiche bedeutsame Industriebetriebe in Rastatt an. Im zweiten Weltkrieg wurde ein Drittel der Stadt zerstört. Dank der Initiative der Bürgerschaft und der Stadtverwaltung war der Wiederaufbau bereits im Jahre 1954 im wesentlichen beendet.



Herausgeber: Verkehrsamt der Stadt Rastatt · Fotos: Foto-Kino-Schwemmer, Rastatt;
 Fotofreunde Rastatt 1926; Archiv der Stadt · Gestaltung und Druck: Greiserdruck Rastatt

Schutzgebühr 10 Pfennig

Qualitätswein garantiert für seine Qualität.

Deutscher Wein hat Weltruf. Damit seine geschmackliche Vielfalt seine einzigartige Qualität auch wirklich garantiert werden kann, wurde ein neues deutsches Weinrecht mit vielen neuen strengen gesetzlichen Vorschriften und Kontrollen geschaffen. Besondere Beachtung verdient dabei das Qualitätsprüfungsverfahren:

Deutsche Weine werden in 3 Güteklassen unterteilt.

„Deutscher Tafelwein“: leichte, frische Schoppenweine aus verschiedenen Weinbaugebieten; von amtlich zugelassenen Sorten. In „**Qualitätswein aus bestimmten Anbaugebieten**“: charakteristische Weine aus einem der 11 deutschen Anbaugebiete. Und in „**Qualitätswein mit Prädikat**“: deutsche Spitzenweine, die aus nur einem Bereich innerhalb eines bestimmten Anbaugebietes stammen dürfen. Die Qualitätsweine beider Güteklassen unterliegen einem strengen 3stufigen Prüfungsverfahren.

Leseprobeprüfung: Festlegung des Lesepunktes durch die Prüfungskommission. Stichproben beim Lesegut zeigen den Prüfern der Prüfungsbehörde, ob das Lesegut den Lesekriterien entspricht.

Analyseprüfung: Staatliche Prüflabors untersuchen den Wein und legen den Befund im Analysezeugnis nieder, das die Grundlage für die Einstufung des Weines in eine Qualitätsklasse maßgebend ist.

„Innenprüfung“: Der zu prüfende Wein wird verdeckt entnommen. Nach einem 20-Punkte-System wird er nach Farbe, Geruch und Geschmack bewertet. Erreicht der Wein die vorgeschriebene Mindestpunktzahl, erhält er die amtliche Prüfungsnummer und das Recht auf die Bezeichnung als Qualitätswein oder Qualitätswein mit Prädikat. Die Kontrolle ist anhand der versiegelten Probeflaschen möglich.



Ort des Erzeugers		Erzeugerbetrieb		Jahr der Prüfung	
Prüfstelle					
5	348	228	10	74	
Betriebsnummer		geprüfte Partie des Erzeugers			

- 1. Die Prüfungsnummer ist ein Vermerk auf dem Wein, der die amtliche Prüfung bestätigt und auf die Güte und das Geschmacksurteil hinweist.
- 2. Die Prüfungsnummer ist ein Vermerk auf dem Wein, der die amtliche Prüfung bestätigt und auf die Güte und das Geschmacksurteil hinweist.
- 3. Die Prüfungsnummer ist ein Vermerk auf dem Wein, der die amtliche Prüfung bestätigt und auf die Güte und das Geschmacksurteil hinweist.
- 4. Die Prüfungsnummer ist ein Vermerk auf dem Wein, der die amtliche Prüfung bestätigt und auf die Güte und das Geschmacksurteil hinweist.
- 5. Die Prüfungsnummer ist ein Vermerk auf dem Wein, der die amtliche Prüfung bestätigt und auf die Güte und das Geschmacksurteil hinweist.

nbaugebiet: Ahr
ereich Walporzheim
roßlage:
losterberg

nbaugebiet: Baden
ereich Badische
ergstraße/Kraichgau
roßlage:
ohenberg
annaberg
tiffsberg
ittersberg
ereich Badisches
rankenland
roßlage:
auberklinge
ereich Bodensee
roßlage:
onnenufer

ereich
arkgrätlerland
roßlage:
ogtei Rötteln
euenfels
orettoberg
ereich
alserstuhl-Tuniberg
roßlage:
stlalfelsen
ulkanfelsen

ereich Breisgau
roßlage:
burg Zähringen
burg Lichteneck
schutterlindenberg

ereich Ortenau
roßlage:
ursteneck
chloß Rodeck

nbaugebiet:
essische Bergstraße
ereich Starkenburg
roßlage:
chloßberg

Wollsmagen
Rott
Bereich Umstadt

Anbaugebiet:
Franken
Bereich Mainviereck
Großlage:
Reuschberg
Heiligenthal
Bereich Maindreieck
Großlage:
Kirchberg
Burg
Roßtal
Honigberg
Hofrat
Ewig Leben
Ravensburg
Olspiel
Teufelstor
Bereich Stelgerwald
Großlage:
Schild
Herrenberg
Kapellenberg
Schloßberg
Burgweg
Schloßstück

Bereich
Bayern, Bodensee

Anbaugebiet:
Mittelrhein
Bereich Bacharach
Großlage:
Schloß Heichenstein
Schloß Stahleck
Bereich
Rhein-Burgengau
Großlage:
Burg Hammerstein
Burg Rheinfels
Gedeonseck
Herrenberg
Loreleyfelsen
Marksburg

Lahntal
Schloß Schönburg
Anbaugebiet:
Mosel-Saar-Ruwer
Bereich Bernkastel
Großlage:
Badstube
Beerenlay
Kurfürstlay
Mehrhölzchen
Honigberg
Deutelsberg
Heiligenstock
Steinmächer

Anbaugebiet:
Rheinhessen
Bereich Bingen
Großlage:
Adelberg
Kaiserpfalz
Kurfürstenstück
Rheingrafenstein
Sankt Rochuskapelle

Bereich Nierstein
Großlage:
Auflangen
Domherr
Güldenmorgen
Gutes Domtal
Krötenbrunnen
Petersberg
Rehbach
Rheinblick
Sankt Alban
Spiegelberg
Vögelsgärten

Anbaugebiet: Nahe
Bereich Kreuznach
Großlage:
Kronenberg
Pfarrgarten
Schloßkapelle
Sonnenborn

Bereich
Schloß Bockelheim
Großlage:
Burgweg
Paradiesgarten
Rosengarten

Bereich Wonnegau
Großlage:
Bergkloster
Burg Rodenstein
Domblick
Gotteshilfe
Liebfrauenmorgen
Pilgerpfad
Sybillenstein

Anbaugebiet:
Rheinpfalz
Bereich Südliche Weinstraße
Großlage:
Bischofskreuz
Guttenberg
Kloster Liebfrauenberg
Königsgarten
Abtei
Herrlich
Schloß Ludwigshöhe
Trappenberg

**Bereich Mittelhaardt –
Deutsche Weinstraße**
Großlage:
Feuerberg
Grafenstück
Hochmoss
Höllentpfad
Hofstück
Honigsäckel
Kobert
Mariengarten
Meerspinne
Pfaffengrund
Rebstöckel

Stand: Oktober 1974 — nach vorliegenden
Eintragungen in der Weinbergsrolle

Herausgeber: Stabilisierungsfonds für Wein
65 Mainz, Gutenbergplatz 3-5

Rosenbühl
Saumagen
Schankenbühl
Schneppenflug
vom Zellerthal
Schneppenflug
an der Weinstraße
Schwarzerde

Anbaugebiet:
Württemberg
Bereich
Remstal-Stuttgart
Großlage:
Hohenneuffen
Weinsteige
Sonnenbühl
Kopf
Wartbühl

**Bereich Württem-
berglich Unterland**
Großlage:
Schalkstein
Stromberg
Heuchelberg
Wünnenstein
Schozachtal
Kirchenweinberg
Staufenberg
Salzberg
Lindelberg

Bereich
Kocher-Jagst-Tauber
Großlage:
Kocherberg
Tauberberg

Deutscher Wein auf einen Blick:



Deutscher Wein
einzig unter den Weinen

Genießen Sie deutschen Wein. Die amtliche Prüfung garantiert für seine Qualität.

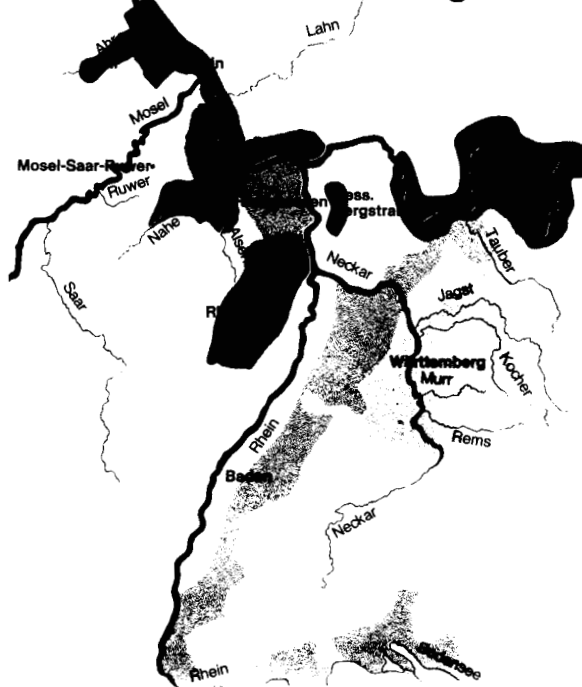
Deutscher Wein hat Weltruf. Damit seine geschmackliche Vielfalt und seine einzigartige Qualität auch wirklich garantiert werden können, wurde ein neues deutsches Weinrecht mit vielen neuen und strengen gesetzlichen Vorschriften und Kontrollen geschaffen. Besondere Beachtung verdient dabei das Qualitätsprüfungsverfahren:

Deutsche Weine werden in 3 Güteklassen unterteilt.

In „**Deutscher Tafelwein**“: leichte, frische Schoppenweine aus deutschen Weinbaugebieten; von amtlich zugelassenen Rebsorten. In „**Qualitätswein aus bestimmten Anbaugebieten**“: gebietstypische Weine aus einem der 11 deutschen Anbaugebiete. Und in „**Qualitätswein mit Prädikat**“: deutsche Spitzenweine, die aus nur einem Bereich innerhalb eines bestimmten Anbaugebietes stammen dürfen. Die Qualitätsweine beider Güteklassen unterliegen einem strengen 3stufigen Prüfungsverfahren.

1. **Leseprüfung**: Festlegung des Lesezeitpunktes durch Kontrollkommission. Stichproben beim Lesegut zeigen den Fachleuten der Prüfungsbehörde, ob das Lesegut den Lese-richtlinien entspricht.
2. **Analysenprüfung**: Staatliche Prüflabors untersuchen den Wein und legen den Befund im Analysezeugnis nieder, das wiederum für die Einstufung des Weines in eine Qualitätsstufe maßgebend ist.
3. **„Sinnenprüfung“**: Der zu prüfende Wein wird verdeckt verkostet. Nach einem 20-Punkte-System wird er nach Farbe, Klarheit, Geruch und Geschmack bewertet. Erreicht der Wein die für Klasse und Prädikat vorgeschriebene Mindestpunktzahl, erhält er die amtliche Prüfungsnummer und das Recht auf die Bezeichnung als Qualitätswein oder Qualitätswein mit Prädikat. Nachkontrolle ist anhand der versiegelten Probeflaschen möglich.

Die 11 bestimmten Anbaugebiete



Die Herkunft

Die Tafelweinbaugebiete

Deutsche Tafelweine stammen aus einem der großräumig aufgeteilten Tafelweinbaugebiete: Rhein und Mosel: Umfaßt die Rebflächen von Rheinland-Pfalz und Hessen. Main: Umfaßt die Rebflächen von Franken. Neckar: Umfaßt die Rebfläche von Württemberg. Oberrhein: Umfaßt die Rebflächen von Baden. Deutsche Tafelweine können mit dem Namen eines Bereiches oder einer Weinbaugemeinde, aus der sie stammen, bezeichnet werden, jedoch keinen Lagennamen tragen.

Die bestimmten Anbaugebiete

Deutsche Qualitäts- und Prädikatsweine müssen stets mit dem Namen eines der 11 bestimmten Anbaugebiete bezeichnet sein. Die 11 bestimmten Anbaugebiete sind von Süd nach Nord: **Baden, Rheinpfalz, Württemberg, Franken, Rheinhessen, Hessische Bergstraße, Rheingau, Nahe, Mittelrhein, Mosel-Saar-Ruwer und Ahr.**

Tafelweine „aus Ländern der EG“

sind nach Europa-Recht zulässige Verschnitte, meist aus Italien und Frankreich.

Der Bereich

ist ein natürlicher Landschaftsteil innerhalb eines bestimmten Anbaugebietes (etwa Landkreis), wo Weine gleichartiger Geschmacksrichtung wachsen.

Die Lage

ist der einzelne Weinberg (Einzellage) oder die Zusammenfassung gleichartiger Weinberge (Großlage) mit bestimmten geologischen oder klimatischen Gegebenheiten.



„System der Bezeichnungsregelungen“

Quellenverzeichnis

(Im Text ist jeweils nur die entsprechende Nummer in Klammern vermerkt)

- (1) Stadtgemeinde Rastatt Jahrgang 1875
Akte 13 Gewerbe u. Handel
"Die deutsche Reichsbank"
-

- (2) Zweigstelle Rastatt
Aktenstück der Reichsbankstelle
Karlsruhe betreffend:
"Angelegenheiten der Reichs-
banknebenstelle Rastatt
und ihrer Beamten"
16. März 1906 - 31. Dez. 1910
-

- (3) Stadtgemeinde Rastatt 1906/32
Akte 13 Gewerbe u. Handel
"Die Einrichtung einer Reichs-
banknebenstelle in Rastatt betr.!"
-

- (4) "Die Zentralbank im deutschen
Bankensystem"
Vortrag des Präsidenten Prof. Dr.
Pfleiderer am 19.4.63.
-

- (5) Zweigstelle Rastatt
Aktenstück der Reichsbank-
stelle Karlsruhe "Bankgebäude
Rastatt" vom 1.10.21 - 31.12.24
-

- (6) Schacht "Die Stabilisierung
der Mark" Berlin 1927
-

- (7) Jahresberichte an den Präsidenten
1927 - 1939
-

- (8) Schacht, 76 Jahre meines
Lebens Bad Wörishofen 1953
-

- (9) Probleme des deutschen Wirtschafts-
lebens
Fischer "Das deutsche Bankwesen"
Berlin 1937
-

(10) Handelsberichte 1935 - 38
der Nebenstelle Rastatt

(11) Wirtschaftsberichte
1939 - 1950
der Nebenstelle Rastatt

(12) Geschäfts- u. Wirtschafts-
berichte 1951 - 1957

(13) Geschäfts- und Wirtschafts-
berichte 1958 - 1963

(14) Von der Königlichen Bank
zur Deutschen Reichsbank
Berlin 1940

(15) Ansprache des Präsidenten
Prof. Dr. Otto Pfleiderer
anlässlich eines Empfanges
der LZB in BW. in Karlsruhe
am 25.3.64

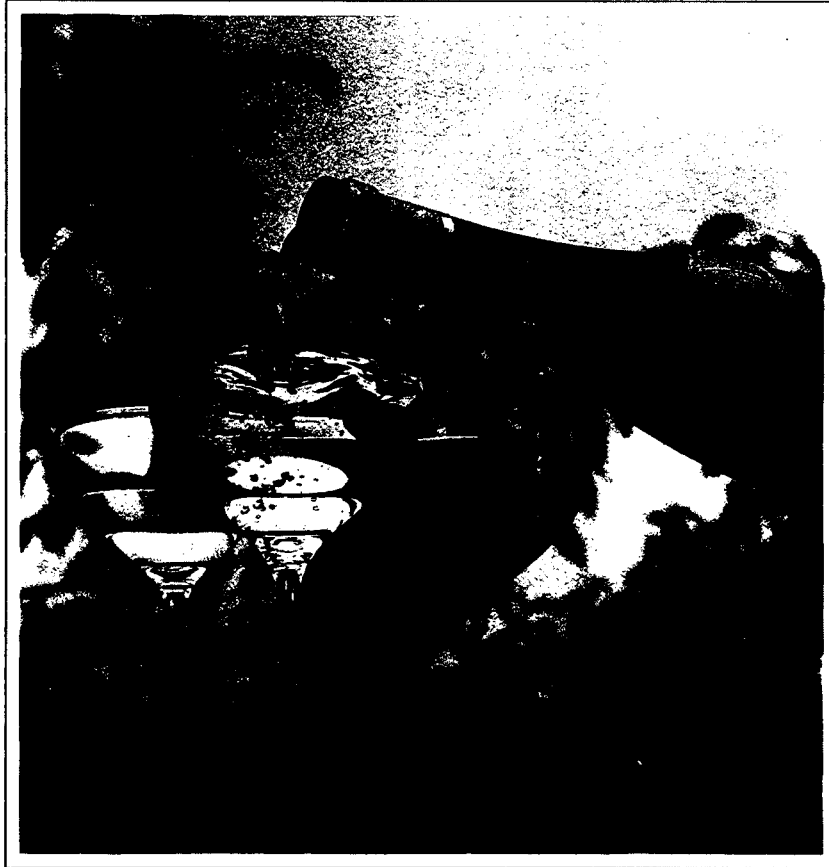
(16) "Der Kampf der EWG
gegen die Inflation"
Neue Züricher Zeitung Nr. 104
vom 16.4.64

(17) Ansprache des Präsidenten
Prof. Dr. Otto Pfleiderer
auf dem Verbandstag der
Badischen Genossenschaften
in Freiburg 24. April 1964

(18) Ansprache des Prof. Dr. Hettlage
vor der Versammlung
des Westfälisch-Lippischen
Sparkassen- u. Giroverbandes
in Bielefeld
(Handelsblatt v. 12.6.64)

Die kleine Weinkunde

*Oder: Wie deutscher Wein
durch Weinwissen liebenswerter wird.*

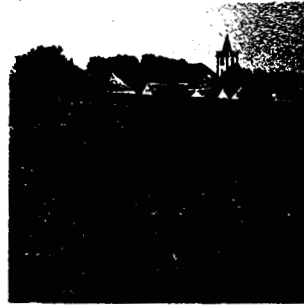


**Deutscher Wein
einzig unter den Weinen**

Vom zarten Sprößling bis zur vollreifen Traube.



Rebenfeld



Das gemäßigte Klima, die Voraussetzung für große Weine

Die deutsche Rebfläche erstreckt sich entlang des Rheines und seiner Nebenflüsse vom Bodensee bis zum Siebengebirge. Das gemäßigte Klima in den deutschen Flußlandschaften ist besonders günstig für die Reben. Die Flüsse haben die Funktion eines Wärmespeichers, und die Flußpiegel reflektieren die Sonnenstrahlen. Doch außer der Sonne braucht die Rebe zum Wachsen und Gedeihen das richtige Maß an Feuchtigkeit. Warmer Sommerregen, Tau und den Frühnebel im sonnigen Herbst. So ist das ausgewogene Zusammenspiel aller klimatischen Einflüsse eine wichtige Voraussetzung

Die Lese



für die Qualität eines jeden Wein-Jahrgangs.

Die Würze, die aus dem Boden kommt

Deutsche Weine sind berühmt für die Vielfalt ihres Geschmacks. Neben den edlen Rebsorten und dem gemäßigten Klima prägen die verschiedenen Bodenarten den Charakter deutscher Weine. Da gibt es Ton- und Schieferböden, Weinberglagen mit Vulkan-, Löß- und Kalkuntergrund sowie Mergel, Rotliegendes und Sand. Rebwurzeln dringen oft tief in den Boden ein und entnehmen ihm die für den Weingeschmack typischen Mineralstoffe.

Die Spätlese



„17mal um jeden Weinstock“

Wenn man die harte Arbeit des Winzers beschreiben wollte, hieß es früher, daß der Winzer in einem Jahr mindestens 17mal um jeden Rebstock gehen mußte. Dann erst konnte die Lese beginnen. Heute ist die Arbeit nicht minder intensiv. Die Arbeit beginnt im Januar/Februar mit dem Rebschnitt. Beim sogenannten „Auskehren der Weinberge“ wird altes, verdorrtes Rebholz beseitigt und gesundes Rebholz bis auf 1 bis 2 kräftige Fruchtruten zurückgeschnitten, um das Wachstum zu konzentrieren. Im März/April werden die Ruten bogenförmig an Spanndrähte geheftet. Das ganze Jahr hindurch, je nach Witterungsver-

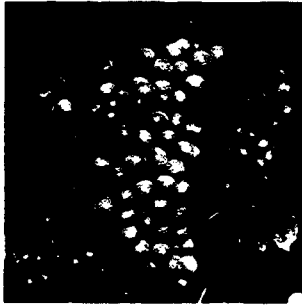
Der Winzer bei der Arbeit



hältnissen mehr oder weniger oft, werden die Reben gegen Holzkrankheiten und Schädlinge gespritzt. Das „Ausgeizen“ der Reben – das Ausschneiden der Wildtriebe erfolgt im Juni. Einen Monat später beginnen die Laubarbeiten und das „Gipfeln“ der Reben, bei dem die Ranken abgeschnitten werden, damit die Nährstoffe direkt der Frucht zugute kommen. Nach extrem langer Reifezeit, wenn die Trauben vollreif sind, findet die Ernte statt. Je nach Traubenart und Witterungsverhältnissen zwischen Mitte September und Mitte November.

Kaum zu glauben, was alles in so kleinen Beeren steckt.

Müller-Thurgau



Große, schwere Trauben. Bevorzugt Lehm- und Lößböden. Sehr frühe Reife. Müller-Thurgau-Trauben ergeben fruchtige, mundige, süffige Weine. Sie sind duftig, aromatisch und haben einen Muskat-Ton. Anbau: Vor allem in Rheinhessen, in der Rheinpfalz, an der Nahe, in Baden und Franken.

Riesling



Kleine unscheinbare Beeren. Späte Reife.

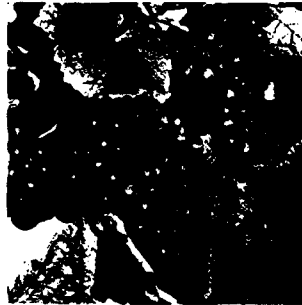
Bevorzugte Rieslingböden: Schiefer jeder Art, Mergel, Tertiär, Eruptionsgestein. Das Besondere: unvergleichliche und vielfältige Geschmacksnuancen. Die Geschmacksskala geht von frischer Fruchtsäure bis zu erlesener Eleganz. Riesling-Weine genießen Weltruf. Anbau: In allen deutschen Anbaugebieten. Besonders an Mosel-Saar-Ruwer, am Mittelrhein, im Rheingau.

Silvaner



Mittelgroße Trauben. Silvaner-Weine sind mild, harmonisch, rund und saftig, mit leichter Säure und zartem Bukett. Anbau: Vor allem in Rheinhessen, in der Rheinpfalz und in Franken.

Ruländer



Mittelgroße, braungoldene Trauben. Braucht gute Böden und warmes Klima. Reife: mittelfrüh bis spät. Ihre Weine sind bernsteinfarben und füllig. Feinblumig, kräftig im Geschmack. Anbau: Besonders in der Rheinpfalz und in Baden.

Traminer



Hellrote Trauben. Späte Reife. Der Wein ist sehr bukettreich, voll und würzig. erinnert an Rosenduft. Auch der

Gewürztraminer gehört in diese „Familie“. Traminer sind ideale Dessert-Weine. Anbau: Vor allem in der Rheinpfalz, in Baden und in Rheinhessen.

Spätburgunder



Kleinbeerige, blaue Trauben. Ergeben die besten Rotweine. Er ist fruchtig, duftig, würzig, körperreich, in gereiftem Zustand samtig weich. Seine Farbe ist dunkelrot. Anbau: Vor allem in Baden und an der Ahr.

Trollinger



Große, süße, hellrote Trauben. Sehr späte Reife. Bevorzugen tiefgründige Muschelkalk- und Keuperböden. Wein schmeckt angenehm frisch und süffig. Anbau: Fast ausschließlich in Württemberg.

Portugieser



Tiefblaue Beeren. Frühe Reife. Anspruchslos bei Böden und Lagen. Angenehmer Schoppenwein mit ansprechendem, mundigem Geschmack.

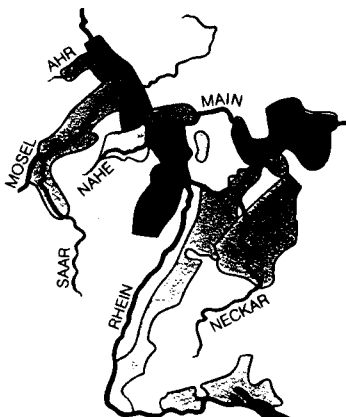
Anbau: Hauptsächlich in der Rheinpfalz und in Rheinhessen.

Lemberger



Große, ertragreiche Trauben mit kleinen rot- bis schwarzblauen, süßherben Beeren. Späte Reife. Rebe bevorzugt tiefgründige Böden. Der dunkelrote, violett schimmernde Wein schmeckt fruchtig, körperreich, fein, herb, frisch und kernig bis feurig und würzig. Anbau: Fast ausschließlich in Württemberg!

Deutsche Weine sind so verschieden wie die Gebiete, in denen sie wachsen.



Ahr



Vor den Toren von Bonn liegt an den schützenden Hängen der Eifel das Weinbaugebiet Ahr. Es ist Deutschlands Rotweinpardies. Auf der 25 km langen Anbaufläche gedeihen hier Reben auf Schiefer- und Vulkanböden. Diese Böden speichern tagsüber die Wärme und geben sie nachts wieder ab. Hier bekommen die Rotweine jene große Fruchtfülle, die gerade für deutsche Rotweine so typisch ist. Besonders die Spätburgunder- und die Portugieser-Reben entwickeln hier ihren feurigen, samtig-weichen Charakter. Mitten durch ein Idyll von Fachwerkhäusern, alten Adelsgehöften, Türmen und Torbogen führt die bekannte „Grüne Straße“. Machen Sie einen Abstecher in eine der gemütlichen Trinkstuben. Feurige Rotweine belohnen Ihren Besuch.

Baden



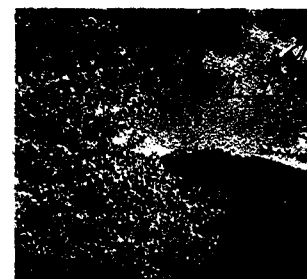
Baden mit seinen Rebflächen ist das erste Weinland, das der Rhein auf deutschem Boden durchfließt. Dieses Anbaugebiet reicht vom Bodensee am rechten Rheinufer entlang bis Heidelberg. Am Bodensee gedeihen auf Moränenschotter kernige, rasige Seeweine. Zwischen Basel und Freiburg werden auf Leimböden überwiegend Gutedelreben angebaut. Ruländer, Gewürztraminer, Silvaner, Müller-Thurgau und Spätburgunder verraten den vulkanischen Untergrund des Kaiserstuhls. Auf den Vorhängeln des Schwarzwaldes wachsen auf verwittertem Granitgestein markante Rieslinge, würzige Traminer und vollmundige Spätburgunder. Es lohnt sich, einige dieser Weine mit nach Hause zu nehmen.

Franken



Um Frankenweine richtig zu schätzen, braucht man eine gewisse Erfahrung. Denn Silvaner, Riesling und Müller-Thurgau, die in Franken angebaut werden, haben einen erdhaften, fruchtig-saftigen Geschmack. Auf schweren Böden entfalten die einzelnen Rebsorten eine Vielzahl ansprechender Geschmacksnuancen. Deshalb gelten unter Weinfreunden Frankenweine als die männlichsten unter den deutschen Weinen. Das typische äußere Kennzeichen ist der bauchige Bocksbeutel. Besucher des Frankenlandes erwarten in Würzburg zahlreiche Weinstuben und stilvolle Restaurants. Freunde gotischer und barocker Kunst kommen hier voll auf ihre Kosten. Eine Reise auf der „Bocksbeutelstraße“ lädt immer wieder zum Verweilen ein.

Hessische Bergstraße



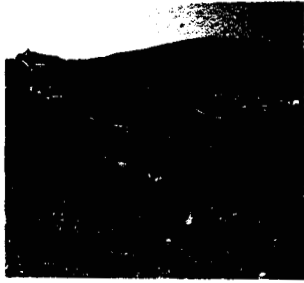
Zwischen Main und Neckar liegt an den Hängen des Odenwaldes das Weinbaugebiet Hessische Bergstraße. Das Klima und die verschiedenen Bodenarten sind ideale Voraussetzungen für die anspruchsvollen Rebkulturen dieses Gebietes, deren Wein-Spezialität elegante, fruchtige Rieslingweine sind. Besonders attraktiv wird dieses Gebiet, wenn im Frühling an der Bergstraße die Obstbäume blühen. Dann wird eine kleine Weinreise zu einem eindrucksvollen Erlebnis. Wie sehr man hier den Wein zu schätzen weiß, merkt man spätestens beim „Bergsträßer Weinmarkt“ oder beim weithin bekannten „Bergsträßer Winzerfest“.

Mittelrhein



Der Mittelrhein ist eines der landschaftlich schönsten Anbaugebiete. Von der Nahemündung bei Bingerbrück bis zum Siebengebirge begleitet die schmale, 135 km lange Weinlandschaft den Rhein. Terrassenförmig aufgebaute Weinberge, gekrönt von Burgen und Ruinen, geben dieser Landschaft ihr besonderes Gepräge. Karge, steile Tonschieferterrassen mit Lößeinlagen bringen charaktervolle, spritzig-herbe Rieslingweine hervor. Wo immer man hier auch einkehren will, überall finden Weinfreunde die Atmosphäre, in der sie sich wohlfühlen: fruchtig-blumige und herzhaft-weine, stimmungsvolle Gaststätten und eine romantische Landschaft.

Mosel-Saar-Ruwer



Die romantischen Steilhänge der Mosel und ihrer Nebenflüsse Saar und Ruwer ziehen Jahr für Jahr nicht nur Weinfreunde aus aller Welt an. Denn überall in diesem Gebiet begegnet man der Geschichte, mit Zeugnissen des ehemaligen „Imperium Romanum“ und der damit eng verbundenen fast 2000 Jahre alten Weinkultur. Heute gedeiht hier zwischen Koblenz und Trier an den steilen Schieferhängen ein besonders frischer, spritziger Riesling. Das Angebot an Mosel-Weinen reicht vom feinen Fruchtaroma bis zu rassigen Kreszenzen. An der Saar finden Sie besonders fruchtige, an der Ruwer würzige Weine.

Nahe



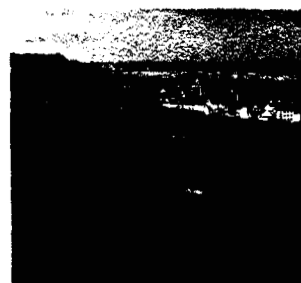
Kennen Sie das „Probierstübchen der deutschen Weinlande“? Das ist der Nahegau mit seinem Rebenmeer. Hier wachsen entlang der Nahe, einem Nebenfluß des Rheins, windgeschützt durch den Hunsrück, die typischen Nahe-Weine: rassige und elegante auf Schieferböden, volle und feurige auf Vulkanböden. Berühmte mittelalterliche Bauwerke, romantische Burgen und Ruinen sind Zeugen großer Vergangenheit. Außer dem Wein machen die bekannten Heilquellen in Bad Kreuznach und Bad Münster am Stein-Ebernburg den Nahegau besonders für Erholungssuchende attraktiv. Lassen Sie sich doch mal in einem der gemütlichen Gasthöfe zum Probieren einheimischer Weine verführen.

Rheingau



Zwischen Rheinknie und den schützenden Taunushöhen und begünstigt durch den Wärmespeicher des seeartig verbreiterten Rheins liegt das Weinbaugebiet Rheingau. Es ist einer der Mittelpunkte deutscher Weinkultur. Die Vielfalt der Böden ist ein Grund für die reichhaltige Geschmackspalette Rheingauer Weine. Schon von alters her wird hier die Liebe zum Wein gepflegt. Von den Römern, von Karl dem Großen und den Benediktiner-Mönchen, die 1775 auf dem Johannisberg die erste Spätlese „entdeckten“. Noch heute entfaltet hier der Riesling die Eleganz und Frucht, die ihn so weltberühmt gemacht haben.

Rheinhessen



Im Rheinknie zwischen Bingen, Mainz und Worms liegt das rheinhessische Hügelland. In diesem, ebenfalls seit Römerzeiten bekannten alten Kultur- und Weinland bringen vielfältige Böden ansprechende Qualitätsweine und elegante, edle Kreszenzen mit Frucht und Spiel hervor. Typisch für dieses Gebiet sind die Silvaner-, Riesling- und Müller-Thurgau-Rebe. Neuzüchtungen gegenüber ist man hier besonders aufgeschlossen. Die Morio-Muskat- und die Scheurebe, die Bacchus-, Kerner-, Optima- und Kanzler-Rebe sind nur einige Beispiele. Machen Sie einen Abstecher in reizvolle Gasthäuser oder in Restaurants mit ausgezeichnete Küche. Ob Schoppenwein oder Spitzenwein, das rheinhessische Weinsortiment ist eine Probe wert.

Rheinpfalz



Im Schutz von Vogesen, Pfälzer Wald und Haardt liegt der „Weinkeller des Heiligen Römischen Reiches“. Hier können in gemäßigtem Klima und auf unterschiedlichen Böden die berühmten Pfälzer Weine ihren vollen Geschmack entfalten. Neben Silvaner- und Müller-Thurgau-Reben gedeihen hier Traminer und Ruländer ebenso wie die Riesling-, Portugieser- und Morio-Muskat-Reben. Schon von alters her ist die Rheinpfalz ein Begriff für vielgepriesene Weine. Hier gibt es viel zu probieren. Für jeden Geschmack etwas. Pfälzer Weine haben eine kräftige Farbe. Ihre Geschmacksskala reicht von mild und körperreich bis schwer und kräftig.

Württemberg



Wer Württemberger Weine trinken will, muß selbst in das Land der „Vierteleschlotzer“ fahren. Außerhalb der Landesgrenzen kann man kaum schwäbische Weine bekommen. Kein Wunder, daß die Schwaben, laut Statistik, zu den eifrigsten deutschen Weintrinkern gehören: denn nirgends findet man ein so großes Angebot weißer und roter Weine wie hier. Besonders typisch für dieses Gebiet sind der Trollinger und der Lemberger, die fast ausschließlich in Württemberg angebaut werden. Eine schwäbische Spezialität ist der Schillerwein, ein Wein aus roten und weißen Trauben, der hellrot schillert. Alle Württemberger Weine haben einen eigenwilligen, markanten, nervigen Geschmack, der nicht zuletzt durch die große Vielfalt der Bodenarten geprägt wird.

Genießen Sie Ihren Wein. Daß er gut ist, garantiert Ihnen die amtliche Prüfung.

Deutsche Weine genießen überall in der Welt einen guten Ruf. Denn deutsche Reben in den 11 Anbaugebieten bringen Jahr für Jahr Weine mit unterschiedlichen Charakteren hervor. Kein Wunder, daß das Probieren deutscher Weine jedesmal zu einem genußreichen Erlebnis wird.

Um dem Weintrinker eine Qualitätsgarantie und dem Weinerzeuger einen ständigen Ansporn zur Qualitätssteigerung zu geben, wurde ein neues Weinrecht geschaffen, das 1971 in Kraft trat. Neben vielen interessanten und wichtigen Gesetzesbestimmungen verdient das Qualitätsprüfungsverfahren im neuen Weingesetz besondere Aufmerksamkeit:

Deutsche Weine werden in drei Güteklassen unterteilt: in deutsche Tafelweine, Qualitätsweine aus bestimmten Anbaugebieten und Qualitätsweine mit Prädikat.

Weine der beiden oberen Güteklassen unterliegen einem strengen 3stufigen Prüfungsver-

Kurz vor der Lese



fahren. Hier die einzelnen Prüfungsstufen:

1. Die Leseprüfung

Bereits im Herbst, vor der eigentlichen Lese, wird der Reifezustand der Trauben überprüft. Danach wird der Zeitpunkt der Lese bestimmt, der für den Winzer bindend ist. Während der Lese machen Fachleute der Prüfungsbehörde Stichproben, ob das Lesegut den Lese-richtlinien entspricht.

Im Analysen-Labor



2. Die Analysenprüfung

Staatliche Prüflabors untersuchen den Wein und legen den Befund im Analysenzeugnis nieder. Bevor Qualitätsweine und Qualitätsweine mit Prädikat den Keller des Winzers verlassen und auf dem Markt angeboten werden, müssen sie zur amtlichen Qualitätsprüfung angemeldet werden.

Bei der „Sinnenprobe“



3. Die „Sinnenprüfung“

In der letzten Prüfungsstation beurteilen amtliche Prüfer den Wein und bewerten ihn nach einem 20-Punkte-System: nach Farbe, Klarheit, Geruch und Geschmack. Hier ein kurzer Blick hinter die Kulissen: Der Wein wird verdeckt gekostet. Bekannt sind lediglich Jahrgang, Rebsorte, die Güteklasse und das Weinbaugebiet. Erst wenn alle Prüfer den Wein gleichwertig einstufen, hat er die Sinnenprüfung bestanden. Nur geprüfte Weine mit einer vorgeschriebenen Mindestpunktzahl dürfen sich Qualitätsweine nennen. Als Zeichen ihrer Prüfung erhalten sie dann eine amtliche Prüfungsnummer.



Das Weingesetz sorgt für klare Verhältnisse.

Schoppenbecher



Wie bereits erwähnt, hat der Gesetzgeber im neuen Weingesetz eine genaue Einteilung aller deutschen Weine in 3 Güteklassen festgelegt. Damit Sie es beim Kauf einer guten Flasche Wein jetzt noch leichter haben. Hier stehen symbolisch der Schoppenbecher für die deutschen Tafelweine, der Römer für die Qualitätsweine und das elegante Weißweinglas mit dem apfelförmigen Kelch für Prädikatsweine.

1. Deutscher Tafelwein

Das sind die leichten, bekömmlichen Schoppenweine für den großen Durst. Um den deutschen Tafelwein für den Verbraucher herkunftsmäßig festzulegen, wurde die gesamte deutsche Rebfläche

Römer



großräumig in 4 Tafelweingebiete aufgeteilt und nach den Flüssen Rhein und Mosel, Main, Neckar und Oberrhein benannt. Deutscher Tafelwein muß nach dem deutschen Weinrecht aus einem dieser 4 Gebiete stammen und von amtlich genehmigten Weinbergen und den dafür geeigneten und zugelassenen Rebsorten gewonnen werden. Eine genauere Herkunft, wie Bereich und Gemeinde, kann zusätzlich auf dem Etikett angegeben werden.

2. Qualitätswein aus den bestimmten Anbaugebieten

Qualitätsweine sind gehaltvolle, gebiets-typische Weine zum täglichen Genuß. Sie müssen die Qualitätsprüfung bestanden

Weißweinglas



haben und auf dem Etikett eine amtliche Prüfungsnummer tragen, die dafür garantiert, daß sie für ihre Herkunft und Rebsorte als typisch beurteilt wurden und in Farbe, Klarheit, Geruch und Geschmack frei von Fehlern sind. Qualitätsweine dürfen nur aus einem der 11 deutschen Weinbaugebiete stammen.

3. Qualitätsweine mit Prädikat

Diese Weine der Spitzenklasse sind so recht nach dem Geschmack aller anspruchsvollen Weintrinker. Die Eleganz, der Reichtum des Buketts und die Fülle des Geschmacks haben deutsche Weine in aller Welt so berühmt gemacht. Prädikatsweine dürfen nur aus einem einzigen

Bereich innerhalb eines der 11 deutschen Anbaugebiete stammen. Um ein Prädikat zu erhalten, müssen die Trauben ausgereift sein und ein harmonisches Verhältnis von Säure und Süße besitzen. Bei Prädikatsweinen darf keine Anreicherung erfolgen. Es gibt 5 Prädikate. An alle Prädikatsweine werden entsprechend ihrer Prädikatsstufe besonders hohe Ansprüche bei der Qualitätsprüfung gestellt. Sie müssen z. B. im Geschmack typisch für ihre Herkunft und die Rebsorte sein.

Kabinett

Die Trauben für Kabinett-Weine müssen nach den Bestimmungen der Leseordnung in reifem Zustand geerntet werden. Kabinett-Weine sind leicht und frisch. Sie haben aber gleichzeitig jene vornehme Eleganz, die sie zu einer typisch deutschen Spezialität macht.

Spätlese

Die Trauben für diese Weine werden in vollreifem Zustand, nach

Abschluß der Normallese, geerntet. Spätlesen sind ansprechend rund, elegant, fruchtig.

Auslese

Die vollreifen Trauben werden gesondert gelesen und gekeltert. Ausleseweine bestechen durch ihre Reife, die Fülle des Buketts und durch die elegante Art.

Beerenauslese

Aus vollreifen Trauben liest man die überreifen und edelfaulen Beeren. Ein wunderbar reifer, fruchtiger und voller Wein von unverkennbarer, oft honigartiger Süße. Die Farbe dieses Weines ist bernsteinfarben oder hat einen Gold- bzw. Kupferon.

Trockenbeerenauslese

Weine mit der Prädikatsauszeichnung „Trockenbeerenauslese“ erfüllen allerhöchste Ansprüche. Nur in Spitzenjahren des Weins eignen sich die rosinenartig geschrumpften, edelfaulen Beeren für die Kelterung. In Aussehen und Geschmack sind diese Weine eine echte Steigerung zur Beerenauslese.

Eine besondere Spezialität:

Eiswein

Der Eiswein ist eine Rarität ganz besonderer Art. Gewonnen wird er aus Trauben, deren Wasseranteil beim Frost von mindestens -7°C zu Eis gefroren ist. Das bedeutet: lediglich das sehr zucker- und aromahaltige Konzentrat wird ausgepreßt. Eiswein kann in allen Prädikatsstufen vorkommen.

Vom Umgang mit deutschen Weinen.

Dekorative Weinregale



Wie man Wein lagert

Deutsche Weine schmecken am besten, wenn man ihnen nach dem unruhigen Transport eine kleine Verschnaufpause gönnt. Auf den Genuß der bekömmlichen deutschen Tafelweine braucht man nicht lange zu warten. Sie sollten nicht älter als ein Jahr werden. Die gehaltvollen Qualitätsweine aus bestimmten Anbaugebieten können gut 2-3 Jahre lagern. Prädikatsweine werden durch eine lange Lagerung besser und wertvoller.

Wenn man Weine besonders gut und richtig lagern will, sollte man folgende Punkte beherzigen:

1. Die Weinflaschen sollten so liegen, daß der Wein den Korken umspült und ihn feucht hält.
2. Der Raum sollte



möglichst dunkel und kühl sein, bei gleichbleibender Temperatur zwischen 8° und 12° C. Weine können aber auch bei Zimmertemperatur 1-2 Jahre lagern.

3. Lebensmittel oder Waren mit scharfem, durchdringendem Geruch sollten von lagerndem Wein ferngehalten werden. Da der Wein durch den Korken atmet, kann er fremde Gerüche annehmen.
4. Wird Weißwein bei Zimmertemperatur gelagert, empfiehlt es sich, den Wein vor dem Servieren in den Kühlschrank zu legen. Aber nicht ins Eisfach. Achtung! Rotweine hingegen nur bei Zimmertemperatur servieren.

Mit diesem Korkenzieher öffnen Sie Ihre Flasche richtig



Wie man die Weinflasche öffnet

Das Entkorken einer Flasche beginnt mit dem Abschneiden der Stanniolkapsel am Flaschenmund oberhalb des Wulstes. So kann der Wein unbeeinflusst ins Glas fließen. Nehmen Sie einen Korkenzieher, der eine „Seele“ hat, d.h. die Windung der Spirale sollte so groß sein, daß ein Streichholz hineinpassen könnte. Dieser Hohlraum ist notwendig, damit man den Korken in den Griff bekommt. Flaschenmund und Korken sorgfältig abwischen. Entkorken Sie die Flasche behutsam und ohne Knall. Bevor Sie sich einen Probeschluck eingießen, sollten Sie den Flaschenmund säubern. Sicher sind Ihnen im Laufe der letzten Jahre statt der Korken andere Verschlüsse, z.B. der Drehverschluß für

Das ist Weinstein



Weinflaschen, begegnet. Diese neuen Verschlüsse werden immer üblicher. Keine Angst, sie wirken sich in keiner Weise negativ auf die Lagerung von Weinen aus.

Kristalle im Weinglas

Welch eine Überraschung. Sie entkorken eine sehr gute, lang gelagerte Flasche Wein und entdecken am unteren Ende des Korkens oder im Glas winzige, weiß glänzende Kristalle. Freuen Sie sich. Diese Kristalle nennt man Weinstein. Sie sind der glitzernde Beweis für die Güte Ihres Weines. Je länger nämlich die Trauben am Rebstock hängen, desto länger haben sie Zeit, neben anderen Mineralien auch Kalium aus dem Boden aufzunehmen. Und beim Zusammentreffen von Kalium und Weinsäure

Weinprobe



im Wein bildet sich Weinstein. Seine Kristalle beeinträchtigen in keiner Weise den Geschmack, den Glanz oder die Farbe des Weines. Genießen Sie diesen Wein mit seinem ganz natürlichen Qualitätsmerkmal.

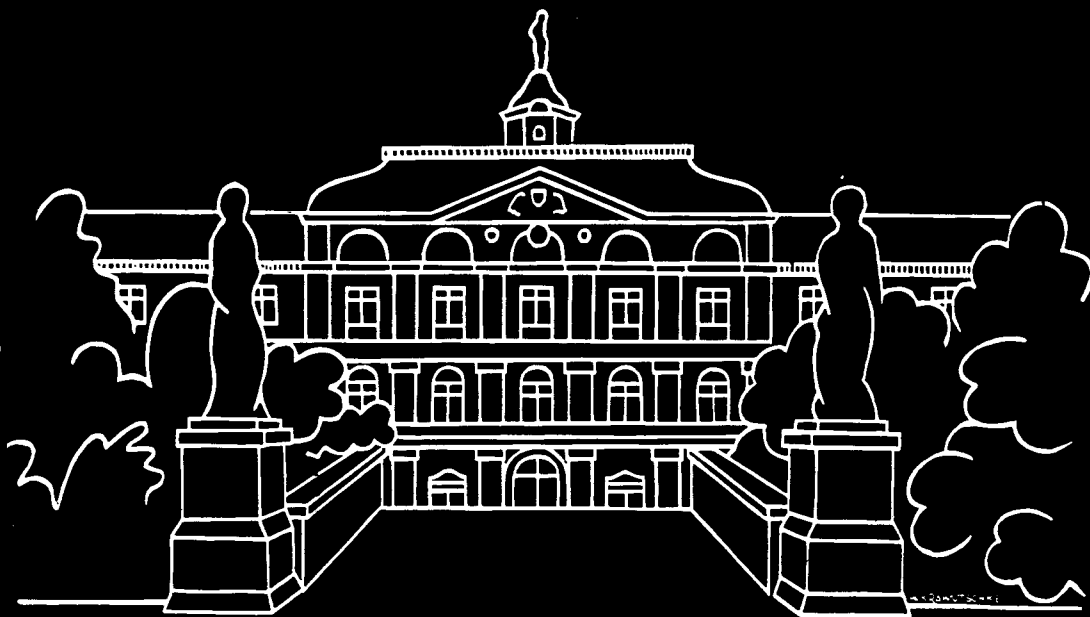
Wann steigt Ihre nächste Weinprobe?

Ob in der Weinstube oder zu Hause, eine richtige Weinprobe ist eine interessante und reizvolle Sache. Wie wär's mit einer Rebsorten-Probe? Auf diese Weise lernen Sie schnell die typischen deutschen Rebsorten kennen. Der nächste Schritt könnte dann eine Gebietsweinprobe sein. Zuerst probieren Sie nur die Weine einer Rebsorte aus verschiedenen Gebieten. Und dann Weine von unterschiedlichen Rebsorten aus ver-

schiedenen Gebieten. Auf jeden Fall sollten Sie immer mit den leichteren Weinen anfangen. Besonders gut für den Beginn einer Weinprobe eignet sich ein Glas trockenerer Sekt. Steigern Sie dann nach und nach die Qualität. Zum Schluß sollten Sie wieder zum leichten, frischen Wein zurückkehren. Denn Probieren macht durstig. Gönnen Sie sich und Ihren Gästen eine Weinprobe, die durch die Vielfalt deutscher Weine zum Erlebnis werden kann.

1714 FRIEDE VON RASTATT AUSSTELLUNG 1964

im Schloß Rastatt
vom 11. Juli bis 18. August



1714
FRIEDE VON RASTATT
AUSSTELLUNG
1964



IM SCHLOSS RASTATT
VOM 11. JULI BIS 18. AUGUST 1964

Prinz Eugen und der Friede von Rastatt

Dreimal ist Rastatt der Schauplatz historischer Ereignisse gewesen, die mehr als lokale Bedeutung hatten. Zwei dieser Ereignisse hingen mit Versuchen zusammen, dem von schweren Kriegen erschöpften Europa den ersehnten Frieden zu schenken. Das erstmal ist es gelungen, und mit Recht gedenkt man festlich dieses Vertrages, der im Schlosse zu Rastatt wenige Jahre nach dessen Errichtung dem sogenannten Spanischen Erbfolgekriege im Jahre 1714 nach dreizehnjähriger Dauer ein Ende setzte. Der zweite Versuch, der am Ende des gleichen Jahrhunderts unternommen wurde, ist mißlungen: der Kongreß, der hier anderthalb Jahre lang von Ende 1797 bis Anfang 1799 tagte, um den aus der französischen Revolution erwachsenen Krieg abzuschließen, endete mit einem schrillen Mißklang, der Ermordung der französischen Gesandten auf ihrer Rückfahrt an den Rhein, und mit neuem Krieg. Und einen ebenso tragischen Ausgang nahm das dritte Ereignis, wenn es freilich auch das Ende eines Kampfes darstellte, jedoch nicht mit friedlichen, sondern mit den kriegerischen Mitteln der Belagerung und Unterwerfung: in Rastatt war im Jahre 1849 das letzte Bollwerk der einzigen deutschen Revolution, die diesen Namen verdient, es zerbrach, und manche der hochgemuten Fechter für deutsche Einheit und Freiheit gingen dabei unter. Daß es einem von diesen Patrioten, Karl Schurz, gelang, in abenteuerlicher Flucht aus der gefallenen Festung zu entkommen, verbindet indessen doch mit diesem Vorgang einen in die Zukunft weisenden Aspekt: der junge Student, der hier tapfere und verzweifelte Stunden verlebt hat, sollte der große Mittler zwischen Deutschland und Amerika werden.

des Allgemeininteresses in Deutschland und im europäischen Raum stand und daß sich in ihr Ereignisse abspielten, die von höchster politischer Tragweite waren. Ich darf in diesem Zusammenhang ganz allgemein die Zeit des Türkenlouis in Erinnerung rufen, ich darf den Rastatter Kongreß erwähnen und das bittere Ende der 48er Revolution in unserer Stadt. Dieser Platz unserer Stadt in der Geschichte erfüllt uns Rastatter mit Stolz, und ich glaube, es ist ein berechtigter und positiv zu bewertender Stolz, ein wesentlicher Teil unserer Verbundenheit mit dieser Stadt, ein Stück unseres Heimatgefühls, Bürgersinn und Bürgerbewußtsein, auf die wir so sehr angewiesen sind, brauchen dieses Geschichtsbewußtsein als tragkräftiges Fundament. Und gerade in einer Zeit, in der vor allem in den mittleren und großen Städten die Bindungen zur Raumburgemeinschaft immer schwächer und abgelöst werden durch die Eingliederung in Gruppierungen gleichgerichteter Interessen, müssen wir dieses Geschichtsbewußtsein erhalten. Wir müssen natürlich zur Förderung bürgerschaftlicher Gesinnung noch einiges mehr tun, aber das ist nicht Thema unserer Veranstaltung.

Bei der Ihnen dargelegten Einstellung zur Geschichte und Tradition unserer Stadt war es für den Stadtrat fast eine Selbstverständlichkeit, daß wir den 250. Jahrestag des Rastatter Friedens in einer würdigen Feierstunde begangen haben, in der uns aus berufenem Munde die Bedeutung dieses Ereignisses nahegebracht wurde. Und wir wollen die Erinnerung an dieses Ereignis auch dadurch wachhalten, daß wir eine alte Medaille, wie sie vor 250 Jahren aus Anlaß des Rastatter Friedens geschlagen wurde, neu prägen ließen und das damalige Geschehen in einer Ausstellung der Öffentlichkeit anschaulich machen.

Rastatt, im Juli 1964



OBERBÜRGERMEISTER

Ob er sich hier erinnert hat, daß in der Festung einer der Helden der Geschichtsbücher seiner Jugend einen Höhepunkt seines Lebens erreicht hat? Den Ruhm Rastatts bildet vor allem jenes erste Ereignis, das aber zugleich eine ruhmvolle Tat des Prinzen Eugen von Savoyen darstellt, des großen Feldherrn, der doch gerade hierbei sich zu der in einem Nachruf bei ihm festgestellten Erkenntnis bekannte, daß aller Krieg eine Torheit sei, der sich nicht den Frieden zum Ziel setzen lasse: „Sobald er den Frieden hoffen konnte, war er des Sieges schon müde. Ein Strauß von einem Olivenzweig war ihm lieber als ein Wald von Lorbeerbäumen.“ In Rastatt hat er in der Tat gezeigt, daß er nicht nur ein genialer Soldat, sondern auch ein geschickter Diplomat und ein Staatsmann war. Und so ist das, was sich da vor 250 Jahren abspielte, zugleich ein bedeutsames Stück europäischer Geschichte und ein wichtiger Teil der Biographie eines großen Mannes, der zu dem Zeitpunkt, als er im Rastatter Schloß die Verhandlungen aufnahm, gerade 50 Jahre alt geworden war.

Ein kurzer Blick auf diese 50 Jahre soll zu der Darstellung jener Vorgänge führen. Als drei Jahrzehnte zuvor der blutjunge Sohn eines zum französischen Grafen von Soissons gewordenen Savoyerprinzen und der leichtfertigen Olympia Mancini, einer Nichte des Kardinals Mazarin, aus Frankreich geflüchtet war, um dem Kaiser im Türkenkrieg seinen Degen anzubieten, begann gerade der Mann in die erste Reihe der kaiserlichen Feldherrn aufzusteigen, der das Rastatter Schloß gebaut hat, der Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden. Unter ihm, der sein richtiger Vetter war, hat Eugen das Kriegshandwerk gelernt, und er hat ihn, den „Türkenlouis“ überflügelt, als er in dem lange sich hinziehenden Kampf im Südosten Europas mit dem Siege von Zenta 1697 die Entscheidung herbeiführte. Was in ihm steckte, hat er dann vor allem bewiesen, als der Tod des letzten spanischen Habsburgers zu Beginn des neuen Jahrhunderts einen der größten europäischen Kriege entfesselte, in dem der Kaiser und die Seemächte England und Holland vereinigt dem französischen König Ludwig XIV. die von ihm beanspruchte Erbschaft und damit zugleich die Hegemonie streitig machten. In Stunden harter Bedrängnis für Österreich und das deutsche Reich im Sommer 1704 ist der Prinz Eugen schon einmal in Rastatt gewesen: mit schwachen Kräften hat er hier die Wacht gegen Westen übernommen, während der Landesherr, Ludwig Wilhelm von

Baden, gemeinsam mit dem nach Süddeutschland geeilten Engländer Marlborough die tödliche Gefahr, die sich durch die Vereinigung starker französischer Kräfte mit dem Kurfürsten von Bayern ergeben hatte, beschwören sollte. Dem alt gewordenen Markgrafen ist dies nicht gelungen, wohl aber Eugen, der in kühnem Entschluß von Rastatt über den Schwarzwald eilte und zusammen mit Marlborough die Feinde an der Donau bei Höchstädt schlug, womit er Bayern in des Kaisers Hand brachte. Es war der Auftakt zu der großen Siegesreihe, die über Turin und Oudenaarde nach Malplaquet reicht. Aus dem spanischen Erbe waren so Oberitalien und Belgien erobert worden, doch gelang es weder, Spanien selbst dem dort von Ludwig XIV. eingesetzten Bourbonen Philipp V. zu entreißen, noch von Baden oder der Pfalz aus den Krieg nach Frankreich zu tragen und das Kriegsziel des Reiches, den Rückfall des Elsasses, zu erreichen. Die Peripetie des Krieges trat ein, als in England eine neue Regierung einem Vergleichsfrieden zustrebte und mit dem Tode Kaiser Josephs 1711 der bisherige habsburgische Prätendent für Spanien, sein Bruder Karl, als letzter noch lebender männlicher Habsburger an die Spitze Österreichs und des Reiches trat. Gerade der Feldherr der Kaiser hat rasch erkannt, daß man sich im wesentlichen mit dem, was man erobert hatte, begnügen und auf Spanien und seine Kolonien verzichten mußte, gemeinsam haben sein Freund Wratislaw und er den widerstrebenden Kaiser Karl VI. dieser Erkenntnis zugänglich gemacht, und der Prinz hat diese Aufgabe allein fortgeführt, als Wratislaw Ende 1712 starb. Doch inzwischen verständigten sich in Utrecht, wo der Friedenskongreß zusammengetreten war, im April 1713 die Seemächte mit Frankreich auf einer Basis, die zwar im großen auch den Vorstellungen des Wiener Hofes Rechnung trug, im einzelnen aber Bestimmungen enthielt, die der kaiserliche Bevollmächtigte Sinzendorf verwerfen mußte. Aber hatte die Fortsetzung des Kampfes allein mit den deutschen Kräften noch Sinn? Die Lande am Oberrhein wurden 1713 zum einzigen Kriegsschauplatz, doch viele Reichsfürsten versagten dem Kaiser die Hilfe, und so konnte Prinz Eugen, der notgedrungen als Generalleutnant des Kaisers und Reichsfeldmarschall das Kommando übernommen hatte, keine Erfolge erringen, vielmehr mußte er zunächst den Verlust der linksrheinischen Festung Landau und dann auch noch den Fall des von der französischen Armee des Marschall Villars

angegriffenen Freiburg hinnehmen, ja, es noch als ein Glück betrachten, daß der Feind angesichts der von ihm gewählten Stellungen keinen Durchbruch auf Franken oder auf das noch als Faustpfand in kaiserlicher Hand befindliche Bayern wagte.

So war die Situation im Herbst 1713. Auf beiden Seiten war man erschöpft, wünschte man den Frieden. Dem Feldherrn war vom Kaiser auch die Vollmacht gegeben worden, im Falle von Angeboten Verhandlungen aufzunehmen. Und mehr noch als Eugen strebte auf der Gegenseite Villars danach, zum Pazifikator zu werden. Es fand sich auch ein Vermittler in dem Kurfürsten Johann Wilhelm von der Pfalz, der in der Hoffnung, eigenen Gewinn auf bayerische Kosten sich zu sichern oder eine Entschädigung dafür zu erlangen, seinen Generalkriegskommissar v. Hundheim, der wegen Kontributionsverhandlungen mit den Franzosen in Verbindung stand, beauftragte, Villars' Meinung über einen Frieden zu erkunden. Von Eugen, der sein Hauptquartier in Schloß Mühlburg hatte, erbat sich und erhielt Hundheim im Oktober 1713 Instruktionen. Für das Reich war danach der Status quo, also der Besitzstand vor dem Krieg unter Zurückgabe von Freiburg und auch von dem damals französischen Landau zu fordern, hinsichtlich Bayerns gab es verschiedene Möglichkeiten von der Entschädigung des vertriebenen und durch das Reich geächteten Kurfürsten Max Emanuel durch die belgischen Niederlande bis zu seiner Restitution in Teilen oder endlich auch in den gesamten bayerischen Landen. Nur mit Frankreich war Frieden zu schließen, nicht auch mit dem Bourbonen in Spanien, mit diesem jedenfalls nur bei Anerkennung der Privilegien und voller Amnestie der katalonischen Anhänger des Habsburgers. Sollte sich Villars zur Annahme dieser Grundlagen verstehen, so konnte der Prinz selbst in Erscheinung treten: „Wenn der Villars“, so hieß es in der Instruktion, „nach mit ihm gepflogenen Gespräche auch mit mir selbst zu reden verlangt, könnte ihm Rastatt pro loco unserer Zusammenkunft vorgeschlagen werden.“ Am 29. Oktober 1713 traf Hundheim wieder bei dem Prinzen ein, der sich mit ihm, um kein Aufsehen zu erregen, im pfälzischen Schlosse Schwetzingen traf, doch brachte er noch keine Gewißheit: Villars hatte es entschieden bestritten, selbst die Verhandlungen angeregt zu haben, und er forderte zunächst, daß man ihm eine kaiserliche Vollmacht vorweise. Eugen fand diese Auf-



PRINZ EUGEN
VON SAVOYEN
1663 — 1736



CLAUDE,
HERZOG VON VILLARS
1653 — 1734

fassung zwar befremdlich, riet aber in Wien, die Vollmacht auszustellen. Sie traf am 15. November in Mühlburg ein, worauf der Prinz, die pfälzische Vermittlung damit beendend, sich am 16. unmittelbar an den Marschall wandte. Am 21. befand er sich im Besitz der Antwort des Franzosen mit der grundsätzlichen Zustimmung zur Aufnahme von direkten Verhandlungen in Rastatt. Die dieser Welt des 17./18. Jahrhundert so eigentümliche Courtoisie der großen Herren fand gebührenden Ausdruck, wenn Villars nicht nur von seiner Freude sprach, die Versicherungen seiner höchsten Achtung für den Prinzen erneuern zu können, sondern auch davon, daß, wenn er die Bitten aller erhören wollte, die einen so großen Kapitän zu sehen wünschten, die Zahl seiner Begleiter viel zu groß würde. Man einigte sich, daß jeder eine Eskorte von 100 Mann bei sich haben sollte. Als Zeitpunkt der Ankunft in Rastatt wurde Sonntag, der 26. November 1713, festgesetzt.

Als Schauplatz der denkwürdigen Begegnung war das neue Schloß in Rastatt gewählt worden, in das Ludwig Wilhelm von Baden mit seiner Familie erst im Herbst 1705 hatte einziehen können und in dem er im Januar 1707 gestorben war. Die Erlaubnis hatte seine Witwe Sibylla Augusta, die sich selbst in das nahe Ettlingen zurückzog, gern gegeben. Es war ein prächtiges Bauwerk, von des Markgrafen Architekten Domenico Egidio Rossi seit 1697 geplant und von seinem Schüler Michael Rohrer vollendet, nach dem Vorbild von Versailles geformt und zugleich mit andersartigen Stilelementen gebildet: man hat wohl gesagt, daß sich hier, wo die Feldherrn Frankreichs und Deutschlands den Frieden aushandeln wollten, die Eleganz des französischen Stils mit der Üppigkeit und der etwas formalistischen Regeltreue des deutschen Temperaments gemischt habe. Es war eine wahrhaft würdige Kulisse, vor der sich die letzte Szene einer der größten kriegerischen Auseinandersetzungen jener Jahrhunderte abspielen sollte.

Am frühen Nachmittag des 26. November traf zunächst Villars mit seinem Gefolge vor dem Schloß ein. Knapp eine halbe Stunde später erschien der Savoyer: während sich die französischen und kaiserlichen Abteilungen auf der linken Seite Cour d'honneur einander gegenüberstellten, begrüßten sich vor der großen Stiege in der Mitte des Schlosses die beiden Feldherrn. Auf den Stufen erwartete der Marschall den Prinzen, unter

dem Geschmetter der Trompeten umarmten sie sich. Im Schloß waren für die Deutschen die Appartements auf der rechten Seite, für die Franzosen die im linken Flügelbau vorgesehen. Man stellte die vornehmsten Begleiter vor — mit Eugen war der Prinz von Baden-Durlach, der Herzog von AreMBERG und die Generäle Königsegg und Falkenstein, mit Villars der Herzog von Rohan, die Grafen Belle-Isle und du Bourg und sein Generalstabschef Contades gekommen, außerdem als die wichtigsten Helfer die Sekretäre Pendterriedter — ein Riese, der einen merkwürdigen Kontrast zu dem kleinen Prinzen geboten haben muß — und d'Hauteval. Dann führte zunächst der Marschall seinen Gegner in dessen Appartements, worauf dieser ihn seinerseits in seine Zimmer begleitete. Man überschüttete sich mit Komplimenten und versicherte sich, daß man nichts mehr wünsche, als diese Zusammenkunft zu einem baldigen glücklichen Abschluß zu bringen. Man war in der Tat dazu entschlossen. Es war wohl von Nutzen, daß die beiden Männer sich seit langem kannten, aus den Zeiten des Türkenkrieges, an dem Villars als Freiwilliger teilgenommen hatte, und vor allem aus den Jahren unmittelbar vor dem Kriege, als Villars als französischer Botschafter in Wien gewesen war. Es hatte sich dann gefügt, daß man in den letzten Jahren immer wieder aufeinandergestoßen war: bei Malplaquet und bei Denain hatte man die Klingen gekreuzt. Konnte nicht nun, da man unter einem Dache wohnte, die sich damit selbstverständlich ergebende Wiederherstellung der in den Wiener Tagen um 1700 eifrig gepflegten Geselligkeit an Tafel und Spieltisch der politischen Verständigung förderlich sein? Der Prinz wußte bald nach Wien zu berichten, daß man sich bemühe, nicht durch Formalitäten sich aufhalten zu lassen, indem „selbe zwischen uns gleichsam militärisch traktiert und auf kein einziges Zeremoniell gesehen werde“, und aus Villars' Relationen hören wir, daß man jeden Tag zusammen aß, wobei man sich abwechselnd einlud, und daß sich die ganze Gesellschaft abends meist bei ihm, der über einen etwas größeren Saal verfügte, zu Konversation und Spiel zusammenfand, wobei man oft bis Mitternacht blieb, übrigens nach einiger Zeit das die Gemüter allzu erregende Piquet durch das wohl um weniger hohe Summen gehenden Brehan ersetzte. Freilich so wichtig dies auch war, entscheidend für einen Erfolg war, daß man am Konferenztisch zu einer sachlichen Verständigung kam, und da sollte es sich rasch zeigen, daß die

Instruktionen, mit denen man sich an ihn setzte, in ihren Vorstellungen und Forderungen weit voneinander abwichen und es kaum möglich schien, sie miteinander in Einklang zu bringen.

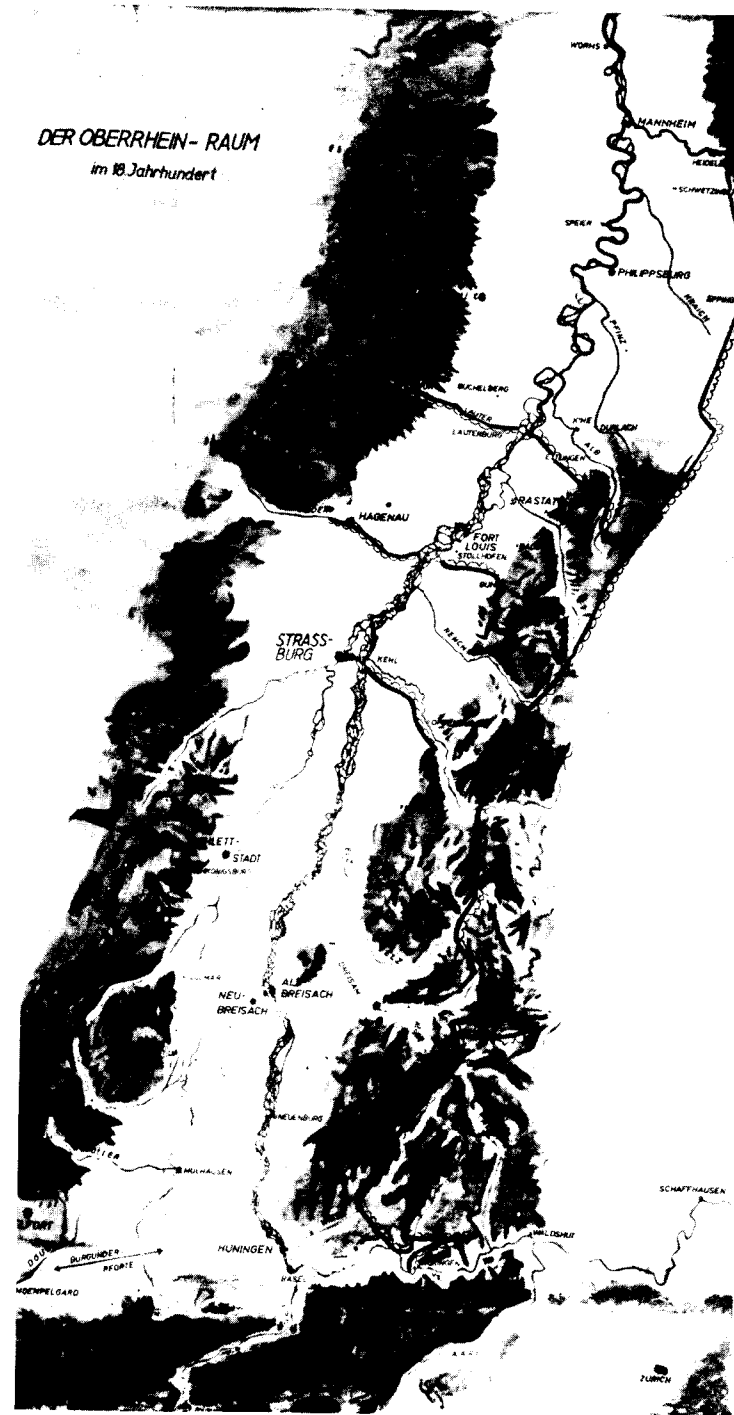
Anstände gab es schon bei dem Austausch der Vollmachten. Der Streit der Sekretäre um die Formeln konnte schließlich auf höherer Ebene beigelegt werden, womit der Weg zu den eigentlichen Verhandlungen frei wurde, die am Nachmittag des 28. November aufgenommen wurden. Hier schälten sich nun sehr bald die Punkte heraus, in denen man verschiedener Ansicht war. Hinsichtlich der Reichsgrenzen forderte Villars nicht nur Landau, sondern auch ein Äquivalent für das eroberte Freiburg, was beides von Eugen abgelehnt wurde. Was das Schicksal des geächteten Wittelsbachers betraf, so wollte der Franzose ihn in allen seinen früheren Besitzungen voll restituiert und ihn noch darüber hinaus entschädigt, den Pfälzer aber für den ihm dann entgehenden Gewinn der Oberpfalz durch den Kaiser ausgestattet wissen. „Es wäre“, so heißt es in Eugens Bericht, „zu weitläufig, wenn ich all dasjenige anführen täte, was gegen die Unbilligkeit dieser Proposition von mir vorgestellt und beiderseits darüber gesprochen worden sei, also daß ich ihm klar und mit Nachdruck bedeutete, daß wir die Zeit hier zusammen umsonst länger verlören.“ Neue Erregung gab es, als man auf Italien zu sprechen kam, wo Villars die Zustimmung für den in Utrecht ausgemachten Anfall Siziliens an den Herzog von Savoyen forderte, wogegen der Prinz das Recht seines Herrn auf die Insel neben dem bereits in des Kaisers Besitz befindlichen Neapel herausstellte und zugleich die Ansprüche der Katalanen verfocht. Der Marschall erklärte dazu zwar, daß außer zwei bis drei seine Punkte nicht unveränderlich seien; als er aber am Vormittag des 29. Novembers einen Auszug seiner Vorschläge vorlas, enthielt er keine Milderung, sondern noch eine wesentliche Verschärfung, worauf Eugen mit den Worten, daß dies kein Verlangen zum Frieden, sondern eine verborgene Absicht zeige und daher nichts übrig bleibe, als sich wieder zu trennen und das Werk Gott anheimzugeben, erhob und Anstalten machte, das Zimmer zu verlassen. Villars suchte ihn zu beschwichtigen, und bei dem Essen, das diesmal bei dem Prinzen stattfand, gab er zu erkennen, daß die Schwierigkeiten vor allem bei dem Kurfürsten von Bayern lägen, mit dem Villars persönlich schlecht stand, der aber großen Einfluß am Versailler Hofe habe. In der Sache selbst kam man indessen nicht weiter.

Am 1. Dezember hat Eugen dem Kaiser einen Zwischenbericht erstattet, in dem er die Fruchtlosigkeit seiner bisherigen Bemühungen zugab. Und doch waren sie nicht ganz vergeblich gewesen. Auf beiden Seiten war man zu der Überzeugung gelangt, daß zum mindesten der gegnerische Verhandlungsführer aufrichtig sich für den Abschluß des Krieges einsetzte. Für Charakter und Einstellung beider Männer ist es bezeichnend, wie sie sich gegenseitig nach der ersten Runde ihres Ringens beurteilten. Eugen hat an der Weitschichtigkeit, Unordnung und Veränderlichkeit von Villars' Aussagen Kritik geübt, an seinem Friedenswillen aber zweifelte er nicht: „Er sagt mir ziemlich freimütig seine Meinung, er ist ängstlich, sehr schlecht über die früheren Verhandlungen informiert, und wünscht den Frieden; wie ich die Sachen sehe, würde er, wenn es von ihm abhinge, alles andere opfern, wenn er nur hier irgend etwas erhielte, womit er sich bei seinem Hofe ein Verdienst machen könnte“, so des Prinzen Urteil in einem Brief an Sinzendorf. Er wußte um die Schwächen seines Gegenspielers, um seine Eitelkeit und seine unruhige Ruhmsucht, die doch mit Unsicherheit und Minderwertigkeitsgefühlen gegenüber dem aus hohem Hause stammenden größten Feldherrn der Zeit merkwürdig gepaart waren. Im übrigen war es von seiner Seite gewiß nicht nur Berechnung, wenn er dem Marschall Achtung und Sympathie zeigte, wenn er zu ihm als einer der „honnêtes hommes“ der Zeit zu dem anderen sprach. „Wir handeln als Ehrenmänner, weit entfernt von allen Finessen, die viele für so notwendig halten: ich habe immer so gedacht, und ich weiß, daß Sie ebenso denken, daß es keine bessere Finesse gibt, als die, keine zu haben.“ Die Berichte Villars' spiegeln denn auch deutlich den tiefen Eindruck wider, den diese Eröffnungen von gleich zu gleich auf ihn machten, die ihn mit Befriedigung und Stolz, damit aber auch mit Verehrung für diesen ernsten und stets seiner Würde bewußten, dabei höflichen, ja liebenswürdigen großen Herrn erfüllten. Da, so hat er von Anfang an mehrfach versichert, gebe es wirklich keine Finessen, keine Hinterlist: „Wir sind hier, der Prinz Eugen und ich, in einer engen persönlichen Verbindung, sein Charakter kennt keine Verstellung, und er spricht mit mir ganz frei über seine Meinung, außer über die Angelegenheiten seines Herrn.“ Der Franzose wollte ihn sich in allem zum Vorbild nehmen, in der Höflichkeit ebenso wie in dem Selbstbewußtsein und der Härte, mit der er in den Konferenzen seine

Auffassung zur Geltung brachte: „Ich verhalte mich ebenso, und vielleicht hat es niemals Menschen gegeben, die täglich regelmäßig zusammen essen und so lebhaft miteinander disputieren“ — „wir streiten hier wie rasende, als wenn wir stets auf dem Sprunge wären, uns zu trennen.“ Es war aber doch wohl so, daß Eugen die besseren Nerven hatte und schon dadurch seinem Gegner überlegen war.

Man war Anfang Dezember an einem toten Punkt angelangt. Villars bat um schriftliche Mitteilung der kaiserlichen Propositionen, und Eugen fand sich bereit, sie durch Pendterriedter d’Hauteval diktieren zu lassen, wonach für das Reich die früheren Grenzen mit Zufügung von Landau, für Bayern die Restitution außer der dem Pfälzer zugewiesenen Oberpfalz, für den Kaiser die Niederlande und in Italien alles, was den spanischen Königen gehört hatte, sowie Anerkennung der Privilegien und Amnestie für die Katalanen gefordert wurden. Dagegen erklärte Villars sofort, daß Landau, ein Äquivalent für Freiburg und die volle Wiedereinsetzung des Bayern als ultimum ultimatissimum zu gelten hätten. Der Prinz hat zunächst den Eindruck erweckt, als wenn er abreisen wollte, schließlich aber mit Villars vereinbart, beiderseits Kuriere an ihre Höfe zu schicken, wobei er in seinem Bericht dem Kaiser die Frage vorlegte, ob er an Grenzfragen am Oberrhein die Verhandlungen scheitern lassen sollte, denn in Wien hatte man schon vorher für den Notfall die Restitution ganz Bayerns in Aussicht genommen. Voraussetzung war freilich die Annahme der übrigen österreichischen Wünsche. Selbst war Eugen angesichts der üblen politischen und militärischen Lage der Meinung, „daß, wenn man mit einigermaßen leidlichen Bedingungen, das ist mit Behauptung aller anderen von Euer Majestät für das Reich sowohl als für das durchlauchtigste Erzhaus gestellten Begehren und mit Umgehung der von Bayern noch außer der völligen Wiedereinsetzung gemachten Ansprüche durch die gegenwärtige Verhandlung aus dem Krieg zu kommen vermöchte, es ratsamer sei, als sich einem ungewissen Ausgang und schwer vorherzusehenden Begebenheiten neuerdings auszusetzen“.

Die erste Antwort kam aus Paris, und sie war alles andere als ermutigend: Villars selbst war tief bestürzt, da sein König an allen früheren Forderungen festhielt. Als Eugen auf die ersten Mitteilungen sein Befremden äußerte und erklärte, nicht länger bleiben zu können, kam es zu einer



außergewöhnlichen Szene, indem der Franzose selbst die ihm zugegangenen Instruktionen als unerwartet und verdrießlich bezeichnete und sich heftig über seine Feinde bei Hof und besonders den bayerischen Kurfürsten beklagte. Dadurch daß er zusagte, Einspruch zu erheben, vermochte er den Prinzen dazu zu bewegen, seine Abfahrt aufzuschieben. Wieder trat eine Pause ein: Eugen, dessen „Vernunft, Eifer, Vorsichtigkeit und Beobachtung des Dienstes“ in Wien dankbar anerkannt wurden, erhielt von dort nun die Ermächtigung, betreffs Landaus notfalls Zugeständnisse zu machen. Am späten Abend des ersten Weihnachtstages ritt dann auch der französische Bote in die Cour d'honneur des Schloßes ein, und am nächsten Tage betrat Villars triumphierend das Konferenzzimmer im kaiserlichen Trakt: er behauptete, über den Bayern obgesiegt zu haben, man verzichte auf die für ihn geforderte Königswürde und bestehe nur auf seiner vollen Restitution. Das war in der Tat ein Fortschritt. Aber um so weniger konnten den Prinzen die weiteren Mitteilungen erfreuen, wonach man außer Landau auch noch das Amt Germersheim und damit die Queich als Grenze zwischen Elsaß und Pfalz verlangte. In den nächsten Tagen ist es zu heftigen Disputen hierüber und auch über die Italien und die Katalanen betreffenden Fragen gekommen, in denen sich gleichfalls noch starke Differenzen zeigten. Wenn man in einer langen Sitzung am 29. Dezember immerhin begann, einzelne Artikel eines Friedensvertrages zu formulieren, so war man von einer Einigung doch noch weit entfernt, und man sah wieder kein anderes Mittel, den Bruch zu vermeiden, als erneut nach Hause zu berichten und von dort die Entscheidung zu erbitten. Der Prinz hat sich den Franzosen gegenüber sehr pessimistisch gegeben, in Wirklichkeit hoffte er auf eine Einigung, nur war er der Meinung, daß man bald zum Schluß kommen müsse. Man blieb übrigens diesmal, während man wieder auf die Rückkehr der Kuriere wartete, nicht untätig, sondern voll Eifer machte man sich an die Zusammenstellung der verschiedenen Artikel zu einem richtigen Vertragsentwurf, wobei, wie Eugen am 14. Januar 1714 dem Kaiser berichtete, man sich „nach vielen Streit- und Widerreden dahin verglich, daß außer denjenigen Punkten, welchen unsere beiderseitigen Anmerkungen an die Seite gesetzt, alles übrige als abgetan gehalten werden konnte“. Er glaubte, bei der Formulierung eine Reihe von Erfolgen errungen zu haben. Kein Einverständnis bestand nur

noch über Landau, das im Rhein gelegene, von den Franzosen errichtete Fort Louis, Germersheim und die Rechte der Katalanen, doch glaubte der Prinz, daß die Franzosen, wenn man ihnen Landau und Fort Louis zugestand, auf Germersheim verzichten würden. Mit Absicht aber drängte er in dieser Angelegenheit nicht, um, wenn es wegen der Garantie für die Katalanen zum Bruch kommen sollte, ihn vor der Welt und vor allem vor dem Reich mit der Intransigenz der Franzosen in den deutschen Fragen begründen zu können. Im Grunde war er nun optimistischer als Villars, der sich wohl Gedanken machte, wie man so manche von ihm gemachten Zugeständnisse in Versailles aufnehmen würde.

In der Tat wurden die Hoffnungen auf raschen Abschluß von dort aus enttäuscht. Es war für beide Unterhändler in Rastatt eine böse Überraschung, als am 26. Januar die Nachricht eintraf, daß Ludwig XIV. den Entwurf verworfen habe und von sich aus einen neuen aufstellen werde. „Mit welcher Befremdung“, so heißt es in Eugens Bericht, „ich das angehört, ist leicht zu erachten. Ich fand aber Villars selbst darüber so verstimmt und unzufrieden, daß ich nicht nötig hatte, ihm dieses ungebührliche und wider alle Treue und Glauben laufende Verfahren seines Hofes viel zu Gemüte zu führen“. Er wollte nun die Ankunft des eigenen Kuriers abwarten und den gemeinsam ausgearbeiteten Vertrag, an dessen Billigung durch den Kaiser er nicht zweifelte, dem Marschall zur Unterschrift vorlegen, bei deren Verweigerung aber seine sofortige Abreise mit der Erklärung ankündigen, daß man in Versailles offenbar den Frieden gar nicht wolle. Noch bevor am 1. Februar der Bote aus Wien kam, wurde das französische Projekt bekannt. Da war einmal statt der vom Kaiser zugleich für das Reich einzugehenden Konvention ein förmlicher Friedensvertrag nur mit dem Kaiser vorgesehen, während über den Reichsfrieden an einem neutralen Ort verhandelt werden sollte, da wurden in Italien dem Habsburger nur die bereits in seinem Besitz befindlichen Lande zugestanden und die Entscheidung über andere ehemals spanische Gebiete wie auch die Zusage einer Garantie für seine Anhänger auf der Pyrenäenhalbinsel unmittelbaren Verhandlungen zwischen ihm und dem spanischen Bourbonen zugewiesen, und es waren nicht nur Landau und Fort Louis, sondern auch Germersheim gefordert. Was nützte es, daß der Marschall, als er dies dem Prinzen bekanntgab, dessen scharfen Protesten kaum etwas entgegen-

setzte, ja aus seinem Unwillen über das Projekt kein Hehl machte. Vorerst konnte es für den Vertreter des Kaisers keine weitere Verhandlung mehr geben: am 6. Februar hat er sich von Villars verabschiedet und sich zunächst nach Ettlingen begeben.

Sollte das wirklich das Ende der doch schon so weit geförderten Friedensverhandlungen sein? Weder Eugen noch Villars konnten sich das vorstellen, und ebensowenig wünschten die beiden Höfe ihren wirklichen Abbruch. In den letzten Unterhaltungen hatte der Marschall noch einen Weg gesucht, um doch das Werk zum Erfolg zu führen, und man war schließlich darauf verfallen, daß der Prinz eine Schrift verfassen ließ, in der seine Stellungnahme zu den Artikeln des neuen französischen Entwurfs zu einer Art Ultimatum gestaltet wurde, bei dessen grundsätzlicher Annahme durch Ludwig XIV. der Friede doch noch unterzeichnet werden könnte. Bei dem letzten Treffen der beiden Bevollmächtigten am 6. Februar hat Eugen in der Tat dies Dokument überreicht. Abgelehnt waren da die Ansprüche auf Germersheim und einige andere französische Forderungen, die sich u. a. auf eine Restitution des ungarischen Rebellenführers Rákóczi bezogen. Immerhin wurde im übrigen die Garantie der katalanischen Rechte ausgelassen, was Villars als großen Erfolg seines Drängens hinstellte. Um so mehr bestand Eugen auf Sicherung der österreichischen Besitzungen und Ansprüche in Italien. Die Abreise aus Rastatt war für ihn vor allem ein Druckmittel, dabei wollte er von sich aus alles tun, um daraus nicht den Abbruch des gesamten Friedensgesprächs werden zu lassen. Er fuhr von Ettlingen zu dem Herzog von Württemberg nach Ludwigsburg, wo er warten wollte, bis ihm Villars, der sich nach Straßburg begeben hatte, die Antwort auf sein Ultimatum zukommen ließ. Zwar wurde er, der als Gast des Herzogs bald nach Stuttgart übergesiedelt war, seit Mitte Februar über das Ausbleiben jeder Nachricht unruhig, doch dann traf in der Nacht vom 22. zum 23. Februar der Marquis de Contades in der württembergischen Hauptstadt mit der französischen Antwort ein. Sie war wohl noch günstiger, als der Prinz erwartet hatte. Contades, der selbst als Sendbote Villars' in Versailles gewesen war, richtete zunächst dem kaiserlichen Feldherrn Komplimente des Königs aus und teilte ihm mit, daß Ludwig im Vertrauen auf die Zusicherungen des Prinzen über die aufrichtige Verständigungsabsicht des Wiener Hofes dem Marschall

Villars die Erlaubnis zur Unterzeichnung des Friedens unter weitgehender Berücksichtigung der Bemerkungen Eugens gegeben habe. Die drei Punkte, in denen er nicht nachgeben zu können erklärte, waren im Grunde nebensächlicher Natur, sie betrafen den Titel des Kaisers als spanischer König, der nicht im Vertrag erscheinen solle, die Fortlassung einer von den Österreichern eingesetzten Nichtigkeitsklausel gegen alle früheren Verträge, und in der Bestimmung über die an Österreich fallenden Gebiete in Italien sollte der Zusatz, daß es sich um die bereits in des Kaisers Besitz befindlichen handelte, bleiben. Man vermochte sich hier über beiden Auffassungen Rechnung tragende Formulierungen zu einigen. So konnte Contades denn das Einverständnis Eugens mit nach Straßburg nehmen und zugleich einen Brief des Prinzen an Villars, in dem er sein Wiedereintreffen in Rastatt für den Nachmittag des 27. Februar ankündigte, „wo wir, wie ich annehme, in wenigen Tagen die letzte Hand an dies große Werk legen werden. Ich hoffe, Sie bald zu umarmen“. Er hat dann noch in Stuttgart den enthusiastischen Brief Villars' erhalten, nach dem er freilich wegen jener neuen von dem Prinzen mit Contades vereinbarten Formulierungen noch die Absendung eines neuen Kuriers nach Paris für notwendig hielt, zugleich aber meinte, daß dies keinen großen Zeitverlust bedeute, da man in Rastatt ja noch eine lateinische Übersetzung des französischen Vertragstextes herstellen müsse. Doch mag es mit dieser letzten Anfrage in Versailles zusammengehangen haben, daß man das neue Treffen um einen Tag hinausschob.

In der Frühe des 27. Februars 1714 ist Eugen von Stuttgart aufgebrochen. Diesmal traf er am Nachmittag des folgenden Tages als erster, eine halbe Stunde vor Villars, im Schloß von Rastatt ein. In der sofort aufgenommenen Konferenz betonte der Franzose zunächst, wie große Mühe es ihm gekostet, den starken Widerstand an seinem Hofe zu überwinden, wo man ihm vorgeworfen habe, sich allzusehr von seinem Gegner leiten zu lassen und ihm immer recht zu geben. Daraufhin glaubte er von diesem einen Gefallen erwarten zu können, indem doch ein Passus über einen baldigen Frieden des Habsburger mit Philipp von Spanien aufgenommen werde, doch Eugen erklärte, darüber nur sprechen zu können, wenn dafür auch die Garantie der Amnestie der spanischen Anhänger des Habsburgers eingefügt werde, was Ludwig XIV. abgelehnt hatte. Noch am 28. Februar

begannen dann Pendterriedter und d'Hauteval den genauen Text des Vertrages herzustellen, eine mühsame oft bis in die Nacht dauernde Arbeit. Es gab natürlich noch manche Anstände und Auseinandersetzungen, aber sie waren nicht ernster Natur. Die Deutschen hatten die Genugtuung, daß von Germersheim nicht mehr die Rede war, und wenn sie Fort Louis und Landau Frankreich zuerkannten, so erhielten sie die von den Franzosen besetzten rechtsrheinischen Plätze Breisach, Freiburg und Kehl in unzerstörtem Zustande zurück. Bei den wittelsbachischen Brüdern von Bayern und Köln blieb es bei der einfachen Wiedereinsetzung in ihre Lande und Würden. Auf Erwähnung sowohl des Friedens mit dem spanischen Bourbonen als auch der Katalanen verzichtete man. Noch fehlte wegen der Formulierung über die italienischen Rechte des Kaisers die endgültige Feststellung dieses Artikels. Die beiden Feldherrn saßen am 5. März gerade bei Tisch, als der Kurier mit der Zustimmung des Königs zu ihr eintraf. Man kam rasch überein, nicht etwa auf die lateinische Übersetzung zu warten, sondern die Verantwortung für sie den Sekretären zu übertragen. Im Laufe des 6. wurden die französischen Reinschriften geschrieben und am Abend den beiden Chefs vorgelegt. Man befand sich turnusgemäß im Appartement des Marschalls, und der Prinz stimmte zu, daß man die Dokumente hier durchsah und auch unterzeichnete, was er dem Kaiser gegenüber damit begründete, daß „doch die ganze Handlung ohne Formalität hergegangen und unter uns kein Zeremoniell beobachtet worden, obwohl ich ihm das Zeugnis geben muß, daß er jederzeit mit aller Deferenz gegen mich gelebt und anstatt einmal, daß ich zu ihm gekommen, sich wohl drei- oder viermal bei mir in der Konferenz eingefunden hat“. Mit dem Datum des 6. März 1714 versehen, wurde der Friede von Rastatt in den frühen Morgenstunden des 7. von dem Prinzen Eugen von Savoyen und dem Herzog von Villars unterschrieben. Der Marschall hat am Nachmittag das Schloß verlassen, nachdem man sich noch einmal zum Diner bei dem Savoyer zusammengefunden hatte. Dieser blieb noch bis zum 8., um sich dann für einige Tage zu dem Herzog von Württemberg zu begeben. „Ich trete Ihnen gegenüber in kein Detail ein in der Hoffnung, Sie bald zu umarmen“, schrieb er an den Hofkanzler Sinzendorf in Wien; „man wird“, so fügte er hinzu, „19 bis 20 000 Gulden für das nötig haben, was man allen diesen Leuten versprochen hat, die

es übrigens geradezu gefordert haben“. Nun, es waren gewiß nicht nur die Sekretäre und die sonst an Anknüpfung, Durchführung und Abschluß der Verhandlung beteiligten untergeordneten Persönlichkeiten, die belohnt wurden. Voll Stolz konnte Villars am 16. März aus Versailles dem Gegner im Feld und am Konferenztisch, in dem er einen Freund gewonnen zu haben glaubte, mitteilen, daß ihm sein König die große Gnade der „grandes entrées“ bei Hof und die Vererbung des Gouvernements der Provence auf seinen Sohn bewilligt habe. Natürlich sind auch dem Prinzen Ehren und Gnaden zuteil geworden.

Er hatte sie wahrhaftig verdient. Selbst hat er voll Befriedigung in dem Begleitschreiben zu dem Vertrag den Kaiser beglückwünscht, „daß Euer Kaiserlichen Majestät Standhaftigkeit zu Dero niemals auslöschlichem Ruhm, ungeachtet der feindlichen großen Übermacht und Abtrünnigkeit fast aller Ihrer Alliierten, gleichwohl um ein vieles vorteiligere und rühmlicher Friedensbedingungen errungen haben, als Sie von der fremden Vermittlung in der vorjährigen Utrechtschen Handlung zu vermuten gehabt hätten.“ Nicht anders urteilte man in Wien, wo die geheime Konferenz dem Vertrag vollinhaltlich zustimmte und abschließend feststellte, daß er „mit solcher Vorsichtigkeit und so genauer Befolgung der kaiserlichen Befehle von dem Prinzen gemacht worden, daß ihm hierfür billig alles Lob gebühre“. Gewiß hatten die Hauptentscheidungen von Utrecht nicht umgestoßen werden können, und darüber hinaus hatte man Landau den Franzosen überlassen müssen; für das Reich wurde in Baden in der Schweiz noch verhandelt, ohne daß Wesentliches an dem Rastatter Instrument geändert wurde. Aber wenn das Reich nichts gewonnen, freilich auch nichts verloren hatte, und wenn der Habsburger auf Spanien hatte verzichten müssen, so war die österreichische Großmacht, der die Lombardei mit Mantua, Neapel, Sardinien und Belgien zugefallen waren, fest begründet worden. Angesichts der schlechten politischen und militärischen Lage war man doch noch nicht nur glimpflich, sondern gut davongekommen. Und daran hatte gewiß der Prinz Eugen, der die Verhandlungen mit Geschick und überlegener Taktik, zugleich geschmeidig und energisch, geführt hatte, ein Hauptverdienst. Voll Bewunderung hat Pendterriedter nach seiner Rückkehr nach Wien dem schwedischen Residenten erzählt, wie der Prinz es verstanden habe, sich der Herrschaft über Villars' Geist

und Handeln zu bemächtigen, und er fügte als seine unumstößliche Überzeugung hinzu, daß kein anderer als er es fertiggebracht hätte, dem Kaiser einen so erträglichen Frieden in einer so miserablen Situation zu verschaffen. Nach seinen großen Siegen bei Zenta, Höchstädt und Turin ist denn auch der siegreiche General wohl kaum in Wien so begeistert empfangen worden wie nun, als er am 19. März dort als Friedensbringer eintraf. In den Neuigkeitsblättern der Zeit vermerkt man, „es wäre Kaiserliche Majestät demselben von Dero Retraite bis in die Ratsstube entgegengegangen, hätte ihn umarmt und, als er sich Seiner Majestät Hände zu küssen bemühte, selbigen zweimal stark geküßt“. Ein Diplomat fand dies besonders auffallend bei einem Fürsten, mit dessen ernsten spanischen Manieren sich kaum Güte und Liebenswürdigkeit mischten: „Aber er glaubte diesem geschickten und glücklichen Pazifikator ganz besondere Rücksichten erzeigen zu sollen.“

Wie alles Menschenwerk, so ist auch vieles von dem, was damals in Rastatt geschaffen und in dem Reichsfrieden von Baden bestätigt wurde, vergänglich gewesen. Aber auf eins sei hier noch hingewiesen. In Rastatt haben die beiden Unterhändler davon gesprochen, ob es nicht Zeit sei, die alte Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland zu begraben, ob es nicht möglich sei, zu einer Union zwischen dem Kaiser und dem französischen König zu gelangen und damit den zerstörerischen Kriegen im westlichen Europa ein Ende zu setzen. Sie haben das Gespräch im schweizerischen Baden, wohin sich beide Anfang September 1714 zur Unterzeichnung auch dieses endgültigen Friedens begaben, fortgesetzt, und im Anschluß daran ist es zu ernsthaften Versuchen gekommen, diese Union zustandezubringen. Sie sind gescheitert, aber leuchtet hier von den abendlichen Unterhaltungen an den Kaminen des Rastatter Schlosses nicht ein Gedanke auf, der erst in unseren Tagen verwirklicht wurde? Und von hier fällt noch einmal unser Blick auf jenen merkwürdigen Mann, den das unsterbliche Soldatenlied nach seinem letzten großen Siege bei Belgrad den edlen Ritter genannt hat. Wir können feststellen, daß in späteren Jahren der unermüdliche Vorkämpfer für einen ewigen Frieden, der Abbé de Saint-Pierre, ihm seine langatmigen Ausführungen über die Verwirklichung dieser Idee gesandt hat und daß der Prinz ihm freundliche Antworten zukommen ließ. Nicht als wenn Eugen die Vorschläge des

weltfremden Mannes für realisierbar hielt. Aber aus dem Briefwechsel zwischen dem Pariser Friedensapostel und dem Wiener Kriegshelden ergibt sich doch so viel, daß diesen eine tiefe Sympathie für die Idee des Friedens erfüllte. Hatte ihn einst der Ruhm des Krieges gelockt, war er dann dem Rufe der Pflicht gefolgt, wenn er auf Grund seiner großen Eigenschaften und Fähigkeiten die Führung der kaiserlichen Heere übernahm, so gingen sein Denken und Fühlen nicht in dem rauhen Handwerk des Soldaten auf. In ihm lebte der Wille zu geistiger Betätigung, ihn erfüllte die Freude an Kunst und Wissenschaft, der Wunsch zur Teilnahme am kulturellen Leben seiner Zeit. Und da für Möglichkeit und Auswirkung dieser Bestrebungen der Friede eine notwendige Voraussetzung war, so hat er sich für ihn eingesetzt und dessen Vorkämpfer seine dankbare Anerkennung nicht versagt.

Der Rastatter Friede von 1714

Am Allerheiligentag des Jahres 1700 starb in Madrid Karl II., König von Spanien. Er war der vierte Nachfolger, also ein Ur-Ur-Enkel Karls I., der als Enkel Kaiser Maximilians I. und der Maria von Burgund, und als Enkel Ferdinands von Aragon und der Isabella von Kastilien zu Beginn des 16. Jahrhunderts die Anwartschaft auf das österreichische, burgundische und spanische Erbe in sich vereinigte, und der nach dem Tode Maximilians als Karl V. deutscher Kaiser wurde.

Karl II. starb kinderlos. Mit ihm schloß die Reihe der Herrscher aus dem Hause Habsburg auf dem spanischen Thron, die mit Karl I. begonnen hatte.

Für Spanien bedeutete der Übergang seiner Herrschaftsrechte auf das Haus Habsburg den Aufstieg von einer bis dahin am Rande des politischen Geschehens gelegenen, innerlich noch kaum geeinten Nation zur Weltmacht. Karl V. vereinigte in seiner Hand noch einmal alle Möglichkeiten zur Schaffung des großen universalen christlichen Reiches im mittelalterlichen Sinne und lebte mindestens in seinen jüngeren Jahren noch in der Vorstellung, daß es möglich sein könnte, dieses mittelalterliche Reich, wie es einmal unter Karl dem Großen, den Ottonen oder den Hohenstaufen bestanden hatte, wieder zu errichten.

Er selbst hat allerdings dann noch zu seinen Lebzeiten die Vereinigung so vieler Herrschaftsrechte in einer Hand wieder gelöst, indem er die Nachfolge im „Reich“ und damit die Anwartschaft auf die Kaiserkrone nicht auf seinen Sohn Philipp, sondern seinen Bruder Ferdinand übertrug. Er selbst hat damit bekundet, daß um die Mitte des 16. Jahrhunderts das

Mittelalter endgültig beendet war, daß mit dem Zeitalter der Entdeckungen und der Reformation der Gedanke eines einheitlichen christlichen Reiches nicht mehr zu verwirklichen war.

Aber wenn auch Spanien die Stellung, die es zur Zeit Karls V. erworben hatte, nicht während der ganzen Dauer der habsburgischen Herrschaft behaupten konnte, so war es doch auch am Ende des 17. Jahrhunderts noch eine bedeutende Macht. Zur Krone Spaniens gehörte nicht nur das uns auch heute noch als Spanien geläufige Gebiet auf der Iberischen Halbinsel, zu Spanien gehörte damals auch das Königreich beider Sizilien, gehörten Oberitalien und die Niederlande, soweit sie sich nicht im Jahre 1588 von der spanischen Herrschaft losgesagt hatten, und gehörte noch das gesamte burgundische Erbe Karls V., soweit es nicht in den zahlreichen Kriegen, die in den beiden Jahrhunderten zwischen Spanien und Frankreich geführt worden sind, an Frankreich gefallen war. Zu Spanien gehörte aber insbesondere auch das weite Kolonialreich in Süd- und Mittelamerika, das man damals noch unter dem Begriff West-Indien zusammenfaßte.

Kein Wunder, daß die Frage, was einmal aus diesem Herrschaftsbereich werden sollte, die europäische Diplomatie schon lange, bevor das Aussterben wirklich eintrat, beschäftigte. Die Frage des Übergangs solcher Herrschaftsrechte war ja nach der Auffassung der damaligen Zeit noch ausschließlich eine Frage des Erbrechts.

Da aber standen sich die neben Spanien und den noch zu erwähnenden Seemächten beiden bedeutendsten europäischen Mächte mit nahezu gleichen Ansprüchen gegenüber. In erster Linie natürlich das Haus Habsburg in Wien, das sich seit der Trennung der beiden Linien des Hauses zu einer eigenen, weit in den Südosten des Kontinents hineinreichenden Großmacht entwickelt hatte und durch Jahrhunderte hindurch Träger der deutschen Kaiserkrone war. Seine Anwartschaft auf das spanische Erbe ergab sich nicht nur aus der gemeinsamen Abstammung der beiden Linien, sondern aus zahlreichen Querverbindungen, die sich auch während der Trennung durch gegenseitige Heiraten ergeben hatten. Kaiser Leopold in Wien war von der Mutterseite her ein Enkel Philipps III. und durch seine Ehe mit Margarete Theresia von Spanien Schwiegersohn Philipps IV. und Schwager des letzten spanischen Königs Karl II.

Aber auch Frankreich, die andere große Macht, hatte sich rechtzeitig um die Begründung von Erbrechten bemüht. Ludwig XIV. hatte sich nach dem sogenannten Pyrenäen-Frieden (1659) mit der anderen Tochter Philipps IV., Maria Theresia, verheiratet. Seine Abkömmlinge aus dieser Ehe konnten sich auf Abstammung vom vorletzten spanischen König Philipp IV. berufen. Zwar hatte Ludwig XIV. im Ehevertrag anlässlich seiner Verheiratung mit Maria Theresia ausdrücklich für sich und seine Abkömmlinge auf die Erbrechte seiner Frau verzichtet. Man hatte sich aber von vornherein im Vertrag eine Hintertür offengelassen, die eine Anfechtung dieses Vertrages ermöglichte.

Ein Zusammenstoß der beiden Mächte bei Eintritt des Erbfalls war vorzuzusehen.

Aber auch dritte Mächte waren, wenn auch nicht mit eigenen, unmittelbaren Ansprüchen an einer Regelung dieser Erbschaftsfrage interessiert. Weder Habsburg-Österreich, noch Bourbon-Frankreich war als Alleinerbe der spanischen Herrschaftsrechte genehm; denn wer von beiden auch Erbe würde, in jedem Fall hätte sich in einer Hand dann eine Macht vereinigt, die mit dem Gedanken des europäischen Gleichgewichts, der damals schon eine Rolle spielte, nicht mehr vereinbar war. Insbesondere die Seemächte England und Holland, seit 1689 in der Hand Wilhelms III. von Oranien vereinigt, waren in dieser Richtung interessiert. Auf ihr Betreiben hin kam es noch zu Lebzeiten Karls II. zu Teilungsvereinbarungen zwischen den Seemächten und Frankreich.

Nach dem ersten Teilungsvertrag vom Oktober 1698 sollte die spanische Krone weder an Österreich, noch an Frankreich, sondern an den Kurprinzen Joseph Ferdinand von Bayern, einen Ur-Enkel Philipps IV. und Enkel Karls II. fallen. Der französische Erbanwärter Philipp von Anjou sollte zum Ausgleich Neapel, Sizilien und die Häfen der Toskana, der österreichische Erbanwärter Erzherzog Karl das Herzogtum Mailand erhalten. Die Niederlande und die Kolonien sollten mit Spanien vereinigt bleiben. Der bayrische Kurprinz starb aber vor dem König von Spanien im Frühjahr 1699. Es kam darum zum zweiten Teilungsvertrag vom Juni 1699, nach welchem die Krone Spaniens mit den Niederlanden und den Kolonien an Erzherzog Karl fallen sollte, die italienischen Besitzungen an Philipp von Anjou, wobei das Herzogtum Mailand mit dem Herzogtum

Lothringen zu tauschen war. Diese Vereinbarung, die ebenfalls nur zwischen Ludwig XIV. und den Generalstaaten getroffen war, war im Zeitpunkt des Todes Karls II. in Kraft. Es stellte sich aber heraus, daß Karl II. kurz vor seinem Tode durch den Vertreter Frankreichs in Spanien veranlaßt worden war, ein Testament zu machen, wonach das gesamte spanische Erbe ungeteilt an Philipp von Anjou fallen sollte.

Ludwig XIV. stellte dieses Testament vor die Vereinbarung, verkündete die Erhebung seines Enkels zum König von Spanien und nahm das gesamte spanische Erbe für ihn in Anspruch. Im April 1701 schloß er ein Bündnis mit Savoyen und besetzte Mantua in Oberitalien, das der Kaiser als erledigtes Reichslehen einzog. Gleichzeitig ließ der Kaiser, der seinerseits das gesamte spanische Erbe nach den unbestreitbaren Erbrechten für seinen Sohn Erzherzog Karl in Anspruch nahm, den Prinzen Eugen mit einer Armee über die Alpen gehen und Oberitalien besetzen. Damit war der Krieg ausgebrochen.

Die Seemächte suchten zu vermitteln, sie waren geneigt, Philipp von Anjou als König von Spanien anzuerkennen, wenn dem Kaiser ein Ausgleich in Italien und den Niederlanden gegeben und ihnen selbst entsprechende Handelsvorteile eingeräumt würden. Ludwig XIV. lehnte ab. Jetzt kam es zum Bündnis zwischen dem Kaiser und den Seemächten, einer großen Allianz, wie sie schon einmal während des pfälzischen Erbfolgekrieges bestanden hatte. Im Bündnisvertrag wurde dem Haus Österreich zwar nicht das ganze spanische Erbe, aber die spanischen Besitzungen in den Niederlanden und in Italien zugesagt, während die Seemächte mit den Kolonien rechneten und das spanische Mutterland den Bourbonen lassen wollten. Diesem Bündnis traten alsbald die übrigen Reichsstände, mit Ausnahme der Kurfürsten von Bayern und Köln, ebenso Preußen und die assoziierten vorderen fünf Reichskreise, schließlich auch das Reich selbst, bei. Im Jahre 1703 wechselte Savoyen — wie auch später immer wieder in der Geschichte — die Partei und trat, ebenso wie Portugal, der großen Allianz bei. Es gab einen weltweiten Krieg, bei dem auf seiten Frankreichs lediglich die Kurfürsten von Bayern und Köln, die Brüder Max-Emanuel und Joseph-Clemens, standen. Alle anderen Mächte standen gegen Frankreich (siehe Karte). Es schien zu einer großen Abrechnung mit Ludwig XIV., der ein halbes Jahrhundert lang Europa mit seinen Eroberungskriegen beunruhigt und seine Grenzen nach allen Richtungen vorgeschoben hatte, zu kommen.

Es gab vier Kriegsschauplätze. In den Niederlanden stand John Churchill, Herzog von Marlborough, mit englischen und holländischen Truppen. Am Oberrhein stand der Markgraf von Baden, der „Türkenlouis“, mit einer hauptsächlich aus Kreistruppen zusammengesetzten Armee. In Oberitalien stand Prinz Eugen, und nach Spanien ging nach dem Abschluß des Bündnisses mit Portugal Erzherzog Karl mit deutschen, englischen und holländischen Truppen.

Der Krieg ließ sich — abgesehen von den Anfangserfolgen des Prinzen Eugen in Oberitalien, der Eroberung Landaus durch Ludwig Wilhelm im Jahre 1702 und Säuberungsaktionen im Gebiet des Kurfürsten von Köln — zunächst nicht gerade gut für die Alliierten an. Die Initiative lag alsbald bei den Franzosen. Sie suchten von zwei Seiten her den Durchbruch nach Süddeutschland und die Vereinigung mit dem Kurfürsten von Bayern, um von dort nach Österreich durchstoßen zu können. Der Durchbruchversuch über Oberitalien und den Brenner mißlang. Er scheiterte im wesentlichen an dem Widerstand der Tiroler Bauern, die beim Eindringen Max Emanuels zu den Waffen gegriffen hatten, so daß der bei Trient stehende Marschall Vendome den Durchstoß durch die Alpen nicht mehr riskierte. Der Durchbruch über den Oberrhein und den Schwarzwald an die obere Donau dagegen gelang. Hier stand auf deutscher Seite der Markgraf von Baden mit völlig unzureichenden Kräften und in der gleichen Misere, mit der er schon im vorhergehenden Krieg von 1693 bis 1697 zu kämpfen gehabt hatte. Sein Abschnitt reichte vom Bodensee bis etwa Mainz. Er war am Anfang des Krieges über den Rhein gegangen und hatte Landau erobert, mußte sich aber im nächsten Jahr schon wieder auf das rechte Rheinufer zurückziehen. Er konnte trotzdem nicht verhindern, daß Marschall Villars starke Abteilungen über den Oberrhein und den Schwarzwald an die obere Donau gehen ließ, die sich dann schon in der Nähe von Tuttlingen mit bayrischen Abteilungen vereinigten und laufend Verstärkungen nachzogen. Ein Versuch des Markgrafen, etwa parallel mit den Franzosen an die obere Donau zu ziehen und sich dort mit einer aus Österreich auf dem rechten Donau-Ufer vorgehenden kaiserlichen Armee zu vereinigen, mißlang, weil die kaiserliche Armee in der Nähe von Höchstädt von den vereinigten Franzosen und Bayern geschlagen wurde, bevor es überhaupt zur Vereinigung mit dem Markgrafen gekom-

men war. Die Dinge standen Anfang 1704 recht schlecht für die Alliierten, insbesondere den Kaiser, der sich auch vom Rücken her wieder einmal durch einen durch die Franzosen angezettelten Aufstand der Ungarn bedroht fühlte. Die Bayern standen in Passau unmittelbar vor dem Einmarsch in die Erblande.

Man verlor aber nicht die Nerven. Prinz Eugen, der seit Ende 1702 Präsident des Hofkriegsrates in Wien war und eine Reorganisation der Armee übernommen hatte, verstand es, den in den Niederlanden stehenden Herzog von Marlborough zu veranlassen, mit starken Kräften nach Süddeutschland zu marschieren und sich dort mit den Truppen des Markgrafen zu vereinigen. Im ersten Ansturm kam es zur Schlacht am Schellenberg bei Donauwörth, wo eine starke bayrische Abteilung aus ihren Verschanzungen geschlagen wurde. Der Markgraf von Baden holte sich dort die Verwundung, deren Folgen für ihn später tödlich werden sollten. Er legte sich mit seinen Truppen zur Belagerung vor Ingolstadt, während Prinz Eugen mit Marlborough zusammen am 13. August 1704 wiederum bei Höchstädt einen Sieg erkämpfte, der als die Schlacht von Blindheim oder Blindheim in die Geschichte eingegangen ist und dazu führte, daß der bayrische Kurfürst sich in seinem eigenen Lande nicht mehr halten konnte und mit den über den Rhein zurückgehenden Franzosen außer Landes gehen mußte. Damit war die Wende des Krieges zugunsten der Alliierten eingetreten.

Auch in Spanien war man erfolgreich. Man hat es aber dann unterlassen, den in Süddeutschland errungenen Erfolg in dem vom Markgrafen Ludwig Wilhelm gewünschten Sinne auszuwerten und den Krieg vom Oberrhein aus in das Gebiet des Gegners hineinzutragen, um dort die dem Reich im Laufe der letzten 1½ Jahrhunderte verlorengegangenen Gebiete wieder in die Hand zu bekommen. Der Markgraf und Marlborough konnten sich über ein gemeinsames Vorgehen nicht einigen. Das sollte sich später sehr zum Nachteil des Reiches auswirken.

Das Jahr 1705 brachte den Tod des Kaisers Leopold, der seit 1658 regiert hatte, und die Wahl seines Sohnes Joseph, der sechs Jahre lang deutscher Kaiser war. Während der Dauer seiner Regierungszeit blieb das Waffenglück im wesentlichen den Alliierten treu.

Prinz Eugen brachte zu dieser Zeit nicht nur Oberitalien und die Lombardei, sondern auch das Königreich Neapel in die Hand des Kaisers. Es

kam zu einem Zwischenspiel, als Papst Clemens VII. eine eigene Armee aufstellte und auf französisch-spanischer Seite in den Krieg eintreten wollte. Als der Einmarsch deutscher und insbesondere brandenburgischer Truppen in Rom drohte, entschloß er sich zum Frieden und zur Auflösung seiner Armee und leistete dem Kaiser insofern noch gute Dienste, als er die aufständischen Ungarn zur Aufgabe ihres Widerstandes veranlaßte.

Schon im Mai 1706 hat Marlborough durch die Schlacht bei Ramillies, in der eine unter dem Befehl von Max-Emanuel und Marschall Villeroy stehende französische Armee vernichtend geschlagen wurde, die spanischen Niederlande in seine Hand gebracht. Im Juli 1708 erfocht er mit Prinz Eugen zusammen bei Oudenarde einen glänzenden Sieg, der es ihm ermöglichte, die französische Grenze zu überschreiten, Lille zu nehmen und damit den Krieg nach Frankreich hineinzutragen.

Ludwig XIV. wurde kriegsmüde. In Holland tagten schon im Jahre 1708 die Alliierten zur Beratung ihrer Kriegsziele. Man hatte sehr weitgehende Forderungen. Darüber, daß der Erzherzog Karl König von Spanien werden sollte, war man sich schon lange Zeit einig. Das Reich, insbesondere die assoziierten süddeutschen Kreise dachten ernsthaft an die Rückgewinnung aller seit 1552 im Westen an Frankreich verlorenen Gebiete, also nicht nur Straßburg und Elsaß, sondern auch an die Freigrafschaft Burgund und die schon 1552 verlorengegangenen Bistümer Metz, Toul und Verdun. Die Feldherren Prinz Eugen und Marlborough waren überzeugt, daß sie spätestens im Jahre 1709 den entscheidenden militärischen Erfolg über Frankreich erzielen würden. Tatsächlich kam es dann im September 1709 auch zur größten Schlacht des ganzen Krieges, ja des ganzen Jahrhunderts, der Schlacht bei Malplaquet, bei der sich beiderseits je etwa 100 000 Mann gegenüberstanden. Die Franzosen unter Marschall Villars, die Alliierten unter Marlborough und Prinz Eugen. Auch diese Schlacht endete mit einem Sieg der Alliierten.

Anfang 1710 war Ludwig XIV. so weit, daß er praktisch auf das spanische Erbe verzichtete. Er war sogar bereit, dem Reich das Elsaß und Straßburg zurückzugeben. Der Frieden scheiterte fast nur an der auf englisches Betreiben gestellten Forderung, daß Ludwig XIV. notfalls auch mit eigenen Truppen seinen Enkel Philipp aus Spanien vertreiben müsse. Damit war der Bogen überspannt.

Nun traten in rascher Folge politische Ereignisse ein, die zu einer völligen Wende führten.

In England kam es zum Regierungswechsel. Die seit mehr als zwanzig Jahren fast ununterbrochen an der Regierung befindlichen frankreichfeindlichen Liberalen, die Whigs, wurden durch die frankreichfreundlichen Tories abgelöst. Man wollte aus innerpolitischen Gründen in England rasch zum Frieden kommen. Die Befugnisse des von der liberalen Seite getragenen Herzogs von Marlborough wurden erheblich eingeschränkt, die Weiterführung der militärischen Aktionen inhibiert und der Herzog als Oberbefehlshaber sogar alsbald abberufen.

Als schließlich im Jahre 1711 noch Kaiser Joseph in jungen Jahren ohne Hinterlassung männlicher Erben starb und damit der Erzherzog Karl, der bisherige Anwärter auf den spanischen Thron, zur Nachfolge in Deutschland berufen war, gab es kein Halten mehr.

England setzte gegen den Widerspruch des Kaisers im Januar 1712 die Einberufung einer Friedenskonferenz in Utrecht durch. Nach etwas über einem Jahr war man so weit, daß es — ohne den Kaiser — zu den Friedensschlüssen von Utrecht kam. Am 11. April 1713 wurden in Utrecht Friedensverträge geschlossen: zwischen Frankreich und Großbritannien, Frankreich und Holland, Frankreich und Preußen, Frankreich und Portugal und zwischen Frankreich und Savoyen.

In diesen Friedensschlüssen erhielt Frankreich die Anerkennung Philipps von Anjou als König von Spanien (Philipp V.) unter der Bedingung, daß die Krone von Spanien und Frankreich nie auf einem Haupt vereinigt würde.

England erhielt von Frankreich in Amerika Neufundland, Neuschottland und die Hudsonbai mit allen zugehörigen Plätzen.

Holland erhielt ein Besatzungsrecht in den spanischen Niederlanden, die sogenannte Festungsbarriere, und übernahm zunächst die spanischen Niederlande, um sie später an den Kaiser abzutreten.

Preußen erhielt von Ludwig XIV. den früher spanischen Teil von Obergeldern, das Land von Kessel und das Amt Kriekenbeck in Obergeldern und die Anerkennung der Souveränität über Neuenburg und Vallengin. Der König von Preußen verzichtete zugunsten Frankreichs auf seinen Anspruch bezüglich des Fürstentums Orange und der in der Grafschaft Burgund gelegenen Herrschaftsgebiete.

Portugal erhielt von Frankreich einige Gebiete in Südamerika und die Rückgabe der während des Krieges von den Franzosen in Amerika eroberten Plätze.

Savoyen erhielt die Anerkennung des ihm von Spanien abgetretenen Königreichs Sizilien und die Rückgabe aller französischen Eroberungen sowie die Zusage der Nachfolge auf den spanischen Thron für den Fall, daß Philipp V. ohne Nachkommen sterben sollte.

Am 13. Juli 1713 kam es auch zum Friedensschluß zwischen Spanien und England und Spanien und Savoyen. England erhielt von Spanien Gibraltar und die Insel Minorka, außerdem wurde der im März 1713 zwischen England und Spanien bereits geschlossene Assientovertrag bestätigt, nach welchem die Engländer das alleinige Recht erhielten, in den amerikanischen Provinzen Spaniens den Handel mit Negersklaven zu betreiben. Savoyen erhielt von Spanien die Insel Sizilien als Königreich und die Zusage der Nachfolge in Spanien für den Fall, daß Philipp V. von Spanien ohne Nachkommen sterbe, umgekehrt erhielt Spanien die Nachfolgeszusage für Sizilien.

Damit waren die Alliierten aus dem Krieg ausgeschieden; das spanische Erbe, mit Ausnahme der schon während des Krieges in österreichische Hand gekommenen italienischen Besitzungen und mit Ausnahme der dem Kaiser ausdrücklich vorbehaltenen Niederlande, verteilt. Von Ansprüchen des Reiches war überhaupt nicht gesprochen worden.

Der Krieg zwischen Kaiser und Reich einerseits und Frankreich andererseits ging weiter. Er verlief nicht glücklich. Im Frühjahr 1713 ging Landau wieder verloren und im Oktober 1713 sogar Freiburg. Es war klar, daß mit einem militärischen Erfolg über Frankreich nicht mehr zu rechnen war. Allerdings war Frankreich nach wie vor kriegsmüde und wollte zum Frieden kommen. Auch in Wien wußte man den jungen Kaiser zu überzeugen, daß die Fortführung des Krieges keinen Erfolg versprach.

Die Initiative zu neuen Verhandlungen ging von Frankreich aus. Noch während der Belagerung von Landau Anfang August 1713 ließ der Marschall Villars über den Kurfürsten Johann Wilhelm von der Pfalz den Wiener Hof wissen, daß Frankreich zu Verhandlungen bereit sei. Man ließ auch durchblicken, daß man zu erheblichen Zugeständnissen bereit war im Gegensatz zu den Forderungen, die man in Utrecht gestellt hatte

und an denen letzten Endes die Beteiligung des Kaisers an den Utrechter Friedensverträgen gescheitert war. In Wien war man zunächst recht mißtrauisch. Nach verschiedenen Sondierungsgesprächen durch Vermittlung des Kurfürsten von der Pfalz bzw. seiner Räte mit Marschall Villars entschloß man sich schließlich, nach dem Verlust von Freiburg den Prinzen Eugen zur Führung von Verhandlungen zu bevollmächtigen. Marschall Villars war schon seit August des Jahres im Besitz seiner Verhandlungsvollmacht. Sobald Prinz Eugen im Besitz seiner Vollmacht war, gab er dem Marschall davon Kenntnis und schlug als Ort einer Zusammenkunft das markgräfliche Schloß in Rastatt vor. Villars nahm in verbindlichster Form an.

Am 26. November 1713 kamen beide Bevollmächtigte in Rastatt an und nahmen in den beiden gegenüberliegenden Flügeln des Rastatter Schlosses Wohnung. Die Markgräfin als Hausherrin zog sich für die Dauer der Verhandlungen auf ihr Schloß nach Ettlingen zurück, um dort den Ausgang abzuwarten.

Die eigentlichen Verhandlungen zur Sache begannen am 29. November 1713. Wir kennen heute die Instruktionen, die jeder der beiden Verhandlungspartner von seiner Regierung hatte, und wir wissen, daß die Spanne zwischen den Punkten, bis zu der jeder der beiden Partner gehen durfte, nur noch sehr gering war. Allerdings verteidigte jeder der beiden Unterhändler zunächst zäh seinen Standpunkt und ließ sich nur schwer etwas abringen. Prinz Eugen war erheblich hartnäckiger als Marschall Villars, den auch ein starker persönlicher Ehrgeiz trieb, seinem anerkannten Ruhm als Feldherr auch das Verdienst, den endgültigen Frieden nach dem langen Krieg zustande gebracht zu haben, hinzuzufügen.

Einer der Hauptpunkte, an denen die Beteiligung des Kaisers an den Utrechter Verträgen gescheitert war, war die Frage der Wiedereinsetzung der beiden im Laufe des Krieges vom Reich geächteten und aus ihren Gebieten vertriebenen Kurfürsten von Bayern und Köln und insbesondere die Gewährung einer Entschädigung an den Kurfürsten von Bayern für die Besetzung seines Landes während des Krieges. Der Kurfürst rechnete als Entschädigung mit einer Überlassung von Sardinien mit dem Königstitel. Ein anderer wesentlicher Punkt war die Stellung des Hauses Habsburg in Italien und die Frage der Überlassung von Sizilien an den Herzog

GEDENKMEDAILLE

im Auftrag der Stadt Rastatt geprägt aus Anlaß der
250. Wiederkehr des Rastatter Friedens von 1714



VORDERSEITE

Die Büsten der beiden Unterhändler
Prinz Eugen und Marschall Villars
einander zugekehrt.
Dartüber im Bogen:
OLIM DVO FVLMINA BELLI.
(Einst zwei Blitze des Krieges)



RÜCKSEITE

Mars schließt die Tür des Janustempels.
Umschrift:
IANVS A MARTE MENSE
MARTIO CLVSVS.
(Der Janustempel von Mars im Monat
März geschlossen).
Im Abschnitt darunter:
PAX RASTADIENS. (Rastatter Friede)

von Savoyen; hier wollte der Kaiser unter keinen Umständen zustimmen, weil er nach wie vor alle früheren Besitzungen des spanischen Hauses Habsburg in Italien für sich in Anspruch nahm. Dazu kam eine Reihe weiterer, weniger wesentlicher Fragen, um die aber auch hart zu ringen war. Frankreich war in der Frage der Entschädigung an die Kurfürsten jetzt von vonherein zu Zugeständnissen bereit. Auch an der italienischen Frage wollte man den Frieden nicht scheitern lassen, wenn man auch den Herzog von Savoyen, der sich einer erheblichen englischen Protektion erfreute, nicht wieder aus Sizilien vertreiben konnte. Eine im Vergleich zu Utrecht neue Forderung war das Verlangen auf Wiederüberlassung der Stadt und Festung Landau, die schon im Ryswiker Frieden 1697 an Frankreich gekommen und nach mehrfachem Wechsel während des Krieges schließlich 1713 wieder von Frankreich erobert war. In diesem Punkt war man in Wien zum Nachgeben bereit, da man ja in erster Linie Freiburg, das man kurz vor den Friedensverhandlungen verloren hatte, wieder zurück haben wollte.

Schon am 3. Dezember 1713, also wenige Tage nach Verhandlungsbeginn, berichtete Marschall Villars nach Paris, daß man voraussichtlich schnell zum Frieden kommen werde, wenn es bei den ihm ursprünglich erteilten Instruktionen bleibe und sich Frankreich auf die Überlassung von Landau beschränke.

Dieser modus procedendi war der Regierung in Paris jedoch nicht genehm. Man gab dem Marschall Anweisung, nicht zu nachgiebig zu sein und seine Forderungen wieder zu verschärfen, insbesondere wieder den Anspruch auf eine Entschädigung für den bayrischen Kurfürsten geltend zu machen. Damit hatte Paris seinen eignen Unterhändler stark verstimmt, und Prinz Eugen verstand das auszunutzen. Er ließ durchblicken, daß er die Verhandlungen scheitern lassen müsse, wenn Frankreich noch einmal mit dieser Entschädigungsforderung komme und daß er notfalls sofort abreisen werde. Die Folge war, daß Frankreich diese Forderung, die den Keim zu erheblichen neuen Auseinandersetzungen in sich getragen hätte, endgültig fallen ließ, so daß Marschall Villars glaubte, damit am Ziel zu sein.

Nun aber rückten die anderen Punkte in den Vordergrund, die wohl Marschall Villars, nicht aber Prinz Eugen, mehr oder weniger als nebensächlich angesehen hatte. Es war die Frage einer Amnestie für die Katalanen, die

während des Aufenthaltes des Erzherzogs Karl in Spanien treu zu ihm gestanden hatten, die Frage des Verhältnisses zwischen Kaiser und Spanien und die Stellung des Hauses Habsburg in Italien. Eine neue unerwartete Komplikation trat ein, als der Kurfürst von der Pfalz, wohl in der Meinung, dadurch die Friedensverhandlungen zu fördern, das links des Rheins gelegene Amt Germersheim als Äquivalent für Freiburg anbot. Das lag keineswegs im Sinne des Kaisers, brachte aber auf französischer Seite eine neue Forderung, die sich als Vorverlegung der elsässischen Grenze nach Norden bis über Landau und Germersheim hinaus ausgewirkt hätte. Darüber gab es heftige Debatten. Am 14. Januar 1714 war man so weit, daß ein Friedensprojekt ausgearbeitet werden konnte. Es wurde den Höfen in Wien und Paris vorgelegt. Marschall Villars erwartete selbstverständlich die Genehmigung von Paris und war äußerst enttäuscht, als er am 22. Januar von Paris die Nachricht erhielt, daß man mit diesem Projekt keinesfalls einverstanden sei.

Prinz Eugen schrieb dem Kaiser am 29. Januar, Villars habe ihm gesagt, „man habe ihm vorgeworfen, daß der Entwurf der Konvention so vorteilhaft für den Kaiser sei, daß es den Anschein habe, als habe Prinz Eugen die Bedingungen allein aufgestellt“.

Dabei ging es an sich nur noch um ziemlich nebensächliche Fragen, in denen Villars nach Auffassung seines Hofes zu großzügig war. Beispielsweise war für den Kaiser in dem Vertragsentwurf die Bezeichnung „kaiserliche und katholische Majestät“ enthalten, aus der man eine Anerkennung der spanischen Ansprüche des Kaisers hätte herleiten können; denn die Bezeichnung „katholische Majestät“ war von jeher die Bezeichnung des spanischen Königs gewesen. Dagegen wehrte man sich in Paris. Man beanstandete weiter, daß im Zusammenhang mit der Wiedereinsetzung der beiden Kurfürsten nicht ausdrücklich festgelegt war, daß ihnen auch ihre Wertsachen, Möbel, Bilder usw. zurückgegeben würden. Schließlich war man nicht damit einverstanden, daß den Katalanen, die während des Aufenthaltes des Erzherzogs Karl in Spanien, des jetzigen Kaisers, stets auf seiner Seite gestanden hatten, in dem Friedensvertrag ausdrücklich Amnestie und die Erhaltung ihrer alten Privilegien zugesagt war. Man betrachtete in Paris die Katalanen als Meuterer gegenüber dem bourbonischen König und wollte dem Kaiser nicht noch gewissermaßen Schutz-

rechte über diese spanischen Untertanen zuerkennen. Schließlich war man auch nicht damit einverstanden, daß die im Friedensvertrag vorgesehene endgültige Friedenskonferenz in einer deutschen Stadt stattfinden sollte. Man verlangte einen neutralen Ort. Insgesamt schickte man von Paris ein ausführliches Gegenprojekt.

Darüber war selbst Marschall Villars erbost, von dem man nach den vorliegenden Berichten ohnehin den Eindruck haben kann, als habe er mehr gegen seinen eigenen Hof in Paris als gegen seinen Verhandlungsgegner Prinz Eugen kämpfen müssen.

Prinz Eugen aber war im Einverständnis mit dem Wiener Hof, nachdem das Friedensprojekt vom 14. Januar in Paris abgelehnt worden war, von Rastatt abgereist und hatte sich Marschall Villars gegenüber nur bereit erklärt, in Stuttgart noch einige Zeit abzuwarten, um gegebenenfalls zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit zu sein, wenn Paris nachgebe. Marschall Villars schickte Kuriere nach Paris. Die Abreise Prinz Eugens und die daraus sich abzeichnende Möglichkeit des Scheiterns der Friedensverhandlungen brachte auch Paris zum Nachgeben. Marschall Villars lud Prinz Eugen zu neuen Verhandlungen ein.

Am 28. Februar 1714 begann dann die zweite Phase der Verhandlungen, die im Zeitraum einer Woche bereits zu einem Friedensvertrag führte. Auch diese letzte Woche verlief noch recht stürmisch, weil keiner der beiden Partner die Zugeständnisse, die er noch machen durfte, sofort preisgab. Man war aber dann doch am 6. März so weit, daß man den Friedensvertrag formulierte und ihn dann am nächsten Morgen um 7 Uhr nach einer mühsamen Nacharbeit unterschrieb.

Damit war der Friedensvertrag festgelegt. Er bedurfte zwar noch der Ratifizierung durch die beiderseitigen Regierungen. Sie ist am 17. März in Wien und am 23. März in Paris erfolgt. Außerdem bedurfte der Frieden noch der Zustimmung des Reiches, denn der Kaiser war nach der Verfassung des heiligen römischen Reiches — wenn man von einer solchen überhaupt sprechen kann — nicht berechtigt, ohne Zustimmung der Reichsstände für das Reich Frieden zu schließen. Es war deshalb ausdrücklich vereinbart, daß für den Friedensschluß mit dem Reich noch eine eigene Friedenskonferenz in Baden in der Schweiz einzuberufen sei. Sie war für den 15. April 1714 vorgesehen. Die Beratungen dort begannen aber erst

Anfang Juni und es zeigte sich bald, daß von seiten der Reichsstände — insgesamt 15 — noch so viel zusätzliche Wünsche erhoben wurden, daß man monatelang hätte verhandeln müssen. Man kam kurzerhand überein, alle neu angeschnittenen Fragen, die am Grundsatz des Friedensvertrages ohnehin nichts hätten ändern können, in der Schwebe zu lassen und den Rastatter Frieden auch für das Reich zu bestätigen. Damit war der Krieg nach mehr als 13jähriger Dauer endgültig beendet.

Wenn man nun heute die Frage nach der Bedeutung dieses Friedensvertrages stellt, so läßt sich vielleicht folgendes sagen:

Der Krieg, dessen Abschluß dieser Friede brachte, hatte begonnen als ein Erbstreit zwischen den beiden damals stärksten Mächten auf dem Kontinent. Er hatte sich aber schnell zum internationalen, wir könnten heute ruhig sagen zum Weltkrieg, ausgeweitet, weil es eben nicht nur um die Frage eines Erbes, sondern in Wirklichkeit doch um die Frage der Machtverteilung in Europa ging.

Gewinner des Krieges war England. Ihm hat der Krieg einen riesigen Landbesitz in Amerika eingebracht und ihm hat er dazu verholfen, sich im Mittelmeer (Gibraltar, Minorca) festzusetzen. Das war auch der Grund, weshalb dem Herzog von Savoyen die Insel Sizilien zufallen mußte.

Für Frankreich war der Krieg ein Selbstbehauptungskampf. Frankreich war ja in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts der Aggressor in Europa. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die große Allianz mindestens zeitweilig das Ziel hatte, Frankreich wieder zurückzuwerfen. Das ist ihr im Ergebnis nicht gelungen. Frankreich hat sich in dem dreizehnjährigen Krieg behauptet. Es hatte am Ende des Krieges, abgesehen von den Kolonien, kaum etwas eingebüßt. Allerdings hat es seinen Traum von einer Hegemonie und einem weiteren Vormarsch in Europa doch energisch zurückstecken müssen.

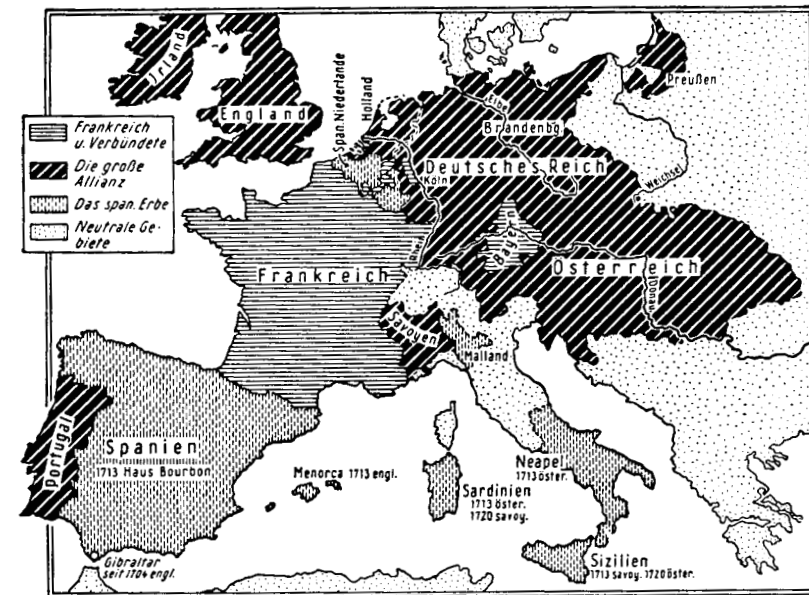
Dem Kaiser, d. h. dem Haus Habsburg, hat der Frieden zwar nicht das gebracht, was man sich einmal auf dem Höhepunkt der Koalitionseinigkeit vorgestellt hatte, nämlich die Herrschaft in Spanien; aber man hat doch im Grunde das erreicht, was man bei der Bildung der großen Koalition zu Anfang des Krieges erwartet hat und erwarten konnte, nämlich aus dem spanischen Erbe die Niederlande und die spanischen Besitzungen

in Italien. Gerade in diesem Punkt war der Rastatter Friede für Habsburg-Österreich auch weit günstiger, als es der Frieden gewesen wäre, zu dessen Abschluß man im März 1713 in Utrecht bereit gewesen war. Dem Kaiser ist zwar nicht ganz Italien zugefallen, insbesondere hat er auf Sizilien, auf das man zu Anfang des Krieges wohl fest hoffen konnte, zunächst verzichten müssen. Aber in dem Rastatter Frieden ist keine der Beschränkungen mehr enthalten, die der Kaiser bei einer Beteiligung am Utrechter Frieden für Italien noch hätte auf sich nehmen müssen. Praktisch hatte der Kaiser durch den Rastatter Frieden für eine weitere Ausbreitung in Italien freie Hand. Er ist auch später noch dadurch, daß er im Rastatter Frieden Sardinien für sich behaupten konnte, im Wege des Tausches zu Sizilien gekommen. Insofern war der Rastatter Friede gerade in den italienischen Angelegenheiten für das Haus Österreich ein Erfolg.

Auch im Reich hat der Rastatter Friede dem Haus Österreich seine Entwicklung offen gelassen. Es war im Laufe der Verhandlungen mehr als einmal der Gedanke eines Tausches von Bayern gegen die Niederlande aufgetaucht. Der Kaiser hielt ja seit dem Jahre 1704 ganz Bayern besetzt und unter österreichischer Verwaltung. Die Möglichkeit einer Arrondierung der österreichischen Hausmacht auf deutschem Boden lag immer wieder einmal im Zuge der österreichischen Politik — sie wäre wahrscheinlich auch im gesamtdeutschen Interesse durchaus vorteilhaft gewesen —. Diese Frage war auch zu Beginn der Rastatter Friedensverhandlungen aufgetaucht, aber wieder fallen gelassen worden, weil Frankreich dafür in gar keiner Weise ein Ohr hatte. Es wurde aber dann im Friedensvertrag doch erreicht, daß Frankreich dem Kaiser ausdrücklich freie Hand gelassen hat für den Fall, daß er in Zukunft einmal einen solchen Tausch vornehmen wollen. Die Frage ist, wie wir wissen, Jahrzehnte später unter Kaiser Joseph II. wieder einmal aufgetaucht und damals am Widerstand Preußens und der von Friedrich II. zustande gebrachten Koalition gescheitert.

Man konnte also in Wien mit dem Vertrag von Rastatt zufrieden sein und man war es auch. Der Friede von Rastatt ist von der Geschichte als ein Erfolg des Hauses Habsburg und seines damals zweifellos bedeutendsten Feldherrn und Staatsmannes, des Prinzen Eugen, gewertet worden. Nur dem Reich hat der Friede von Rastatt nichts gebracht. Von Forde-

rungen des Reiches, insbesondere gegenüber Frankreich, hat man in Rastatt überhaupt nicht mehr sprechen können. Man hatte sogar große Mühe, die französische Forderung auf Vorverlegung der Grenze des Elsasses von der Lauter an die Queich abzuwehren. Vom Standpunkt des Reiches aus bedeutet der Friede von Rastatt die endgültige Besiegelung der Verluste im Westen, die seit der Mitte des 16. Jahrhunderts hatten hin- genommen werden müssen. Daß es in den Friedensverhandlungen von 1713 und 1714 nicht mehr möglich war, ernsthaft irgendwelche Forderungen auf Rückgabe der Gebiete, insbesondere des Elsasses und Straßburgs zu stellen, war eine Folge der mangelnden militärischen Anstrengungen und Leistungen der im Krieg beteiligten Reichskreise. Damit ist der Rastatter Friede auch ein Dokument für die Schwäche des Reichsgedankens im Anfang des 18. Jahrhunderts.



*Ausstellung der Stadt Rastatt im Schloß Rastatt anlässlich
der 250. Wiederkehr des Abschlusses des*

FRIEDENS VON RASTATT

Aus der heutigen Sicht ist der am 6./7. März 1714 im Schloß Rastatt von Prinz Eugen von Savoyen als dem Bevollmächtigten des Kaisers Karl VI. und Marschall Claude, Herzog von Villars, als Abgesandten Ludwigs XIV. unterzeichnete Friedensvertrag zur Beendigung der Auseinandersetzungen im Rahmen des Spanischen Erbfolgekrieges ein Markstein der europäischen Geschichte. Gemeinderat und Verwaltung der Stadt wollen im Jahre 1964 — also nach 250 Jahren —, da wir mitten in dem Bestreben um eine endgültige Einigung Europas stehen, auf die Bedeutung des Friedens von Rastatt hinweisen.

Am 7. 3. 1964, dem Jahrestag, hat eine Feierstunde stattgefunden, die vor allem durch die Ansprache des Herrn Universitätsprofessors Dr. Braubach, Bonn — eines hervorragenden Kenners des Prinzen Eugen und seiner Zeit — ein ausgezeichnetes Echo gefunden hat.

Die vom 11. Juli—18. August 1964 stattfindende Ausstellung soll nun die Ursachen und Zusammenhänge des Spanischen Erbfolgekrieges aufzeigen und die Bedeutung des Friedens von Rastatt herausstellen. Dabei hat die Stadt Rastatt nicht die Absicht, eine in jeder Hinsicht erschöpfende Zusammenstellung zu zeigen, sondern will dem heutigen Bürger diesen Abschnitt der Geschichte Europas nahebringen. Der Interessierte wird jedoch Hinweise und Anregungen in großer Zahl finden, die ihn zu weiterem Suchen und Forschen anregen und ihn auf Quellen hinführen.

Das Zustandekommen dieses schwierigen Vorhabens verdankt die Stadt Rastatt den folgenden Leihgebern:

S.K.H. Markgraf Max von Baden, Schloß Salem
Badisches Landesmuseum Karlsruhe, Schloß
Badisches Generallandesarchiv Karlsruhe,
Nördliche Hildapromenade 2
Graphische Sammlung Albertina, Wien I, Augustinerstr. 1
Historisches Museum, Schloß Rastatt
Österreichisches Staatsarchiv — Haus-, Hof- und Staatsarchiv —
Wien I, Minoritenplatz 1
Österreichisches Staatsarchiv — Kriegsarchiv — Wien VII,
Stiftgasse 2

Ihnen dankt die Stadt Rastatt für das verständnisvolle Entgegenkommen, die Unterstützung und Mühe recht herzlich.

LEIHGEBER

1. *S.K.H. Markgraf Max von Baden, Schloß Salem*
Zähringer Museum, Baden-Baden, Neues Schloß
2. *S.K.H. Markgraf Max von Baden, Schloß Salem*
Großherzogliches Familienarchiv, Karlsruhe,
Nördliche Hildapromenade 2
3. *Badisches Landesmuseum Karlsruhe, Schloß*
4. *Badisches Generallandesarchiv Karlsruhe,*
Nördliche Hildapromenade 2
5. *Graphische Sammlung Albertina, Wien I, Augustinerstr. 1*
6. *Historisches Museum, Schloß Rastatt*
7. *Österreichisches Staatsarchiv — Haus-, Hof- und Staatsarchiv —*
Wien I, Minoritenplatz 1
8. *Österreichisches Staatsarchiv — Kriegsarchiv — Wien VII,*
Stiftgasse 2

Ausstellungsverzeichnis

Die Ordnungsziffern setzen sich zusammen aus der laufenden Nummer und der Nummer aus der Aufstellung der Leihgeber (siehe Seite 44).
Beispiel: 29 3 = lfd. Nr. 29, Leihgeber: Bad. Landesmuseum, Karlsruhe.
Ausstellungsstücke ohne Angabe eines Leihgebers sind den Beständen der Stadt Rastatt entnommen.

- 1 6 König Karl II. von Spanien † 1700
Foto-Reprod. nach einem Gemälde von Claudio Coello im Prado, Madrid (in: Die große Weltgeschichte Bd. 8, Leipzig 1939, S. 228)
- 2 Weltkarte 1700
Grafische Darstellung über die Einfluß- und Machtbereiche in der Welt vor Beginn des Spanischen Erbfolgekrieges.
Grafiker: Adolf Rentschler, Karlsruhe
- 3 Stammtafel der Thronanwärter
Stammtafel der Anwärter auf den Thron des Königs von Spanien.
Grafiker: Adolf Rentschler, Karlsruhe
- 4 Kriegsschauplätze 1701—1714
Grafische Darstellung Europas mit den Kriegsschauplätzen des Spanischen Erbfolgekrieges.
Grafiker: Adolf Rentschler, Karlsruhe
- 5 6 Kaiser Leopold I. 1658—1705
Stich und Druck der Typogr. litr. art. Anstalt Wien, in Alfr. Arneth, Prinz Eugen Bd. I, Wien 1858, S. 190.
Foto-Reprod.

- 6 6 Kaiser Josef I. 1705—1711
Foto-Reprod. aus M. Philippson, Das Zeitalter Ludwig XIV., Berlin 1879, S. 427.
- 7 6 Kaiser Karl VI. 1711—1740
Foto-Reprod. aus Alf. Arneht, Prinz Eugen von Savoyen. Bd. 3, Wien 1858, Titelbild.
- 8 Ludwig XIV. erklärt den Herzog Philipp von Anjou, seinen Enkel, zum König von Spanien
Foto-Reprod. nach einem Almanach von 1701 (in E. Bourgeois, Ludwig XIV., übertragen von O. Marschall von Bieberstein, Leipzig 1897, S. 183).
- 9 5 König Ludwig XIV. anerkennt das Testament König Karls II. von Spanien
Le Roy accepte le Testament du feu roy catholique Charles II. ... A Paris chez N. Langlois. Radierung Pl. 894-578 Histor. Bl. Bd. 11, Inv.-Nr. 1949/2160.
- 10 6 Max Emanuel, Kurfürst von Bayern 1662—1726
1683—1701 mit dem Kaiser verbündet, 1701—1714 mit Frankreich verbündet, 21,5 × 15,5 cm. Foto-Reprod.
- 11 6 John Churchill, Herzog von Malborough 1650—1722
Oberbefehlshaber des englisch-holländischen Heeres in Deutschland 1704/05, 20,5 × 16,5 cm. Foto-Reprod. nach A. van der Werf.
- 12 6 Prinz Eugen von Savoyen 1663—1736
Nach einem Gemälde von Matthäus Merian d. J., gestochen von G. Valk. Foto-Reprod. aus O. Jäger, Gesch. d. neueren Zeit, Leipzig 1888, S. 451.
- 13 6 Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden
Büste, Teilabguß des Denkmals von Schmidgruber im Heeres-Museum Wien. 70 cm hoch.
- 14 6 Feldstandarte des Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden
Vorder- und Rückansicht. Foto je 23 × 23 cm.
- 15 6 Türkenlouis-Gedenkmünze zur Schlacht bei Salankamen 1691
Durchmesser 5 cm.
- 16 6 Pallasch eines Markgrafen von Baden
18. Jahrh., Klinge 89 cm lang, gerillt, bad. Wappen, Monogramm, Fürstenhut, Grifflänge 15 cm.
- 17 6 Gedenkmünze zur Schlacht am Schellenberg 1704
Durchmesser 3,5 cm.
- 18 6 Vier Fahnenzungen, 1 Sporn
18. Jahrh. Messing, geätzt und graviert, vereinigt badisch-pfälzisches Wappen, Ornamente.
- 19 6 Zwei Türkenlouis-Gedenkmünzen 1655—1955
Silber, Durchmesser 5 cm. Nachgeprägt 1955 im Auftrag der Stadt Rastatt. VS: Reiterrelief des Markgrafen Ludwig Wilhelm. RS: Rastatter Schloß „Nest des Friedens“.
- 20 6 Zwei Fünf-Mark-Stücke 1955
Bundesrepublik Deutschland, Durchmesser 3 cm. VS: Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden 1655—1707. RS: Adler vor dem Rastatter Schloß, 5 Deutsche Mark.
- 20a 6 Türkenlouis-Gedenkmünze
Neuprägung in Gold nach altem Vorbild 1955. VS: Reiterbild des Markgrafen Ludwig Wilhelm. RS: X Ducat auf Kreuz, stil. Blumen. Durchmesser 5 cm.
- 21 6 Zwei Kriegssensen = Brechmesser
15.—18. Jahrh. 48,5 und 65 cm lang.
- 22 6 „Das Goldene Vlies“
Höchster österreichischer und spanischer Orden, gestiftet 1429 durch Philipp den Guten von Burgund. Kleinod mit rotem Band, Inschrift: Praetium laborum non vile.

- 23 6 Trombon
Schwere Handbüchse, Steinschloß, 17. Jahrh.
- 24 2 Karte der Kriegeinteilung in Südwestdeutschland
Zeichnung Ende 17. Jahrh., farbig angelegt. Höhe 81,4 cm, Breite 65,4 cm. Plansammlung Bd. XI, Nr. 15.
- 25 6 Mandat des Markgrafen Ludwig Wilhelm gegen plündernde Husaren, 1702 Dec. 8 Rastatt.
- 26 2 Plan der Belagerung von Landau 1702
Federzeichnung, aquarelliert, mit Inschrift, 52,1×74,2 cm, Plansammlung Bd. III, Nr. 19.
- 27 6 Belagerung von Landau 1702
G. Bodenehr fec. et exc. 15×21 cm.
- 28 8 Bericht des Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden aus dem Feldlager vor Landau an den römischen König (Kaiser) Josef I. dat. Feldlager von Landau, 26. Juli 1702.
- 29 3 Trompetenfahne eines französischen Kavallerie-Regiments aus der späteren Regierungszeit Ludwigs XIV. Frankreich, Ende 17. Jahrh., blauer Seidenrips mit Stickerei.
Höhe 55 cm, Breite 50 cm, Inv. Nr. D 27 („Türkenbeute“).
- 30 6 Schlacht bei Friedlingen am 14. Oktober 1702
Aufmarsch des französ. Heeres bei der Festung Hüningen. Peint par P. D. Martin, gravé par J. Haussard, französ. Text, Pl. 50×67,5.
- 31 6 Schlacht bei Friedlingen am 14. Oktober 1702
Peint par P. D. Martin, gravé par J. Haussard. Pl. 48,5×66,5.
- 32 2 Karte des Kreises Schwaben 1703
Kupferstich von Sanson, Paris, vermutlich Nachstich einer Karte von Nicolas Sanson d. Ä. 57,7×87,7, Plansammlung A b 34,2.
- 33 6 Plan der Stollhofen-Bühler Linien 1703
Farb. Federzeichnung von Major Albert Elster mit französ. Beschreibung, gewidmet dem Markgrafen Friedrich Magnus von Baden-Durlach, 41,5×112,5.
- 34 3 Standarte eines französischen Kavallerie-Regiments aus der späten Regierungszeit Ludwigs XIV. Frankreich, 18. Jahrh., roter Seidendamast mit Stickerei.
Höhe 52,5 cm, Breite 57,5 cm, Inv. Nr. D 29 („Türkenbeute“).
- 35 6 Festung Landau 1704
G. Bodenehr fec. et exc. 15×18,5 cm.
- 36 6 Schlacht am Schellenberg, 2. Juli 1704
Plan der Schlachtordnung. Zeichnung, kolor., signiert J. D. Michel Cop. 47×62 cm.
- 37 6 Schlacht am Schellenberg am 2. Juli 1704
Kolor. Stich, 28×37,5 cm.
- 38 6 Schlachtfeld von Höchstädt und Blindheim am 13. August 1704
Radierung von Romanus de Hooghe, der Königin Anna von England gewidmet, holländ. Beschreibung, 49×59,5 cm. Gedruckt bei Peter Schenk, Amsterdam.
- 39 6 Eroberung von Landau am 23. November 1704
Flugblatt mit Festungsplan und Beschreibung, 46×37 cm. Gedruckt bei Thomas von Wierings Erben in Hamburg 1704.
- 40 3 Trompetenfahne eines französischen Kavallerie-Regiments aus der späten Regierungszeit Ludwigs XIV. Frankreich, Ende 17. Jahrh., blauer Seidentaft mit Applikation.
Höhe 54,5 cm, Breite 54,5 cm, Inv. Nr. D 28 („Türkenbeute“).
- 41 6 Die Kriegereignisse des Jahres 1704
Kaiser Leopold I. u. seine Feldherren Markgraf Ludwig Wilhelm (weiß umrandet, mit Plan von Landau), Prinz Eugen (3), Marlborough (4) u. a. Foto-Reproduktion nach einer Radierung von R. de Hooghe.
- 42 2 Karte des Oberrhein-Feldzuges von 1705
Zeichnung von Cyriacus Blödner, 58,1×70,9 cm. Feder, braun, aquarelliert, schwarz gerandet, aus mehreren Papierstücken zusammengesetzt, auf Leinen aufgezogen.

- 43 6 Karte der Befestigungen am Rhein zwischen Rheinfelden und Mainz
Gezeichnet von Johann Conrad Fuchs, verlegt von Jeremia Wolff in Augsburg 1707. Pl. 54,2×144,3 cm.
- 44 2 Karte der Ettlinger Linien 1707
Federzeichnung, aquarelliert, alliierte Truppenamen, 40,8×90,8 cm. Plansammlung H d 73,9.
- 45 6 Plan der Oberrhein-Linien bei Dachsländen und Ettligen, August 1708
Farbige Or. Zeichnung, deutsche Beschreibung, 26×46,5 cm.
- 46 8 Kartographische Darstellung des Kriegsschauplatzes von Flandern, Brabant und am Niederrhein
- 47 6 Uniformbilder aus der ersten Hälfte des 18. Jahrh.
6 Bl. nach Gemälden von R. v. Ottenfeld, gedruckt von S. Czeiger, Wien, 31×22 cm.
1. Grenadier und Tambour 1710
2. Kürassier 1705
3. Füsilier und Offizier 1710
4. Husar 1710
5. Artillerie 1710
6. General 1720
- 48 6 Morion, Pickelhaube, 17. Jahrh.
- 49 6 Schnapphahnschloß-Gewehr
Fabrikat Iberische Halbinsel, Feuerstein, Länge 168 cm, Kaliber 17 mm, 18. Jahrh.
- 50 6 Zwei Reiterpistolen, 17./18. Jahrh.
Rad- oder Deutsches Schloß, Petrinal; Feuerstein-Schrotpistole, trichterförmiger Lauf.
- 51 7 Friedensvertrag zwischen Kaiser Karl VI. u. König Ludwig XIV. von Frankreich
Original, Papierlibell, 43 Blätter, mit den Siegeln und Unterschriften des Prinzen Eugen von Savoyen und des Herzogs von Villars. 1714 März 6. Rastatt.
- 52 Historie Rastadtischer Friedens-Handlungen
Benebst zweyen Friedens-Projecten, und dem Friedensinstrument ... Jena / bey Johann Felix Bielcken / 1714 [238 S., 8°, Perg.-Einband, 2 Messing-Schließen].
- 53 6 Prinz Eugen von Savoyen 1663—1736
*Kaiserlicher Generallieutenant
Foto-Reprod. nach Stich von B. Picart 1722, 22×15,5 cm.*
- 54 5 Kaiser Karl VI. 1711—1740
Kupferstich, Jakob Weisshoff sculpsit Norimberge a. 1717. Pl. 492×300 cm. Hist. Bl. Bd. I, Inv. Nr. 1950/120.
- 55 6 König Ludwig XIV. von Frankreich 1643—1715
Foto-Reprod.
- 56 6 Claude Hector, Herzog von Villars 1653—1734
Marschall Ludwigs XIV. 28×19,5 cm. Foto-Reprod.
- 57 Europa 1700
*Grafische Darstellung der politischen Einteilung Europas vor Beginn des Spanischen Erbfolgekrieges.
Grafiker: Adolf Rentschler, Karlsruhe.*
- 58 Europa 1714
*Grafische Darstellung der politischen Einteilung Europas nach Beendigung des Spanischen Erbfolgekrieges.
Grafiker: Adolf Rentschler, Karlsruhe.*
- 59 1 Deckelpokal auf den Rastatter Frieden
*aus Böhmen, Mattschnittornamente, Medaillon mit Rastatter Schloß, Chronostichon MDCCXIV, Brustbilder der Markgräfin Sibylla Augusta und ihres Sohnes Ludwig Georg, badisch-lauenburgisches Allianzwappen, Inschriften zum Frieden 1714.
Höhe 29 cm, Durchmesser 10,8×9 cm.*
- 60 Rastatter Friedens-Conferenz
Drei Kupferstiche (vermutlich aus einem Buch). 6×8,2 cm, 1713/1714, die Beratungen darstellend.
- 61 Planskizze des rechten Schloßflügels mit dem „Friedenzimmer“

- 62 Deckengemälde Friedenszimmer
Amoretten mit Friedenskranz, Foto von Rektor Türmer, Rastatt.
- 63 6 Schloß Rastatt — Palatium Rastadii
Stich aus Job. Daniel Schoepflinus, Historia Zaringo-Badensis, Tomus Tertius, Carolsruhae MDCCLXV, ad pag. 242. 12×29 cm.
- 64 Stadtplan Rastatt — Rastadii Ichnographia
Stich aus Job. Daniel Schoepflinus, Historia Zaringo-Badensis, Tomus Tertius, Carolsruhae MDCCLXV, ad pag. 242.
- 65 6 Rastatt, französ. Stadtplan
von E. Voysard mit Ansicht des Schlosses 1799. Pl. 46×57 cm.
- 66 6 Erinnerungen des Herzogs von Villars
Memoires du Duc de Villars, Pair de France, Maréchal-Général des Armée de Sa Majesté tres-chretienne etc. A la Haye, chez Pierre Gosse 1734.
- 67 4 Eigenhändiger Brief des Prinzen Eugen an den Markgrafen Ludwig Wilhelm (Türkenlouis) vom 3. 4. 1693
Signatur: 46/3742 Nr. 4.
- 68 4 Eigenhändiger Brief des Prinzen Eugen an den Markgrafen Ludwig Wilhelm (Türkenlouis) vom 26. 3. 1702
Signatur: 46/3847 Nr. 47 d
- 69 Ofenplatte 1712
53×55 cm, Gußeisen.
- 70 3 Taler, Freiburg i. Br. auf den Frieden 1714:
Stadtansicht, Rs. Adler mit 2 Stadtschilden. Undatiert, v. Berstett 215.
- 71 3 Satirische Medaille auf die Ohnmacht Frankreichs und den Schutz des Reiches (Nec cantus nec umbra)
Aus Sl. Julius 1202, 58 mm.
- 72 3 Prinz Eugen
(Nomen virtutibus aequas), Nürnberger und Brunner, 43 mm.
- 73 3 Kleine Medaille auf die Freundschaft (David und Jonathan)
Aus Slg. Goppel 1378, 20 mm.
- 74 Medaille
*VS.: Kaiser Karl VI.
RS.: Ölweig auf Erdkugel, bestrahlt vom Namen Jehova.*
- 75 Medaille
*VS.: Kaiser Karl VI.
RS.: Putto schüttet Füllhorn aus.*
- 76 Medaille von Vestner
*VS.: Allegorie der Beständigkeit.
RS.: Rastatter Schloß als „Stadt der Rast“.*
- 77 Medaille von Ph. H. Müller
*VS.: Kaiser Karl VI.
RS.: Ölbaum über Waffen.*
- 78 Medaille von Vestner
*VS.: Helm des Mars, darunter pickende Tauben.
RS.: Rastatter Schloß als Stadt der Ruhe (Rast).*
- 79 Medaille von Vestner
*VS.: Ludwig Georg und Sibylla Augusta.
RS.: Rastatter Schloß als „Nest des Friedens“.*
- 80 Medaille
*VS.: Rastatter Schloß, davor Reiter.
RS.: Schrift.
Monsieur Mareschal de la Candate,
kommt hier, bringt Fried' mit viel Parade.
Wie aber sich die Lauff abweist,
wohl mancher noch drüber die Krause zerreist.*
- 81 Medaille
*Lilienstengel, von einer Schlange umringelt.
Umschrift:
Ist den Lilien wohl zu trauen,
weil sie lieblich anzuschauen,*

- sollt auch unter ihrem Schein
sonst etwas verborgen seyn?
RS.: Schrift
Was Neues? Wird es Friede?
Ist man des Krieges müde?
Wer hat's denn aufs Tapet gebracht,
das man an Frieden had gedacht?*
- 82 Medaille
*VS.: Ludwig Georg und Sibylla Augusta.
RS.: Allianzwappen Baden und Sachsen-Lauenburg.
Dukat.*
- 83 Medaille von Richter
*VS.: Kaiser Karl VI.
RS.: Mars reicht der Friedensgöttin den Schlüssel zum Janustempel.*
- 84 Medaille von Wermuth
Kaiser Karl VI., Adler mit Schwert, Zepter, Ölzweig über Küstenlandschaft mit pflügendem Bauern.
- 85 Medaille von Ph. H. Müller
*VS.: Schiff im Sturm, von Besatzung geleichtert.
RS.: Janustempel.*
- 86 Medaille von Mauger
*VS.: Ludwig XIV. von Frankreich.
RS.: geschlossener Janustempel.*
- 87 Medaille von Roettiers und Duvivier
*VS.: Ludwig XIV. von Frankreich.
RS.: Mars reicht Pallas den Kranz.*
- 88 Medaille
*VS.: Die beiden Unterhändler: Prinz Eugen u. Marschall Villars.
RS.: Putto unterzeichnet Vertrag.*

- 89 Medaille
*VS.: Zwei römische Krieger unter Palmbäumen einander die Hände reichend.
RS.: Zwei Fische; siderischer Bezug auf den Friedensschluß.*
- 90 Medaille
*VS.: Reichsadler und Bourbonenschild verknüpft.
RS.: Strahlender Name Jehovas:
FIAT PAX GERMANO-GALLICA RASTADII.*
- 91 Medaille
*VS.: Mars schließt Janustempel.
RS.: Löwenkadaver, von Bienen umschwärmt.*
- 92 3 Medaille, Kaiser Karl VI.
(Virgini paciferae cede Macors) v. Roettiers, 52 mm.
- 93 4 Prospekt der Residenz zu Rastatt, Vorderfassade gegen die Stadt.
*Farbig, gez. von Fr. Ign. Krohmer 1742, 50 cm h., 105 cm br.
Signatur: G/Rastatt Nr. 5.*
- 94 4 Prospekt des Flügelbaues, Ausführung wie Nr. 93 4
*46 cm h., 102 cm br.
Signatur: G/Rastatt Nr. 5 a.*
- 95 4 Grundrisse des ersten und zweiten Stockwerks des Schlosses,
18. Jahrh.
*Farbig, jeweils 45 cm h., 66 cm br.
Signatur: G/Rastatt Nr. 29.*
- 96 6 Der Friedens-Kongreß 1714
Kupferstich, nicht signiert, Konferenzzimmer und den Speisesaal darstellend, darüber Schloß Rastatt, Reproduktion.

Im Vestibül des Schlosses werden Bilder, Pläne usw. von den Schlössern in Rastatt und Favorite sowie von den historisch wertvollen Gebäuden in Rastatt gezeigt.

UNIVERSITÄTSPROFESSOR Dr. MAX BRAUBACH, BONN:

„Prinz Eugen und der Friede von Rastatt“

5 – 23

Vortrag, gehalten in der Feierstunde aus Anlaß der
250. Wiederkehr des Rastatter Friedens am 7. März 1964
in der Fruchthalle in Rastatt

RECHTSANWALT Dr. KARL KUPPER, RASTATT:

„Der Rastatter Friede von 1714“

25 – 41

Vortrag, gehalten in der Vereinigung der Freunde des
Ludwig-Wilhelm-Gymnasiums Rastatt am 19. November 1963

Katalog der Ausstellungsstücke
in der Ausstellung im Schloß Rastatt

45 – 55

vom 11. Juli bis 18. August 1964

RASTATTER FRIEDE 1714

Gedenkmedaille 1964 in Gold 900/-

Feinsilber 1000/-

Die 250. Wiederkehr des Rastatter Friedens von 1714 hat die Stadt Rastatt zum Anlaß genommen, eine Gedenkmedaille prägen zu lassen. Als Vorbilder wurden zwei zeitgenössische Medaillen gewählt.



Vorderseite

Die Büsten der beiden Unterhändler Prinz Eugen und Marschall Villars einander zugekehrt.

Darüber im Bogen

OLIM DVO FVLMINA BELLI.
(Einst zwei Blitze des Krieges)



Rückseite

Mars schließt die Tür des Janustempels.

Umschrift:

IANVS A MARTE MENSE MARTIO CLVSVS.
(Der Janustempel von Mars im Monat März geschlossen)

Im Abschnitt darunter:

PAX RASTADIENS. (Rastatter Friede)

Die Medaille wird in folgenden Größen geprägt:

GOLD 900/-	50 mm Ø	Gewicht: ca. 72 g	Preis: DM 500,- je Stück
	40 mm Ø	Gewicht: ca. 42 g	Preis: DM 280,- je Stück
	25 mm Ø	Gewicht: ca. 9,65 g	Preis: DM 80,- je Stück
FEINSILBER 1000/-	50 mm Ø	Gewicht: ca. 43 g	Preis: DM 30,- je Stück

ETUIS für die Medaillen in 50 mm Ø und 40 mm Ø: Preis DM 3,- je Stück

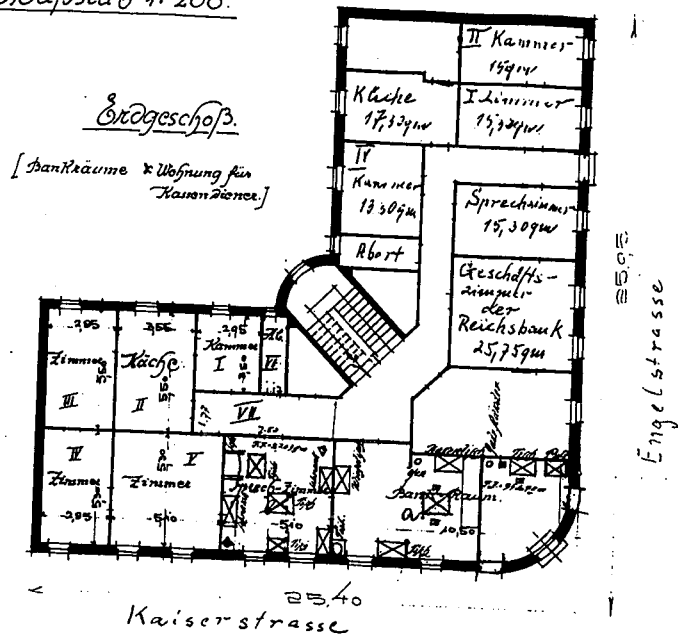
Die Gedenkmedaille in Gold mit einem Durchmesser von 50 mm wird auf dem Rand vom 1 bis 1000 numeriert. Prägestelle ist die Staatliche Münze in Karlsruhe. Künstlerische Gestaltung: Karl Föll, Fachschulrat, Pforzheim.

Anfragen und Bestellungen bitte an:

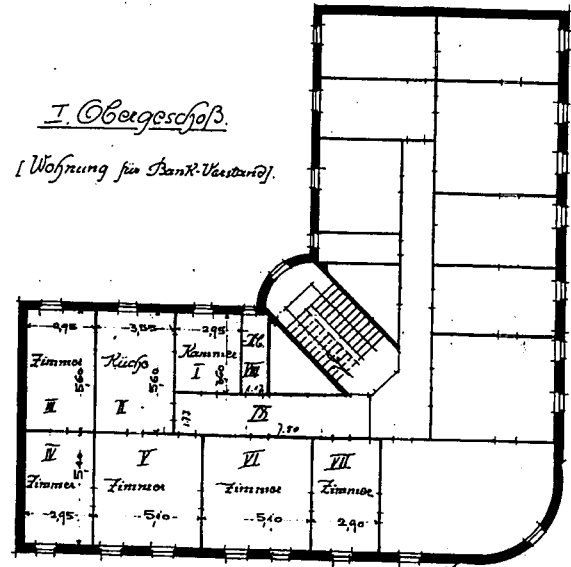
Bezirkssparkasse · 7550 RASTATT, Telefon 40 71-40 73

Rot; Geschäftsräume der Reichsbanknebenstelle Rastatt
 und Geldwechslerwohnung von 1906 - 1909
 Kassen-dienner-

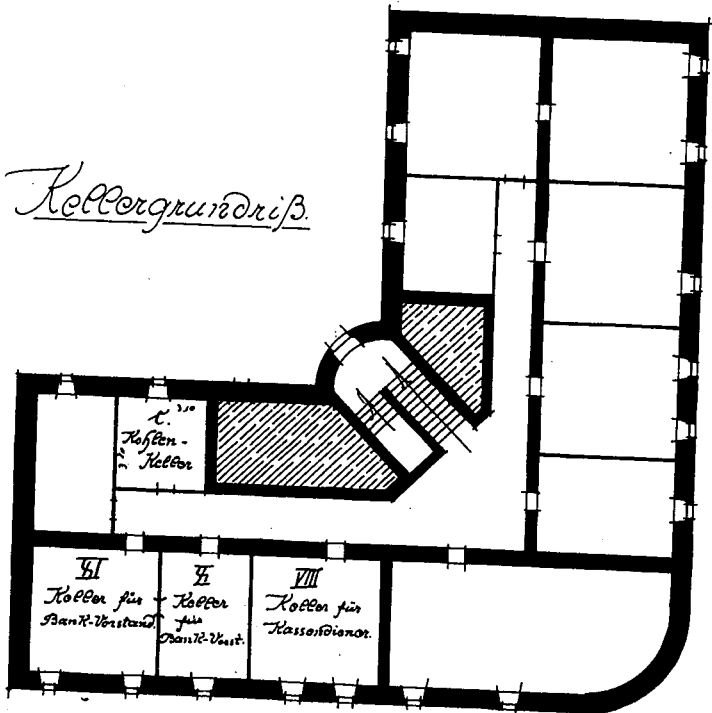
Maßstab 1: 200.



Schwarz; Geschäftsräume x Wohnungen der
 Reichsbank von 1909 - 1923



Kellergrundriß.



Dachstock-Grundriß.

